



Beteiligungsbericht

Geschäftsjahr 2019



Herausgeber



Magistrat der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe

20.1 Planung und Steuerung

- Beteiligungsmanagement -

Rathausplatz 1

61343 Bad Homburg v. d. Höhe

Telefon: 06172/100 - 2040

Telefax: 06172/100 - 72040

E-Mail: beteiligungsmanagement@bad-homburg.de

Internet: www.bad-homburg.de



Vorwort

Die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe legt mittlerweile den 17. Beteiligungsbericht in Folge vor.

Der 190 Seiten umfassende Bericht gibt einen systematischen Überblick über die Aufgabenerfüllung in den städtischen Unternehmen und deren Wirkung auf die Daseinsvorsorge in unserer Stadt.

Die städtischen Unternehmen erbringen qualitativ hochwertige Leistungen der Daseinsvorsorge. Damit dieses Angebot so weit wie möglich erhalten werden kann, ist es uns ein besonderes Anliegen die Beteiligungen so weiterzuentwickeln, dass sie den zukünftigen Herausforderungen gewachsen sind.

Die Stadt ist verpflichtet, eine verantwortungsvolle Unternehmensführung zu gewährleisten, die das Spannungsfeld zwischen gemeinwohlorientierter Daseinsvorsorge und betriebswirtschaftlichem Ertragsdenken berücksichtigt.

Die große Bedeutung der städtischen Unternehmen belegen die folgenden Zahlen:

- Bilanzsumme: 213 Mio. €
- Umsatzerlöse: 132 Mio. €
- Beschäftigte: 786

Auf Basis der geprüften Jahresabschlüsse 2019 gibt der Bericht einen Einblick in die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Beteiligungen.

Der Bericht kann unter www.bad-homburg.de als PDF-Dokument heruntergeladen werden.

Wir wünschen allen Leser*innen des Beteiligungsberichtes eine interessante Lektüre.

Bad Homburg v. d. Höhe, im November 2020

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Alexander W. Hetjes".

Alexander W. Hetjes
Oberbürgermeister

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Meinhard Matern".

Meinhard Matern
Bürgermeister u. Stadtkämmerer

Vorwort	3
1. Allgemeiner Teil	
1.1 Hinweise zur Darstellung der Eigenbetriebe und Beteiligungen	7
1.2 Aufgaben des Beteiligungsmanagements	7
1.3 Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung	8
1.4 Beteiligungsbegriff	8
1.5 Rechtsformen.....	9
2. Übersichten über die Eigenbetriebe/ -gesellschaften, Beteiligungen	
2.1 Eigenbetriebe und Eigengesellschaften der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	13
2.2 Beteiligungen der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	14
2.3 Kapitalzuführungen und -entnahmen, Darlehen, Sicherheiten (Bürgschaften).....	15
2.4 Kapitalstruktur der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften	15
2.5 Kennzahlen der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften	17
2.6 Betriebswirtschaftliche Eckdaten der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften.....	18
3. Prüfungen nach § 121 Abs. 7 Hessische Gemeindeordnung (HGO)	20
4. Eigenbetriebe	
4.1 Betriebshof Bad Homburg v. d. Höhe.....	27
4.2 Stadtwerke Bad Homburg v. d. Höhe	40
5. Eigengesellschaften (GmbH)	
5.1 Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe	55
5.1.1 Bahnhof GmbH Bad Homburg v. d. Höhe	67
5.1.2 Betriebsgesellschaft Klinik Dr. Baumstark GmbH Bad Homburg v. d. Höhe	77
5.1.3 François-Blanc-Spielbank GmbH Bad Homburg v. d. Höhe	85
5.1.4 KuK Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH Bad Homburg v. d. Höhe	96
6. Sonstige Gesellschaften (GmbH / GmbH & Co. KG)	
6.1 Dynega Energiehandel GmbH	105
6.2 FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region.....	107
6.3 Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	111

6.4 Hochtaunusbau Grundbesitzgesellschaft mbH.....	113
6.5 ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement	115
6.6 Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH	118
6.7 Limeserlebnispfad Hochtaunus gGmbH	122
6.8 Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	124
6.9 Netzgesellschaft GmbH & Co.KG Bad Homburg v. d. Höhe.....	127
6.10 Netzgesellschaft Verwaltungs-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe	133
6.11 Regionalpark Ballungsraum RheinMain gGmbH	135
6.12 Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH	138
6.13 Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) GmbH	140
6.14 RTW Planungsgesellschaft mbH.....	144
7. Kommanditgesellschaften (KG)	
7.1 Spielbank Bad Homburg Wicker & Co. KG.....	148
8. Genossenschaften (eG)	
8.1 Frankfurter Volksbank eG	151
8.2 Hochtaunus Baugenossenschaft eG	152
8.3 Gemeinnützige Baugenossenschaft zu Homburg v.d.Höhe 1900 eG	154
8.4 MiEG Mittelhessische Energiegenossenschaft eG (MiEG)	155
9. Zweckverbände	
9.1 Verkehrsverband Hochtaunus (VHT)	158
10. Wasser- und Bodenverbände	
10.1 Abwasserverband Oberes Erlenbachtal	161
10.2 Wasserbeschaffungsverband Taunus	163
11. Mitgliedschaften in Stiftungen, Vereinen, Verbänden und sonstigen Vereinigungen	
11.1	166
12. Definition von Kennzahlen	
12.1	170
13. Erläuterung von Fachbegriffen	
13.1	173
14. Auszug aus der Hessischen Gemeindeordnung (HGO).....	
14.1	180
15. Auszug aus dem Handelsgesetzbuch (HGB)	
15.1	189

1. Allgemeiner Teil

1. Allgemeiner Teil

1.1 Hinweise zur Darstellung der Eigenbetriebe und Beteiligungen

Die Gemeinde hat nach § 123a HGO zur Information der Gemeindevorvertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, an denen sie mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe geht über diese gesetzliche Vorgabe hinaus und stellt sämtliche Beteiligungen dar. Die wesentlichen Beteiligungen (Anteil $\geq 20\%$) werden dabei ausführlich dargestellt.

Der Beteiligungsbericht soll gem. § 123a Abs. 2 HGO mindestens Angaben enthalten über den Unternehmensgegenstand, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe, die Beteiligungen des Unternehmens, den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführung und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde gewährten Sicherheiten und das Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO (wirtschaftliche Betätigung). Gehören einer Gemeinde die Mehrheit der Anteile eines privatrechtlichen Unternehmens oder mindestens 25 % (Verweis auf § 53 des Haushaltsgesetzes), hat sie darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, eines Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden. Nach § 286 Abs. 4 HGB können die verlangten Angaben über die Gesamtbezüge unterbleiben, wenn sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitglieds dieser Organe feststellen lassen.

Der Beteiligungsbericht basiert auf den testierten Prüfberichten der Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2019. Sofern unternehmensspezifische Daten bis zum Redaktionsschluss am 25.11.2020 noch nicht vorlagen, wurden die Werte aus dem Vorjahr übernommen.

Bei dem vorliegenden Beteiligungsbericht wurden bei den Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen einzelne Positionen teilweise zusammengefasst. Da die Beträge in T€ ausgewiesen werden, können sich bei der Summenbildung umrechnungsbedingt Rundungsdifferenzen ergeben.

Zum leichteren Verständnis werden die in den Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen verwendeten Fachbegriffe am Ende des Beteiligungsberichtes näher erläutert.

1.2 Aufgaben des Beteiligungsmanagements

- Beratung der städtischen Vertreter in den Organen und sonstigen Gremien der Unternehmen insbesondere in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen (dabei Einbindung der jeweiligen Fach- und Produktbereiche)
- Vermittlung der gesamtstädtischen Zielsetzungen gegenüber den Beteiligungsgesellschaften durch Koordination und Steuerung
- Erzielen von Synergieeffekten für gemeinsame Einrichtungen und Kooperationen zwischen der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe und den Gesellschaften
- Berichtswesen (Analyse der Wirtschafts-, Finanz- und Liquiditätspläne) als Steuerungsinstrument sowie zur Information der städtischen Vertreter in den Gremien der Gesellschaften

- Beteiligung bei Überlegungen zur Neugründung, Erwerb von Gesellschaften bzw. Beteiligungen an bzw. von Unternehmen als Eigengesellschaft oder unter Beteiligung von Dritten
- Restrukturierung der städtischen Beteiligungen im Bedarfsfall durch Veräußerungen bzw. Änderungen der Beteiligungsverhältnisse

1.3 Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe erfüllt ihre vielfältigen Aufgaben für ihre Bürgerinnen und Bürger nicht nur durch ihre Fach- und Produktbereiche. Einen Teil der Aufgaben hat die Stadt auf Unternehmen übertragen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Für die Entscheidung, Unternehmen in privatrechtlicher Rechtsform zu gründen oder sich an solchen zu beteiligen, waren und sind höchst unterschiedliche Kriterien maßgebend. Oft sind es steuerliche, manchmal organisatorische, gelegentlich politische Gründe.

Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz garantiert Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung, zu regeln (sog. Territorialprinzip). Diese verfassungsmäßig normierte Selbstverwaltungsgarantie räumt den Kommunen neben der Personalhoheit, Finanz- und Vermögenshoheit insbesondere auch die Organisationshoheit ein, d.h. das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise die Erfüllung der Aufgaben zu geschehen hat.

Die Voraussetzungen für eine Beteiligung einer Gemeinde an Unternehmen sind in den §§ 121 ff. HGO verankert. Der Gesetzesauszug ist am Ende des Beteiligungsberichtes abgedruckt.

1.4 Beteiligungsgrundbegriff

Beteiligungen sind nach § 271 Abs. 1 HGB definiert als „Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen. Dabei ist es unerheblich, ob die Anteile in Wertpapieren verbrieft sind oder nicht. Als Beteiligung gelten im Zweifel Anteile an einer Kapitalgesellschaft, die insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals dieser Gesellschaft überschreiten.“

Ob Anteile an einem Unternehmen eine Beteiligung darstellen, ist grundsätzlich unabhängig von der Rechtsform des Unternehmens zu beurteilen.

Eine Ausnahme stellt lediglich die eingetragene Genossenschaft dar. Die Mitgliedschaft in einer solchen ist nach § 271 Abs. 1 HGB keine Beteiligung im Sinne der Vorschriften über die Handelsbücher.

Gemäß § 127a HGO sind Entscheidungen über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung eines wirtschaftlichen Unternehmens, die Gründung einer Gesellschaft, die erstmalige Beteiligung an einer Gesellschaft sowie die wesentliche Erhöhung einer Beteiligung an einer Gesellschaft der Aufsichtsbehörde unverzüglich unter Nachweis der gesetzlichen Voraussetzungen schriftlich anzugeben.

Die HGO legt den Begriff der Beteiligung etwas weiter aus. Nach § 122 Abs. 5 HGO wird auch die Mitgliedschaft an einer Genossenschaft als Beteiligung verstanden. Zudem ist in § 126 HGO geregelt, dass bestimmte Vorschriften über die Beteiligung an Gesellschaften auch für andere privatrechtliche Vereinigungen gelten. Dies kann beispielsweise ein eingetragener Verein sein. Bei der Verwendung des Begriffs „Beteiligung“ muss es sich somit nicht zwangsläufig um ein Unternehmen im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB oder des § 121 HGO handeln.

Als Beteiligungen gelten deshalb im Beteiligungsbericht alle Anteile an organisatorisch nicht zur Stadtverwaltung Bad Homburg v. d. Höhe gehörenden Unternehmen und Einrichtungen sowie die Mitgliedschaft in Vereinen.

Im vorliegenden Beteiligungsbericht werden sämtliche Beteiligungen ohne Begrenzung auf eine Mindestbeteiligung dargestellt.

Ziel ist es, einen Gesamtüberblick über bestehende Beteiligungen und Betätigungen der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe zu geben.

1.5 Rechtsformen

Eigenbetriebe

Eigenbetriebe sind Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die über organisatorische Selbständigkeit, eine eigene Wirtschaftsführung (Planung, Buchführung und Rechnungslegung) sowie über eine eigene Personalwirtschaft verfügen. Finanzwirtschaftlich gelten sie als Sondervermögen der Stadt. Spezifische Organe der Eigenbetriebe sind die Betriebsleitung und die Betriebskommission.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)

Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) verfügen über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter sind mit Einlagen auf das in Stammanteile zerlegte Stammkapital beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Die Organe der Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Bildung eines Aufsichtsrates ist nach dem Gesellschaftsrecht freigestellt – für Gesellschaften mit kommunaler Beteiligungen aufgrund § 122 Abs.1 Nr. 3 HGO jedoch die Regel.

Diese Rechtsform kommt im kommunalen Bereich sehr häufig vor, da das GmbH-Recht den Gesellschaftern große Gestaltungsspielräume ermöglicht (z.B. Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages).

Eine **gGmbH** (gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung) wird mit der Zielstellung gegründet, Aufgaben im Interesse der Gemeinnützigkeit ohne eigenwirtschaftliche Zwecke zu erfüllen. Gemeinnützige Gesellschaften können zum Beispiel Einrichtungen des Bundes oder der Kommune sein, die im Interesse der Bürger des entsprechenden Einzugsgebietes eingerichtet und deren Leistungen aus staatlichen Mitteln unterstützt werden.

Aktiengesellschaften (AG)

Aktiengesellschaften sind Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, die ein in Aktien zerlegtes Grundkapital aufweisen. Die Gesellschafter (Aktionäre) sind mit einem Teil des Grundkapitals beteiligt ohne „persönlich“ für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Organe der Aktiengesellschaft sind der Vorstand (verantwortlicher Leiter der AG nach innen und außen), der Aufsichtsrat (Kontroll- und Überwachungsorgan) und die Hauptversammlung (Beschlussorgan).

Im Gegensatz zu Gesellschaften mit beschränkter Haftung sieht das Aktienrecht für Aktiengesellschaften umfangreiche Regelungen und Formvorschriften vor. Für ergänzende individuelle Ausgestaltungen des Vertragsverhältnisses der Aktionäre bleibt wenig Raum. Der Verselbständigungsgrad der Gesellschaften gegenüber den Gesellschaftern ist als sehr weitgehend anzusehen.

Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)

Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) ist eine auf einen Vertrag beruhende Personenvereinigung ohne Rechtsfähigkeit zur Förderung eines gemeinsamen Zwecks. Die GbR eignet sich insbesondere für die Vorgründungsphase („Gründer-GbR“) bei gleichberechtigten Partnern, wenn kein auf Dauer ausgerichtetes Gewerbe ausgeübt wird und keine Handelsregistereintragung erfolgen soll. Grundsätzlich besteht hier eine Vertretung/Gesellschaftsführung durch alle Gesellschafter. Hier von abweichend kann aber die Geschäftsführung im Gesellschaftsvertrag auf einen oder mehrere Gesellschafter übertragen werden. Es besteht eine unbegrenzte persönliche Haftung der Gesellschafter für Gesellschaftsverbindlichkeiten.

Kommanditgesellschaften (KG)

Die Kommanditgesellschaft (KG) ist definiert als „Personengesellschaft, die die Führung eines Unternehmens unter eigener Firma zum Zweck hat, in der gegenüber den Gläubigern für die Verbindlichkeiten mindestens ein Gesellschafter unbeschränkt haftet (Komplementär) und die Haftung mindestens eines Gesellschafters (des Kommanditisten) beschränkt ist.“ Die "Kommanditisten" sind von der laufenden Geschäftsführung ebenso freigestellt wie von der Haftung mit ihrem Privatvermögen. Als "Teilhafter" müssen sie nur mit ihrer Einlage für den Betrieb geradestehen. Wichtiger für die Gläubiger ist der "Komplementär": Dieser persönlich haftende Gesellschafter muss mit seinem kompletten Vermögen gegenüber den Gläubigern des Unternehmens einstehen. Dafür ist er aber in seinen Geschäftsführungsbefugnissen auch kaum eingeschränkt und kann die Gewinne - bis auf die vertraglich oder gesetzlich vorgegebene Verzinsung des Kommanditisten-Kapitals - für sich beanspruchen.

Eine KG besteht aus jeweils mindestens einem Voll- und einem Teilhafter, es kann aber auch mehrere Kommanditisten und / oder Komplementäre geben.

Einen Sonderfall der Personengesellschaft KG stellt die **GmbH & Co. KG** dar. Hierbei handelt es sich um eine KG, deren Komplementär eine GmbH ist. Kommanditisten können die Gesellschafter der GmbH oder andere Personen sein. Die GmbH vertritt die KG durch Geschäftsführer und haftet für deren Verbindlichkeiten. Da zur Bedienung der Gläubiger im Konkursfall nur das Vermögen der GmbH, nicht aber das Privatvermögen ihrer Gesellschafter herangezogen werden kann, führt der Einsatz einer GmbH als Komplementär im Ergebnis zu einer Haftungsbeschränkung bei der KG.

Genossenschaften (eG)

Genossenschaften sind Gesellschaften, deren Zweck darauf gerichtet ist, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Betriebs zu fördern. Im Vordergrund steht nicht die Gewinnmaximierung, sondern das Wohl der Mitglieder. Organe der Genossenschaften sind die Vertreterversammlung (auch Generalversammlung), der Aufsichtsrat und der Vorstand. Im Statut der Genossenschaft wird geregelt, ob und in welcher Höhe die Genossen im Konkursfall zur Leistung von Nachschüssen verpflichtet sind.

Stiftungen

Stiftungen sind rechtsfähige Organisationen zur Verwaltung eines von einem Stifter zweckgebundenen Vermögenswertes. Im Vordergrund stehen Vermögensmassen, deren Erträge bestimmten Zwecken zugutekommen sollen. Stiftungen gibt es sowohl im öffentlichen als auch im bürgerlichen Recht. In der Stiftungsverfassung müssen Bestimmungen über die Organe getroffen werden. Vom Gesetz ist zwingend nur der Vorstand vorgesehen. Als Überwachungsorgan wird in der Regel ein Stiftungsrat (auch Aufsichtsrat, Beirat oder Kuratorium genannt) gebildet.

Wasser- und Bodenverbände

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts, denen das Recht auf Selbstverwaltung eingeräumt wird. Im Gegensatz zu den Zweckverbänden, in denen grundsätzlich nur Gebietskörperschaften Mitglieder sein können, kommen bei Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche und andere juristische Personen in Betracht. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass Wasser- und Bodenverbände nur für bestimmte Aufgaben im Bereich der Wasser- und Bodenbewirtschaftung gegründet werden können. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Wasserverbandsgesetz (WVG).

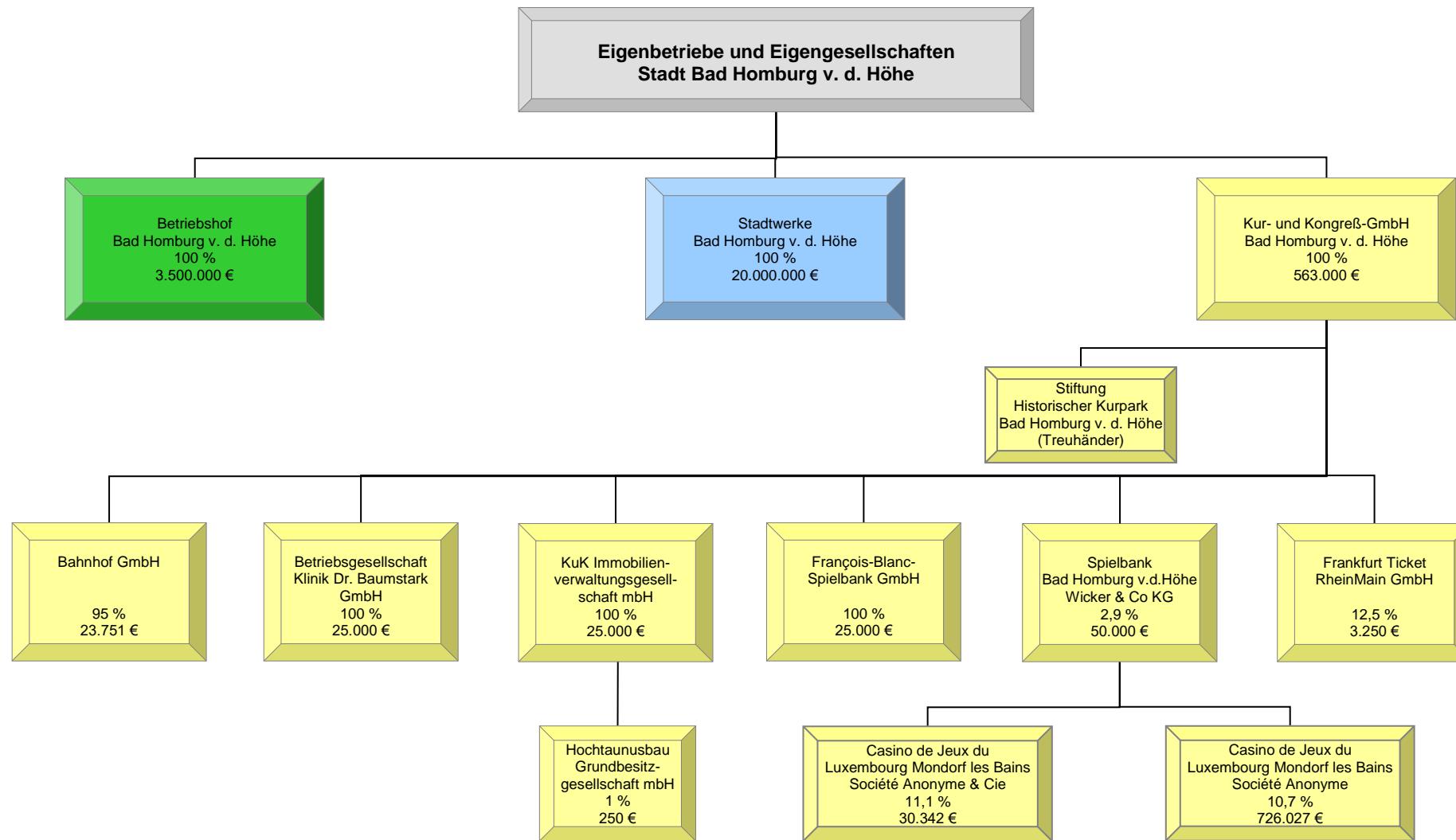
Zweckverbände

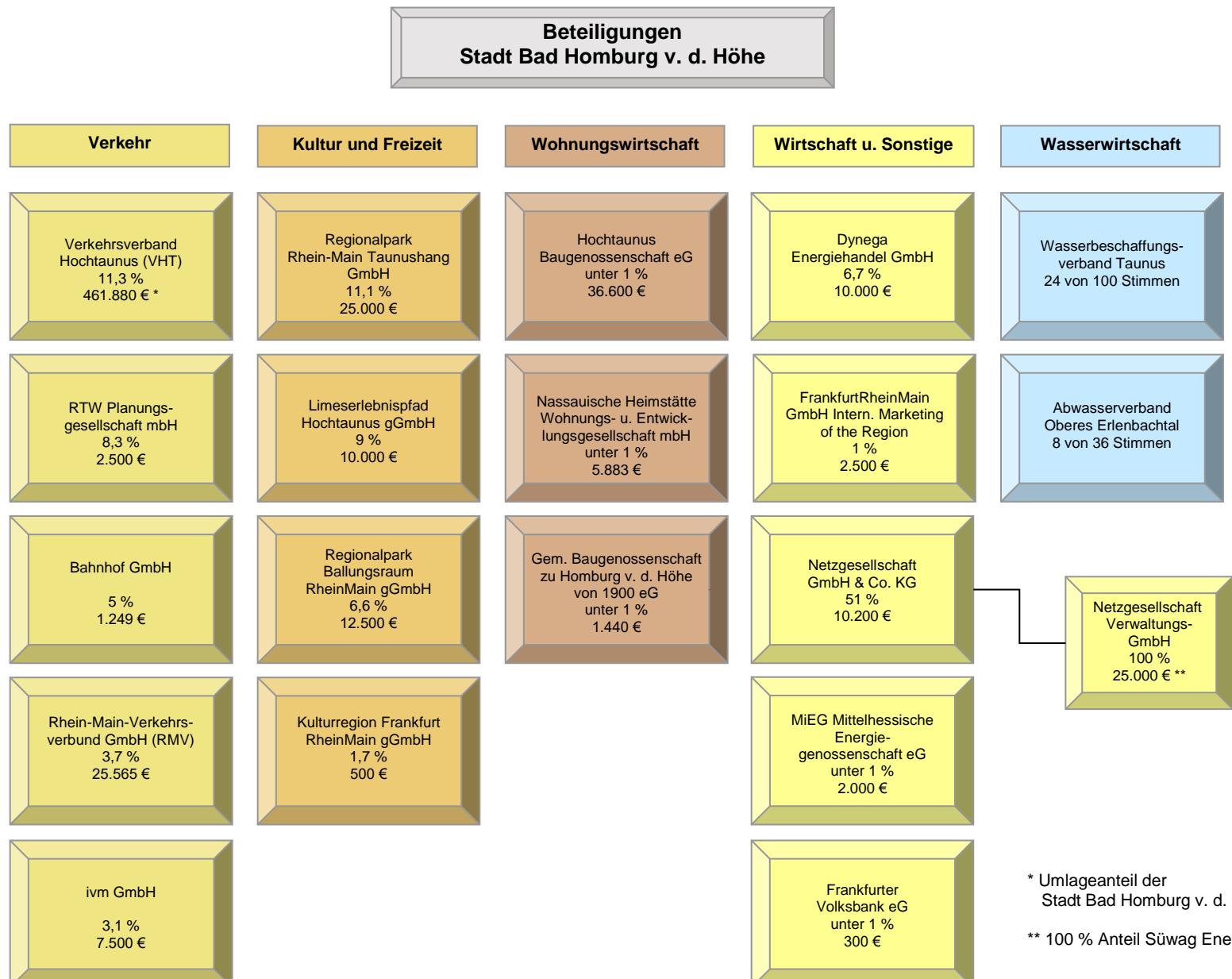
Zweckverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung. Organe des Zweckverbandes sind der Verbandsvorstand und die Verbandsversammlung. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG).

Eingetragene Vereine

Vereine sind auf Dauer angelegte freiwillige Zusammenschlüsse von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes, wobei der Zweck vom jeweiligen Mitgliederbestand unabhängig ist. Organe bei den Vereinen sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand. Die Rechtsfähigkeit wird durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht erlangt.

2. Übersichten über die Eigenbetriebe/ -gesellschaften, Beteiligungen





**Kapitalzuführungen und -entnahmen, Darlehen, Sicherheiten
zwischen Stadt und Eigenbetrieben/Eigengesellschaften**

1. Kapitalzuführungen und -entnahmen

Eigenbetrieb/-gesellschaft	Bezeichnung	Zuführung	Entnahme
		2019	2019
		T€	T€
Betriebshof	Kapitaleinlage	0	0
	Gewinnabführung	0	0
Stadtwerke	Kapitaleinlage	1.938	0
	Konzessionsabgabe	0	1.049
Kur- und Kongreß-GmbH	Finanzierungsvereinbarung / Aufgabenverlagerungsvertrag	6.793	0
Summe		8.731	1.049

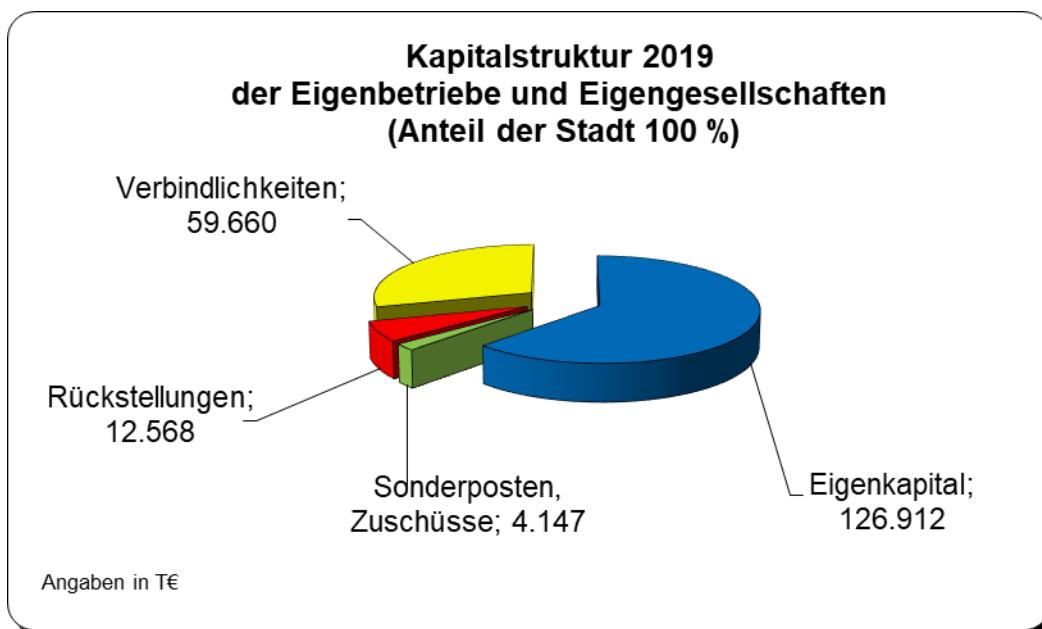
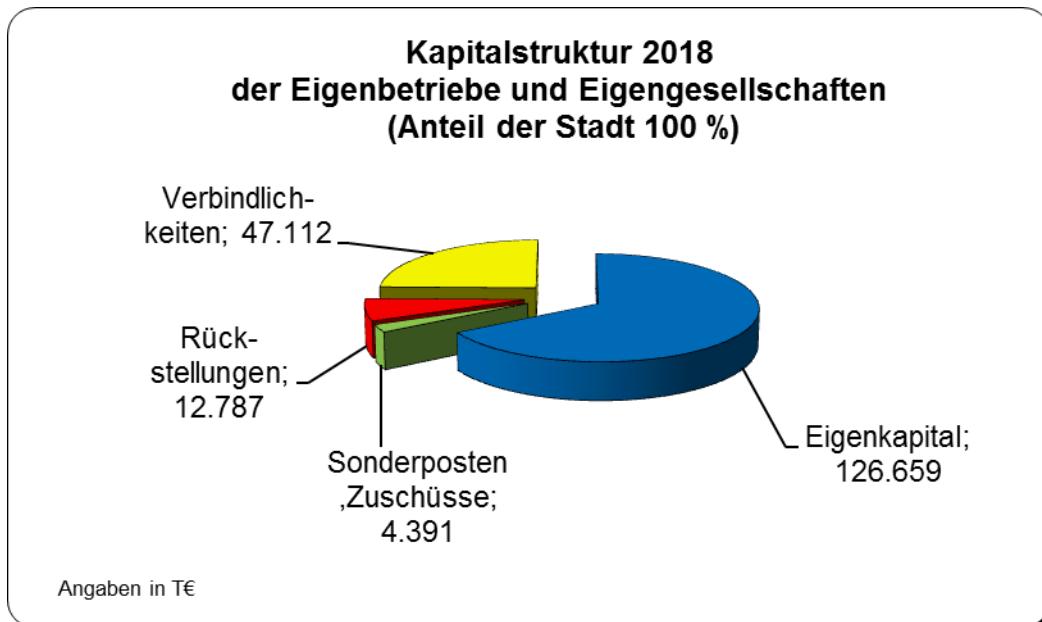
2. Darlehen

Eigenbetrieb/-gesellschaft	Bezeichnung	Stand	Stand
		31.12.2019	31.12.2018
		T€	T€
Betriebshof	Anlagevermögen 6 städtische Friedhöfe	2.337	2.546
	Abfallentsorgung, Straßenreinigung	803	888
Kur- und Kongreß-GmbH	Einlage in die Kapitalrücklage der François-Blanc-Spielbank	10.000	10.000
	Casino-Parkhaus	900	1.125
	Orangerie und Konzertpavillon	1.290	1.320
	Kurverwaltung	2.693	2.830
	Summe	18.023	18.709

3. Sicherheiten (Bürgschaften)

Eigenbetrieb/-gesellschaft	Bezeichnung	Stand	Stand
		31.12.2019	31.12.2018
		T€	T€
Kur- und Kongreß-GmbH	Kredite	1.643	1.830
Summe		1.643	1.830

2.4 Kapitalstruktur der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften



Die Diagramme bilden eine aggregierte (nicht konsolidierte) Darstellung der Kapitalstrukturen der Unternehmen

- ◆ Betriebshof Bad Homburg v. d. Höhe
- ◆ Stadtwerke Bad Homburg v. d. Höhe
- ◆ Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe
- ◆ Bahnhof GmbH Bad Homburg v. d. Höhe
- ◆ Betriebsgesellschaft Klinik Dr. Baumstark GmbH Bad Homburg v. d. Höhe
- ◆ François-Blanc-Spielbank GmbH Bad Homburg v. d. Höhe
- ◆ KuK Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH Bad Homburg v. d. Höhe

für die Jahre 2018 und 2019 ab.

2.5 Kennzahlen der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften

Eigenbetriebe und Eigengesellschaften	Eigenkapital- quote		Material- aufwandsquote		Personal- aufwandsquote		Umsatz- rentabilität		Eigenkapital- rentabilität		Liquidität 1. Grades		Anlagedeckung 1. Grades	
	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Betriebshof	25,9	27,3	30,8	30,1	52,6	54,4	2,9	-2,1	6,7	-5,0	113,2	75,3	35,7	36,9
Stadtwerke	74,9	87,4	56,9	52,8	21,5	21,5	-5,5	-2,5	-2,8	-1,2	12,3	55,9	88,7	108,3
Kur- und Kongreß-GmbH	41,0	38,8	29,2	24,0	41,2	37,7	1,2	8,2	1,0	7,8	43,7	55,8	51,2	49,3
Bahnhof GmbH	94,8	92,8	43,5	40,0	0,0	0,0	-44,0	-87,4	-2,1	-4,0	30,8	14,2	96,6	98,4
Betriebsgesellschaft Klinik Dr. Baumstark GmbH	21,0	18,9	33,4	33,7	64,0	59,9	-3,4	0,4	-114,3	14,7	52,1	49,0	0	0
François-Blanc-Spielbank GmbH	72,3	72,3	12,6	13,2	59,5	53,1	7,0	7,0	12,2	11,3	250,6	285,7	210,5	286,4
KuK Immobilienverwaltungs- gesellschaft mbH	80,2	70,4	67,5	72,9	16,3	16,8	0,3	0,5	0,2	0,6	440,3	236,2	16.071,4	11.250,0

**2.6 Betriebswirtschaftliche Eckdaten
der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften**

Eigenbetriebe und Eigengesellschaften	Anlage- vermögen		Abw.	Eigenkapital		Abw.	Verbindlich- keiten		Abw.	Bilanzsumme		Abw.
	2019	2018		%	2019	2018	%	2019	2018	%	2019	2018
	TEUR				TEUR			TEUR			TEUR	
Betriebshof	25.798	23.331	10,6	9.212	8.598	7,1	13.421	11.198	19,9	35.509	31.480	12,8
Stadtwerke	74.005	60.609	22,1	65.664	65.639	0,0	19.396	7.769	149,7	87.612	75.142	16,6
Kur- und Kongreß-GmbH	42.311	43.470	-2,7	21.660	21.438	1,0	22.054	24.463	-9,8	52.815	55.214	-4,3
Bahnhof GmbH	18.195	18.606	-2,2	17.569	18.301	-4,0	876	230	280,9	18.532	19.717	-6,0
Betriebsgesellschaft Klinik Dr. Baumstark GmbH	0	0	0	258	258	0,0	677	830	-18,4	1.227	1.365	-10,1
François-Blanc-Spielbank GmbH	5.426	3.945	37,5	11.424	11.300	1,1	2.991	2.195	36,3	15.811	15.629	1,2
KuK Immobilienverwaltungs- gesellschaft mbH	10	10	0,0	1.125	1.125	0,0	245	427	-42,6	1.403	1.598	-12,2
gesamt	165.745	149.971	10,5	126.912	126.659	0,2	59.660	47.112	26,6	212.909	200.145	6,4

2.6 Betriebswirtschaftliche Eckdaten der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften

Eigenbetriebe und Eigengesellschaften	Umsatzerlöse		Abw.	Material-aufwand		Abw.	Personal-aufwand		Abw.	Jahres-ergebnis		Abw.	Mitarbeiter	
	2019	2018		%	2019	2018	%	2019	2018	%	2019	2018	%	
		TEUR				TEUR			TEUR			TEUR		
Betriebshof	21.097	20.388	3,5	6.495	6.146	5,7	11.094	11.094	0,0	614	-434	241,5	200	202
Stadtwerke	33.719	32.052	5,2	19.185	16.915	13,4	7.254	6.879	5,5	-1.862	-801	-132,5	116	117
Kur- und Kongreß-GmbH	18.484	20.256	-8,7	5.396	4.864	10,9	7.610	7.637	-0,4	222	1.670	-86,7	134	125
Bahnhof GmbH	857	836	2,5	373	334	11,7	0	0	0	-377*	-731*	48,4	0	0
Betriebsgesellschaft Klinik Dr. Baumstark GmbH	8.675	8.778	-1,2	2.901	2.961	-2,0	5.549	5.257	5,6	-295*	38*	-876,3	96	96
François-Blanc-Spielbank GmbH	48.261	42.124	14,6	2.507	2.424	3,4	11.803	9.734	21,3	1.399*	1.275*	9,7	238	228
KuK Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH	730	1.282	-43,1	493	934	-47,2	119	216	-44,9	2*	7*	-71,4	2	4
gesamt	131.823	125.716	4,9	37.350	34.578	8,0	43.429	40.817	6,4	-1.026	435	-335,9	786	772

*Die Jahresergebnisse der Bahnhof GmbH, Betriebsgesellschaft Klinik Dr. Baumstark GmbH und KuK Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH wirken sich aufgrund von Beherrschungs- und Ergebnis-/Gewinnabführungsverträgen mit der Kur- und Kongreß-GmbH unmittelbar auf deren Jahresergebnis aus. Zudem wurde das Jahresergebnis der François-Blanc-Spielbank GmbH an die Kur- und Kongreß-GmbH ausgeschüttet.

3. Prüfungen nach § 121 Abs. 7 Hessische Gemeindeordnung (HGO)

Nach § 121 Abs. 7 HGO hat die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, ob ihre wirtschaftlichen Betätigungen noch den Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entsprechen und inwieweit diese Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

Die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe verbindet die Prüfungen mit der Erstellung des jährlichen Beteiligungsberichtes. Der vorliegende Beteiligungsbericht ist daher von der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen.

In § 121 Abs. 1 HGO wird ausgeführt:

„Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn

- 1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,*
- 2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und*
- 3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.*

Soweit Tätigkeiten vor dem 01. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.“

Die Prüfung der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen wurden wie folgt vorgenommen:

1. In den Kommentierungen zum § 121 HGO sind die zulässigen Tätigkeitsbereiche aufgeführt. Die unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen wurden entsprechend des Gegenstandes des Unternehmens den zulässigen Bereichen zugeordnet. In der Tabelle ist gekennzeichnet, ob das Gründungsdatum vor oder nach dem 01.04.2004 liegt.
2. Anhand der Gesellschaftsverträge bzw. Satzungen der Unternehmen wurde geprüft, inwieweit für den Gesellschaftszweck des jeweiligen Unternehmens ein öffentliches Interesse besteht.
3. Auf Grundlage der wirtschaftlichen Daten der Betätigungen wurde geprüft, inwieweit diese in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum tatsächlichen Bedarf der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe stehen.

Hinsichtlich der Prüfung ist Folgendes anzumerken:

François-Blanc-Spielbank GmbH Bad Homburg v. d. Höhe:

Bei der *François-Blanc-Spielbank GmbH Bad Homburg v. d. Höhe* ist der Tätigkeitsbereich in den Kommentierungen nicht angeführt. Die Gesellschaft hat mit der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe einen Konzessionsvertrag zur Ausübung des Spielbetriebs für die Zeit vom 01. Januar 2013 bis 31. Dezember 2022 geschlossen. Die Genehmigung hierzu wurde der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe mit Erlaubnisurkunde vom 28. November 2012 bzw. Schreiben des Hessischen Ministerium des Innern und für Sport vom 11. Dezember 2012 erteilt.

Spielbank Bad Homburg Wicker & Co KG:

Mit dem Konzessionsende zum 31.12.2012 wurde der Betrieb der Spielbank Bad Homburg v. d. Höhe, sowie dessen Nebenbetrieb der Restauration, beendet. Die Gesellschafter haben in ihrer Sitzung am 10. Dezember 2014 eine neue Satzung mit geänderter Zweckbestimmung wie folgt beschlossen:

„Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an Spielbanken und deren Nebenbetrieben, sowohl im Inland als auch im Ausland, sowie die Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung anderer Gesellschaften als deren persönlich haftender Gesellschafter.“

Zu der mittelbaren Beteiligung der Stadt wurde seitens der Kur- und Kongreß-GmbH folgende Stellungnahme abgegeben:

„Die Beteiligung an der Spielbank Bad Homburg v. d. Höhe Wicker & Co. KG (nachfolgend Wicker KG) ist nicht mit Nachteilen für die Kur und Kongreß GmbH (KUR) verbunden. Die KUR trägt aus der Beteiligung an der KG kein (wirtschaftliches) Risiko, da sie als Kommanditistin gesellschaftsvertraglich nicht zur Übernahme von Verlusten aus der Beteiligung an der Wicker KG verpflichtet ist. Es bestehen darüber hinaus lt. Gesellschaftsvertrag keine Nachschussverpflichtungen für die KUR.

Weiterhin ist die Beteiligung der KUR an der Wicker KG aus strategischer Sicht sinnvoll und notwendig. Die KUR hat mit ihrer Tochtergesellschaft Francois-Blanc-Spielbank GmbH (FBS) aufgrund der ihr mit Wirkung vom 01.01.2013 erteilten Spielbankkonzession den Spielbankbetrieb in Bad Homburg v. d. Höhe von der Wicker KG übernommen. Über die Beteiligung an der Wicker KG pflegt die KUR respektive die FBS intensiven fachlichen Austausch mit der Spielbank in Bad Mondorf.

Die KUR hält durch die Wicker KG ausschließlich eine mittelbare Beteiligung an einer ausländischen Gesellschaft. Daher ist eine direkte wirtschaftliche Betätigung im Ausland ausgeschlossen.“

Nach durchgeföhrter Prüfung erfüllen alle Beteiligungen die Vorgaben gem. § 121 Abs. 7 HGO.

Das Prüfungsergebnis ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

Prüfungen nach § 121 Abs. 7 Hessische Gemeindeordnung (HGO)

Gesellschaft	Gründung vor 01.04.2004	Gründung nach 01.04.2004	Gegenstand des Unternehmens	Prüfungs-ergebnis	Bemerkungen
Betriebshof	X		Sicherstellung Abfallentsorgung, Stadtreinigung, Grünpflege, Kanal-, Gewässer- u. Straßenunterhaltung, Betreuung u. Verwaltung der städtischen Friedhöfe, Bewirtschaftung Stadtwald; Dienstleistungen für Verwaltungsbereiche der Stadt	zulässig	
Stadtwerke	X		Versorgung mit Energie u. Wasser, Betrieb des Seedammbades	zulässig	
Kur- und Kongreß-GmbH	X		Betrieb, Verwaltung u. Beratung von Gesundheits-, Fremdenverkehrs-, Veranstaltungseinrichtungen u. Durchführung von Veranstaltungen	zulässig	
Bahnhof GmbH		X	Betrieb des städtischen Kulturbahnhofs	zulässig	
Betriebsgesellschaft Klinik Dr. Baumstark GmbH	X		Betrieb einer Klinik	zulässig	
François-Blanc-Spielbank GmbH		X	Betrieb der Spielbank Bad Homburg v. d. Höhe	zulässig	Genehmigung durch Hess. Ministerium des Innern und für Sport vom 28.11.2012 bzw. 11.12.2012 (siehe Hinweis auf Seite 21)
KuK Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH	X		Betrieb von städtischen Immobilien	zulässig	

Prüfungen nach § 121 Abs. 7 Hessische Gemeindeordnung (HGO)

Gesellschaft	Gründung vor 01.04.2004	Gründung nach 01.04.2004	Gegenstand des Unternehmens	Prüfungs-ergebnis	Bemerkungen
Dynega Energiehandel GmbH		X	Beschaffung von Gas und Strom	zulässig	
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing oft he Region		X	Standortmarketing Raum Frankfurt RheinMain	zulässig	
Frankfurt Ticket Rhein Main GmbH	X		Marketing, Vertrieb und Verkauf von Vertrieb von Tickets RheinMain Gebiet	zulässig	
Hochtaunusbau Grundbesitzgesellschaft mbH		X	Betrieb einer Kita u. Altentagesstätte	zulässig	
ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- u. Mobilitätsmanagement)	X		Verkehrsmanagement Region Frankfurt RheinMain	zulässig	
Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH		X	Förderung der Kultur Region Frankfurt RheinMain	zulässig	
Limeserlebnispfad Hochtaunus gGmbH		X	Unterhaltung Limeserlebnispfad	zulässig	
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	X		Wohnungsversorgung	zulässig	
Netzgesellschaft GmbH & Co. KG Bad Homburg v. d. Höhe		X	Versorgung mit Energie	zulässig	
Regionalpark Ballungsraum RheinMain gGmbH	X		Förderung Regionalpark RheinMain	zulässig	

Prüfungen nach § 121 Abs. 7 Hessische Gemeindeordnung (HGO)

Gesellschaft	Gründung vor 01.04.2004	Gründung nach 01.04.2004	Gegenstand des Unternehmens	Prüfungs-ergebnis	Bemerkungen
Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH	X		Förderung Regionalpark insbesondere „Landgräfliche Gartenlandschaft“	zulässig	
Rhein-Main Verkehrsverbund (RMV) GmbH	X		Öffentlicher Personennahverkehr	zulässig	
RTW Planungsgesellschaft mbH		X	Realisierung Projekt „Regionaltangente West“	zulässig	
Spielbank Bad Homburg Wicker & Co KG	X		Beteiligung an Spielbanken	zulässig	siehe Hinweis auf Seite 21
Frankfurter Volksbank eG	X		Bankgeschäfte	zulässig	Mitgliedschaft (Anteil 300 €)
Hochtaunus Baugenossenschaft eG	X		Wohnungsversorgung	zulässig	
Gemeinnützige Baugenossenschaft zu Homberg v. d. Höhe 1900 eG	X		Wohnungsversorgung	zulässig	
MiEG Mittelhessische Energiegenossenschaft eG (MiEG)		X	Energieversorgung	zulässig	
Unser Oberhof eG		X	Begegnungsstätte, Stadtteilbibliothek, Jugendkulturtreff	zulässig	
Verkehrsverband Hochtaunus VHT	X		Öffentlicher Personennahverkehr	zulässig	
Abwasserverband Oberes Erlenbachtal	X		Abwasserbeseitigung	zulässig	

Gesellschaft	Gründung vor 01.04.2004	Gründung nach 01.04.2004	Gegenstand des Unternehmens	Prüfungs-ergebnis	Bemerkungen
Wasserbeschaffungsverband Taunus	X		Wasserbeschaffung	zulässig	

4. Eigenbetriebe

4.1 Betriebshof Bad Homburg v. d. Höhe

Rechtsform

Eigenbetrieb

Handelsregister

HRA 4586
Bad Homburg v. d. Höhe

Anschrift

Nehringstraße 7-9
61352 Bad Homburg v. d. Höhe
Telefon: 06172 6775 0
Fax: 06172 6775 45
E-Mail: betriebshof@bad-homburg.de
Internet: www.betriebshof-hg.de

Unternehmensgegenstand

Zweck des Eigenbetriebes ist die Sicherstellung der Abfallentsorgung, Stadtreinigung, Grünpflege, Kanal-, Gewässer- und Straßenunterhaltung, die Betreuung und Verwaltung der städtischen Friedhöfe, die Bewirtschaftung des Stadtwaldes sowie die Erbringung von Dienstleistungen für die Verwaltungsbereiche der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe.

Beziehungen zum städtischen Haushalt

Der Betriebshof ist hauptsächlich Auftragnehmer der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe. Die Umsatzerlöse aus Aufträgen mit der Stadt betragen 9.712 T€. Gegenüber der Stadt bestehen Forderungen in Höhe von 3.291 T€. Dem gegenüber bestehen Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt in Höhe von 4.690 T€.

In den Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt sind solche aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 68 enthalten sowie Anzahlungen für Ökomaßnahmen mit TEUR 880. Weiterhin resultieren Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt aus der Übernahme der 6 städtischen Friedhöfe zum 01. Januar 2012 mit TEUR 2.749 sowie ein gewährtes Darlehen von Seiten der Stadt in Höhe von TEUR 991.

Gründung des Eigenbetriebes

01.01.1995

Betriebssatzung

In der Fassung vom 29. August 1994 (derzeit gültig einschließlich der 8. Änderung vom 10. April 2014).

Stammkapital

3.500.000 €

Anteil Stadt

100 %

Beschlussgrundlagen

Stadtverordnetenversammlung vom 16.06.1994, Drucksachen- Nr.: SV 93/0050-13

Betriebskommission (Geschäftsjahr 2019)

Vertreter*innen des Magistrats:

- Lucia Lewalter-Schoor (Stadträtin)
- Vorsitzende -

- Meinhard Matern (Bürgermeister)
- Ursula Bachmeier (Industriekaufmann)
- Heinz-Peter Curdts (Dipl. Ingenieur)
- Irina Gerybadze-Haesen (Verwaltungsangestellte)
- Christine Rupp (Dipl. Sozialarbeiterin)

Vertreter*innen der Stadtverordnetenversammlung

- Silvia Argyrakis (Verwaltungsangestellte)
- Peter Braun (Selbstständiger)
- Oliver Messer (Student)
- Amir Parandian (Geschäftsführer)
- Dr. Rudolf Pietzke (Rechtsanwalt)
- Peter Schmidt (Einkaufsleiter i. R.)
- Michael Velten (Kaufmann / Immobilienökonom)

Sachkundige Personen

- Thomas Nowak (Unternehmer)
- Peter Sothmann (Betriebswirt)

Vertreter*innen des Personalrats

- Dieter Baier (Forstwirtschaftsmeister)
- Stefanie Hollenberg (Angestellte)
- Manfred Steinmetz (Mitarbeiter Recylinghof)
- Sven Zimmermann (Gärtner)

Sitzungsgeld

Die Mitglieder der Betriebskommission erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 35 Euro pro Sitzung. Im Geschäftsjahr 2019 haben 4 Sitzungen stattgefunden.

Betriebsleitung

Ralf Bleser, Dipl.-Kfm.

Die Bezüge der Betriebsleitung belaufen sich im Geschäftsjahr 2019 auf 135.542 €.

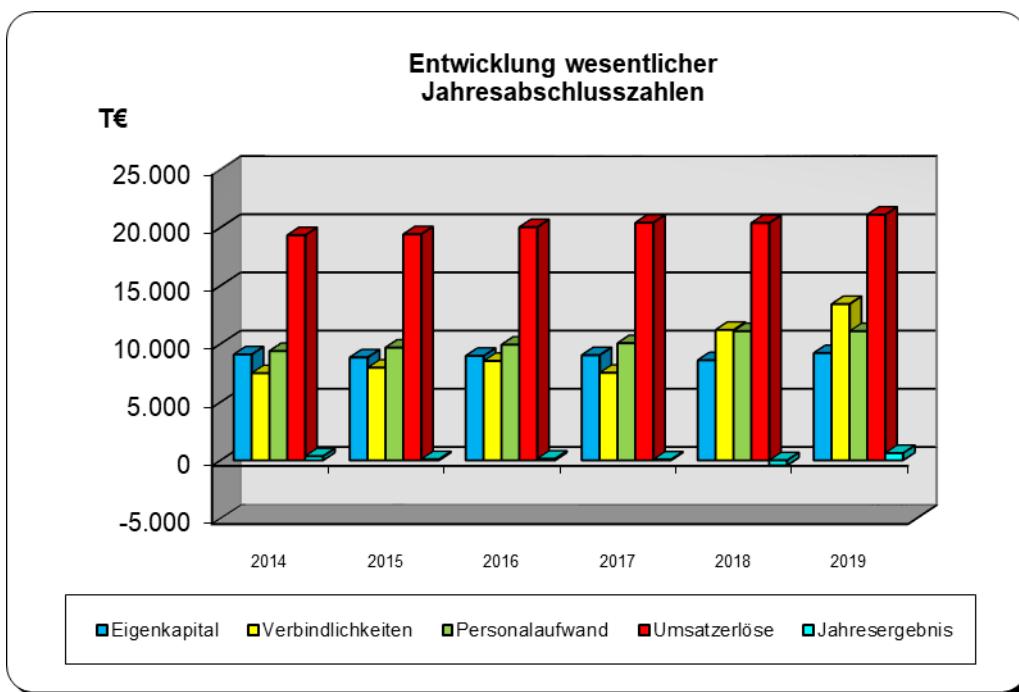
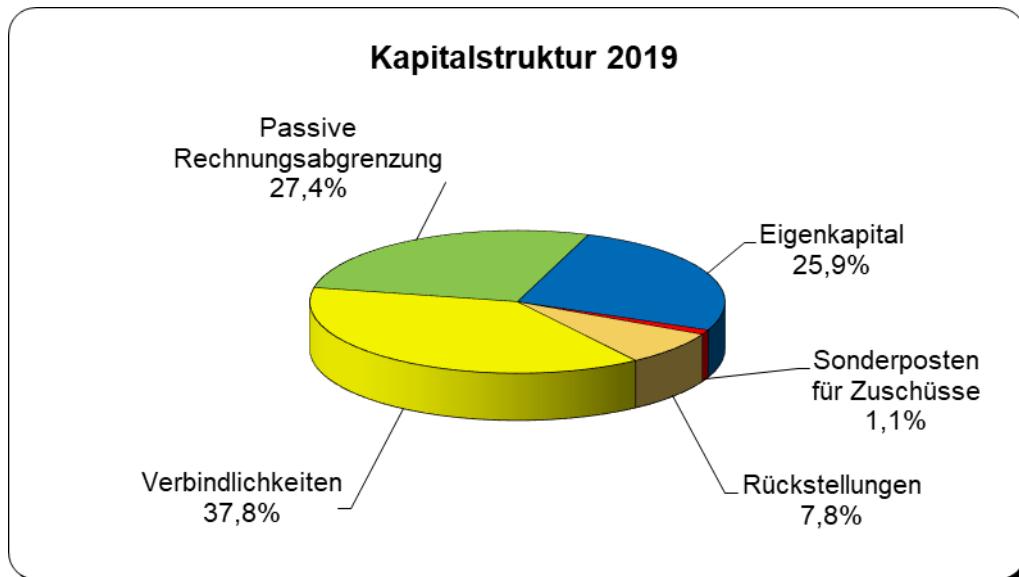
Abschlussprüfer

BRV GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

- Prüfung durch o.g. Gesellschaft seit dem Jahr 2017; vorher durch Dr. Dornbach Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

Bilanz	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
Aktiva	TEUR		TEUR	%
Anlagevermögen	25.798	23.331	2.467	10,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	26	37	-11	-29,7
Sachanlagen	20.691	17.801	2.890	16,2
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	7.500	6.903	597	8,6
2. Bauten auf fremden Grundstücken	5.809	1.132	4.677	413,2
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.002	4.967	35	0,7
4. Geleistete Anzahlungen u. Anlagen im Bau	2.379	4.799	-2.420	-50,4
Finanzanlagen	5.081	5.494	-413	-7,5
Umlaufvermögen	9.686	8.123	1.563	19,2
Vorräte	424	398	26	6,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.761	3.548	213	6,0
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	191	213	-22	-10,3
2. Forderungen an die Stadt	3.509	3.291	218	6,6
3. Sonstige Vermögensgegenstände	61	44	17	38,6
Liquide Mittel	5.502	4.177	1.325	31,7
Rechnungsabgrenzungsposten	24	26	-2	-7,7
Bilanzsumme	35.509	31.480	4.029	12,8
Passiva	TEUR		TEUR	%
Eigenkapital	9.212	8.598	614	7,1
Stammkapital	3.500	3.500	0	0,0
Allgemeine Rücklagen	3.720	3.729	-9	-0,2
Gewinn des Vorjahres	1.378	1.803	-425	-23,6
Jahresfehlbetrag / -überschuss	614	-434	1.048	241,5
Sonderposten für Zuschüsse	378	215	163	75,8
Rückstellungen	2.773	2.907	-134	-4,6
Verbindlichkeiten	13.421	11.198	2.223	19,9
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.614	5.449	3.165	58,1
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.008	903	105	11,6
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	3.644	4.690	-1.046	-22,3
4. Sonstige Verbindlichkeiten	155	156	-1	-0,6
Rechnungsabgrenzungsposten	9.724	8.563	1.161	13,6
Bilanzsumme	35.509	31.480	4.029	12,8

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
	TEUR		TEUR	%
Umsatzerlöse	21.097	20.388	709	3,5
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	25	24	1	4,2
Andere aktivierte Eigenleistungen	100	58	42	72,4
Sonstige betriebliche Erträge	1.565	719	846	117,7
Materialaufwand	-6.495	-6.146	-349	-5,7
Personalaufwand	-11.094	-11.094	0	0,0
Abschreibungen	-1.873	-1.898	25	1,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.489	-2.274	-215	-9,5
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	-1	-100,0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-180	-151	-29	-19,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	657	-374	1.031	275,7
Sonstige Steuern	-43	-61	18	29,5
Jahresergebnis	614	-434	1.048	241,5



	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€
Eigenkapital	9.092	8.837	8.967	9.032	8.598	9.212
Verbindlichkeiten	7.480	7.952	8.530	7.512	11.198	13.421
Umsatzerlöse	19.338	19.424	20.024	20.414	20.387	21.097
Personalaufwand	9.382	9.678	9.930	10.061	11.094	11.094
Jahresergebnis	345	87	130	65	-434	614

Lagebericht:

1. Unternehmensgrundlagen

Nach seiner Ausgliederung zum Januar 1995 in einen kommunalen Eigenbetrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit wurde dem Betriebshof durch die Politik vorgegeben, sich in der Regel wirtschaftlich selbst tragen zu können. Dies beinhaltet sowohl die Erzielung der notwendigen Umsätze aus einem stark eingeschränkten Auftraggeberkreis als auch die selbstständige Personalverantwortung.

Der Eigenbetrieb gilt als Sondervermögen der Stadt. Hieraus resultiert einerseits eine deutliche Abhängigkeit von städtischen Vorgaben, andererseits aber auch die Möglichkeit, eigene innerbetriebliche Strukturen wie beispielsweise ein klar strukturiertes Rechnungswesen mit tief gegliederter Kostenrechnung und funktionierendem Controlling, aufzubauen.

Bei Ausgliederung 1995 wurden dem Eigenbetrieb als ursprünglichen Aufgabenumfang die klassischen Bauhoffelder wie Grünpflege, Abfallwirtschaft, Stadtreinigung, Straßen- und Kanalunterhaltung und Handwerkerleistungen zugeordnet. Diese Bereiche waren bis dahin teilweise auf unterschiedliche städtische Ämter verteilt und nicht unbedingt so miteinander koordiniert, dass Interaktionen ohne starke Reibungsverluste möglich waren.

Um dies zu gewährleisten, ist der Betriebshof klar strukturiert angelegt, mit kurzen Entscheidungswegen versehen und hierarchisch flach gegliedert.

Im Laufe seines Bestehens wurden dem Eigenbetrieb weitere Geschäftsbereiche übertragen, die bis dahin in den städtischen Fachbereichen oder extern angesiedelt waren. So wurden sowohl die operativen Friedhofsleistungen als auch die Friedhofsverwaltung integriert. Auch die Betreuung des Stadtwalds ist 2005 zu einem festen Bestandteil geworden.

Eine unerlässliche Grundlage für das Funktionieren dieses vielfältigen und umfangreichen Dienstleisters ist das Engagement der Beschäftigten. Rund 200 Personen kümmern sich darum, die Wünsche und Vorgaben unterschiedlichster Interessengruppen - Stadtverwaltung, Bürgerinnen und Bürger, Politik – bestmöglich zu erfüllen. Dass dies nicht immer zur Zufriedenheit aller gelingen kann, ist aufgrund der doch oft unterschiedlichen Sichtweisen der Kundengruppen vorstellbar. Es gelingt aber überwiegend gut, was die dem Betriebshof entgegengebrachte Resonanz zeigt. Wir beherrschen das Tagesgeschäft und sind zusätzlich in der Lage, außergewöhnliche Anforderungen schnell und umfassend zu befriedigen.

Der Betriebshof fühlt sich in der Kurstadt gut eingebettet, ist akzeptiert und hat sich zu einem festen Bestandteil des täglichen Lebens entwickelt. Dennoch ist es unverzichtbar, dass sich der Eigenbetrieb den äußeren Anforderungen und Besonderheiten unablässig stellen und weiterentwickeln muss, um immer aktuell zu sein.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Geschäftsergebnis

Die Betriebsergebnisse der letzten Jahre (in TEUR):

		TEUR
2010	Überschuss von	1.201
2011	Überschuss von	965
2012	Überschuss von	513
2013	Überschuss von	182
2014	Überschuss von	345
2015	Überschuss von	87
2016	Überschuss von	130
2017	Überschuss von	65
2018	Verlust von	434
2019	Überschuss von	614

Das Geschäftsjahr 2019 schließt mit einem Jahresgewinn von rd. TEUR 614 ab. Der Ansatz im Wirtschaftsplan ging von einem neutralen Ergebnis aus. Diese doch signifikante Abweichung zwischen den Ansätzen im Wirtschaftsplan und dem tatsächlichen Geschäftsergebnis ist im Wesentlichen auf die folgenden Positionen zurückzuführen:

- Mindereinnahmen im Bereich der gebührenrelevanten Einnahmen aus Abfall- und Straßenreinigung
- höhere Erlöse aus der Bewirtschaftung städtischer Aufträge
- höhere Erlöse im Bereich Stadtwald aus den Holzverkäufen und den Erlösen aus der Vergabe von Ökopunkten
- geringere Erlöse im Drittgeschäft
- höhere Erträge aus aktivierten Eigenleistungen
- höhere Erträge aus der Entnahme der Rücklagen für Abfall- und Straßenreinigungsgebühren als Ausgleich der jeweiligen Unterdeckung
- höhere Erträge aus dem Verkauf von ersetzten Anlagegütern
- höhere Aufwendungen im Materialeinkauf und aus der Nutzung externer Dienstleistungen
- Rückgang der Aufwendungen im Bereich der bezogenen Leistungen für die Abfall- und Straßenreinigung
- geringere Personalkosten im Vergleich zum Budgetansatz
- höhere Ausgaben im Bereich der sonst. betrieblichen Aufwendungen

2.2 Grundstücke und Bauten

Dem Betriebshof sind mehrere Grundstücke, verteilt im Stadtgebiet, zugeordnet. Das zentrale Betriebsgelände, in der Nehringerstraße 7-9 gelegen, ist von den Eigentumsverhältnissen in zwei Bereiche zu unterteilen. Eine Parzelle mit rund 16.650 m² befindet sich im Eigentum des Eigenbetriebs. Zusätzlich wird ein, in Erbpacht angemietetes, Gelände mit rund 16.000 m² genutzt. Dieses Erbpachtgelände bestand bis 2017 aus zwei Grundstücken. Die damaligen getrennten Pachtverträge wurden dann in einen Vertrag gleichen Inhalts umgewandelt und dessen Laufzeit bis zum Jahr 2065 verlängert. Parallel wurden die beiden Grundstücke durch Änderung im Grundbuch zusammengeführt.

Die Bauwerke des Betriebsgeländes in der Nehringerstraße wurden in den Jahren 1979 bis 1981 errichtet. Dementsprechend kostenintensiv ist der Unterhaltungsaufwand. Besonders die Flachdächer müssen nacheinander alle komplett saniert werden.

Bevor das neue Verwaltungsgebäude ans Stromnetz gehen kann, musste im Jahr 2019 die bisherige Stromverteilerzentrale komplett ausgetauscht werden. Sie war so marode, dass eine sichere Stromversorgung nicht mehr gewährleistet werden konnte.

In der großen Fahrzeughalle Süd wurde bei Untersuchungen in 2019 umfangreiche Schädigungen des Betons festgestellt. Die nicht geplante Sanierung muss aufgrund der statischen Probleme in 2020 durchgeführt werden. Es werden Kosten von ca. T€ 400 erwartet.

In den nächsten Jahren müssen die Pflasterflächen im Hofbereich erneuert werden. Eine brandschutztechnische und energetische Sanierung des Handwerkergebäudes inklusive einer Dacherneuerung steht ebenfalls an. Zusätzlich muss der komplette Sanitärbereich im Sozialgebäude erneuert und erweitert werden.

Das Betriebsgelände in der Nehringerstraße war bei seiner Fertigstellung auf einen kleineren Bauhof und einen öffentlichen Personennahverkehr ausgerichtet, der lediglich die Buslinien in Bad Hom-

burg bedienen sollte. Inzwischen sind auf dem Gelände ca. 45 Busse stationiert, die auch die Nachbarkommunen Oberursel und Friedrichsdorf bedienen. Dies erschwert einen reibungslosen Betriebsablauf. Die weitere Planung, im ÖPNV auf Elektromobilität zu setzen, wird sich auf dem Betriebsgelände Nehrungstraße in größerem Stil aus Platzgründen nicht realisieren lassen.

Nach dem Wegfall der Lagerflächen für städtisch genutzte Baumaterialien im Schaberweg nutzt der Betriebshof gemeinsam mit den Stadtwerken und dem städtischen Tiefbau eine Fläche in der Steinmühlstraße in Ober – Erlenbach.

Die städtische Kläranlage in Ober – Eschbach wird erneuert. Ab dem Zeitpunkt des Baubeginns entfällt der Lagerplatz, den der Betriebshof u.a. für die Zwischenlagerung von Grünschnitt und das Abstellen von über 20 Abrollcontainer nutzt. Ein Ausweichgelände ist nicht in Sicht.

Im Zusammenhang mit der Erweiterung der Kläranlage wird auch der dort betriebene Recyclinghof wegfallen. Sollten die jetzt dort anliefernden Bürgerinnen und Bürger dann noch den Recyclinghof in der Georg – Schäffler Straße mit nutzen müssen, wird hier der Geschäftsbetrieb an stark frequentierten Tagen nicht mehr gewährleistet werden können. Die Genehmigung des Regierungspräsidiums zum Betreiben dieses Platzes ist u.a. an Anliefermengen gebunden, die dann überstiegen werden würden. Es wird derzeit über den Fachbereich Stadtplanung versucht ein Gelände für einen gemeinsamen großen Recyclinghof käuflich zu erwerben. Sollte dies gelingen und der Betriebshof dieses Gelände ausschließlich nutzen können, wäre dies auch ein Schritt zur Entlastung der beengten Verhältnisse in der Nehrungstraße.

Die Gärtnerei in der Augusta - Allee 6 ist als einsatznaher Stützpunkt für die im Kurpark eingesetzten Beschäftigten mit den entsprechenden Fahrzeugen und Großgeräten weiterhin von großer Bedeutung.

Mit der Übernahme der Friedhofsverwaltung wurden dem Betriebshof auch die sechs städtischen-Friedhofsimmobilien übertragen. Auch dieser Bereich zeigt einen hohen Sanierungsaufwand. So mussten in den vergangenen Jahren die Trauerhallen in Gonzenheim und Kirdorf für insgesamt mehr als TEUR 1.300 aufwändig saniert werden.

2.3 Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen

Das in der Betriebssatzung festgelegte Stammkapital beträgt unverändert TEUR 3.500.

Als allgemeine Rücklage weist die Bilanz zum 31. Dezember 2019 rd. TEUR 3.720 aus. Dabei gab es eine Auflösung der Zuschüsse für die Zisterne und der Holzfeuerungsanlage von rd. TEUR 10.

Die Rückstellungen vermindern sich gegenüber dem Vorjahr um 5 % auf rd. TEUR 2.773. Hauptursache dieser Entwicklung ist die Inanspruchnahme der Rückstellung für die Gebührenbereiche Abfallwirtschaft und Straßenreinigung zum Ausgleich der jeweiligen Unterdeckungen von rd. TEUR 578.

Die Rückstellung für die Abfallentsorgung beläuft sich nach dieser Entnahme noch auf TEUR 1.225 sowie im Bereich der Straßenreinigung auf TEUR 14.

Für nicht angetretenen Urlaub und nicht ausgeglichenes Zeitguthaben wurden per 31. Dezember 2019 TEUR 491 rückgestellt. Rückstellung im Rahmen der Altersteilzeit belaufen sich auf TEUR 792. Für die Zusatzversorgungskasse sind für das Jahr 2019 TEUR 20 rückgestellt und für die Berufsgenossenschaft sind es TEUR 10. Hinzu kommt ein Betrag von TEUR 14 für den Bereich Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten. Hier sind die Kosten für den Jahresabschluss, die Erstellung der Steuererklärungen sowie die Erstellung des Gutachtens für die Altersteilzeit enthalten. Weitere TEUR 48 werden für die Abgeltung eines geltend gemachten Annahmeverzugs eines Gewerkes im Bereich des Neubaus Verwaltungsgebäude sowie TEUR 135 für voraussichtliche Grundstückaufwendungen rückgestellt.

2.4 Umsatzerlöse

Die im Anhang aufgeführte Erlösaufstellung zeigt auch im Wirtschaftsjahr 2019 den Schwerpunkt im hoheitlichen Bereich.

Dabei wurde knapp die Hälfte der hoheitlichen Umsatzerlöse durch die Erbringung von Dienstleistungen in den unterschiedlichsten Aufgabenbereichen für die Fachbereiche der Stadtverwaltung erwirtschaftet. Die hier erzielten Erlöse inklusive der Abgabe von Treibstoff für städtische Fahrzeuge mit insgesamt rd. TEUR 10.412 liegen 7 % über dem Vorjahresergebnis.

Als zweite Haupteinnahmequelle zeigen sich die Gebührenerlöse aus den Bereichen Abfallentsorgung, Straßenreinigung und Friedhofswesen. Die Erlöse aus Abfallgebühren stellen dabei mit rd. TEUR 6.891 den größten Anteil.

Die Gebühreneinnahmen aus der Straßenreinigung liegen bei TEUR 769 und rd. 1% unter dem Vorjahresergebnis.

Die Einnahmen aus dem Bereich Friedhofswesen erreichen TEUR 812. Sie setzen sich im Wesentlichen aus der Übertragung von Nutzungsrechten für Grabflächen sowie aus der Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen der Bestattungen zusammen.

Vervollständigt werden die hoheitlichen Erlöse durch nicht gebührenbasierende Einnahmen aus der Abfallverwertung von in Summe rd. TEUR 376 sowie durch kleinere Erlösarten aus dem Forstbereich von insgesamt rd. TEUR 145.

Im Vergleich zum hoheitlichen Geschäft sind die Erlöse aus Dienstleistungen inklusive der Abgabe von Treibstoff für „stadtnahe“ Auftraggeber mit einem Gesamtbetrag von rd. TEUR 285 im Rahmen des Gesamtergebnisses nur von geringerer Bedeutung.

Komplettiert wird die Darstellung der Erlöse durch die Rubrik der steuerpflichtigen Umsätze aus den Betrieben gewerblicher Art (BgA). Das steuerrechtliche Konstrukt BgA ist buchhalterisch für die Betriebstankstelle, hier nur für den Anteil der externen Kunden, für Vergütungen durch die Dualen Systeme, für die Erbringung von Dienstleistungen an Dritte, das Betreiben der Photovoltaikanlage und die Verpachtung von Gelände und Einrichtungen an einen Busbetreiber eingerichtet.

Einen weiteren Einnahmenbereich stellen die steuerpflichtigen Erlöse dar, die nicht aus bestehenden Betrieben gewerblicher Art (BgA) generiert werden. Dies sind vor allem Erlöse aus der Vermietung von Parkplätzen, dem Holzverkauf sowie aus den Pachteinnahmen aus den Jagdbezirken.

Die gesamten Umsatzerlöse mit rd. TEUR 21.097 sind zum Vorjahresergebnis um 3,5 % gestiegen.

Die Erlöse aus den Gebühreneinnahmen der Bereiche Abfallentsorgung und Straßenreinigung orientieren sich an den satzungsgemäß festgesetzten Gebührenhöhen. Der Betriebshof gibt mit den quartalsweise erstellten Gebührenhochrechnungen Hinweise auf die Entwicklung. Eventuelle Anpassungen bedürfen der Entscheidung der politischen Gremien.

Die einzelnen Friedhofsgebühren werden durch den Betriebshof jährlich aktuell kostendeckend kalkuliert.

Diese kostendeckende Kalkulation konnte jedoch auch in diesem Berichtszeitraum nicht in eine satzungsrelevante Gebührenanpassung umgesetzt werden.

Die Haupteinnahmequelle im hoheitlichen Bereich generiert sich aus der Bearbeitung städtischer Aufträge.

Die aufgelisteten Bereiche steuerpflichtiger Umsätze machen in 2019 einen Anteil von rd. 7 % an den gesamten Umsatzerlösen aus.

2.5 Personelle Situation

Personalbestand:

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Angestelle	24	25	26	26	25	25
Arbeiter	161	165	169	172	175	171
Auszubildende	7	3	5	3	2	4
Gesamt	192	193	200	201	202	200

Die Zahlen geben den Stand 31. Dezember 2019 wieder.

In der stichtagsbezogenen Betrachtung zum 31. Dezember 2019 waren im Betriebshof insgesamt 200 Mitarbeiter/-innen (25 Angestellte, 171 Arbeiter/-innen und 4 Auszubildende) beschäftigt. Der Anteil der Verwaltungskräfte ohne Abteilungsleiter und Straßenkontrolleure am gesamten Personalbestand liegt bei 7,9 %.

Die Einsammlung von Rest- und Biomüll wird durch 24 Beschäftigte in 6 Teams bewältigt. Weitere 6 Personen werden als Springer bei Ausfällen eingesetzt. Dabei werden die ca. 12.000 Restmüllbehälter in einem vierzehntägigen Rhythmus und die ca. 9.600 Biomüllbehälter jede Woche geleert. Dies geschieht bei beiden Abfallfraktionen jeweils im so genannten Vollservice. Dies bedeutet, dass die Behälter von den Grundstücken geholt, dann geleert und wieder an ihren Platz auf dem Grundstück zurückgestellt werden.

Zusätzliche Beschäftigte sind unter anderem mit der Beseitigung illegaler Müllablagerungen beauftragt, tauschen durchschnittlich 1.500 Abfallbehälter pro Jahr aus und betreuen die beiden Recyclinghöfe im Schichtbetrieb.

In der Stadtreinigung sind insgesamt 16 Beschäftigte eingesetzt. Vier Kehrmaschinen reinigen dabei turnusmäßig ca. 700 km örtliche Straßen. Zusätzlich wird vor allem im Innenstadtbereich, an exponierten Stellen und auch im größerem Umfang in den Außenbezirken manuell gereinigt sowie die rund 800 Papierkörbe über 3.300 mal pro Woche geleert.

Das Kanalnetz der Stadt erstreckt sich auf einer Länge von rund 220 km und verfügt über mehr als 5.000 Sinkkästen. Die hier anfallenden Arbeiten erledigen derzeit 5 Beschäftigte.

Die Instandhaltung der Straßen sowie weitere Tiefbaumaßnahmen im Gemeindegebiet und Hochbauarbeiten in städtischen Liegenschaften gewährleisten 11 Personen.

Im Gesamtbereich der Grünpflege sind mehr als 50 Beschäftigte tätig, die neben dem Kurpark unter anderem rund 15.000 Bäume, nahezu 60 Spielplätze, 15 Außenanlagen von Kindergärten, 5 große Sportanlagen und viele Grünflächen im Stadt- und Strandbereich betreuen sowie zeitweise im Forst eingesetzt sind.

Die sechs Friedhöfe werden von 12 Mitarbeitern betreut. Sie gewährleisten die Bestattungen ebenso wie die Unterhaltungspflege der Anlagen.

15 Handwerker sind als Elektriker, Maler, Schlosser und Schreiner in den unterschiedlichsten Gewerken eingesetzt.

In der Kraftfahrzeugwerkstatt sind 5 Mechaniker mit der Instandhaltung der großen und vielfältigen

Fahrzeugflotte beauftragt.

Personalaufwand:

Der Personalaufwand von rd. TE 11.094 untergliedert sich in die folgenden Kostenarten:

	2019 EUR
Löhne und Gehälter	
Löhne und Gehälter	7.365.248 €
Jahresvergütung	490.734 €
Überstunden	123.907 €
Leistungsentgelt	136.142 €
Sachbezüge	19.178 €
Tagesgeld Auswärtstätigkeit	831 €
Altersteilzeit Rückstellung lfd. Jahr	397.889 €
Gesamt	8.533.929 €
soziale Abgaben, Altersversorgung und sonstiger Aufwand	
gesetzlich sozialer Aufwand	1.684.113 €
Zusatzversorgungskasse (ZVK)	704.993 €
Berufsgenossenschaft	66.876 €
Gesundheitsdienst	40.565 €
Jobticket	41.569 €
Vermögenswirksame Leistungen Arbeitgeberanteil	6.582 €
freiwillig sozialer Aufwand LoSt-frei	2.927 €
freiwillig sozialer Aufwand LoSt-pflichtig	2.210 €
Reisekosten	3.263 €
Pauschalsteuer für Aushilfen	4.735 €
Beihilfen und Unterstützung	1.267 €
Fahrtkostenerstattung	909 €
Gesamt	2.560.009 €
Personalaufwand gesamt	11.093.937 €

2.6 Investitionen

Im Wirtschaftsplan 2019 sind Investitionsvorhaben von insgesamt TEUR 7.839 aufgeführt. Durch Übernahmen aus dem Vorjahr und Übertragungen in das Folgejahr wurde ein Investitionsvolumen von TEUR 5.354 budgetiert.

Rechnungswirksam wurden im abgelaufenen Wirtschaftsjahr für Neu- bzw. Ersatzbeschaffungen und Anlagen im Bau insgesamt rd. TEUR 4.792 aufgewendet.

Nicht geplante Investitionen:

Hier wurden rd. TEUR 431 investiert.

Die wertmäßig bedeutsamsten Anlagegüter waren hierbei

- Erneuerung der kompletten Stromversorgung Betriebshof
- Installation von drei Glättemeldeanlagen im Stadtgebiet
- Ersatzbeschaffung eines Lkw für die Stadtreinigung
- Ersatzbeschaffung eines Lkw für die Handwerker
- Anschaffung eines Mähcontainer für die Grünpflege
- Anschaffung eines Pkw für Abteilungsleiter

2.7 Finanzierung

Die Finanzierung der durchgeführten Investitionen und die Bedienung der eingegangenen Tilgungsverpflichtungen wurden im Geschäftsjahr 2019 aus den Abschreibungen in Höhe von rd. TEUR 1.873, durch die Aufnahme eines Darlehens bei der KfW Bankengruppe sowie der Restauszahlung eines Darlehens bei der KfW Bankengruppe aus dem Jahr 2018 in Höhe von zusammen TEUR 3.500 sichergestellt.

Die in 2012 erfolgte Übernahme der sechs Friedhofsimmobilien aus dem städtischen Vermögen ist durch ein internes Darlehen bei der Stadtverwaltung mit einer Laufzeit von 19 Jahren und einem festen Zinssatz von 4 % finanziert.

2.8 Zusammenfassung

Das Wirtschaftsjahr 2019 war geprägt von Einflüssen aus den unterschiedlichsten Betriebszweigen des Eigenbetriebs:

Die Umsatzerlöse aus der Bearbeitung städtischer Aufträge haben sich in 2019 stabilisiert und erreichen das geplante Niveau. Nach den Schwierigkeiten durch die Deckelung der im städtischen Haushalt für Leistungsbeauftragung des Betriebshofs ist dies vordergründig beruhigend. Allerdings kann es zukünftig parallel zur Entwicklung des städtischen Haushalts auch wieder zur Umkehrung dieser Entwicklung kommen. Daher wurden auch in 2019 weiterhin alle frei gewordenen Stellen überprüft, ob eine Neubesetzung sinnvoll und zukunftssicher ist oder die Stelle wegfallen bzw. verlagert werden muss.

Der geplante Abbau der zweckgebundenen Rücklagen im Abfallgebührenbereich durch die Gebührensenkung im Jahr 2018 hat sich in 2019 aufgrund der notwendigen Erhöhung der Personalverrechnungssätze beschleunigt. Hier wird spätestens in 2022 eine spürbare Gebührenanhebung unausweichlich werden.

Seit August 2019 wird die Annahme von Sperrmüll auf den beiden Recyclinghöfen genau geprüft, nachdem festgestellt wurde, dass dem angelieferten Sperrmüll sehr viel Restmüll beigemischt war und das mit der Entsorgung bzw. Verwertung beauftragte Unternehmen eine Annahmeverweigerung androhte. Die Kontrollmaßnahmen haben einen sehr guten Erfolg gezeigt; so ging die Menge an Sperrmüll gegenüber den Vorjahren bereits nach fünf Monaten hochgerechnet um 28% zurück.

Mit der Umsetzung der Installation von Altglascontainern im Stadtgebiet als Unterflurstationen wurde begonnen. Es stellte sich jedoch heraus, dass nicht alle geplanten Standorte aufgrund der im Boden tatsächlichen vorhandenen Trassenführungen wie geplant umgesetzt werden können.

Eine dramatische Entwicklung zeigt der Betriebszweig Stadtwald. Aufgrund der ungewöhnlichen Hitze und Trockenheit in zwei aufeinander folgenden Jahren mit einhergehendem Schädlingsbefall sowie einem Sturmereignis im Frühjahr kam es zu einem massiven Sterben vor allem der Fichten. Dies führte dazu, dass sich die Einschlagsmenge an Stammholz gegenüber den Vorjahren mehr als vervierfachte. Vordergründig resultierte daraus eine positive Entwicklung der Verkaufserlöse. All-

erdings sieht die Realität anders aus. Der Verfall der Marktpreise bewirkte, dass das Holz weit unter Wert verkauft werden musste, um die befallenen Stämme wenigstens aus dem Wald zu bekommen. Damit einher geht auch ein deutlicher Rückgang des Anlagevermögens Stadtwald.

Im Mai konnte das neue Parkdeck in der Nehringerstraße mit einer zeitlichen Verzögerung von mehr als sechs Monaten in Betrieb genommen werden. Das Parkdeck war u.a. wegen des Platzbedarfs für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes notwendig geworden. Die damit gewonnenen rund 170 Stellplätze werden überwiegend für den Eigenbedarf genutzt. Rund 50 Plätze sind an die Taunussparkasse zu attraktiven Konditionen vermietet.

Ein weiteres großes Bauprojekt - der Neubau eines Verwaltungsgebäudes - beschäftigte den Eigenbetrieb während des gesamten abgelaufenen Geschäftsjahres. Auch hier sollte die Fertigstellung bereits zum Ende 2019 erfolgt sein. Diverse Verzögerungen, unter Anderem bedingt durch teilweise mangelhafte Architekten- und Fachplanungsleistungen, verschieben die endgültige Fertigstellung vermutlich in den Herbst 2020.

3. Prognosebericht

Der Eigenbetrieb wird seine Organisationstrukturen weiterhin dahingehend überprüfen, wo Geschäftsfelder aufgrund der Personalstundensätze nicht mehr weiter mit eigenem Personal zu betreiben sind und deshalb aufgegeben bzw. vergeben werden sollten.

Es ist dringend notwendig, eine Lösung für die Recyclinghöfe zu finden, nachdem feststeht, dass der Recyclinghof in Ober – Eschbach am Sauereck der Erweiterung der dortigen Kläranlage zum Opfer fallen wird. Es wird derzeit ein Gelände gesucht, welches einerseits den wegfallenden Recyclinghof aufnehmen und andererseits auch einen Umzug des Recyclinghofs aus der Georg – Schäffler – Straße ermöglicht. Mit einem solchen Gelände könnten beide Höfe dann zusammengelegt werden; eine dann optimale Infrastruktur würde der starken Nutzung durch die Bevölkerung gerecht werden.

Die Mitbenutzung der Recyclinghöfe durch gewerbliche Anlieferer soll untersagt werden. Generell verstoßen Gewerbetreibenden mit der unentgeltlichen Benutzung einer solchen kommunalen Einrichtung gegen die bestehende Gewerbeabfallverordnung, die ihnen ganz andere Verwertungsbzw. Entsorgungswege für ihre Abfallfraktionen vorgibt. Der Betriebshof wird mit Aufklärungskampagnen gegen diese illegale und, die privaten Gebührenzahler belastende, Handhabung vorgehen und versuchen, einen Zustand, den die Aufsichtsbehörde mittragen kann, herzustellen.

Das neue Verpackungsgesetz legt für die Abfallfraktionen Gelber Sack, Verpackungsanteile am Altpapier sowie Altglas neue Vertragsgestaltungen fest. Es muss jetzt eine direkte Abstimmungsvereinbarung zwischen der Kommune und dem dualen System geschlossen werden. Erstverhandlungen mit dem Vertreter der Systeme ergab bereits, dass eine einvernehmliche Einigung, die den kommunalen Interessen gerecht würde, äußerst problematisch und langwierig werden dürfte.

Im Bereich der Friedhöfe soll auf dem Grabfeld H eine Gemeinschaftsanlage angelegt und die dort vorgesehenen Bestattungsarten zusammen mit einer Dauerbepflanzung angeboten werden. Die entsprechenden Baumaßnahmen sollen bis zum Herbst abgeschlossen und die entsprechende Aktualisierung der Friedhofssatzung in die Gremien gebracht werden.

Der dem Betriebshof noch zur Verfügung stehende Lagerplatz neben der Kläranlage in Ober-Eschbach wird wegen der Erweiterung ebenfalls entfallen. Es gibt noch keine Lösung wo die mehr als 20 dort gelagerten Großcontainer sowie das Zwischenlager für Grünschnitt künftig ihren Platz finden sollen.

Der Neubau des Verwaltungsgebäudes am Standort Nehringerstraße hat sich verzögert. Mit der endgültigen Fertigstellung wird nach dem heutigen Stand frühestens im September 2020 gerechnet.

Die größte Herausforderung seit Bestehen des Eigenbetriebs begann im März 2020. Das Virus COVID-19, kurz Corona, beeinflusst seitdem auch die Abläufe im Betriebshof.

Mit vielfachen Maßnahmen wird versucht, die Gesundheit der Beschäftigten zu gewährleisten und dennoch die Arbeitsfähigkeit zu erhalten. Dies ist bisher sehr gut gelungen. Im Gegensatz zu anderen städtischen Bereichen liefen die Leistungserbringungen des Betriebshofs weitestgehend unverändert weiter. Einschränkungen mussten bei der Einsammlung von Rest- und Bioabfall – hier wurde von Voll- auf Teilservice umgestellt und bei den Recyclinghöfen – diese wurden für sechs Wochen geschlossen – gemacht werden. Beschäftigte, die einer Risikogruppe mit Vorerkrankungen angehören, konnten auf eigenen Wunsch bei vollem Entgelt freigestellt werden. Dieses Angebot nahmen mehr als 20 Personen an.

Das Wirtschaftsjahr 2020 wird – wie in anderen städtischen Bereichen – auch beim Betriebshof zu deutlichen negativen Abweichungen des Geschäftsergebnisses im Vergleich zum Budgetansatz führen.

Es muss geprüft werden, ob ein Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2020 / 2021 notwendig werden wird.

4. Chancen- und Risikobericht

Der Betriebshof verfügt über ein Risikofrüherkennungssystem, welches die speziellen Gegebenheiten eines städtischen Eigenbetriebs berücksichtigt. Es ist realitätsnah angelegt, so dass die, im Tagesgeschäft möglicherweise auftretenden, Entwicklungen erkannt und beeinflusst werden können. Bezogen auf die vorhandenen Geschäftsfelder, Kunden und Außenbeziehungen sind entsprechende Risikogruppen definiert, in denen spezielle Risikoarten detailliert dargestellt und ihre Bewertbarkeit und Kontrolle angesprochen werden. Risiken werden bei Bedarf überprüft und aktualisiert.

Die im Geschäftsjahr erfolgten Überprüfungen der im Risikomanagementsystem definierten Risiken zeigten keine, den Fortbestand des Betriebshofs gefährdenden Entwicklungen.

4.2 Stadtwerke Bad Homburg v. d. Höhe

Rechtsform

Eigenbetrieb

Handelsregister

HRA 3300
Bad Homburg v. d. Höhe

Anschrift

Steinmühlstraße 26
61352 Bad Homburg v. d. Höhe
Telefon: 06172 4013 0
Fax: 06172 489442
E-Mail: stadtwerke@bad-homburg.de
Internet: www.bad-homburg.de/stadtwerke

Unternehmensgegenstand

Zweck des Eigenbetriebs ist die Versorgung mit Energie und Wasser innerhalb und außerhalb des Stadtgebietes der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe sowie der Betrieb des Seedammbades.

Beziehungen zum städtischen Haushalt

Die Stadt hat eine Kapitaleinlage in Höhe von 1.938 T€ geleistet.

Die Konzessionsabgabe für Gas und Wasser an die Stadt belief sich auf 1.049 T€.

Gründungsdatum

ca. 1935 (Unterlagen wurden damals bei einem Brand vernichtet)

Betriebssatzung

Die Betriebssatzung datiert in der Fassung vom 29. Oktober 2009 mit Änderung vom 15. Dezember 2011.

Stammkapital

20.000.000 €

Anteil Stadt

100 %

Gründung des Eigenbetriebes aufgrund Beschluss

keine Unterlagen vorhanden (Unterlagen wurden damals bei einem Brand vernichtet)

Betriebskommission (Geschäftsjahr 2019)

Vertreter*innen des Magistrats:

- Meinhart Matern, Bürgermeister u. Stadtkämmerer
- Vorsitzender -
- Irina Gerybadze-Haeser, Pensionärin
- Wolfram Kister, Zahntechniker
- Bardo Röhrig, selbstständiger Kaufmann

Vertreter*innen der Stadtverordnetenversammlung:

- Dr. Oliver Jedynak, Juristischer Referendar
- Margit Courbeaux, Rentnerin

- Sighild Drnikovic, Selbstständig
- Bernd Eller, Direktor a.D.
- Manfred Heckelmann, Vertriebsingenieur
- Philipp Herbold, Rechtsanwalt
- Wilma Schnorrenberger, Fraktionsgeschäftsführerin

Sachkundige Personen

- Daniel Guischard, Branddirektor
- Monika Wallrapp, Rentnerin

Vertreter*innen des Personalrats

- Christian Hahs, Wasserwart
- Asif Hussain, IT-System- und Netzwerkadministrator

Sitzungsgeld

Die Mitglieder der Betriebskommission erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 35 Euro pro Sitzung. Im Geschäftsjahr 2019 haben 6 Sitzungen stattgefunden.

Betriebsleitung

- Ralf Schroedter, Direktor

Die Bezüge der Betriebsleitung belaufen sich im Geschäftsjahr 2019 auf 125.060,33 €.

Abschlussprüfer

PwC (PricewaterhouseCoopers) AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

- Prüfung durch o.g. Gesellschaft seit dem Jahr 2015; vorher durch Schüller und Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Beteiligungen

Die Stadtwerke Bad Homburg v. d. Höhe sind mit Wirkung vom 9. März 2009 mit nominal EUR 10.000 € an der „Dynega Energiehandel GmbH“, Frankfurt am Main (Stammkapital EUR 150.000) beteiligt. Die Beteiligung ist mit Anschaffungskosten von EUR 22.701 aktiviert.

Mitgliedschaft an Verband als Beteiligung

Die Stadtwerke sind Mitglied des „Wasserbeschaffungsverbandes Taunus“ (WBV Taunus). Aufgabe des Verbandes ist die Wasserlieferung für Mitgliedskommunen.

Die Betriebsprüfung hat die beim Verband bilanzierten Rücklagen als Beteiligungswert angesetzt.

Der Beteiligungswert lt. Betriebsprüfung beträgt zum 31.12.2016 EUR 345.558 und ist mit diesem Betrag aktiviert.

Genossenschaftsanteile (Ausweis unter Sonstige Vermögensgegenstände)

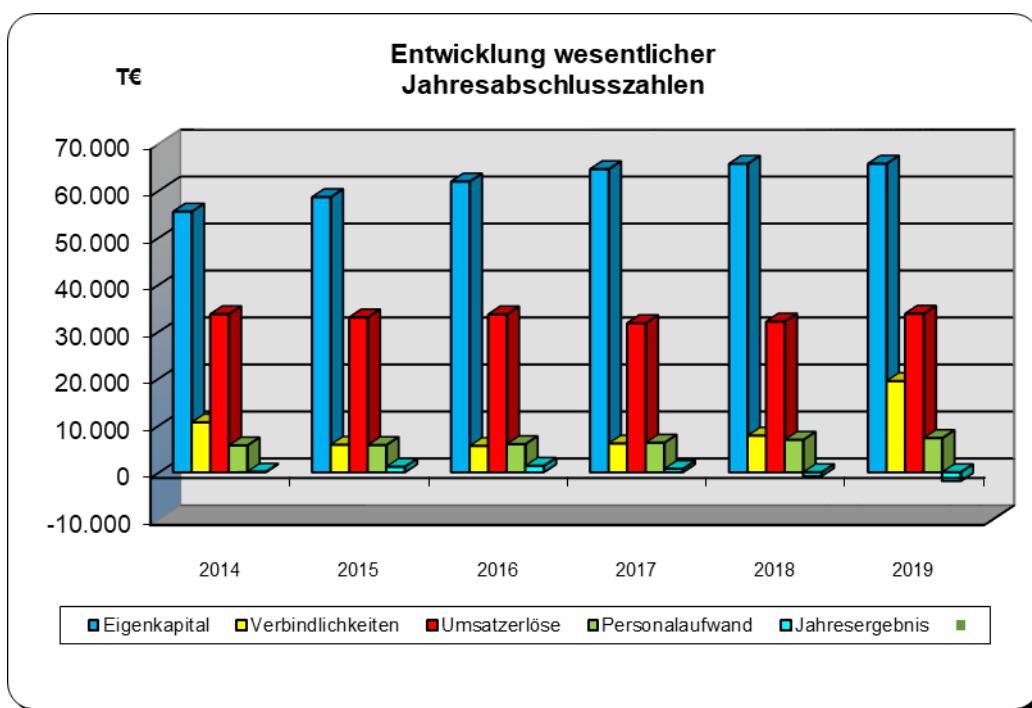
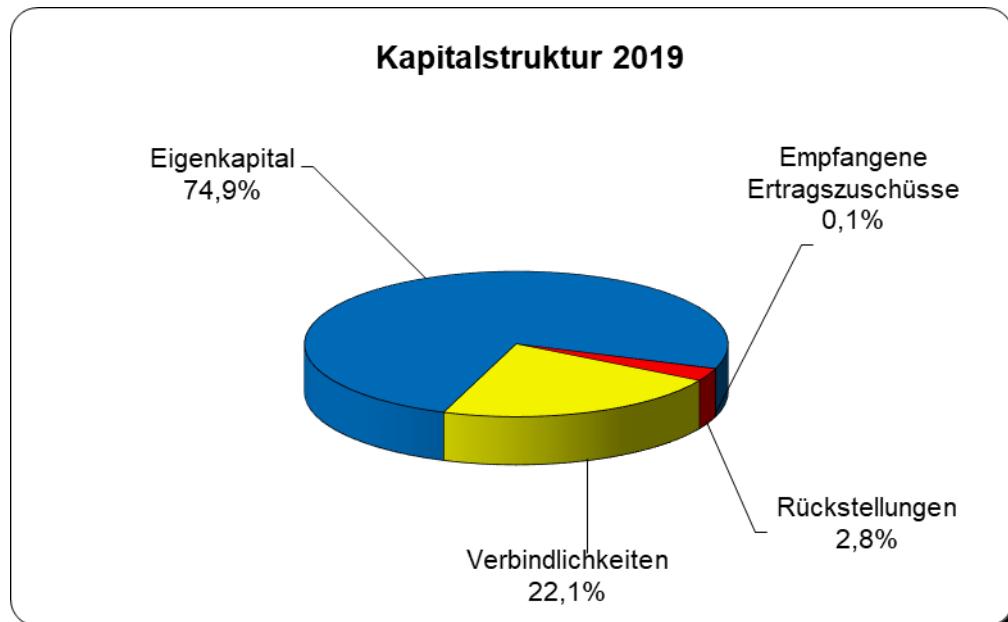
- Hochtaunus Baugenossenschaft eG, Bad Homburg v. d. Höhe (EUR 3.000)
- Frankfurter Volksbank eG, Frankfurt am Main (EUR 100)

Mitgliedschaften

- Wasserbeschaffungsverband Taunus (WBV), Bad Homburg v. d. Höhe
- Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW), Berlin
- Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW), Bonn; Landesgruppe Hessen, Mainz
- Der Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e.V. (AGFW), Frankfurt a.M.
- Aktionsgemeinschaft Bad Homburg e.V., Bad Homburg v. d. Höhe
- Verband Kommunaler Unternehmen e.V. (VKU), Köln; Landesgruppe Hessen, Frankfurt am Main
- Landesverband der Energie- und Wasserwirtschaft Hessen Rheinland-Pfalz e.V. (LDEW), Mainz
- Kreishandwerkerschaft für den Hochtaunuskreis KdöR, Bad Homburg v. d. Höhe, Geschäftsstelle der Innung für Sanitär- und Heiztechnik des Hochtaunuskreises
- Bundesfachverband öffentliche Bäder e.V., Essen
- Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller e.V. (BVBC), Bonn
- Deutscher Sauna Bund e.V., Bielefeld
- Deutscher Versicherungs-Schutzverband e.V., Bonn
- Power e.V., Verein zur Förderung einer Beratungseinrichtung, Landratsamt, Bad Homburg v. d. Höhe
- Verband der Vereine Creditreform e.V., Neuss

Bilanz		31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
Aktiva		TEUR		TEUR	%
Anlagevermögen		74.005	60.115	13.890	23,1
Immaterielle Vermögensgegenstände		94.864	125.487	-30.623	-24,4
Sachanlagen		64.211	60.115	4.096	6,8
Finanzanlagen		9.698	368	9.330	2535,3
Umlaufvermögen		13.525	14.483	-958	-6,6
Vorräte		667	644	23	3,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		11.194	8.607	2.587	30,1
Liquide Mittel		1.665	5.232	-3.567	-68,2
Rechnungsabgrenzungsposten		82	49	33	67,3
Bilanzsumme		87.612	75.142	12.470	16,6
Passiva		TEUR		TEUR	%
Eigenkapital		65.664	65.639	25	0,0
Stammkapital		20.000	20.000	0	0,0
Allgemeine Rücklage		47.526	46.440	1.086	2,3
Verlust/Gewinn des Vorjahres		801	701	100	14,3
Entnahme/Einstellung Allgemeine Rücklage		-801	-701	-100	-14,3
Jahresverlust		-1.862	-801	-1.061	-132,5
Empfangene Ertragszuschüsse		71	141	-70	-49,6
Rückstellungen		2.481	1.592	889	55,8
Verbindlichkeiten		19.396	7.769	11.627	149,7
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		8.891	0	8.891	0
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		7.410	4.942	2.468	49,9
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt		1.690	1.231	459	37,3
4. Verbindlichkeiten gegenüber verb. Unternehmen		4	242	-238	-98,3
5. Sonstige Verbindlichkeiten		1.401	1.354	47	3,5
Rechnungsabgrenzungsposten		0	0	0	0
Bilanzsumme		87.612	75.142	12.470	16,6

Gewinn- und Verlustrechnung		31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
		TEUR		TEUR	%
Umsatzerlöse		33.719	32.052	1.667	5,2
Andere aktivierte Eigenleistungen		44	66	-22	-33,3
Sonstige betriebliche Erträge		182	301	-119	-39,5
Materialaufwand		-19.185	-16.915	-2.270	-13,4
Personalaufwand		-7.254	-6.879	-375	-5,5
Abschreibungen		-3.719	-3.561	-158	-4,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen		-5.523	-5.740	217	3,8
Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon aus verbundenen Unternehmen		43	0	43	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		32	29	3	10,3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-35	-26	-9	-34,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-15	5	-20	-400,0
Ergebnis nach Steuern		-1.711	-668	-1.043	-156,1
Sonstige Steuern		-150	-132	-18	-13,6
Jahresverlust		-1.862	-801	-1.061	-132,5



	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€
■ Eigenkapital	55.465	58.563	61.862	64.502	65.639	65.664
■ Verbindlichkeiten	10.617	5.845	5.579	6.109	7.769	19.396
■ Umsatzerlöse	33.623	32.943	33.589	31.727	32.052	33.719
■ Personalaufwand	5.683	5.771	5.966	6.265	6.879	7.254
■ Jahresergebnis	96	1.160	1.361	701	-801	-1.862

Lagebericht

Geschäftsentwicklung

Gesamtbetrieb

Der erwartete Gewinn der Stadtwerke Bad Homburg v. d. Höhe von T€ 28 wurde nicht erreicht. Das Unternehmensergebnis weist einen Jahresverlust von T€ -1.862 aus. Der Betriebszweig Gasversorgung erwirtschaftete einen Jahresgewinn in Höhe von T€ 1.080, die Wasserversorgung erzielte einen Jahresgewinn in Höhe von T€ 158 und das Seedammbad brachte ein Defizit von T€ -2.645 in die Erfolgsrechnung ein. Das Geschäftsfeld Stromversorgung erwirtschaftete einen Gewinn von T€ 171 und das im Aufbau befindliche Geschäftsfeld Wärme zeigt einen Verlust von T€ -626. Der deutliche Ergebnisrückgang resultiert neben den witterungsbedingten Ergebnisrückgängen in der Gas- und der Wärmeversorgung vor allem aus vermehrten Gas- und Wasserrohrbrüchen im Geschäftsjahr.

Stromversorgung

Der Geschäftsbereich Stromversorgung liefert im Geschäftsjahr Ergebnisbeiträge im Rahmen der EEG-Einspeisung, der Lieferung von Ökostrom für die städtischen Einrichtungen und Gesellschaften sowie für die Deckung des Eigenbedarfs der Stadtwerke.

	2019 MWh	2019 %	2018 MWh	2018 %	Veränd. MWh	Veränd. %
Stadtverwaltung	6.193	39,2	5.985	37,1	208	3,5
Städtische Gesellschaften	6.214	39,3	6.439	39,9	-225	-3,5
Sonstige Einrichtungen	900	5,7	1.382	8,6	-482	-34,9
Stadtwerke	<u>2.493</u>	<u>15,8</u>	<u>2.327</u>	<u>14,4</u>	<u>166</u>	<u>7,1</u>
	<u><u>15.800</u></u>	<u><u>100,0</u></u>	<u><u>16.133</u></u>	<u><u>100,0</u></u>	<u><u>-333</u></u>	<u><u>-2,1</u></u>

Aus der Stromabgabe wurden T€ 2.505 (Vorjahr T€ 2.406) Umsatzerlöse erzielt.

Für die Kalenderjahre 2016 bis 2018 mit gezogener Option bis 2019 haben die Stadtwerke Bad Homburg v. d. Höhe ein europaweit ausgeschriebenes Vergabeverfahren durchgeführt und einen Rahmenvertrag für den Öko-Strombezug mit der N-ERGIE AG abgeschlossen.

Die Bietergemeinschaft Stadtwerke Bad Homburg v. d. Höhe / Süwag Energie AG / Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (OVAG) hat am 18. Januar 2019 den Zuschlag für die Wegenutzung Strom erhalten. Der Gesellschaftervertrag wurde am 12. Juni 2019 eingerichtet. Die Netzgesellschaft GmbH & Co. KG Bad Homburg v. d. Höhe wurde am 25. Juni 2019 in das Handelsregister eingetragen.

Gasversorgung

Erdgasnetz

Neben dem Ausbau des Ortsnetzes wurden die Regelanlagen, Klein- und Hausdruckregler auf Bedarf und auf Notwendigkeit für den Netzbetrieb hin überprüft. Aufgrund der Anhebung des Leistungsdruckes in weiten Teilen des Stadtgebietes wurden nicht mehr notwendige Anlagen ausgebaut. Zudem ergaben sich zusätzliche Instandhaltungsmaßnahmen, die das Spartenergebnis belastet haben.

Im Geschäftsjahr wurde ein Volumen von 605.597 MWh Gas (Vorjahr 587.146 MWh) abgerechnet.

Die Steigerung des Gastransports im Netz ist auf einen Mehrverbrauch zurückzuführen.

Im Bereich Gas wurde die Soll-Konzessionsabgabe in Höhe von T€ 146 preis- und steuerrechtlich erwirtschaftet.

Erdgasvertrieb

Im Gasbereich wurden T€ 16.810 (Vorjahr T€ 15.366) Umsatzerlöse erzielt.

Im Berichtsjahr hat sich die Erdgasabgabe um 8.755 MWh auf 307.121 MWh leicht erhöht.

Nach Kundengruppen unterteilt ergibt sich folgendes Bild:

	2019 MWh	2019 %	2018 MWh	2018 %	Veränd. MWh	Veränd. %
Tarifkunden	223.271	72,8	218.071	73,0	5.200	2,4
Sondervertragskunden	73.238	23,8	69.545	23,3	3.693	5,3
Straßenbeleuchtung	152	0,0	151	0,1	1	0,7
Stadt	830	0,3	1.083	0,4	-253	-23,4
Stadtwerke	<u>9.630</u>	<u>3,1</u>	<u>9.516</u>	<u>3,2</u>	<u>114</u>	<u>1,2</u>
	<u><u>307.121</u></u>	<u><u>100,0</u></u>	<u><u>298.366</u></u>	<u><u>100,0</u></u>	<u><u>8.755</u></u>	<u><u>2,9</u></u>

Für die Straßenbeleuchtung war der Bedarf um 1 MWh höher und an die Messstellen der städtischen Verwaltung wurden 253 MWh weniger abgegeben. Bei den Betriebszweigen der Stadtwerke ist der Eigenverbrauch gegenüber dem Vorjahr um 114 MWh gestiegen.

Die Bedingungen im Endkundengeschäft sind weiter durch einen ausgeprägten Wettbewerb zwischen etablierten Energieversorgungsunternehmen und neu auf dem Markt erschienenen Vertriebsgesellschaften geprägt, was den Druck auf die Marge erhöht.

Für die Jahre 2016 bis 2018 mit gezogener Option bis 2019 wurde ein europaweit ausgeschriebenes Vergabeverfahren durchgeführt, an dessen Ende ein Rahmenvertrag mit der Mainova AG für die Residuallieferung vereinbart wurde. Die Beschaffungsaufwendungen sind im Wirtschaftsjahr 2019 überproportional angestiegen, was zu einer Verminderung der Marge geführt hat.

Am Zeppelinstein innerhalb des Magna Geländes haben die Stadtwerken Bad Homburg v. d. Höhe ein Teilgrundstück gepachtet und 2018 eine Kältezentrale samt Netz zur Versorgung des Fresenius Neubaus an der Else-von-Kröner-Str. mit Kälte neu errichtet. Insgesamt wurden zwei Kompressionskältemaschinen mit einer Leistung von 1,5 MW. In der Technikzentrale des Neubaus von Fresenius wurde eine entsprechende Übergabestation für die Kälte und zusätzlich zwei Übergabestationen für Wärme mit einer Wärmeleistung von 3,0 MW neu errichtet. Die Wärme für die Übergabestationen wird aus der bestehenden Heizzentrale von Fresenius geliefert. Die Kältezentrale wurde im April 2019 in Betrieb genommen.

Im Bebauungsgebiet „Am Hühnerstein“ im Ortsteil Ober-Erlenbach wurde im vierten Quartal 2018 mit der ersten Bauphase begonnen. Das rund 10 ha große Areal liegt östlich der Vilbeler Straße und südlich des Nieder-Erlenbacher Weges, am Siedlungsrand von Ober- Erlenbach. Vorgesehen ist die Entwicklung des Areals durch Errichtung von ca. 300 Wohneinheiten in Form von Reihen-, Doppel- und Einfamilienhäusern sowie einiger Mehrfamilienhäuser. Bei der Erstellung des Bebauungsplans wurde ein Energiekonzept vorgeschlagen, das auf der Versorgung über eine BHKW-Anlage basiert. Für das gesamte Baugebiet ist deshalb von den Stadtwerken Bad Homburg v. d.

Höhe die Wärmeversorgung für Heizung und Warmwasser über eine BHKW-Anlage mit Spitzenkessel, Nahwärmenetz und indirekten Übergabestationen vorgesehen. Die Lieferung mit Fernwärme für die ersten Gebäude ist im Juni 2020 vorgesehen.

Die in 2015/16 errichtete Energiezentrale neben dem Hauptbahnhof Bad Homburg v. d. Höhe dient der bedarfsgerechten Nahwärme- und Nahkälteversorgung in der Umgebung. Durch dieses innovative Konzept konnten weitere Partner überzeugt werden, sodass die Stadtwerke Ihr Fernwärme- und Fernkältenetz in Richtung Horex-Str. erweitert haben und den Neubau des Gewerbeobjektes uniQus an das Fernwärme- und Fernkältenetz 2019 angeschlossen.

Im Ortsteil Ober-Erlenbach entwickelt das Immobilienunternehmen Wohnbau Hess GmbH u. Co KG aus Bad Vilbel auf dem Grundstück oberhalb des Hofguts Oberhof in der Burgholzhäuser Str. das Neubaugebiet „Wohnen am Oberhof“ mit 21 Reihen-, Doppelhäusern. Der Tiefbauarbeiten sind in Quartal IV / 2019 erfolgt, Baubeginn ab Quartal II /2020, Fertigstellung Quartal I / 2021. Für das gesamte Baugebiet planen die Stadtwerke Bad Homburg v. d. Höhe die Wärmeversorgung für Heizung und Warmwasser über eine BHKW-Anlage mit Spitzenkessel, Nahwärmenetz und indirekten Übergabestationen. Der Standort der Heizzentrale ist als Fertiggarage (bauseits durch den Bauträger) an einem der Häuser entlang der Burgholzhäuser Str. Vilbeler Straße vorgesehen.

Die Strategie wird auch im Jahr 2020 weiterverfolgt u. a. soll das neue „Lichtspielhaus am Wasserturm“ sowie weitere Bürogebäude direkt neben der Energiezentrale am Hauptbahnhof entstehen und an die Energiezentrale angeschlossen werden.

Im Baugebiet „Vickers Areal“ werden 14 Wohngebäude und eine KiTa entstehen und mit Wärme versorgt. Die Wärmeversorgung soll über den Anschluss einer neuen Fernwärmeleitung in der Frölingstraße im Sommer 2020 an das Fernwärmenetz der Energiezentrale am Hauptbahnhof erfolgen.

Weitere Projekte im Bereich Wärme- und Kälteversorgung stehen in Aussicht.

	2019 MWh	2019 %	2018 MWh	2018 %	Veränd. MWh	Veränd. %
Kältelieferungen	1.964	9,4	1.300	8,4	664	51,1
Wärmelieferungen	18.994	90,6	14.195	91,6	4.799	33,8
	<u>20.958</u>	<u>100,0</u>	<u>15.495</u>	<u>100,0</u>	<u>5.463</u>	<u>35,3</u>

Im Geschäftsfeld Wärme wurden 2019 insgesamt 20.958 MWh (Vorjahr 15.495 MWh) Kälte und Wärme geliefert und dabei T€ 3.400 Umsatzerlöse (Vorjahr T€ 2.641) erzielt. Die Erhöhung ist auf die mittlerweile zu 100% ausgelastete Energiezentrale neben dem Hauptbahnhof zurückzuführen.

Das Ergebnis der Sparte ist investitionsbedingt weiterhin negativ.

Wasserversorgung

Aus den eigenen Gewinnungsanlagen wurden 3.297 Tcbm Trinkwasser gefördert. Das sind 99 Tcbm (-2,9 %) weniger als im Vorjahr (3.396 Tcbm).

Der Wasserfremdbezug war mit 832 Tcbm um 27 Tcbm höher als im Vorjahr. Der Anteil des Wasserfremdbezuges an der Gesamtdarbietung von 4.129 Tcbm beträgt 20,15 %.

Im Jahr 2019 sank die Einspeisung von Trinkwasser in das Rohrnetz mit 4.014 Tcbm witterungs-

bedingt um 10 Tcbm (0,2 %) gegenüber 2018. Im Vorjahr waren es noch 4.024 Tcbm.

Die nutzbare Abgabe sank um 46 Tcbm (1,2 %) auf 3.643 Tcbm. Im Vorjahr wurden noch 3.689 Tcbm verkauft.

Aus der Wasserabgabe 2019 wurden T€ 8.925 (Vorjahr T€ 8.964) Umsatzerlöse erzielt. Auf Grund der erneuten Kostenüberdeckung in 2019 wurde die Rückstellung hierfür auf eine Gesamtsumme von T€ 722 erhöht; die Einstellung in die Rückstellung in Höhe von T€ 569 erfolgt erlösmindernd unter den Umsatzerlösen. Kostenüberdeckungen aus dem Vorjahr in Höhe von T€ 597 wurden bei der Berechnung der Rückstellungen berücksichtigt. Eine Abzinsung wurde wegen einer erwarteten Laufzeit > 1 Jahr vorgenommen.

Die nutzbare Abgabe verteilt sich auf folgende Kundengruppen:

	2019 Tcbm	2019 %	2018 Tcbm	2018 %	Veränd. Tcbm	Veränd. %
Haushalte	2.460	67,6	2.516	68,2	-56	-2,2
Industrie und Gewerbe	1.116	30,6	1.106	30,0	10	0,9
Stadt	15	0,4	12	0,3	3	25,0
Stadtwerke	52	1,4	55	1,5	-3	-5,5
	<u>3.643</u>	<u>100,0</u>	<u>3.689</u>	<u>100,0</u>	<u>-46</u>	<u>-1,2</u>

Im Haushaltssektor wurden rd. 56 Tcbm Wasser (-2,2 %) weniger verbraucht. Der Durchschnitt des gemessenen Wasserverbrauchs, bezogen auf die nutzbare Abgabe aller Haushalte, beträgt je Einwohner 117 Liter pro Tag (Vorjahr 123 Liter).

Im industriellen/ gewerblichen Bereich wurden rd. 10 Tcbm Trinkwasser mehr abgegeben (+0,2 %) als im Vorjahr. Die im Jahre 2019 mit der Stadt Bad Homburg abgerechnete Wassermenge war gegenüber dem Vorjahr um 3 Tcbm höher. Bei den Betriebszweigen der Stadtwerke war der Wassereigenbedarf gegenüber dem Vorjahr um 3 Tcbm niedriger.

Das abgegebene Trinkwasser entspricht allen Anforderungen der Trinkwasserverordnung. In keinem Fall wurden Grenz- oder Richtwerte erreicht oder überschritten. Eine Chlorung war nicht erforderlich. Die vierteljährlich durchzuführenden bakteriologischen und chemischen Untersuchungen zeigten keine Beanstandungen des abgegebenen Trinkwassers.

Im Berichtsjahr 2019 wurde im Bereich Wasser die preisrechtlich höchstzulässige Konzessionsabgabe in Höhe von T€ 903 erwirtschaftet.

Seedammbad

Schwimmen gehört offensichtlich nach wie vor zu einer der beliebtesten Freizeitbeschäftigungen der Bad Homburger Bevölkerung. 407.995 Gäste fanden in 2019 den Weg ins Homburger Seedammbad. Die höchste Besucherzahl/Monat wurde im Juni mit 59.203 Gästen erreicht.

Im Berichtsjahr besuchten das Erlebnisbad an den geöffneten Tagen durchschnittlich 1.105 Badegäste und 42 Saunagäste. Am 30. Juni 2019 konnte das Seedammbad mit 6.164 Besuchern die höchste Besucherzahl registrieren. Die Sauna war an 296 Tagen und das Schwimmbad an 358 Tagen geöffnet.

Besucherentwicklung des Seedammbades:

	2019 Besucher	2018 Besucher	Veränd. Besucher	Veränd. %
Erlebnisbad	395.462	427.515	-32.053	-7,5
Sauna	12.533	12.813	-280	-2,2
	<u>407.995</u>	<u>440.328</u>	<u>-32.333</u>	<u>-7,3</u>

Die Besucherentwicklung des Erlebnisbades zeigt für das Berichtsjahr eine Verringerung von 32.333 (-7,3 %) Besuchern gegenüber dem Vorjahr. Ursächlich war im Wesentlichen die kühlere Wetterlage über das gesamte Jahr.

Ziel der Stadtwerke Bad Homburg v. d. Höhe ist es, das Niveau der Besucherzahlen mittelfristig über 400.000 Besucher pro Jahr zu halten.

Die Einnahmen aus den Erlösen der Sauna- und Schwimmbadbesucher betragen T€ 1.709 (Vorjahr T€ 1.825). Darin enthalten sind Erlöse aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von T€ 26 (Vorjahr T€ 27) und dem Betrieb des BHKW in Höhe von T€ 11 (Vorjahr T€ 75) und sonstige Erträge in Höhe von T€ 5 (Vorjahr T€ 6). Neben den rückläufigen Umsatzerlösen haben höhere Instandhaltungsmaßnahmen das Ergebnis zusätzlich vermindert.

Betriebskommission

Die Betriebskommission hat in 6 Sitzungen strategische Themen beraten und notwendige Beschlüsse gefasst.

Sonstige Angaben nach § 26 Eigenbetriebsgesetz Hessen

Im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte haben sich keine Änderungen ergeben.

Schwerpunkt der Investitionen war der weitere Ausbau der Netze und der Ausbau der Nahwärme. Im Wesentlichen wurden in die Gasversorgung, in die Wasserversorgung und in die WärmeverSORGUNG investiert.

Die im Bau befindlichen Anlagen von T€ 5.034 (siehe Anlagenspiegel) betreffen das Geschäftsfeld Gemeinsame Anlagen mit T€ 93, das Geschäftsfeld Gasversorgung mit T€ 1.051, das Seedammbad mit T€ 199, das Geschäftsfeld WärmeverSORGUNG mit T€ 1.661 und das Geschäftsfeld Waserversorgung mit T€ 2.030, welche im Folgejahr abgeschlossen werden sollen.

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahresvergleich um T€ 12.470 auf T€ 87.612. Im Wesentlichen ist dies auf die Erhöhung des Anlagevermögens bei den Anteilen bzw. Ausleihungen an verbundenen Unternehmen um T€ 9.330, bei den Anlagen im Bau um T€ 1.016 sowie den Verteilungsanlagen um T€ 1.874 zurückzuführen. Die flüssigen Mittel sind investitionsbedingt auf T€ 1.665 gesunken. Auf der Passivseite erhöhten sich die Verbindlichkeiten um T€ 11.627 und die Rückstellungen um T€ 815. Das Eigenkapital erhöhte sich um T€ 25.

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt 74,95 % (Vorjahr 87,4 %) und zeigt folgende Entwicklung:

Eigenkapital	Anfangsstand 01.01.2019	Zugang	Entnahmen	Endstand 31.12.2019
	€	€	€	€
Stammkapital	20.000.000,00			20.000.000,00
Allgemeine Rücklagen	46.439.574,38	1.886.840,43		48.326.414,81
Jahresverlust 2018	-800.687,89			-800.687,89
Jahresverlust 2019	<u>65.638.886,49</u>	<u>1.886.840,43</u>	<u>-1.861.916,59</u>	<u>-1.861.916,59</u>
				<u>65.663.810,33</u>

^

Rückstellungen	Anfangsstand 01.01.2019	Zugang	Auflösung Inanspruch- nahmen	Endstand 31.12.2019
	€	€	€	€
			0,00 A	
Steuerrückstellungen	87.776,10	41.966,10	-87.776,00 I -89.859,00 A	41.966,20
Sonstige Rückstellungen	<u>1.504.195,17</u>	<u>1.868.538,38</u>	<u>-802.055,17 I</u> <u>-89.859,00 A</u>	<u>2.480.819,38</u>
	<u>1.591.971,27</u>	<u>1.910.504,48</u>	<u>-889.831,17 I</u>	<u>2.522.785,58</u>

Eine detaillierte Aufgliederung der Rückstellungen wird im Anhang gezeigt.

Personalwesen

Dem Unternehmen gehörten am Bilanzstichtag an (ohne Auszubildende):

	2019	2018
Arbeitnehmer	112	113
Arbeitnehmer in Altersteilzeit	2	2
Arbeitnehmer in Elternzeit	<u>2</u>	<u>2</u>
Gesamt	<u>116</u>	<u>117</u>

Die Stadtwerke bildeten zum Bilanzstichtag insgesamt 12 Auszubildende in folgenden Berufsbildern aus:

- Fachangestellte für Bäderbetriebe
- Kaufmann/-frau für Büromanagement
- Anlagenmechaniker
- Industriekaufleute

Im Berichtsjahr haben sich die Personalaufwendungen (mit Veränderung Urlaubsrückstellung und Rückstellungen für Altersteilzeit) wie folgt entwickelt:

	2019 T€	2018 T€	Veränd. T€	Veränd. %
Löhne und Gehälter	5.615	5.332	283	5,3
Soziale Abgaben	1.135	1.055	80	7,6
Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	504	492	12	2,4
	<u>7.254</u>	<u>6.879</u>	<u>375</u>	<u>5,5</u>

An ehemalige Bedienstete bzw. deren Angehörige wurden 2019 Versorgungsbezüge in Höhe von T€ 15 gezahlt.

Am 31. Dezember 2019 waren 140 Personen bei der ZVK Wiesbaden versicherungspflichtig angemeldet.

Die letzte Tariferhöhung der Bemessungsgrundlage für die Entgelte nach dem Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe TV-V erfolgte zum 1. April 2019 um durchschnittlich 3,09 % auf der Grundlage der Entgelte nach dem Stand vom 1. Februar 2017.

Finanzierung

Die folgende nach DRS 21 aufgestellte Kapitalflussrechnung zeigt die wesentlichen finanzwirtschaftlichen Vorgänge des Jahres:

	2019 T€	2018 T€
A. Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	2.730	3.868
B. Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	- 17.040	- 8.412
C. Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>10.743</u>	<u>1.929</u>
D. Veränderung des Finanzmittelfonds	<u>- 3.567</u>	<u>- 2.615</u>
Finanzmittelfonds am 01.01.	5.232	7.847
Finanzmittelfonds am 31.12.	<u>1.665</u>	<u>5.232</u>

Zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Weder im Berichtsjahr noch für die näheren zukünftigen Jahre wurden Risiken erkannt, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Besondere Risiken der künftigen Entwicklung liegen nicht vor. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird, sofern die Regulierungsbehörde bei der Gasversorgung die Netznutzungsentgelte weiterhin reduziert, auch künftig wesentlich beeinflusst.

Aufgrund der rapiden Zunahme der Fallzahlen erklärte die WHO am 11. März 2020, den Ausbruch des „COVID-19-Virus“ offiziell zu einer Pandemie. Um die Übertragung von COVID- 19 zu unterbinden und zu verlangsamen wurden geeignete Maßnahmen an den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten in Hessen umgesetzt. Die Einhaltung der gültigen Abstands- und Hygienevorschriften machten einen normalen Seeadmmbadbetrieb nicht möglich. Die Schließung in den Sommermonaten wird den Umsatz des Jahres 2020 im Seeadmmbad schmälern. Alle weiteren Geschäftsber-

eiche der Stadtwerke konnten ihre Versorgung gegenüber den Kunden aufrechterhalten und war zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Insgesamt wird die COVID Pandemie keine dauerhaften Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis und-modell der Stadtwerke haben.

Das größte Risiko birgt derzeit der sich entwickelnde Wettbewerb in allen Kundensegmenten. Es wird besonders schwierig mit den Kundengruppen in den Segmenten Gewerbe und Industrie Lieferverträge abzuschließen, da die Kunden ihre Angebote zunehmend in Ausschreibungsverfahren einholen, in welchen die Stadtwerke in Konkurrenz zu großen, namhaften und europaweit agierenden Energieversorgungsunternehmen stehen, die aufgrund von freien Mengen zu Konditionen unterhalb der Beschaffungspreise der Stadtwerke anbieten.

Der Trend beim Energieeinkauf geht in Richtung einer bundes- bzw. europaweit zentralisierten Beschaffung. Die Stadtwerke Bad Homburg v. d. Höhe agieren derzeit aktiv in nur vier Netzgebieten (einschließlich Netzgebiet Bad Homburg v. d. Höhe) und können aus diesem Grund einer bundesweiten Belieferung nicht entsprechen. Aufgrund des Energiepreisverfalls an den Märkten können konkurrierende Energielieferanten zum gegenwärtigen Zeitpunkt günstig Energiekontingente an der Pegas Powernext eindecken und diese aktiv im Kundenmarkt platzieren. Aufgrund der frühzeitigen Eindeckung durch grundversorgende Energieversorgungsunternehmen entsteht diesen Lieferanten hierdurch ein Wettbewerbsvorteil. Die Stadtwerke werden im Rahmen der Grundversorgung weiterhin an ihren aktuellen Leitbildern einer risikogesteuerten Beschaffung festhalten.

Zusätzlich nimmt der vorhandene Energiebedarf in bebauten Gebieten durch fortschreitende Energieeinsparmaßnahmen weiterhin ab, was eine Reduktion der Absatzmenge pro Kunde bewirkt. Mit der Einbeziehung der städtischen Liegenschaften und den städtischen Gesellschaften ist auch weiterhin mit einem positiven Deckungsbeitrag in der Stromversorgung zu rechnen. Es wird auch in den nachfolgenden Jahren mit einem positiven Jahresergebnis im Stromhandel gerechnet.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe hat in ihrer Sitzung am 11. April 2019 die Gründung einer „Netzgesellschaft GmbH & Co.KG Bad Homburg v. d. Höhe“ beschlossen, wobei sich die Stadt mit 51 % an der Gesellschaft beteiligt. Weiter wurde die „Netzgesellschaft Verwaltungs-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe“ gegründet, an der die „Netzgesellschaft GmbH & Co. KG Bad Homburg v. d. Höhe“ sich zu 100 % beteiligt hat. Der Start der Stromnetzgesellschaft war am 1. Juli 2019. Die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe ordnet die Beteiligung an der „Netzgesellschaft GmbH & Co. KG Bad Homburg v. d. Höhe“ dem Sondervermögen des Eigenbetriebs Stadtwerke Bad Homburg v. d. Höhe zu.

Der Betriebszweig Gasversorgung wird auch in den folgenden Jahren mit einem Jahresüberschuss zum Gesamtjahresergebnis beitragen. Für Investitionen sind T€ 4.017 für das Jahr 2020 geplant. Künftig wird Erdgas verstärkt in innovativen Technologien wie dezentralen Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung, Mini-Blockheizkraftwerken für das Ein- und Zweifamilienhaus sowie Gaswärmepumpen zum Einsatz kommen.

Auch durch die Ausdehnung des Geschäftsfeldes Wärme sollen Kunden und Liefermengen langfristig gebunden und somit eine langfristige Ertragssicherung erreicht werden.

Im Geschäftsfeld Wärme streben die Stadtwerke nach anfänglichen investitionsbedingten Verlusten in den nächsten Jahren ein ausgeglichenes Ergebnis an. Für den Ausbau des Geschäftsfeldes sind T€ 4.178 im Wirtschaftsplan 2020 vorgesehen.

In der Wasserversorgung werden höhere Reparaturaufwendungen in den Aufbereitungsanlagen und im Rohrnetz das Ergebnis in den nächsten Jahren beeinflussen. Im Jahr 2020 ist mit einem Erlös in Höhe von T€ 9.257 zu rechnen. Im Jahr 2020 sind für Investitionen T€ 6.985 eingeplant.

Altersbedingt ist in den nächsten Jahren mit erhöhtem Reparaturaufwand im Seedammbad zu rechnen. Die zu erwartenden Jahresverluste in der Größenordnung von T€ 2.935 sind aufgabenbedingt.

In der Wasserversorgung werden höhere Reparaturaufwendungen in den Aufbereitungsanlagen und im Rohrnetz das Ergebnis in den nächsten Jahren beeinflussen. Im Jahr 2020 ist mit einem Erlös in Höhe von T€ 9.257 zu rechnen. Im Jahr 2020 sind für Investitionen T€ 6.985 eingeplant.

Altersbedingt ist in den nächsten Jahren mit erhöhtem Reparaturaufwand im Seedammbad zu rechnen. Die zu erwartenden Jahresverluste in der Größenordnung von T€ 2.935 sind aufgabenbedingt.

Insgesamt gehen die Stadtwerke Bad Homburg v. d. Höhe gemäß Wirtschaftsplan 2020 von einem steuerungsrelevanten Jahresgewinn von T€ 148 für den Gesamthaushalt aus.

5. Eigengesellschaften (GmbH)

5.1 Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe

<u>Rechtsform</u>	<u>Handelsregister</u>
GmbH	HRB 1805 Bad Homburg v. d. Höhe

Anschrift

Kaiser-Wilhelms-Bad
61348 Bad Homburg v. d. Höhe
Telefon: 06172 178 3150
Fax: 06172 178 3158
E-Mail: info@kuk.bad-homburg.de
Internet: www.bad-homburg.de

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Führung, der Betrieb, die Verwaltung, die Beratung und das Management von Gesundheits-, Fremdenverkehrs-, Veranstaltungseinrichtungen und anderen öffentlichen Zwecken dienenden Einrichtungen sowie die Durchführung kultureller Veranstaltungen in unternehmenseigenen Einrichtungen und die Durchführung sonstiger Veranstaltungen überwiegend in Bad Homburg v. d. Höhe.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu fördern, insbesondere Zweigniederlassungen zu errichten, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen oder deren Geschäftsführung zu übernehmen.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten und in den Ausführungen über das Geschäftsjahr wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum städtischen Haushalt

Mit Vertrag vom 14. Dezember 2018 wurden die bisher bestehenden Verträge mit der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe bezüglich der Finanzierung der Ausgabenverlagerung weiter ergänzt und eine Finanzierungsvereinbarung mit der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe getroffen, die die bisherigen Finanzierungsregelungen ablöst. Diese Vereinbarung sieht vor, dass die Betriebskosten zur Deckung der „Betrauungsgegenständlichen Aufgaben“ abzüglich der im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung erzielten Erlöse („Netto-Betriebskosten“) von der Stadt Bad Homburg ausgeglichen werden. Der Ausgleich erfolgt zuzüglich eines Gewinnaufschlags. Ferner wird festgestellt, dass „Aufgabenfremde Tätigkeiten“ von der KuK im Wettbewerb wahrgenommen werden und bei der Ermittlung der Netto-Betriebskosten außer Acht zu lassen sind. Im Berichtsjahr wurden auf dieser Basis Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 6.793 realisiert, wovon TEUR 1.299 € im Rahmen der Jahresabrechnung als Forderung gegen die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe erfasst wurden. Der Gewinnaufschlag wurde aufgrund des umfangreichen Umstellungsprozesses in der Kostenrechnung, der zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage für den Gewinnaufschlag erforderlich ist, abweichend der vertraglichen Vereinbarung mit pauschal TEUR 150 festgelegt.

Es bestehen Forderungen gegenüber der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe in Höhe von 2.264 T€.

Demgegenüber bestehen Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt in Höhe von insgesamt 15.216 T€. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 1.643 T€ sind durch Ausfallbürgschaften der Stadt abgesichert.

Gründung

Die 1923 gegründete Kur AG in Bad Homburg v. d. Höhe wurde mit Beschluss der Hauptversammlung vom 20.12.1976, gemäß §§ 369 ff. Aktiengesetz, in eine GmbH umgewandelt. Die Gesellschaft führt den Namen Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag wurde letztmalig am 27. November 2015 geändert.

Stammkapital

563.000 €

Anteil Stadt

100 %

Vertragsgrundlagen

- Vertrag über den Nießbrauch vom 07.07.1924 (§ 5: Nießbrauch an sämtlichen Gegenständen und Rechten, die zum Bereich der Kur- und Badeverwaltung gehören; § 9: Einziehung der Kurtaxe durch die Gesellschaft zur eigenen Verwendung)
- Aufgabenübernahmevertrag vom 21.04., 27.04. und 01.06.1953 nebst Zusatzverträgen (§ 1: Übernahme der kurnahen und dem Fremdenverkehr dienenden Aufgaben, welche aus Spielbankmittel bezuschusst werden.)
- Beherrschungsvertrag vom 28.06.1979 mit der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe (Gesellschafterin verpflichtet sich ggf. entstehende Jahresfehlbeträge auszugleichen. Der Beherrschungsvertrag wurde zum 31. Dezember 2018 gekündigt.

Gesellschafter

Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe.

Verwaltungsrat (Geschäftsjahr 2019)

- Alexander Hetjes, Oberbürgermeister, Bad Homburg v. d. Höhe
- Vorsitzender -
- Oliver Jedynak, Stadtverordneter, Bad Homburg v. d. Höhe
- 1. stellvertretender Vorsitzender -
- Thorsten Bartsch, Stadtverordneter, Bad Homburg v. d. Höhe
- Jutta Biecker, Arbeitnehmervertreterin, Kur- und Kongreß-GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe
- Peter P. Bruckmaier, Bad Homburg v. d. Höhe
- Sükrü Demir, Arbeitnehmervertreter, Kur- und Kongreß-GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe
- Frank Hirschelmann, Bad Homburg v. d. Höhe
- Wolfram Kister, Stadtrat, Bad Homburg v. d. Höhe
- Christine Rupp, Stadträtin, Bad Homburg v. d. Höhe
- Prof. Andreas Lenel, Bad Homburg v. d. Höhe
- Dr. Karin Tanz, Stadtverordnete, Bad Homburg v. d. Höhe
- Lucia Lewalter-Schoor, Stadträtin, Bad Homburg v. d. Höhe
- Alexander Unrath, Stadtverordneter, Bad Homburg v. d. Höhe

Die Gesamtbezüge des Verwaltungsrates belaufen sich im Jahr 2019 auf 4 T€. Die Verwaltungsratsmitglieder erhalten eine Auslagenerstattung in Höhe von 50 € pro Sitzung. Der Vorsitzende erhält eine jährliche Aufwandsentschädigung von 1.000 € und eine Auslagenerstattung von 100 € pro Sitzung. Im Geschäftsjahr haben 6 Sitzungen stattgefunden.

Bei den Gesellschafterversammlungen erhalten die Vertreter*innen 50 € pro Sitzung. Im Geschäftsjahr hat eine Gesellschafterversammlung stattgefunden.

Geschäftsleitung

- Holger Reuter, Usingen
 - Geschäftsführer Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe sowie deren Tochterunternehmen
 - Kurdirektor der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe

Die Geschäftsleitung erhält keine direkten Bezüge bzw. Entgelte von der Gesellschaft. Von der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe wurden im Berichtsjahr TEUR 241 an Geschäftsführerbezüge weiterbelastet. Mit diesen Bezügen sind sämtliche Geschäftsführertätigkeiten für die Gesellschaften Kur- und Kongreß-GmbH, Betriebsgesellschaft Klinik Dr. Baumstark GmbH, KuK Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, Bahnhof GmbH, François-Blanc-Spielbank GmbH, Stiftung Historischer Kurpark sowie Arbeitskreis Orgelkunst „FUGATO“ abgegolten.

Die Bezüge der früheren Mitglieder belaufen sich auf TEUR 113.

Prokura

- Oliver Hartlieb, Glashütten
- Alexander Gilsbach, Echzell

Gesamtprokura jeweils gemeinsam mit einem Geschäftsführer oder einem anderen Gesamtprokuristen.

Abschlussprüfer

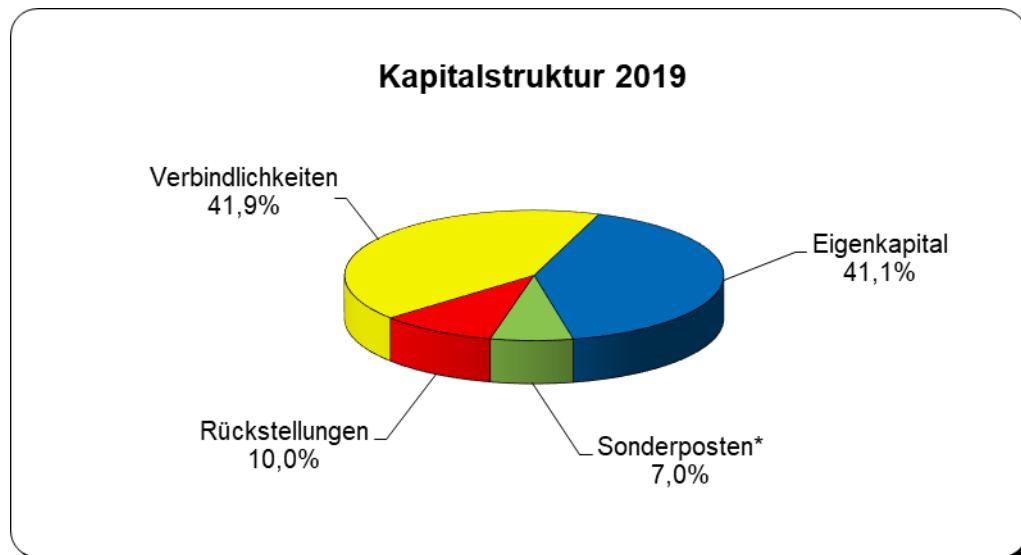
KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

- Prüfung durch o.g. Gesellschaft seit dem Jahr 2019; vorher durch PwC (PricewaterhouseCoopers) AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

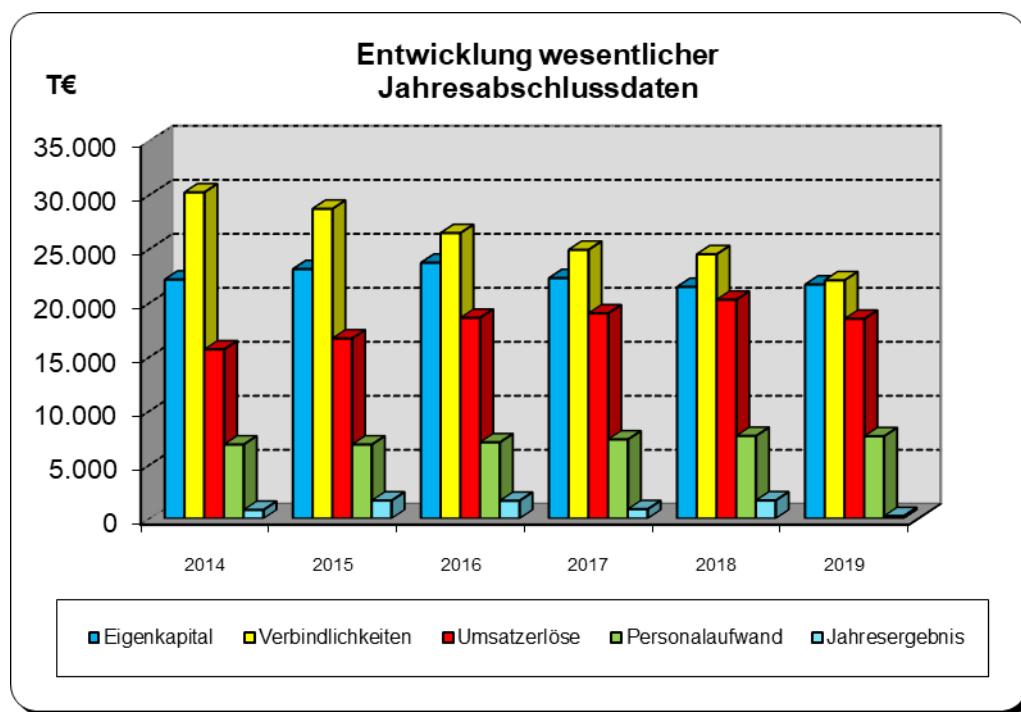
Beteiligungen (Anteil am Stammkapital in Prozent)

- Bahnhof GmbH Bad Homburg v. d. Höhe (95 %)
- Betriebsgesellschaft Klinik Dr. Baumstark GmbH Bad Homburg v. d. Höhe (100 %)
- François-Blanc-Spielbank GmbH Bad Homburg v. d. Höhe (100 %)
- KuK Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH Bad Homburg v. d. Höhe (100 %)
- Spielbank Wicker & Co KG (2,9%)
- Frankfurt Ticket RheinMain GmbH (12,5 %)

Bilanz	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
Aktiva	TEUR		TEUR	%
Anlagevermögen	42.311	43.470	-1.159	-2,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	62	64	-2	-3,1
Sachanlagen	29.764	30.929	-1.165	-3,8
Finanzanlagen	12.485	12.477	8	0,1
Umlaufvermögen	10.475	11.731	-1.256	-10,7
Vorräte	220	253	-33	-13,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.123	6.654	469	7,0
Liquide Mittel	3.132	4.824	-1.692	-35,1
Rechnungsabgrenzungsposten	30	12	18	150,0
Bilanzsumme	52.815	55.214	-2.399	-4,3
Vermerkposten: Treuhandvermögen	64	56	8	14,3
Passiva	TEUR		TEUR	%
Eigenkapital	21.660	21.438	222	1,0
Gezeichnetes Kapital	563	563	0	0,0
Kapitalrücklage	6.535	6.535	0	0,0
Gewinnrücklagen	14.340	12.669	1.671	13,2
Bilanzgewinn	222	1.670	-1.448	-86,7
Sonderposten nach Rücklageanteil	3.698	4.035	-337	-8,4
Rückstellungen	5.243	5.114	129	2,5
Verbindlichkeiten	22.054	24.463	-2.409	-9,8
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.643	1.830	-187	-10,2
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.158	2.953	-795	-26,9
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	15.216	15.533	-317	-2,0
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.058	1.634	-576	-35,3
5. Sonstige Verbindlichkeiten	1.978	2.512	-534	-21,3
Rechnungsabgrenzungsposten	159	164	-5	-3,0
Bilanzsumme	52.815	55.214	-2.399	-4,3
Vermerkposten: Treuhandverbindlichkeiten	64	56	8	14,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
	TEUR		TEUR	%
Umsatzerlöse	18.484	20.256	-1.772	-8,7
Sonstige betriebliche Erträge	710	808	-98	-12,1
Materialaufwand	-5.396	-4.864	-532	-10,9
Personalaufwand	-7.610	-7.637	27	0,4
Abschreibungen	-2.342	-2.410	68	2,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.192	-5.235	1.043	19,9
Erträge aus Beteiligungen	1.776	2.006	-230	-11,5
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	2	45	-43	-95,6
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	154	152	2	1,3
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13	14	-1	-7,1
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-672	-731	59	8,1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-599	-626	27	4,3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	329	1.778	-1.449	-81,5
Sonstige Steuern	-107	-108	1	0,9
Jahresüberschuss	222	1.670	-1.448	-86,7
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1.670	859	811	94,4
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	-1.670	-859	-811	-94,4
Bilanzgewinn	222	1.670	-1.448	-86,7



(*Sonderposten gemäß § 6b EStG sowie für Casino-Parkhaus)



	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€
■ Eigenkapital	22.127	23.087	23.676	22.261	21.438	21.660
■ Verbindlichkeiten	30.196	28.674	26.427	24.875	24.463	22.054
■ Umsatzerlöse	15.655	16.669	18.581	18.994	20.256	18.484
■ Personalaufwand	6.846	6.846	7.049	7.319	7.637	7.610
■ Jahresergebnis	795	1.657	1.636	859	1.670	222

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

I. Grundlagen des Unternehmens

Die Kur- und Kongreß-Gesellschaft mit beschränkter Haftung Bad Homburg v. d. Höhe (kurz „Kur GmbH“) ist gemäß Gesellschaftsvertrag für die Führung, den Betrieb, die Verwaltung, die Beratung und das Management von Gesundheits-, Fremdenverkehrs-, Veranstaltungs- und anderen öffentlichen Zwecken dienenden Einrichtungen sowie für die Durchführung kultureller Veranstaltungen in unternehmenseigenen Einrichtungen und für die Durchführung sonstiger Veranstaltungen überwiegend in Bad Homburg v. d. Höhe zuständig.

Die Gesellschaft betreibt als Kur- und Badebetrieb das Kur-Royal Day Spa, das Kur-Royal Aktiv und führt Kongresse und Tagungen durch. Sie ist des Weiteren für die Werbung für diese Einrichtungen zuständig.

Die Gesellschaft unterhält außerdem Einrichtungen, die der kulturellen Betreuung und Unterhaltung der Bürger, Gäste und Besucher der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe dienen. Darüber hinaus betreibt die Gesellschaft Garagenbetriebe.

Über verschiedene vertragliche Vereinbarungen, insbesondere Nießbrauchüberlassungen und Aufgabenverlagerungen, zeichnet sich die Gesellschaft auch für den Kurpark mit seinen Einrichtungen, verschiedene gastronomische Betriebe sowie für die Englische Kirche verantwortlich.

In regelmäßigen Sitzungen informiert die Geschäftsführung den Verwaltungsrat der Gesellschaft über die Entwicklungen und die daraus resultierenden Maßnahmen. Der aktuelle Verwaltungsrat der Kur GmbH tagt gemäß den Vorschriften des Gesellschaftsvertrags mindestens viermal im Jahr. Im Geschäftsjahr 2019 fanden sechs Sitzungen statt.

Mit Vertrag vom 14. Dezember 2018 wurden die bisher bestehenden Verträge mit der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe bezüglich der Finanzierung der Ausgabenverlagerung weiter ergänzt und eine Finanzierungsvereinbarung mit der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe getroffen, die die bisherige Finanzierungsregelung ablöst. Diese Vereinbarung sieht vor, dass die Betriebskosten zur Deckung der „Betrauungsgegenständlichen Aufgaben“ abzüglich der im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung erzielten Erlöse („Netto-Betriebskosten“) von der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe ausgeglichen werden. Der Ausgleich erfolgt zuzüglich eines Gewinnaufschlags. Ferner wird festgestellt, dass „Aufgabenfremde Tätigkeiten“ von der KuK im Wettbewerb wahrgenommen werden und bei der Ermittlung der Netto-Betriebskosten außer Acht zu lassen sind. Im Berichtsjahr wurden auf dieser Basis Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 6.793 realisiert, wovon TEUR 1.299 im Rahmen der Jahresendabrechnung als Forderung gegen die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe erfasst wurden.

Wirtschaftsbericht

Darstellung des Geschäftsverlaufs der Tochtergesellschaften und der unselbständigen Stiftung

Betriebsgesellschaft Klinik Dr. Baumstark GmbH Bad Homburg v. d. Höhe:

Nach wie vor haben die restriktiven Vorgaben bezüglich kassenärztlicher Leistungen Einfluss auf die Umsatzerlöse der Klinik Dr. Baumstark GmbH. Im Geschäftsjahr 2019 lagen die abgegebenen Leistungen über dem Vorjahresniveau (TEUR 103; i. Vj. TEUR 178).

Die Tochtergesellschaft Betriebsgesellschaft Klinik Dr. Baumstark GmbH Bad Homburg v. d. Höhe, Bad Homburg v. d. Höhe (kurz „Klinik“), konnte im Geschäftsjahr 2019 mit einer Auslastung von

84,71 % nicht an die positive Entwicklung aus dem Vorjahr anknüpfen. So ist der Gesamtumsatz mit Patienten im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 % gesunken.

KuK Immobilienverwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung Bad Homburg v. d. Höhe:

Die Rahmenbedingungen der Tochtergesellschaft KuK Immobilienverwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung Bad Homburg v. d. Höhe (kurz „KuKI“), waren im Geschäftsjahr 2019 insbesondere in Bezug auf die Nachfragesituation im Einzelhandel schwierig. Die Kurhaus-Ladengalerie war im Geschäftsjahr 2019 weitgehend vermietet. Der Leerstand betrug wie im Vorjahr 4,7 % und liegt somit unter dem Planansatz. Die nicht vermietete Ladenfläche konnte wegen eines Wasserschadens und den noch laufenden Verhandlungen mit der Versicherung über die Sanierungsform noch nicht vermietet werden.

François-Blanc-Spielbank GmbH Bad Homburg v. d. Höhe:

Das Jahresergebnis der Tochtergesellschaft François-Blanc-Spielbank GmbH Bad Homburg v. d. Höhe (kurz „FBS“) hat sich überplanmäßig gut entwickelt und zeigt einen Jahresüberschuss von TEUR 1.399. Im Geschäftsjahr 2019 hat die Gesellschaft einen Bruttospielerlös von TEUR 39.436 erzielt. Die Spielbankabgabe beträgt für das Geschäftsjahr 2019 69,25 %.

Bahnhof GmbH:

Der Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung der Tochtergesellschaft Bahnhof GmbH beträgt TEUR 377. In diesem Kontext haben die Gesellschafter der Bahnhof GmbH insgesamt TEUR 397 (Vorjahr: TEUR 769) aus der Kapitalrücklage entnommen. Auf die Kur GmbH entfallen hiervon TEUR 377, welche phasengleich vereinnahmt worden sind.

Im Geschäftsjahr 2009 hat die KuKI die unselbständige „Stiftung Historischer Kurpark Bad Homburg v. d. Höhe“ errichtet. Mit Treuhandvertrag vom 13. November 2009 hat die KuKI das Stiftungskapital zur treuhänderischen Verwaltung an die Kur GmbH übertragen. Zweck der unselbständigen Stiftung ist die Förderung von Kunst und Kultur, des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, des Umweltschutzes und der Landschaftspflege sowie des traditionellen Brauchtums und der Heimatpflege. Die Stiftung hat im Geschäftsjahr 2019 einen Überschuss in Höhe von TEUR 7,3 erzielt.

Darstellung der Ertragslage

Als wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren sowie als interne Steuerungsgrößen sind Umsatzerlöse sowie das Ergebnis nach Steuern zu nennen. Die Planung und Steuerung der Umsatzerlöse erfolgt auf disaggregierter Ebene unter Berücksichtigung der Ergebnisquellen der Kur GmbH. Bei der Steuerung und Planung der Umsatzerlöse wird der Ausgleich der Unterdeckung der angefallenen Betriebskosten bei den von der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe übernommenen Aufgaben berücksichtigt. Es erfolgt eine laufende Überwachung des Ausgleichs. Darüber hinaus ist die Ermittlung der laufenden Spielbankeinnahmen (Bestandteil der Umsatzerlöse) von der Entwicklung der Bruttospielerträge der FBS abhängig; diese wird von der Tochtergesellschaft gesteuert.

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft betragen im Geschäftsjahr TEUR 18.484 (i. Vj. TEUR 20.256). Die Umsatzerlöse aus Mieten und Pachten sowie Nebenkosten beliefen sich dabei auf TEUR 4.079 (i. Vj. TEUR 4.147) und lagen damit unter dem Planansatz von TEUR 4.246. Die Erlöse aus Mieten für Garagenbetriebe sind höher ausgefallen (TEUR 3.181) als geplant (TEUR 3.000). Die Erlöse aus Kurmitteln, Kur-Royal DaySpa/Aktiv sind von TEUR 1.703 auf TEUR 1.662 gefallen (Planansatz 2019: TEUR 1.901). Im Geschäftsjahr 2019 ist der Umsatz im klassischen

Kerngeschäft (Kur Royal) leicht rückläufig zum Vorjahr. Der Mitgliederbestand im Kur-Royal Aktiv ist zum 31. Dezember 2019 mit 827 auf Vorjahresniveau. Im Vergleich zum Vorjahr sank der Umsatz im Kur-Royal Aktiv leicht um 1,3 %. Gegenüber dem Vorjahr sind die Veranstaltungserlöse um TEUR 75 auf TEUR 619 angestiegen. Die übrigen Umsatzerlöse sind mit TEUR 2.149 geringfügig unter dem Vorjahresniveau (i. Vj. TEUR 2.263).

Die Erstattungen aus dem Aufgabenverlagerungsvertrag von der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe, die zum Ausgleich der nicht gedeckten Betriebskosten (einschließlich des Gewinnaufschlags) dienen, beliefen sich auf TEUR 6.793 (i. Vj. TEUR 8.471 davon TEUR 2.755 aus laufenden Spielbankzuweisungen).

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe blieben unverändert zum Vorjahr bei TEUR 1.427. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen stiegen um TEUR 533 auf TEUR 2.971. Grund hierfür sind höhere Aufwendungen für Veranstaltungshonorare. Die Materialaufwandsquote (Materialaufwand zu Umsatzerlösen) stieg von 24,0 % auf 29,2%. Die Personalaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,35% auf TEUR 7.610 gesunken. Dies resultiert bei einer im März 2019 erfolgten Tariferhöhung in Höhe von 3,2% für die tariflich angestellten Mitarbeiter und bei einer Reihe tariflicher Stufensteigerungen im Wesentlichen auf den Wegfall der Aufwendungen des im Vorjahr ausgeschiedenen ehemaligen Geschäftsführers. Die Personalaufwandsquote (Personalaufwand zu Umsatzerlösen) betrug somit 41,2% (i. Vj. 37,7%).

Die Minderung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist im Wesentlichen auf den Einmaleffekt der Aufwendungen im Zusammenhang mit den Vergütungsansprüchen, des ausgeschiedenen Geschäftsführers, aus dem Vorjahr zurückzuführen (T€ 1.128).

Der Rückgang der Erträge aus Beteiligungen resultiert im Wesentlichen aus der niedrigeren Auflösung der Kapitalrücklage der Bahnhof GmbH und der damit verbundenen geringeren Ausschüttung (TEUR 377; i. Vj. TEUR 731). Dem Rückgang der Beteiligungserträge aus der Bahnhof GmbH stehen gesunkene Aufwendungen aus der Verlustübernahme von der Bahnhof GmbH in gleicher Höhe gegenüber.

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen sind im Wesentlichen aufgrund des Jahresfehlbetrages der Klinik, in Höhe von TEUR 295 (Verlustübernahme), zum Vorjahr gesunken.

Das Ergebnis nach Steuern fiel gegenüber dem Vorjahr von TEUR 1.778 auf TEUR 329.

Insgesamt hat die Kur GmbH somit einen Jahresüberschuss von TEUR 222 (i. Vj. TEUR 1.670) erzielt.

Die Geschäftsführung ist mit der Entwicklung im Geschäftsjahr zufrieden.

Darstellung der Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme verringert sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 4,3% von TEUR 55.214 auf TEUR 52.815. Maßgeblich ist dies auf den Rückgang der Sachanlagen (TEUR 1.166), insbesondere von Gebäuden, durch planmäßige Abschreibungen sowie der liquiden Mittel (TEUR 1.692) zurückzuführen.

Das Anlagevermögen der Gesellschaft beträgt dabei TEUR 42.311 (i. Vj. TEUR 43.470) und damit 80,1 % (i. Vj. 78,7 %) des Gesamtvermögens.

Das Sachanlagevermögen hat sich um TEUR 1.166 auf TEUR 29.764 vermindert. Es wurden planmäßige Abschreibungen für das Sachanlagevermögen in Höhe von TEUR 2.288 (i. Vj. TEUR 2.378) vorgenommen, die über den im Geschäftsjahr durchgeföhrten Investitionen

(TEUR 1.123; i. Vj. TEUR 864) lagen. Die Finanzanlagen haben sich nur marginal um TEUR 8 von TEUR 12.477 auf TEUR 12.485 erhöht.

Das Umlaufvermögen beträgt 19,8% (i. Vj. 21,2 %) der Bilanzsumme. Die Gesellschaft hat sich im Berichtsjahr über die vorhandenen liquiden Mittel sowie über laufende Gesellschaftermittel finanziert. Gleichwohl haben sich die liquiden Mittel um TEUR 1.692 auf TEUR 3.132 verringert. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind um TEUR 469 auf TEUR 7.123 gestiegen. Die sonstigen Vermögensgegenstände sind leicht von TEUR 1.458 auf TEUR 1.406 gesunken.

Wie im Vorjahr erfolgte im Geschäftsjahr 2019 bereits eine unterjährige Kostenerstattung für übernommene Aufgaben in Höhe von TEUR 4.094 (i. Vj. TEUR 1.925) durch die Auftraggeberin Stadt Bad Homburg v. d. Höhe.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um TEUR 222 auf TEUR 21.660 erhöht. Die Gewinnrücklagen verzeichneten einen Anstieg von TEUR 1.671, welcher auf die Einstellung des Jahresüberschusses 2018 in die anderen Gewinnrücklagen zurückzuführen ist. Die Kapitalrücklage ist zum Vorjahr unverändert (TEUR 6.535). Der Bilanzgewinn entspricht dem Jahresergebnis. Der Jahresüberschuss beträgt TEUR 222 (i. Vj. TEUR 1.670). Die Eigenkapitalquote veränderte sich von 38,8 % auf 41,0 %.

Der Sonderposten mit Rücklageanteil nach § 6b EStG und R 34 EStR verminderte sich planmäßig ratierlich analog zu den Abschreibungen um TEUR 337 auf TEUR 3.698

Die sonstigen Rückstellungen sind um TEUR 159 auf TEUR 2.107 gesunken.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich aufgrund von planmäßigen Darlehenstilgungen um TEUR 187 auf TEUR 1.643 vermindert. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beinhalten die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber der FBS (TEUR 1.058). Die kurzfristigen Forderungen gegen verbundene Unternehmen und die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden saldiert ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um TEUR 795 auf TEUR 2.158 gesunken. Die gesamten Verbindlichkeiten haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2.409 auf TEUR 22.054 verringert.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die Bereitstellung liquider Mittel aufgrund der abgegebenen Liquiditätsgarantie an die KuKI, die Klinik sowie der Bahnhof GmbH war im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vj. um TEUR -2.895 auf TEUR 1.072 verringert. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit hat sich um TEUR -647 auf TEUR 772, im Wesentlichen aufgrund gestiegener Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen, verringert. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt TEUR -3.536. Dementsprechend haben sich die liquiden Mittel gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.692 vermindert.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Aufgrund der Corona-Krise und der damit einhergehenden Schließung aller Liegenschaften und die Herabsetzung bzw. die teilweise komplett Einstellung des Aktivitätsniveaus in unseren operativen Geschäftsfeldern, erwartet die Geschäftsführung, dass die Umsatzerlöse und das Jahresergebnis vor Steuern 2020 deutlich niedriger als in 2019 und niedriger als im Wirtschaftsplan ange setzt sind, ausfallen werden. Die Geschäftsentwicklung unserer Mieter- und Pächter durch die Corona-Krise ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar.

Das im April 2008 in der ehemaligen Tennisbar eröffnete Kur-Royal Aktiv entwickelt sich bis zum coronabedingten Shutdown positiv. Wie sich der Markt im Premiumsegment entwickelt, bleibt ab-

zuwarten. Auch hier wird die Corona-Krise Einfluss auf die Marktteilnehmer haben. Die in den letzten Jahren begonnene Zusammenarbeit mit dem Kur-Royal Day Spa und mit der Klinik Dr. Baumstark und die daraus resultierenden Synergieeffekte sind weiterhin festzustellen und werden weiter ausgebaut. So soll insbesondere das Feld der besseren Beweglichkeit und Nachsorgemöglichkeit der Reha-Patienten weiterentwickelt werden. Im Geschäftsjahr 2019 wurden weitere Massageangebote ins Portfolio aufgenommen, um ein weiterhin attraktiveres Angebot für die Gäste zu ermöglichen. Somit werden der Aufbau und die Etablierung eines Gesundheitskompetenzzentrums weiter vorangebracht. Darüber hinaus sollen bei der Klinik die vorhandenen ausländischen Beziehungen, insbesondere im arabischen und russischen Raum, weiterhin nachhaltig ausgebaut werden. Die Geschäftsführung erwägt in den nächsten Jahren weithin verstärkt Investitionen in die Qualität und die Ausstattung der Klinik zu tätigen, um der gestiegenen Nachfrage und dem Substanzerhalt nachzukommen.

Im Bereich des Kur-Royal im Kaiser-Wilhelms-Bad wird, sofern die Corona bedingten Einschränkungen aufgehoben werden, in der Wintersaison 2020/2021 nach Fertigstellung der in den Sommermonaten stattfindenden Umgestaltungsarbeiten – insbesondere des Soleparks – mit weiter positiven Nachfrage-Effekten gerechnet.

Der Kongressbereich im Kurhaus war tendenziell auf dem gleichen Umsatzniveau wie im Vorjahr. Durch eine erhöhte Nachfrage im Dezember 2019 konnte das Ergebnis aus 2018 um 1,5% gesteigert werden. Zur Steigerung der Attraktivität sowie der Konkurrenzfähigkeit der Ladengalerie und des KongressCenter gegenüber anderen Standorten im Rhein-Main Gebiet, werden weitere moderate Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt und attraktivere Angebote entwickelt. Ein grundhafte Sanierung bzw. Neubau des Kongressbereiches würde die potenzielle Entwicklung des Kongressstandortes Bad Homburg v. d. Höhe beleben.

Auf Vorschlag der Geschäftsführung hat der Verwaltungsrat beschlossen, in Zusammenarbeit mit der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, die verschiedene Handlungsoptionen aufzeigen soll, um das künftige Anforderungsprofil eines angemessenen Kurhauses und Kongresszentrums markt- und imagegerecht zu entwickeln. Damit soll eine fundierte Grundlage für die anstehenden strukturellen Entscheidungen der Eigentümergemeinschaft und der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe geschaffen werden. Dabei sollen die zurzeit anstehenden Überlegungen zu einer moderierten Stadtentwicklungsplanung – insbesondere im Innenstadtquartier – einbezogen werden. Vorgesehen ist ein Verfahren, das die Durchführung der Machbarkeitsstudie und die Ausschreibung zu einem Investorenverfahren in einander überführt. Zwischen den Parteien des Gemeinschaftseigentums herrscht Konsens, dass das zukünftige Konzept die Interessen aller Beteiligten widerspiegeln muss. Die Ausschreibung für die Machbarkeitsstudie ist für das dritte Quartal 2020 vorgesehen.

Mit den verschiedenen Anforderungen zu den europaweiten Ausschreibungen der Studie und des Investorenwettbewerbs – einschließlich der vorgesehenen Öffentlichkeitsarbeit und der notwendigen Verständigung mit den Miteigentümern – ist zurzeit davon auszugehen, dass die abschließenden nachhaltigen strategischen Entscheidungen zur Neustrukturierung des Kongress-Standortes Bad Homburg v. d. Höhe Ende 2021 erfolgen können. Je nach Ergebnis des Prozesses – (insbesondere auch im Kontext mit den verkehrstechnischen und städtebaulichen Fragen, sowie dem abgeschlossenen ISEK 2030 (Integriertes Stadtentwicklungskonzept)) – sind größere bauliche Maßnahmen ab dem Jahre 2023 absehbar. Für die Bauzeit ist eine übergangsmäßige Abwicklung des Kongress-Geschäfts im Bahnhof und in Teilen des bis dahin fertig gestellten Kinos vorgesehen.

Die Belegung der Garagenbetriebe verläuft stabil. Die daraus resultierenden Umsätze sind um 1,7 % zum Vorjahr gestiegen. Der nur moderate Anstieg der Umsätze ist überwiegend auf die Sanierungsarbeiten der Kurhausgarage im Geschäftsjahr zurückzuführen. Durch weitere Investitionen

in intelligente Parksysteme, gehen wir in den nächsten Jahren weiterhin von einer positiven Entwicklung der Garagenbetriebe aus.

Der Betrieb des Kurtheaters mit den Abonnementreihen verlief in 2019 weitestgehend planmäßig, auch wenn die Akquisition von Abonnenten aufgrund der Fülle alternativer Veranstaltungen im Ballungsraum zunehmend schwieriger wird. Zur Steigerung der Attraktivität der Abonnementreihen wurden die einzelnen Abonnementreihen vor wenigen Jahren neu entwickelt und eine modifizierte Preis- und Angebotsstruktur eingeführt. Grundsätzlich soll der Anteil an Fremdvermietungen des Kurtheaters erhöht werden. Durch die Etablierung der Veranstaltungsreihe „Literatur- und Poesie-Festival“ wurde das Kulturangebot in Bad Homburg erweitert. Nach der Sanierung des Bahnhofs wurde mit dem „Speicher“ seit 2013 ein weiterer Veranstaltungsort mit Jazz und Weltmusik etabliert. Der „Speicher“ hat sich in der Künstlerszene als Spielort etabliert und wird von den Künstlern aktiv nachgefragt. Hier erwarten wir in Zukunft grundsätzlich eine weiterhin positive Entwicklung.

Die Gesellschaft erwartet gemäß Planung (vor den Auswirkungen der Corona-Krise im Jahr 2020) insgesamt Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 18.321 sowie ein Ergebnis vor Steuern von TEUR 12. Der Planansatz der Gesamtkosten (beinhalten alle Aufwandsposten) vor Verlustübernahme der Bahnhof GmbH für das Jahr 2020 beläuft sich auf TEUR 20.596.

Der Ergebnisverlauf der Tochtergesellschaft Klinik wird auf der Basis der Wirtschaftsplanung erwartet. Die geplanten Gesamterlöse (TEUR 8.697), die geplanten Gesamtkosten (TEUR 8.847) sowie das geplante Jahresergebnis vor Ergebnisabführung von TEUR -150 (vor Auswirkungen der Corona-Krise) werden im Geschäftsjahr 2020 von der Klinik angestrebt.

Die Tochtergesellschaft KuKI kann für die Kurhaus-Ladengalerie eine weitestgehende Vollvermietung verzeichnen. Für 2020 plant die Gesellschaft bei einer Vermietungsquote für die Kurhaus-Ladengalerie von 90,354 %, ein ausgeglichenes Ergebnis vor Steuern.

Für das Geschäftsjahr 2020 plante die Bahnhof GmbH (vor der Corona-Krise) mit Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 913 bei einer Vermietungsquote von 86,6 % sowie einem negativen Ergebnis vor Steuern von TEUR 350.

Die Tochtergesellschaft FBS rechnete für das Jahr 2020 auf der Basis des Wirtschaftsplans mit einem Bruttospielerlös von EUR 36,0 Mio. und einem Jahresüberschuss von TEUR 1.285. Aufgrund der Corona-Krise und die damit einhergehende Schließung der Spielbank erwartet die Geschäftsführung aber aktuell, dass die Umsatzerlöse und das Jahresergebnis deutlich niedriger als in 2019 und deutlich niedriger als der Wirtschaftsplan ausfallen wird.

Im Unternehmen ist insgesamt ein Risikomanagementsystem implementiert, welches der Identifikation und der Begrenzung von Risiken sowie der Errichtung entsprechender Handlungsmaßnahmen dient. Das eingerichtete Risikomanagementsystem ist geeignet, Entwicklungen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, frühzeitig zu erkennen. Dieses implementierte Risikomanagementsystem ist in einem Risikomanagementhandbuch erfasst und wurde auf Basis der Beschlussfassung des Verwaltungsrates zum 1. Januar 2017 formal in Kraft gesetzt. In 2019 wurden durch den Risikomanager die Weiterentwicklung des Risikohandbuchs und die Analyse der einzelnen Risikobereiche durchgeführt. Eine der Hauptaufgaben des Risikomanagers in 2020 wird es sein, die Dokumentation der wesentlichen Unternehmensprozesse voranzutreiben.

Auf Grundlage des Unternehmenskonzepts „KUK 2015“ hat eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Kur GmbH, Stadt Bad Homburg und externen Steuer- und Gesellschaftsrechtsexperten eine neue zukunftweisende Finanzierungsvereinbarung erarbeitet. Diese Vereinbarung stellt die Finanzierung der im Aufgabenverlagerungsvertrag beschriebenen Aufgaben der Gesellschaft und der notwendigen Investitionen sicher und spiegelt die verschärften EU-Beihilfenrechtlichen Vorgaben für die finanziellen Beziehungen zwischen den Kommunen und ihren kommunalen Unternehmen wider.

Die Gremien des Unternehmens und der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe haben Ende 2018 den erarbeiteten Vorschlag beschlossen, der ab Januar 2019 Anwendung findet. Durch die Vereinbarung ist die Finanzierung des Unternehmens für die nächsten Jahre sichergestellt und macht die Kur GmbH unabhängig von der Spielbankerlösentwicklung der FBS.

Seitens der Bahnhof GmbH wurden die grundhaften Sanierungsarbeiten im März 2014 fertiggestellt. Bei der Vermietung werden entsprechende Synergieeffekte mit der KuKI im Vermietungsgeschäft genutzt. Nach Fertigstellung des Vorplatzes und Entscheidungsfindung für das weitere Vorgehen im Bereich Postareal „Am Wasserturm“ wird mit weiter steigenden Umsatzerlösen durch die restliche Vermietung (einschließlich der bereits vertraglich vereinbarten Staffelmieten) der Ladenflächen, durch einen Anstieg der gastronomischen Umsätze und durch eine stärkere Vermietung des Speichers gerechnet. Dies gilt insbesondere nach Realisierung des beabsichtigten Kino- und Parkhaus-Neubaus durch einen Investor. Die Kur GmbH geht aus den Erfahrungen der Vergangenheit von einer stabilen Begleichung von Forderungen aus. Ein erhöhtes Risiko wird hier nicht gesehen. Umsatzrückgänge aufgrund von Unterauslastung der Garagenbetriebe oder sinkenden Brutto-Mieterlösen können bei langfristigen Pachtverträgen entsprechende negative Auswirkungen auf das Ergebnis nach Steuern haben. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird aufgrund historischer Erfahrungswerte von der Geschäftsführung mittelfristig als gering eingeschätzt.

Neben den überwiegend coronabedingten negativen Einflüssen sind für die Geschäftsführung der Kur GmbH Risiken, die den Fortbestand gefährden oder wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, nicht erkennbar.

Die Liquidität der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar: Mit der im Dezember 2018 abgeschlossenen Finanzierungsvereinbarung hat sich die Stadt Bad Homburg verpflichtet, die Fehlbeträge aus den Aufgaben des Leistungskataloges auszugleichen. Abweichend zum Wirtschaftsplan geht die Kur GmbH hierfür von einem zusätzlichen Kapitalbedarf von EUR 4,5 Mio aus. Dieser wurde an die Stadtberichtet und im Nachtragshaushalt der Stadt berücksichtigt. Für die Durchführung der übertragenen Aufgaben in 2020 hat die Stadt Bad Homburg bis dato EUR 2,7 Mio an die Kur GmbH als Ausgleich überwiesen. Durch die Liquiditätszusage der Stadt Bad Homburg geht die Gesellschaft davon aus, dass die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft jederzeit gegeben ist. Die Liquidität aus dem eigenen Geschäftsbetrieb ist aus heutiger Sicht sichergestellt, da coronabedingte Einnahmeausfälle durch den Wegfall von Ausgaben im Wesentlichen kompensiert werden konnten. Auch die an die Tochterunternehmen gewährten Liquiditätszusagen wurden bisher nicht in Anspruch genommen. Auch ist mit einer kurzfristigen Inanspruchnahme derzeit nicht zu rechnen.

Insgesamt lässt die Einschätzung der Risikolage die Feststellung zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bestanden haben und nach gegenwärtigem Kenntnisstand auch für den mittelfristigen Zeitraum nicht erkennbar sind.

5.1.1 Bahnhof GmbH Bad Homburg v. d. Höhe

Rechtsform

GmbH

Handelsregister

HRB 11503
Bad Homburg v. d. Höhe

Anschrift

Kaiser-Wilhelms-Bad
Kisseleffstraße 45
61348 Bad Homburg v. d. Höhe
Telefon: 06172 178 3150
Fax: 06172 178 3158
E-Mail: h.reuter@kuk.bad-homburg.de
Internet: www.bahnhof-bad-homburg.de

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung, Sanierung und der Betrieb des Bahnhofs Bad Homburg v. d. Höhe und seines Umfeldes einschließlich des Bahnhofsvorplatzes und des Fürstenbahnhofs als Verkehrs- und Servicestation mit gastronomischer, kultureller Nutzung sowie durch Einzelhandel und Dienstleistungsbetriebe unter Sicherstellung und Erweiterung des Bahnhofs als Verkehrsknotenpunkt sowie die Umsetzung von entsprechenden Marketingkonzepten und die Vermarktung der Liegenschaft Bahnhof Bad Homburg v. d. Höhe zu kulturellen und kommerziellen Zwecken.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten und in den Ausführungen über das Geschäftsjahr wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum städtischen Haushalt

Die Gesellschafterin Stadt Bad Homburg v. d. Höhe hat am 10. September 2010 beschlossen, im Rahmen einer Sacheinlage zwei Grundstücke einzubringen. Durch die Einbringung erhöhte sich die Kapitaleinlage um TEUR 1.270. Ferner wurde beschlossen, der Kapitalrücklage in Raten insgesamt 22,8 Mio. € für die Sanierung der Grundstücke zuzuführen. Im Jahr 2013 wurden der Kapitalrücklage zum Ausgleich vororganisatorischer Verluste TEUR 111 sowie zur Ausschüttung an die Gesellschafter TEUR 1.023 entnommen. Im Geschäftsjahr 2014 wurden weitere 700 T€ in die Kapitalrücklage eingezahlt. Ferner erfolgte in 2014 eine weitere Zuzahlung von der Gesellschafterin über TEUR 279 zur Finanzierung einer weiteren Baumaßnahme. Für die in 2015 erfolgte Ausschüttung an die Gesellschafter wurde der Kapitalrücklage im Jahr 2014 ein Betrag von T€ 3.477 entnommen. Für die in 2016 erfolgte Ausschüttung an die Gesellschafter wurde der Kapitalrücklage im Jahr 2015 ein Betrag von TEUR 1.021 entnommen. In 2016 erfolgte eine weitere Zuzahlung der Gesellschafterin über TEUR 200 zur Stärkung des Eigenkapitals. Für die in 2017 erfolgte Ausschüttung an die Gesellschafter wurde der Kapitalrücklage im Jahr 2016 ein Betrag von TEUR 380 entnommen. In 2018 erfolgte eine Ausschüttung in Höhe von TEUR 584, hierfür erfolgte im Jahr 2017 eine Entnahme aus der Kapitalrücklage in Höhe von TEU 584. Im Dezember 2018 erfolgte eine Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von Seiten der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe (TEUR 324). Für die vorgesehene Ausschüttung 2019 wurde der Kapitalrücklage ein Betrag von TEUR 769 entnommen und ausgeschüttet. Im Dezember 2019 erfolgte von Seiten der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe eine Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 38. Für die vorgesehene Ausschüttung in 2020 wurde der Kapitalrücklage ein Betrag von TEUR 397 entnommen, der am Bilanzstichtag ausgewiesen wird.

Gründung

09. November 2009

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der gültigen Fassung datiert vom 27. November 2015.

Stammkapital

25.000 €

Anteil Kur- und Kongreß-GmbH

95 % (23.751 €)

Anteil Stadt Bad Homburg v. d. Höhe

5 % (1.249 €)

Beschlussgrundlagen

Stadtverordnetenversammlung vom 05.11.2009, Drucksachen-Nr.: SV 6/1356-3

Stadtverordnetenversammlung vom 09.09.2010, Drucksachen-Nr.: SV 6/1624-4

Stadtverordnetenversammlung vom 16.05.2013, Drucksachen-Nr.: SV 11/561-3

Gesellschafter

Gesellschafter sind die Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe mit einem Stammkapitalanteil von 95,004 % und die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe von 4,996 %.

Verwaltungsrat (Geschäftsjahr 2019)

Anmerkung: Der Verwaltungsrat der Bahnhof GmbH ist der jeweilige Verwaltungsrat der Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe.

- Alexander Hetjes, Oberbürgermeister, Bad Homburg v. d. Höhe
- Vorsitzender -
- Oliver Jedynak, Stadtverordneter, Bad Homburg v. d. Höhe
- 1. stellvertretender Vorsitzender -
- Thorsten Bartsch, Stadtverordneter, Bad Homburg v. d. Höhe
- Jutta Biecker, Arbeitnehmervertreterin, Kur- und Kongreß-GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe
- Peter P. Bruckmaier, Bad Homburg v. d. Höhe
- Sükrü Demir, Arbeitnehmervertreter Kur- und Kongreß-GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe
- Frank Hirschelmann, Bad Homburg v. d. Höhe
- Wolfram Kister, Stadtrat, Bad Homburg v. d. Höhe
- Christine Rupp, Stadträtin, Bad Homburg v. d. Höhe
- Prof. Andreas Lenel, Bad Homburg v. d. Höhe
- Dr. Karin Tanz, Stadtverordnete, Bad Homburg v. d. Höhe
- Lucia Lewalter-Schoor, Stadträtin, Bad Homburg v. d. Höhe
- Alexander Unrath, Stadtverordneter, Bad Homburg v. d. Höhe

Die Gesamtbezüge des Verwaltungsrates im Jahr 2019 belaufen sich auf 2.150 €. Die Verwaltungsratsmitglieder erhalten eine Auslagenerstattung in Höhe von 50 € pro Sitzung. Der Vorsitzende erhält eine Auslagenerstattung von 100 € pro Sitzung. Im Geschäftsjahr haben vier Sitzungen stattgefunden.

Bei den Gesellschafterversammlungen erhalten die Vertreter*innen 50 € pro Sitzung. Im Ge-

schäftsjahr hat eine Versammlung stattgefunden.

Geschäftsleitung

- Holger Reuter, Usingen,
 - Geschäftsführer Bahnhof-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe
 - Geschäftsführer der Gesellschafterin Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe
 - Kurdirektor der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe

Der Geschäftsführer erhält von der Gesellschaft keine unmittelbaren Bezüge. Die Angabe der anteilig belasteten Bezüge der Geschäftsführung unterbleibt unter Inanspruchnahme der Befreiungsvorschrift des § 286 Abs. 4 HGB. Die Bezüge der Geschäftsführung bei der Kur- und Kongreß-GmbH sowie bei ihren Tochterunternehmen werden im Anhang der Gesellschafterin Kur- und Kongreß-GmbH in einer Summe angegeben.

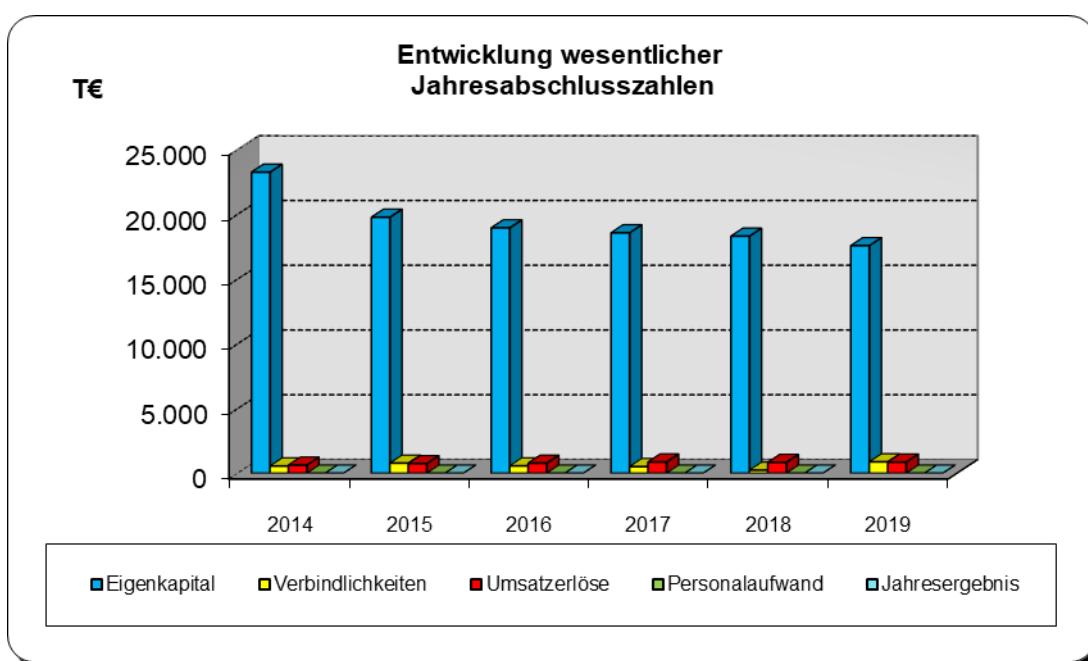
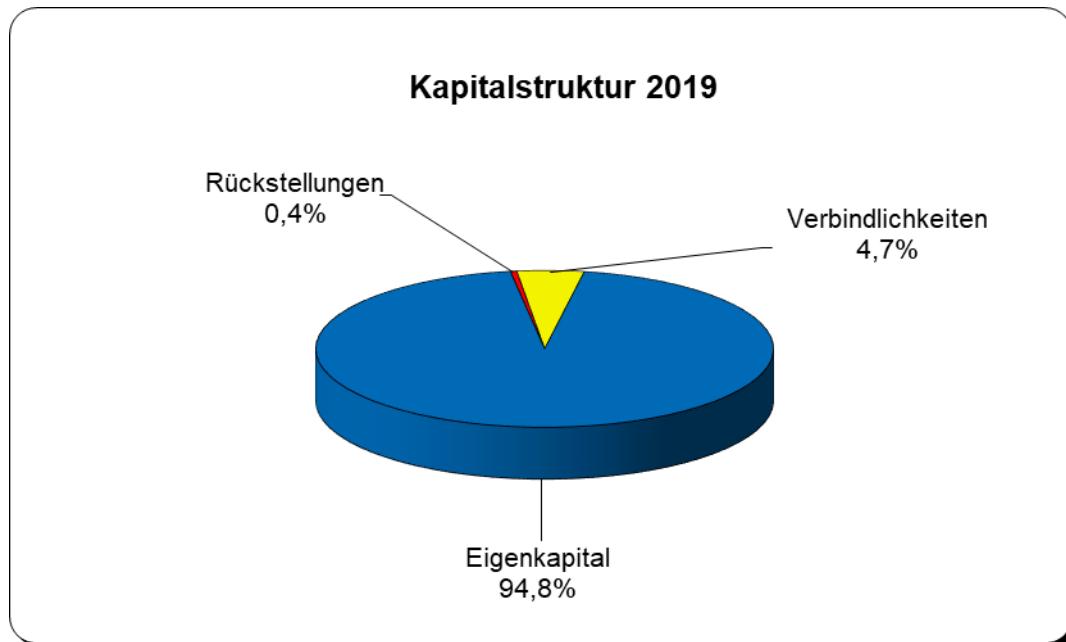
Abschlussprüfer

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

- Prüfung durch o.g. Gesellschaft seit dem Jahr 2019; vorher durch PwC (PricewaterhouseCoopers) AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
Aktiva	TEUR		TEUR	%
Anlagevermögen	18.195	18.606	-411	-2,2
Grundstücke und Bauten	17.534	17.804	-270	-1,5
Technische Anlagen u. Maschinen	244	284	-40	-14,1
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	417	517	-100	-19,3
Umlaufvermögen	328	1.100	-772	-70,2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	45	93	-48	-51,6
Forderungen gegen Gesellschafter	3	815	-812	-99,6
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	0	0	0!
Sonstige Vermögensgegenstände	1	1	0	0,0
Guthaben bei Kreditinstituten	279	191	88	46,1
Rechnungsabgrenzungsposten	9	12	-3	-25,0
Bilanzsumme	18.532	19.717	-1.185	-6,0
Passiva	TEUR		TEUR	%
Eigenkapital	17.569	18.301	-732	-4,0
Gezeichnetes Kapital	25	25	0	0,0
Kapitalrücklage	17.148	17.506	-358	-2,0
Bilanzgewinn	397	769	-372	-48,4
Sonstige Rückstellungen	82	1.182	-1.100	-93,1
Verbindlichkeiten	876	230	646	280,9
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	110	84	26	31,0
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	679	25	654	2.616,0
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	32	54	-22	-40,7
4. Sonstige Verbindlichkeiten	55	67	-12	-17,9
Rechnungsabgrenzungsposten	4	4	0	0,0
Bilanzsumme	18.532	19.717	-1.185	-6,0

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
	TEUR		TEUR	%
Umsatzerlöse	857	836	21	2,5
Sonstige betriebliche Erträge	71	53	18	34,0
Materialaufwand	-373	-334	-39	-11,7
Abschreibungen auf Sachanlagen	-411	-419	8	1,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-515	-839	324	38,6
Sonstige Zinsen und Erträge	0	0	0	0!
Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-371	-703	332	47,2
Sonstige Steuern	-6	-28	22	78,6
Erträge aus Verlustübernahme	377	731	-354	-48,4
Jahresüberschuss	0	0	0	0
Entnahme aus der Kapitalrücklage	397	769	-372	-48,4
Bilanzgewinn	397	769	-372	-48,4



	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€
Eigenkapital	23.239	19.762	18.941	18.561	18.301	17.569
Verbindlichkeiten	557	775	564	509	230	876
Umsatzerlöse	625	738	773	866	836	857
Personalaufwand	0	0	0	0	0	0
Jahresergebnis	0	0	0	0	0	0

Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Die Bahnhof GmbH Bad Homburg v. d. Höhe (Bahnhof GmbH), Bad Homburg v. d. Höhe, wurde am 9. November 2009 gegründet.

Die Bahnhof GmbH zeichnet sich verantwortlich für die Entwicklung, die Sanierung und den Betrieb des Bahnhofs Bad Homburg v. d. Höhe und seines Umfeldes einschließlich des Bahnhofsvorplatzes und des Fürstenbahnhofs als Verkehrs- und Servicestation mit gastronomischer und kultureller Nutzung sowie durch Einzelhandel und Dienstleistungsbetriebe unter Sicherstellung und Erweiterung des Bahnhofs als Verkehrsknotenpunkt sowie die Umsetzung von entsprechenden Marketingkonzepten und die Vermarktung der Liegenschaft Bahnhof Bad Homburg v. d. Höhe zu kulturellen und kommerziellen Zwecken.

In regelmäßigen Sitzungen informiert die Geschäftsführung den Verwaltungsrat der Gesellschaft über die Entwicklungen und daraus resultierende Maßnahmen. Der Verwaltungsrat der Bahnhof GmbH tagt gemäß den Vorschriften des Gesellschaftsvertrages mindestens zweimal im Jahr. Im Geschäftsjahr 2019 fanden vier Sitzungen statt.

Mit Beschluss der außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 10. September 2010 wurden 95,004 % der Geschäftsanteile an der Bahnhof GmbH von der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe an die Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe (Kur- und Kongreß-GmbH) veräußert. Mit der Kur- und Kongreß-GmbH besteht seit 2011 ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

II. Wirtschaftsbericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Unternehmens

Im April 2014 wurde die in 2011 begonnene Sanierungsmaßnahme des Bahnhofs Bad Homburg v. d. Höhe weitestgehend abgeschlossen. Die aus der Baumaßnahme heraus entstandenen Rechtsstreitigkeiten der letzten Jahre konnten im Geschäftsjahr 2019 durch zwei gerichtliche Vergleiche weitestgehend abgeschlossen werden und die damit verbundenen Risiken wurden reguliert.

Die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe brachte im Geschäftsjahr 2010 die Grundstücke und Gebäude des Bahnhofes und des Fürstenbahnhofes in die Gesellschaft ein. Darüber hinaus wurden seitdem zweckgebundene Bareinlagen über insgesamt TEUR 22.800 von der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe bis Ende 2014 geleistet. Weitere TEUR 279 wurden im Geschäftsjahr 2014 zur Finanzierung zusätzlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Quellwasserproblematik von der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe geleistet. Die nächste Einzahlung von der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe in die Kapitalrücklage erfolgte im Jahr 2016 (TEUR 200) und im Jahr 2018 (TEUR 324) zur Stärkung des Eigenkapitals. Im Dezember 2019 gab es eine weitere Kapitaleinlage in Höhe von TEUR 38 vonseiten der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe.

Am 11. September 2010 sind sämtliche zwischen den Mietern des Bahnhofsgeländes und der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe geschlossenen Mietverträge auf die Gesellschaft übergegangen. Hinzu kamen in 2013 neue Mietverträge, die aufgrund der formalen Neueröffnung des Bahnhofs Ende August 2013 geschlossen wurden. Im Januar 2019 konnte mit der GHC Service OHG ein neuer Gastronom für den seit April 2018 leerstehenden Gastronomiebereich gewonnen werden.

Der Vertrag endete im September 2019 durch die Insolvenz des Pächters. Seit Februar 2019 ist der Laden 1 an den neuen Mieter Glückskaffee wieder vermietet. Die Gesellschaft erzielte aus den Vermietungen im Geschäftsjahr 2019 Miet- und Pachterlöse (ohne Mietnebenkosten) in Höhe von TEUR 635 (i. Vj. TEUR 625).

Synergieeffekte durch Einschaltung von Fachabteilungen der Muttergesellschaft, insbesondere im Hinblick auf Rechnungswesen, Werbung, Technik und der operativen Führung mit einer Schwestergesellschaft werden genutzt.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Als wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren sowie als interne Steuerungsgrößen sind die Umsatzerlöse und das Ergebnis nach Steuern zu nennen. Die Vermietungsquote stellt einen weiteren nichtfinanziellen Leistungsindikator dar.

Die Leerstandquote bezogen auf die Ladenflächen am 31. Dezember 2019 liegt mit 13,4 % über dem Vorjahreswert von 7,8 % und über dem Planwert von 0 %.

Den Umsatzerlösen (TEUR 857; i. Vj. TEUR 836) und sonstigen betrieblichen Erträgen (TEUR 71; i. Vj. TEUR 53) stehen überwiegend ein Materialaufwand (TEUR 373; i. Vj. TEUR 334), Abschreibungen auf Sachanlagen (TEUR 411; i. Vj. TEUR 419) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen (TEUR 515; i. Vj. TEUR 839), insbesondere Instandhaltungen, Wartungen sowie Rechts- und Beratungskosten, gegenüber.

Die Umsatzerlöse von TEUR 857 (i. Vj. TEUR 836) resultieren mit TEUR 806 (i. Vj. TEUR 794) aus den Mieteinnahmen zuzüglich der Mietnebenkostenabrechnungen (Vorauszahlungen für das laufende Jahr sowie Nachzahlungen für das jeweilige Vorjahr) und aus Erlösen aus Weiterbelastungen sowie Umlagen (TEUR 51; i. Vj. TEUR 42). Die Mieteinnahmen ohne Mietnebenkosten von TEUR 635 liegen damit um TEUR 10 über dem Vorjahr bzw. mit TEUR 5 über dem Planwert für 2019 von TEUR 630.

Durch die Neuvermietung des Ladens 1 an das Glückskaffee konnten die Mieterlöse gesteigert werden. Die Einnahmen aus der Vermietung der Gastronomie im Bahnhof waren in 2019 um TEUR 4 niedriger (TEUR 17) als in 2018 (TEUR 21). Die Höhe der derzeit erzielbaren Mieterlöse steht vor allem im Zusammenhang mit der weiteren nachhaltigen Beeinträchtigung des Gastronomie- und Veranstaltungsgeschäfts im Kultur-Bahnhof wegen den weiter bestehenden Großbaustellen unmittelbar vor der Gastronomie, auf der Rückseite des Bahnhofes (Unternehmensbau) und auf der Ostseite vor den Läden (frühere Post/vorgesehener Bau Kino-/Parkhaus-/Verwaltungsgebäude).

Die sonstigen betrieblichen Erträge von TEUR 71 (i. Vj. TEUR 53) beinhalten unverändert mit TEUR 14 einen Zuschuss eines Lieferanten, mit TEUR 31 (i. Vj. TEUR 3) Auflösungen von Rückstellungen sowie mit TEUR 15 die Auflösung eines Sicherheitseinbehalts an die Firma Gabel Objekt einrichtungen GmbH. Des Weiteren gab es für neun Monate eine Vereinbarung zur Nutzungsüberlassung des Inventars der Gastronomie im Bahnhof. Im Jahr 2019 wurde das Inventar der Gastronomie von der GHC Service OHG genutzt (TEUR 6; i. Vj. TEUR 9).

Der Materialaufwand enthält im Wesentlichen Aufwendungen für den Betrieb und die Unterhaltung des Bahnhofes. Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Es wurden Abschreibungen nach der erfolgten Einzelaktivierung in Höhe von TEUR 411 (i. Vj. TEUR 419) vorgenommen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 324 auf TEUR 515 (i. Vj. TEUR 839) gesunken. Die Rechts- und Beratungskosten sind um TEUR 375 im Vergleich zum Vorjahr geringer (TEUR 79; i. Vj. TEUR 454). Die sonstigen Weiterbelastungen (TEUR 19; i. Vj. TEUR 23) sind gesunken. Die Versicherungen (TEUR 21; i. Vj. TEUR 16) sind um TEUR 5 und die Aufwendungen für Wartungen sind um TEUR 11 (TEUR 63; i. Vj. TEUR 52) leicht gestiegen. Des Weiteren sind die Instandhaltungen um TEUR 28 (TEUR 131; i. Vj. TEUR 103) und die Schadensaufwendungen um TEUR 2 (TEUR 2; i. Vj. TEUR 0) gestiegen.

Das negative Ergebnis nach Steuern von TEUR 371, liegt in Höhe von TEUR 19 unter dem Planaufsatz in Höhe von TEUR -352 und mit TEUR 332 über dem Vorjahresergebnis (TEUR -703). Ursächlich für die Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr sind die wesentlich geringeren Aufwendungen der Risikorückstellungen (der Firma DB Station und Service um TEUR 10). Weiterhin ergaben sich periodenfremde Aufwendungen (ohne Rechtskosten) von TEUR 17 (i. Vj. TEUR 35) und periodenfremde Erträge von TEUR 64 (i. Vj. TEUR 25).

Es ist vorgesehen, zum Ausgleich, nach Entnahme eines Betrages von TEUR 397 aus der Kapitalrücklage, einen entsprechenden Betrag in 2020 an die Gesellschafter auszuschütten.

Mit dem Geschäftsverlauf in 2019 ist die Geschäftsführung insgesamt zufrieden.

Die Bilanzsumme sank von TEUR 19.717 um TEUR 1.185 auf TEUR 18.532. Auf der Aktivseite haben sich im Wesentlichen der Rückgang des Anlagevermögens infolge der Abschreibungen von TEUR 411 und der Rückgang der Forderungen gegen die Mehrheitsgesellschafterin ausgewirkt.

Auf der Passivseite hat sich die Entnahme aus der Kapitalrücklage über TEUR 397 im Eigenkapital noch nicht ausgewirkt, da am Bilanzstichtag der Ausweis noch im Bilanzgewinn erfolgt. Im Geschäftsjahr 2019 gab es Einzahlungen in die Kapitalrücklage durch die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe in Höhe von TEUR 38.

Der starke Rückgang der sonstigen Rückstellungen um TEUR 1.100 steht überwiegend im Zusammenhang mit den abgeschlossenen Rechtsstreitigkeiten (TEUR 10; i. Vj. TEUR 1.094) und niedrigeren Rückstellungen für Instandhaltungen (TEUR 17; i. Vj. TEUR 65). Nach Inanspruchnahmen von TEUR 1.074 und einer Auflösung von TEUR 20 wurden TEUR 10 den Risikorückstellungen neu zugeführt. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind gegenüber dem Vorjahr um insgesamt TEUR 26 auf TEUR 110 gestiegen. Die Lieferungs- und Leistungsforderungen gegen die Stadt Bad Homburg von TEUR 3 (i. Vj. TEUR 2) betreffen die Nebenkostenabrechnung für das Jahr 2018 für die Mobilitätszentrale. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind um TEUR 12 auf TEUR 55 gesunken.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war aufgrund der Einbindung in den Konzern der Muttergesellschaft Kur- und Kongreß-GmbH gegeben. Im Geschäftsjahr wurde ein positiver Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit von TEUR 60 erzielt. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ist trotz der Einzahlung eines Gesellschafters in die Kapitalrücklage (TEUR 38) mit TEUR 593 negativ. Im Geschäftsjahr 2019 erfolgte keine Dividendenausschüttung in Höhe von TEUR 769. Als Folge hat sich der Finanzmittelfonds um TEUR 88 erhöht. Am Bilanzstichtag übersteigt das kurzfristige Fremdkapital von TEUR 958 das kurzfristige Vermögen von TEUR 328 um TEUR 630. Die vorgesehene Ausschüttung des Bilanzgewinns von TEUR 397 erhöht entsprechend den Liquiditätsbedarf in 2020. Zur zukünftigen unterjährigen Liquiditätssicherung hat die Gesellschafterin Kur- und Kongreß-GmbH mit Datum vom 15. September 2017 eine zeitlich unbefristete und betragsmäßig unbegrenzte Liquiditätsgarantie ausgesprochen. Darüber hinaus wurde in der Liquiditätsgarantie unwiderruflich für eventuell entstehende Zahlungsverpflichtungen der uneingeschränkte Rangrücktritt gegenüber den Gläubigern anderer Forderungen erklärt. Die zukünftige eigen-

ständige Finanzierung der Gesellschaft hängt davon ab, ob die Vollvermietung sämtlicher Miet- und Veranstaltungsflächen erreicht werden kann und die Forderungen aus den Mietverhältnissen durch die Mieter zeitgerecht beglichen werden und damit sichergestellt ist, dass die Gesellschaft ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft sieht die Entwicklung und Vermarktung des historischen Bahnhof Areals für die kommenden Jahre sehr positiv. Die im Geschäftsjahr 2014 neu geschaffene Visitenkarte der Kur- und Kongress-Stadt Bad Homburg v. d. Höhe findet am Markt weiterhin eine hohe Resonanz. Anfang des Jahres 2020 wurden vielversprechende Gespräche mit potenziellen Interessenten für den Restaurationsbereich und den Laden 2 geführt. Ziel war es im laufenden Geschäftsjahr beide Geschäftseinheiten langfristig, mit einem zukunftsträchtigen Konzept, zu vermieten. Damit hätten wir eine Vollvermietung der Liegenschaft erreicht. Durch die Corona-Krise wurden die Gespräche Mitte März erst einmal ausgesetzt, damit unsere potenziellen Pächter die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung des laufenden Geschäftsjahres für sich bewerten können.

Im Geschäftsjahr 2019 konnte die Stadt Bad Homburg den Verkauf des ehemaligen Postareals finalisieren. Durch das geplante Kino werden auch für das gesamt Bahnhof Areal neue Impulse geschaffen.

Im Unternehmen wurde mit Beschluss des Verwaltungsrates der Kur- und Kongreß-GmbH vom 9. Dezember 2016 für den Gesamtkonzern insgesamt ein Risikomanagementsystem implementiert, welches der Identifikation und der Begrenzung von Risiken sowie der Errichtung entsprechender Handlungsmaßnahmen dient. Das Risikomanagementsystem ist grundsätzlich geeignet, Entwicklungen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, frühzeitig zu erkennen. Die hierfür im Stellenplan vorgesehene Stelle wurde im April 2018 besetzt. In 2019 wurde durch den neuen Risikomanager die Überarbeitung des bestehenden Risikohandbuches und die damit verbundenen Anpassungen vorgenommen. Für 2020 ist die Katalogisierung und Optimierung der wesentlichen Prozesse der Gesellschaft geplant.

Aufgrund der Corona-Krise und die damit einhergehende Schließung der Pachtbetriebe durch die Landesregierung und die Aussetzung der Verhandlungen mit den neuen Pächtern für die Gastronomie und dem Laden 2, erwartet die Geschäftsführung, dass die Umsatzerlöse und das Ergebnis niedriger als in 2019 und niedriger als der Wirtschaftsplan ausfallen werden.

Zur Risikoeinschätzung insgesamt bleibt festzustellen, dass die Stadt Bad Homburg derzeit eine Bebauung des ehemaligen Postareals (u. a. Kino und Parkhaus) durch einen Investor plant. Durch diese mehrjährige Neubaumaßnahme wird es trotz der positiven Entwicklung mit Beginn der Baumaßnahmen zu Einschränkungen im normalen Geschäftsbetrieb kommen.

Insgesamt sehen die derzeitigen Planungen weiterhin vor, dass sämtliche Baumaßnahmen voraussichtlich in 2021 abgeschlossen sein sollen und ab diesem Zeitpunkt ein ungestörter Regelbetrieb im Empfangsgebäude möglich wäre. Der ungestörte Regelbetrieb hängt allerdings wesentlich von dem weiteren Verlauf der Corona-Krise ab. Insbesondere durch die für das Veranstaltungsgeschäft existentielle Möglichkeit des nahen Parkens und der zu erwartende Besucheranstieg nach Fertigstellung des Kinos – bei Sicherstellung der gastronomischen Versorgung im Empfangsgebäude – lassen eine nachhaltige Steigerung der Erlössituation erwarten.

Darüber hinaus ist durch die steigende Nachfrage – nach der Aufnahme des gastronomischen Betriebes nach Fertigstellung der Baustelle im Eingangsbereich der Gastronomie – mit weiteren Erlösen im Veranstaltungsbereich des Speichers zu rechnen. Diese werden in Abhängigkeit der

tatsächlichen Beeinträchtigungen durch die Baumaßnahmen und der Fertigstellung des geplanten Parkhauses sowie durch den weiteren Verlauf der Corona-Krise ein deutliches Wachstumspotenzial haben.

Die Gesellschaft plant (vor der Corona-Krise) gemäß der verabschiedeten Planung für das Geschäftsjahr 2020 mit Miet- und Pachterlösen in Höhe von TEUR 643 bei einer Vermietungsquote von 86,6 % sowie einem negativen Ergebnis nach Steuern von TEUR 344 und damit also in Höhe von TEUR 76 unterhalb der geplanten Abschreibungen in Höhe von TEUR 420.

Die Chancen der Gesellschaft liegen weiterhin in der erfolgreichen Vermarktung des sanierten Bahnhofs in Bad Homburg v. d. Höhe. Insbesondere durch die Erreichung der Vollvermietung des Bahnhofs und die Erhöhung der Veranstaltungen sieht die Gesellschaft ein Wachstumspotenzial. Durch die weiteren städtebaulichen Maßnahmen im Umfeld des Bahnhofs – insbesondere im Hinblick des durch die Stadtverwaltung avisierten Kinovorhabens und Parkhauses – erwartet die Gesellschaft einerseits einen nachhaltigen positiven Einfluss auf das Vermietungs- und Veranstaltungsgeschäft, aber insbesondere auch eine weitere Steigerung der Wertverhältnisse.

Für die Gesellschaft bestehen als wesentliche Risiken das Leerstandrisiko aus der Vermietung von Ladenlokalen, Büro- und Veranstaltungsflächen sowie die Entwicklung auf dem Postareal. Bonitätsrisiken bei den Mietern wird durch den zeitnahen Einzug der Mieten begegnet. Sollte die erwartete weitere Entwicklung, insbesondere die Steigerung der Umsatz- bzw. Mieterlöse nicht eintreten, besteht weiterhin ein Risiko bei der Werthaltigkeit der Immobilie. Die Werthaltigkeit der Immobilie ist in wesentlicher Hinsicht auch davon abhängig, dass die Gestaltung des Bahnhofsumfeldes sowie die Vermarktung des Postareals erfolgreich abgeschlossen werden. Sollte eine deutliche Verbesserung der Ertragslage nicht eintreten, können Anpassungen des Anlagevermögens nicht ausgeschlossen werden. Angesichts des derzeitigen positiven Trends bei Vermietungen und Veranstaltungen – trotz der umfangreichen Beeinträchtigungen durch die diversen Baumaßnahmen – sieht die Geschäftsführung jedoch zurzeit keinen Handlungsbedarf. Allerdings muss damit gerechnet werden, dass die vollständige Ausschöpfung des Marktpotenzials erst nach Abschluss der diversen Baumaßnahmen möglich ist. Grundsätzlich erwarten wir durch die intensive Nutzung der Eventflächen eine weitere Belebung im Veranstaltungsbereich. Diese Entwicklung könnte durch die Corona-Krise negativ beeinflusst werden.

Durch die hohe Kapitalausstattung sowie aufgrund des abgeschlossenen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages und aufgrund der Liquiditätsgarantie der Gesellschafterin Kur- und Kongreß-GmbH bestehen derzeit keine Bestandsrisiken für die Gesellschaft.

Durch die vom Verwaltungsrat vorgesehene und beschlossene Rückgabe des Fürstenbahnhofs an die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe bzw. einen zu erwägenden Verkauf an Dritte soll das Risiko aus der notwendigen Sanierung des Gebäudes vermieden werden. Die bereits erfolgten Verkaufsge- spräche wurden wegen der weiteren Verzögerung der Maßnahmen um den Bahnhof vorerst zurückgestellt. Nach deren Fertigstellung und dem Bekanntwerden der künftigen baulichen Struktur rund um das Kino am Wasserturm werden hierzu weitere Gespräche erfolgen.

5.1.2 Betriebsgesellschaft Klinik Dr. Baumstark GmbH Bad Homburg v. d. Höhe

Rechtsform

GmbH

Handelsregister

HRB 4846
Bad Homburg v. d. Höhe

Anschrift

Viktoriaweg 18
61350 Bad Homburg v. d. Höhe
Telefon: 06172 407 0
Fax: 06172 864 13
E-Mail: info@klinik-dr-baumstark.de
Internet: www.klinik-dr-baumstark.de

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Klinik Dr. Baumstark sowie die Verwaltung und der Betrieb aller hierzu gehörigen Liegenschaften und Einrichtungen.

Zur Erreichung dieses Zwecks ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen oder deren Vertretung zu übernehmen.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck

Bei der Beteiligung der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe an der Betriebsgesellschaft Klinik Dr. Baumstark GmbH handelt es sich gem. § 121 Abs. 2 Ziffer 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Betätigung, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum städtischen Haushalt

- keine -

Gründung

Mit Erlaubnisurkunde vom 07.02.1994 ist der Gesellschaft vom Regierungspräsidium in Darmstadt gemäß § 30 Gewerbeordnung die Erlaubnis zum Betrieb einer Privatkrankenanstalt in Bad Homburg v. d. Höhe erteilt worden.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der gültigen Fassung datiert vom 27. November 2015.

Stammkapital

25.565 €

Anteil Kur- und Kongreß-GmbH

100 %

Vertragsgrundlagen

Mit der alleinigen Gesellschafterin der Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag.

Gesellschafter

Alleinige Gesellschafterin ist die Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe.

Aufsichtsrat (Geschäftsjahr 2019)

- Alexander W. Hetjes, Oberbürgermeister
- Vorsitzender -
- Peter P. Bruckmaier, Bad Homburg v. d. Höhe
- Dr. Alfred Etzrod, Stadtverordnetenvorsteher, Bad Homburg v. d. Höhe
- Jutta Feige, Arbeitnehmervertreterin, Bad Homburg v. d. Höhe
- Beate Fleige, Stadträtin, Bad Homburg v. d. Höhe
- Viktor Grunski, Bad Homburg v. d. Höhe
- Christine Rupp, Stadträtin, Bad Homburg v. d. Höhe
- Mechthild Weiß-Hennerici, Stadträtin, Bad Homburg v. d. Höhe

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates im Jahr 2019 belaufen sich auf 2.000 €. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten eine Aufwandsentschädigung von 50 € pro Sitzung. Der Vorsitzende erhält eine Aufwandsentschädigung von 100 € pro Sitzung. Im Geschäftsjahr haben vier Sitzungen stattgefunden.

Bei den Gesellschafterversammlungen erhalten die Vertreter/innen 50 € pro Sitzung. Im Geschäftsjahr haben zwei Sitzungen stattgefunden.

Geschäftsführung

- Holger Reuter
Kurdirektor der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe

Die Geschäftsführung erhält von der Gesellschaft keine unmittelbaren Bezüge. Die Angabe der anteilig weiterbelasteten Bezüge der Geschäftsführung unterbleibt unter Inanspruchnahme der Befreiungsvorschrift des § 286 Abs. 4 HGB. Die Bezüge für die Geschäftsführung bei der Kur- und Kongreß-GmbH (KuK) sowie bei ihren Tochtergesellschaften werden bei der KuK in einer Summe angegeben.

Prokura

Martina Hermann, Verwaltungsdirektorin

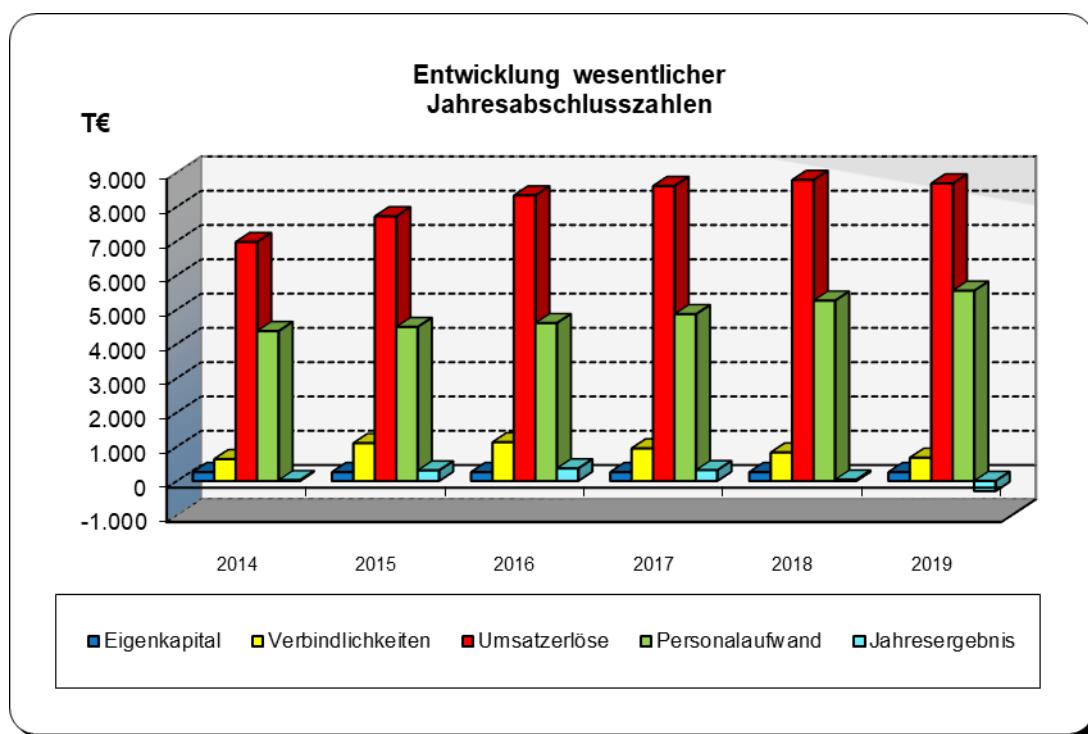
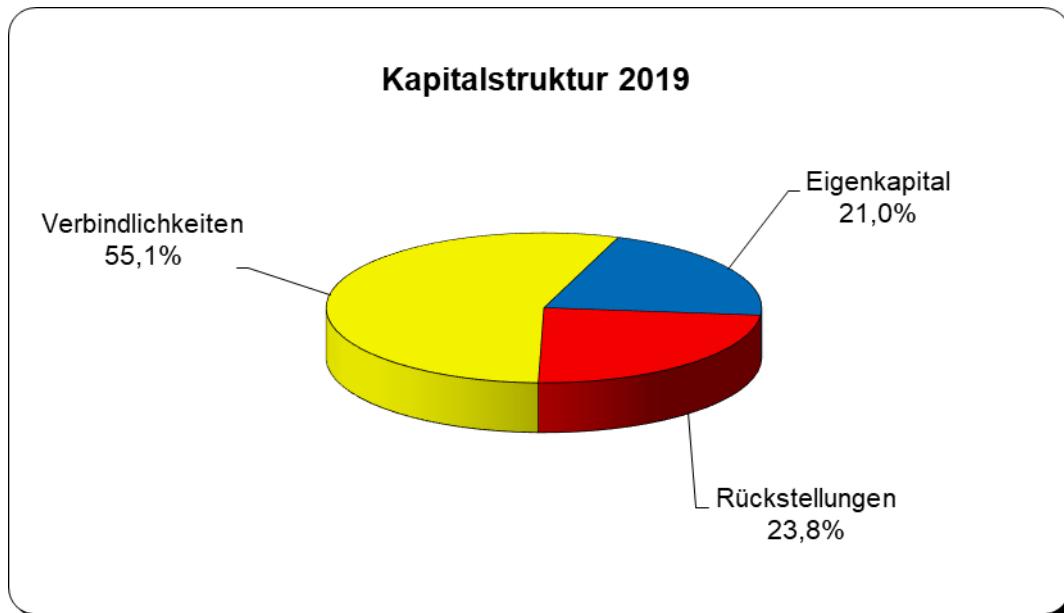
Abschlussprüfer

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

- Prüfung durch o.g. Gesellschaft seit dem Jahr 2019; vorher durch PwC (PricewaterhouseCoopers) AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
Aktiva	TEUR		TEUR	%
Umlaufvermögen	1.227	1.361	-134	-9,8
Vorräte	31	31	0	0,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	691	788	-97	-12,3
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	678	764	-86	-11,3
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	14	-14	-100,0
3. Sonstige Vermögensgegenstände	13	9	4	44,4
Liquide Mittel	505	542	-37	-6,8
Rechnungsabgrenzungsposten	0	5	-5	-100,0
Bilanzsumme	1.227	1.365	-138	-10,1
Passiva	TEUR		TEUR	%
Eigenkapital	258	258	0	0,0
Gezeichnetes Kapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	233	233	0	0,0
Rückstellungen	292	277	15	5,4
Verbindlichkeiten	677	830	-153	-18,4
1. Erhaltene Anzahlungen	20	34	-14	-41,2
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	327	197	130	66,0
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin	292	559	-267	-47,8
4. Sonstige Verbindlichkeiten	38	40	-2	-5,0
Bilanzsumme	1.227	1.365	-138	-10,1

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
	TEUR		TEUR	%
Umsatzerlöse	8.675	8.778	-103	-1,2
Sonstige betriebliche Erträge	50	129	-79	-61,2
Materialaufwand	2.901	2.961	-60	-2,0
Personalaufwand	5.549	5.257	292	5,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	550	630	-80	-12,7
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-275	59	-334	-566,1
Sonstige Steuern	20	20	0	0,0
Aufgrund Ergebnisabführungsvertrag übernommener Verlust	-295	38	-333	-876,3
Jahresüberschuss	0	0	0	0,0



	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€
■ Eigenkapital	258	258	258	258	258	258
■ Verbindlichkeiten	637	1.102	1.129	950	830	677
■ Umsatzerlöse	6.967	7.716	8.326	8.601	8.778	8.675
■ Personalaufwand	4.370	4.490	4.603	4.864	5.257	5.549
■ Jahresergebnis	22	306	366	315	38	-295

Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Die Betriebsgesellschaft Klinik Dr. Baumstark GmbH Bad Homburg v. d. Höhe, Bad Homburg v. d. Höhe, betreibt in den von der Gesellschafterin Kur- und Kongreß-Gesellschaft mit beschränkter Haftung Bad Homburg v. d. Höhe, Bad Homburg v. d. Höhe – kurz Kur- und Kongreß-GmbH –, gepachteten Klinikgebäuden eine Privatklinik. Insgesamt sind 151 vermietbare Zimmer und diverse Suiten unterschiedlichen Stils vorhanden.

Behandelt werden hauptsächlich Erkrankungen des Bewegungsapparats (Orthopädische Abteilung) sowie Stoffwechsel- und gastroenterologische Erkrankungen (Internistische Abteilung).

Mit dem Hauptbelegungspartner, der Deutsche Rentenversicherung (Bund), Berlin – kurz DRV (Bund) – sowie privaten und gesetzlichen Krankenkassen bestehen vertragliche Vereinbarungen über Pflegesätze und Fallpauschalen im Bereich der Anschlussheilbehandlungen (AHB) und der Rehabilitationsmaßnahmen (Heilverfahren). Mit der DRV (Bund) besteht zudem eine Belegungsvereinbarung, wonach die Gesellschaft der DRV (Bund) 125 Betten zur Verfügung stellt, soweit entsprechende Zuweisungen erfolgen. Darüber hinaus werden verstärkt deutsche und ausländische Selbstzahler und privat versicherte Patienten behandelt. Soweit es sich dabei nicht um privatambulante Patienten handelt, deren Anteil leicht rückläufig war, erfolgt die Unterbringung auf den Privatstationen in Komfortzimmern oder Suiten.

Die Steigerung der Auslastung erfolgt in Hinblick auf die vertraglichen Vereinbarungen mit den Kostenträgern und unter Berücksichtigung der deckungsbeitragsstärksten Belegungsmöglichkeiten.

Die Geschäftsführung informiert den Aufsichtsrat der Gesellschaft in regelmäßigen Sitzungen über die eingetretenen Entwicklungen und die daraus resultierenden Maßnahmen und führt, soweit notwendig, die diesbezüglichen Beschlüsse des Verwaltungsrats der Muttergesellschaft herbei. Der Aufsichtsrat der Betriebsgesellschaft Klinik Dr. Baumstark GmbH Bad Homburg v. d. Höhe tagt den Vorschriften der Satzung entsprechend mindestens viermal im Jahr. Im Geschäftsjahr 2019 fanden vier Sitzungen statt.

2. Wirtschaftsplan

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Entwicklung

Der Markt für stationäre Rehabilitationsleistungen ist geprägt durch demographische Entwicklung und Konsolidierungsbemühungen der privaten Klinikanbieter. Die Rehabilitationseinrichtungen stehen hierbei einerseits unter einem erheblichen Preisdruck im Rahmen der Verhandlungen mit den Kostenträgern, andererseits müssen die Kostensteigerungen, insbesondere im Personalbereich, kompensiert werden.

Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Unternehmens

Die Nachfrage nach Reha-Leistungen im Bereich der Rentenversicherungsträger war im Geschäftsjahr 2019 rückläufig und sank um 14,6 % zum Vorjahr. Der temporäre Rückgang erklärt sich aus einem vom DRV-Bund geänderten Belegungsverfahren. In der Gesamtbelegung (in Ta-

gen) ist im Vergleich zum Vorjahr ein geringerer Rückgang um 5,6 % (von 49.479 auf 46.687)¹ zu verzeichnen.

Durch die ständig durchgeführten Qualitätsverbesserungen im Bereich der Privatpatienten, konnte die Belegung im Geschäftsjahr 2019 gegenüber Vorjahr um 5,8 % erhöht werden (2019 13.855 / 2018 13.100 Aufenthaltstage von Privatpatienten)*. Der Pflegesatz für die stationären Heilverfahren und Anschlussheilbehandlungen wurde um EUR 3,70 im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Damit wurden die beiden Pflegesätze weiterhin einheitlich vergütet. Hierin spiegelt sich die hohe Wertschätzung der Klinikleistung und -infrastruktur durch den Hauptbelegungspartner DRV Bund wider, die in regelmäßig durchgeführten Peer-Review-Verfahren auch entsprechend dokumentiert werden. Zudem zeigt sich deutlich, dass die Klinik von laufenden Zertifizierungsprozessen und den hieraus gezogenen Erkenntnissen und Maßnahmen profitiert.

Die Gesamtauslastung, wie auch die Belegung durch ausländische Patienten wird maßgeblich durch gesundheitspolitische Rahmenbedingungen in Deutschland sowie die politischen Verhältnisse im Nahen Osten und im russischsprachigen Raum geprägt. Die stabilen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland kommen uns in Form gestiegener Pflegesätze im Vergleich zu den Vorjahren entgegen.

Darstellung der Ertragslage

Die Umsatzerlöse verzeichneten einen Rückgang um TEUR 103 (-1,2 %), von TEUR 8.778 auf TEUR 8.675. Dieser Rückgang ist maßgeblich auf Probleme mit der Zuweisung von Patienten aus dem Heilverfahren (HV3) der DRV Bund zurückzuführen.

Der für die Gesellschaft notwendige Umsatz mit Privatpatienten konnte in diesem Jahr im Bereich der inländischen Privatpatienten um 4 % (TEUR +136) gesteigert werden. Der Umsatz mit ausländischen Privatpatienten hat sich im Vorjahresverhältnis ein wenig erholt (TEUR +18). Somit stiegen die gesamten Umsätze durch die Behandlung von Privatpatienten gegenüber 2018 von TEUR 3.536 um 4,4 % auf TEUR 3.691. Trotz des nach wie vor schwierigen wirtschaftlichen und politischen Umfelds im Nahen Osten sowie der Russischen Föderation konnten die Umsätze leicht verbessert werden.

Die Gesamterlöse (bestehend aus Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen, siehe dazu unten) zeigen mit TEUR 8.725 einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um TEUR 182 (2,0 %).

Die Personalaufwendungen nahmen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 292 auf TEUR 5.549 zu. Die Personalaufwandsquote (Personalaufwand zu Umsatzerlösen) stieg von 60,0 % auf 64,0 %. Der Anstieg der Personalaufwendungen ist in erster Linie auf den Anstieg der tariflichen Entgelte für nichtärztliche Belegschaft in Höhe von 3,09 % seit dem 1. April 2019 sowie auf eine Reihe tariflicher Stufensteigerungen sowie Höhergruppierungen zurückzuführen.

Der Materialaufwand fiel im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 % (TEUR 2.901; i. Vj. TEUR 2.961). Dieser Rückgang ist durch eine Senkung der Kosten im Bereich der Fremdleistungen um -23,4 % sowie einer um 4,2 % geringeren variablen Pacht zu erklären. Die Materialaufwandsquote (Materialaufwand zu Umsatzerlösen) ist nahezu konstant geblieben, von 33,7 % auf 33,4 %.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen fielen um -12,8 % von TEUR 630 auf TEUR 550. Hintergrund dieser Kostensenkung sind noch fortgeführte Instandsetzungen im Zusammenhang mit

dem Wasserschaden aus 2017, welche in 2018 ihren Abschluss fanden. Dem stehen entsprechend geringere sonstige betriebliche Erträge aus Versicherungsleistungen gegenüber.

Das negative Jahresergebnis vor Verlustübernahme beläuft sich im Berichtsjahr auf TEUR 295 (i. Vj. TEUR +38).

Insgesamt verfehlt das Ergebnis unsere Erwartungen. Eine Prognose im Wirtschaftsplan 2019 ging von einem positiven Jahresergebnis vor Ergebnisabführung von TEUR 80 aus, welche nunmehr einem Ergebnis von TEUR -295 gegenübersteht.

Die im Wirtschaftsplan 2019 geplanten Gesamterlöse von TEUR 9.100 wurden um TEUR 375 verfehlt. Die geplanten Gesamtkosten in Höhe von TEUR 9.020 wurden konträr zum Umsatz nahezu erreicht (TEUR -1). Die geplanten Belegungstage in Höhe von 49.742 wurden um 3.055* Tage bzw. 6,1 % verfehlt. Aufgrund der oben dargestellten Entwicklungen wurde das im Vorjahr prognostizierte Jahresergebnis vor Ergebnisabführung nicht erreicht.

Darstellung der Vermögens- und Finanzlag

Die Bilanzsumme vermindert sich von TEUR 1.365 auf TEUR 1.227. Auf der Aktivseite sind die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 12,4 % gesunken. Die liquiden Mittel gingen von TEUR 542 um TEUR 37 auf TEUR 505 zurück (-6,8 %). Auf der Passivseite sind die Rückstellungen gestiegen, von TEUR 277 auf TEUR 292. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um TEUR 130 auf TEUR 327 gestiegen. Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin aus dem Verrechnungskonto sind von TEUR 559 auf TEUR 292 gesunken. Unter Anderem enthalten diese Verbindlichkeiten die Pachtzinsabrechnung i. H. v. TEUR 575 sowie gelegentlich hierzu die Forderung aus der Verlustübernahme i. H. v. TEUR -295. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind mit TEUR 38 nahezu gleich geblieben. Das Eigenkapital wird mit TEUR 258 unverändert zum Vorjahr ausgewiesen. Die Eigenkapitalquote stieg von 18,9 % auf 21,0 %.

Der Unternehmensfortbestand der Gesellschaft ist durch den Ergebnisabführungsvertrag mit der Muttergesellschaft, der Kur- und Kongress-GmbH, gesichert, ebenso wie die Liquiditätssicherung durch die zeitlich unbefristete und betragsmäßig unbegrenzte Liquiditätsgarantie der Muttergesellschaft gewährleistet ist. Für den Fall, dass ein verlustbedingter Liquiditätsabfluss aus den laufend erwirtschafteten Mitteln nicht gedeckt werden kann, ist damit die Gesellschafterin verpflichtet, die Liquidität durch Kapitalüberlassung zu sichern.

Mitarbeiterstruktur

Die Gesellschaft beschäftigte im Durchschnitt 96 Mitarbeiter, davon 80 Angestellte und 16 Arbeiter.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die gesamtwirtschaftliche Situation hat sich im laufenden Geschäftsjahr durch die weltweite Corona-Krise eingetrübt. Sowohl Auslastung als auch Umsatz sind durch den verhängten Operationsstop der Akutkrankenhäuser und der angeordneten Freihaltung von Klinik Kapazitäten im Zusammenhang mit dem Katastrophenplan des Landratsamts stark rückläufig.

Die bereits in 2009 begonnene Installation eines zertifizierten Qualitätsmanagement-Systems fand im Juni 2011 ihren vorläufigen Abschluss durch die erlangte Zertifizierung. Danach ist die Klinik durch den TÜV Nord Zert nach DIN EN ISO 9001:2008 und nach System QMS Reha (DRV Bund), der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation zertifiziert worden. Diese qualitätssteigernden

Maßnahmen sind Voraussetzung für die Sicherung einer gleichbleibend hohen Belegung durch die gesetzlichen und privaten Kostenträger. In diesem Zusammenhang finden jährlich externe Auditierungen, statt um eine gleichbleibende Qualität zu dokumentieren. Seit 2017 erfolgt die Zertifizierung nach ISO 9001:2015. In 2019 fand eine erneute umfangreichere Rezertifizierungen statt. Darüber hinaus wurde die Klinik im Jahr 2019 von der Redaktion FOCUS Gesundheit erneut als TOP-Klinik 2019 im Rahmen ihres deutschlandweiten Reha-Klinik-Vergleichs ausgezeichnet.

Insbesondere aufgrund der nach wie vor nicht marktgerechten und durchgängig nicht kostendeckenden Pflegesätze der öffentlichen Kostenträger ist ein Hauptaugenmerk weiter auf die verstärkte Akquisition von in- und ausländischen Privatpatienten zu legen. In Werbung und Akquisition wird verstärkt der Privatmarkt im In- und Ausland beworben; die Kooperation mit Medical Network Hessen (MNH) und die gemeinschaftliche Vermarktung mit Geschäftsbereichen der Muttergesellschaft – Kur-Royal Day-Spa und Kur-Royal Aktiv – sollen verstärkt Synergieeffekte bewirken.

Die Abhängigkeit von der DRV als Hauptbelegungspartner mit teilweise nicht auskömmlichen Pflegesätzen stellt nach wie vor ein Risiko für die künftige Entwicklung der Gesellschaft dar. Zur Risikobegrenzung hat die Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 eine Drohverlustrückstellung bilanziert (TEUR 55).

Die in den letzten Jahren entstandenen Wasserschäden haben gezeigt, dass notwendige Sanierungsmaßnahmen an der Bausubstanz des Klinikgebäudes durchzuführen sind. Die Eigentümerin hat auf diesen Umstand mittlerweile reagiert und angekündigt, das Rohrleitungssystem innerhalb der nächsten zwei Jahre sukzessive auszutauschen.

Die Gesellschaft wird über die Muttergesellschaft Kur- und Kongreß-GmbH weiterhin verstärkt Investitionen im Rahmen ihrer Möglichkeiten in die Ausstattung und in die Qualität der Klinik tätigen, um der wieder steigenden Nachfrage im Bereich des Privatmarktes nachzukommen.

Zur weiteren Effektivierung und Qualitätssteigerung, wurde im Rahmen der zunehmenden Digitalisierung als nächster Schritt die elektronische Patientenakte eingeführt und weiter ausgebaut. Hintergrund ist nicht nur die Eindämmung der papiergeführten Akte, sondern auch der künftig zunehmende digitale Datenaustausch mit Kostenträgern, Krankenhäusern und anderen Dienstleistern wie Labor und Apotheke.

Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, sind nicht zu erkennen oder zu erwarten. Darüber hinaus gewährleisten der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag sowie die finanzielle Unterstützung durch die Muttergesellschaft ein zukunftssicheres Bestehen der Gesellschaft.

Aufgrund der Coronakrise und dem damit einhergehenden Rückgang der Belegungsquote erwartet die Geschäftsführung, dass die Umsatzerlöse niedriger und das Ergebnis negativer als in 2019 und niedriger als der Wirtschaftsplan ausfallen werden. Für 2020 wurden gemäß Wirtschaftsplan TEUR 8.053 Umsatzerlöse mit Patienten und sonstige Erlöse i. H. v. TEUR 644 geplant. Dem stehen TEUR 8.847 an geplanten Kosten gegenüber und ergibt somit ein geplantes Ergebnis i. H. v. TEUR -150.

**Die Angaben der Belegungszahlen sind sonstige Angaben und demzufolge nicht Bestandteil der gesetzlichen Jahresabschlussprüfung. Das Prüfungsurteil des Abschlussprüfers erstreckt sich folglich nicht auf diese Angaben. Der Abschlussprüfer hat in Zusammenhang mit seiner Prüfung die Informationen gelesen und gewürdigt, ob diese wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss oder anderen Angaben im Lagebericht aufweisen.*

5.1.3 François-Blanc-Spielbank GmbH Bad Homburg v. d. Höhe

Rechtsform

GmbH

Handelsregister

HRB 12455
Bad Homburg v. d. Höhe

Anschrift

Kisseleffstr. 35 / Im Kurpark
61348 Bad Homburg v. d. Höhe
Telefon: 06172 170 10
Fax:
E-Mail: info@casino-bad-homburg.de
Internet: www.casino-bad-homburg.de

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Spielbank Bad Homburg und ihrer Nebenbetriebe.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu fördern, insbesondere Zweigniederlassungen zu errichten, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen oder deren Geschäftsführung zu übernehmen.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten und in den Ausführungen über das Geschäftsjahr wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum städtischen Haushalt

- keine -

Gründung

23.08.2012 (Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 09. November 2012)

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag wurde am 20. Februar 2015 geändert und insgesamt neu gefasst.

Stammkapital

25.000 €

Anteil Kur- und Kongreß-GmbH

100 %

Beschlussgrundlagen

Stadtverordnetenversammlung, Drucksachennummer:

- SV 11/1057-3 vom 30.04.2015
- SV 11/409-4 vom 06.09.2012
- SV 11/94-3 vom 25.08.2012
- SV 11/369-3 vom 28.06.2012

Steuerliche Verhältnisse

Es besteht seit dem 01. Januar 2013 eine umsatzsteuerliche Organschaft zur Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe.

Gesellschafter

Alleinige Gesellschafterin ist die Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe.

Die Gesellschafterin hat am 28. Dezember 2012 eine sonstige Zuzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von 10 Mio. € getätigt.

Verwaltungsrat (Geschäftsjahr 2019)

- Alexander Hetjes, Oberbürgermeister, Bad Homburg v. d. Höhe
- Vorsitzender -
- Jürgen Stamm, Stadtverordneter, Bad Homburg v. d. Höhe
- 1. stellvertretender Vorsitzender -
- Franz Tauber, Bad Homburg v. d. Höhe
- 2. stellvertretender Vorsitzender -
- Irina Gerybadze-Haeser, Stadträtin, Bad Homburg v. d. Höhe
- Oliver Jedynak, Stadtverordneter, Bad Homburg v. d. Höhe
- Armin Johnert, Stadtverordneter, Bad Homburg v. d. Höhe
- Günther Krause, Stadtrat, Bad Homburg v. d. Höhe
- Oliver Messer, Stadtverordneter, Bad Homburg v. d. Höhe
- Bardo Röhrig, Stadtrat, Bad Homburg v. d. Höhe
- Stefan Schenkelberg, Stadtverordneter, Bad Homburg v. d. Höhe
- Michael Velten, Stadtverordneter, Bad Homburg v. d. Höhe
- Arbeitnehmervertreter Jens Busse (seit 04.09.2019 Herr Jürgen Grimm / durch Neuwahl des BR Vorsitzenden / Rücktritt Herr Busse aus dem Betriebsrat)

Die Gesamtbezüge für die Mitglieder des Verwaltungsrates im Jahr 2019 belaufen sich auf 3.950 €. Die Verwaltungsratsmitglieder erhalten eine Aufwandsentschädigung von 50 € pro Sitzung. Der Vorsitzende erhält eine Aufwandsentschädigung von 100 € pro Sitzung. Im Geschäftsjahr 2019 haben sieben Sitzungen stattgefunden.

Bei den Gesellschafterversammlungen erhalten die Vertreter/innen 50 € pro Sitzung. Im Geschäftsjahr haben zwei Sitzungen stattgefunden.

Geschäftsleitung

- Holger Reuter, Vorsitzender der Geschäftsleitung - Geschäftsleitung kaufmännische Verwaltung, Geschäftsführer der Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe.
- Lutz Schenkel, Geschäftsleitung operativer Bereich – Spielbankdirektor

Die Gesamtbezüge der Geschäftsleitung belaufen sich im Geschäftsjahr 2019 auf 238 T€. Mit diesen Bezügen sind sämtliche Geschäftsführertätigkeiten für die François-Blanc-Spielbank GmbH abgegolten.

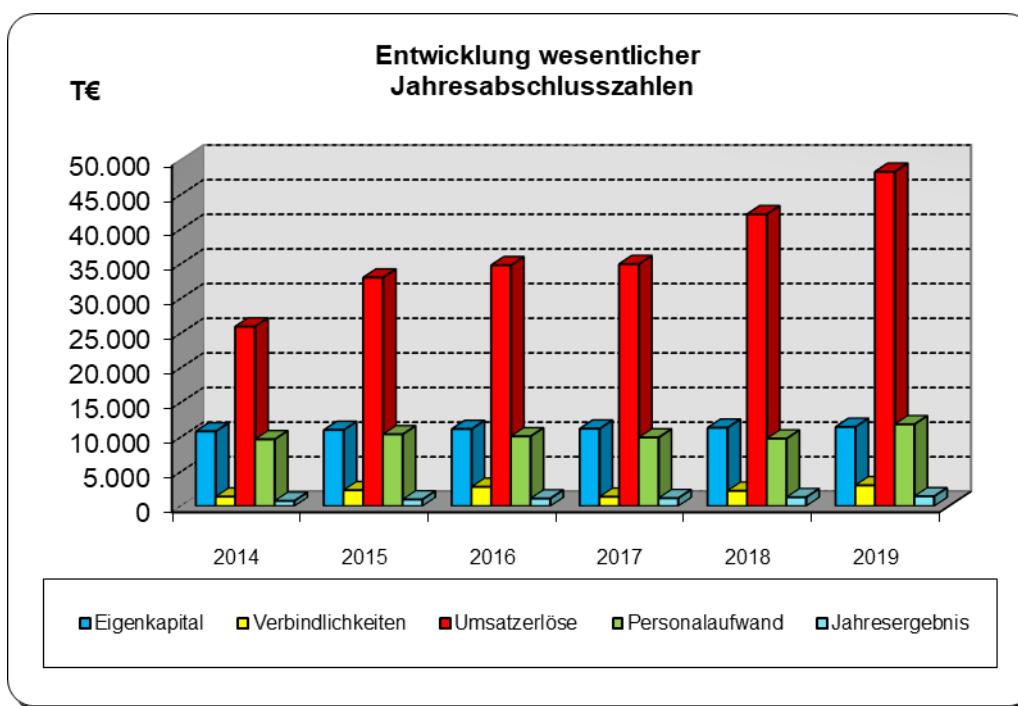
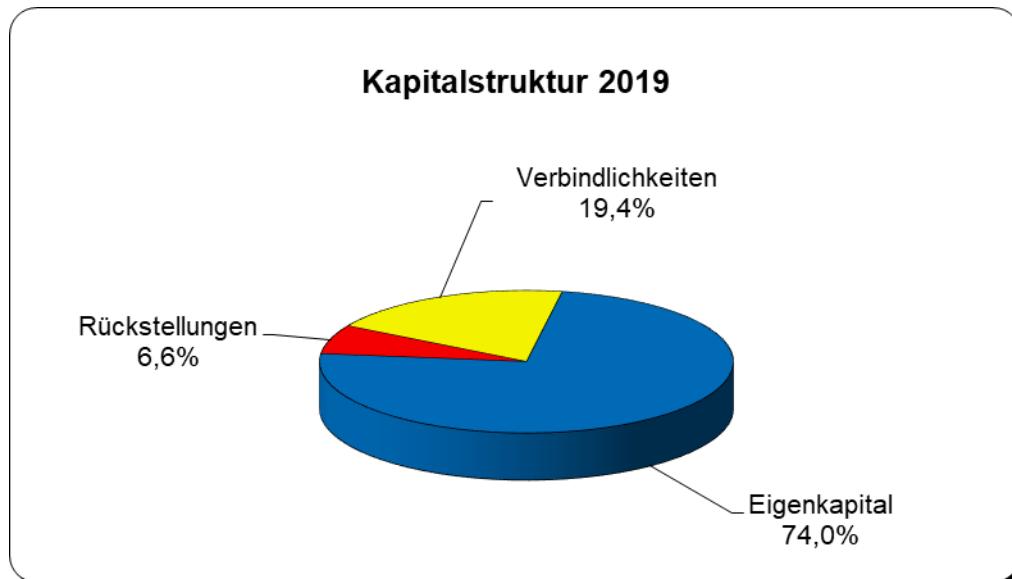
Abschlussprüfer

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

- Prüfung durch o.g. Gesellschaft seit dem Jahr 2019; vorher durch PwC (PricewaterhouseCoopers) AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
Aktiva	TEUR		TEUR	%
Anlagevermögen	5.426	3.945	1.481	37,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	103	91	12	13,2
Entgeltlich erworbene Konzessionen und EDV-Software		91	-91	-100,0
Sachanlagen	1.258	1.296	-38	-2,9
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	41	56	-15	-26,8
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.217	1.240	-23	-1,9
Geleistete Anzahlungen u. Anlagen im Bau	0	0	0	0
Finanzanlagen	4.065	2.558	1.507	58,9
Ausleihungen an Gesellschafter	1.058	1.558	-500	-32,1
Sonstige Ausleihungen	3.007	1.000	2.007	200,7
Umlaufvermögen	10.029	11.210	-1.181	-10,5
Vorräte	102	91	11	12,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	111	80	31	38,8
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	34	16	18	112,5
Sonstige Vermögensgegenstände	77	64	13	20,3
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	9.816	11.040	-1.224	-11,1
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	13	11	2	18,2
Anlagen der Troncmittel	344	463	-119	-25,7
Bilanzsumme	15.811	15.629	182	1,2
Passiva	TEUR		TEUR	%
Eigenkapital	11.424	11.300	124	1,1
Gezeichnetes Kapital	25	25	0	0,0
Kapitalrücklage	10.000	10.000	0	0,0
Jahresüberschuss	1.399	1.275	124	9,7
Sonstige Rückstellungen	1.025	1.669	-644	-38,6
Verbindlichkeiten	2.991	2.195	796	36,3
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	672	441	231	52,4
2. Verbindlichkeiten gegenüber verb. Unternehmen	4	96	-92	-95,8
3. Sonstige Verbindlichkeiten	2.315	1.658	657	39,6
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	27	2	25	1250,0
Verpflichtungen aus dem Tronc	344	463	-119	-25,7
Bilanzsumme	15.811	15.629	182	1,2

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
	TEUR		TEUR	%
Umsatzerlöse	48.261	42.124	6.137	14,57
Sonstige betriebliche Erträge	814	129	685	531,01
Materialaufwand	-2.507	-2.424	-84	-3,47
Personalaufwand	-11.803	-9.734	-2.069	-21,26
Abschreibungen auf Sachanlagen	-560	-389	-171	-43,96
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.435	-4.699	264	5,62
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	46	64	-18	-28,13
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
Ergebnis vor Steuern		25.071	-25.071	-100,00
Spielbankabgabe, Umsatzsteuerzahllast u. weitere Leistungen	-28.417	-23.796	-4.621	-19,42
Ergebnis nach Steuern	1.399	1.275	124	9,73
Sonstige Steuern	0	0	0	0
Jahresüberschuss	1.399	1.275	124	9,73



	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€
■ Eigenkapital	10.767	10.974	11.113	11.159	11.300	11.424
■ Verbindlichkeiten	1.356	2.282	2.768	1.331	2.195	2.991
■ Umsatzerlöse	25.908	32.980	34.761	34.931	42.124	48.261
■ Personalaufwand	9.631	10.354	10.057	9.891	9.734	11.803
■ Jahresergebnis	742	949	1.088	1.134	1.275	1.399

Lagebericht

I. Grundlagen der Gesellschaft

Das Hessische Ministerium des Inneren und für Sport hat der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe mit ihrer Spielbankerlaubnis vom 28. November 2012 die Erlaubnis erteilt, vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2022 eine öffentliche Spielbank in Bad Homburg v. d. Höhe zu betreiben. Vorausgegangen ist der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe vom 28. Juni 2012, der Kur- und Kongreß-Gesellschaft mit beschränkter Haftung Bad Homburg v. d. Höhe, Bad Homburg v. d. Höhe, den Zuschlag zum Betrieb der Spielbank Bad Homburg zu erteilen. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte dem Abschluss eines Spielbank-Konzessionsvertrages mit einer noch zu gründenden Betreibergesellschaft zu.

Diese Betreibergesellschaft, die François-Blanc-Spielbank GmbH Bad Homburg v. d. Höhe, Bad Homburg v. d. Höhe (im Folgenden kurz „FBS“), ist eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der Kur- und Kongreß-Gesellschaft mit beschränkter Haftung Bad Homburg v. d. Höhe, und wurde am 9. November 2012 im Handelsregister beim Amtsgericht Bad Homburg v. d. Höhe, HRB 12455, eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer öffentlichen Spielbank in Bad Homburg v. d. Höhe.

Die Geschäftsführung besteht aus den Herren Holger Reuter und Lutz Schenkel. Die FBS hat zum 1. Januar 2013 ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen und nach § 613a BGB die Mitarbeiter der Vorgängergesellschaft, der Spielbank Bad Homburg Wicker KG, Bad Homburg v. d. Höhe, übernommen.

In regelmäßigen Sitzungen informiert die Geschäftsführung den Verwaltungsrat der Gesellschaft über die Entwicklungen und daraus resultierende Maßnahmen. Der Verwaltungsrat der François-Blanc-Spielbank GmbH Bad Homburg v. d. Höhe tagt gemäß den Vorschriften des Gesellschaftsvertrags mindestens viermal im Jahr. Im Geschäftsjahr 2019 fanden vier ordentliche und drei außerordentliche Sitzungen statt.

Die wesentlichen finanziellen Steuerungsgrößen sind der Umsatz an Bruttospielerträge (im Folgenden kurz "BSE") und der Jahresüberschuss. Weitere Kennzahlen sind die Troncerlöse, die Umsatzerlöse der Gastronomie, die Besucherzahlen sowie die Spielerlöse je Besucher.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

2019 gelang es der François-Blanc-Spielbank GmbH Bad Homburg v. d. Höhe, ihre erfolgreiche Geschäftsentwicklung in besonderem Maße fortzusetzen.

Getragen wurde sie dabei auch von der weiterhin stabilen wirtschaftlichen Situation in Deutschland. Auch die anhaltenden politischen Fragen zwischen den USA und der EU sowie die nur schwer zum Abschluss zu bringenden Brexit-Verhandlungen schlugen auf diesen Bereich der Glücksspielbranche nicht spürbar durch.

Das ungebrochen positive Konsumverhalten wirkte sich auch auf die deutschen Spielbanken aus. In 2019 wuchsen die Bruttospielerträge bundesweit kräftig mit 25,62% und knüpften damit erstmalig wieder an Einspielergebnisse an, die die Branche zuletzt in 2007 erzielen konnte. Allerdings waren erneut sehr unterschiedliche Entwicklungen im Klassischen Spiel (+4,15%) und im Automatenspiel (+31,83%) festzuhalten. Das Automatenspiel konnte somit seinen Anteil an den Bruttospielerträgen auf über 81% ausbauen.

Erneut wenig Perspektive bot bei allerdings relativ stabilen Zahlen der Tronc, der bundesweit ledig-

lich um 0,94% zulegte. Aufgrund der Verschiebung vom Klassischen Spiel hin zum Automatenspiel ist es positiv zu bewerten, dass die Trinkgeldleistungen sich nicht weiter stark negativ entwickelt haben, die Ausschläge im Klassischen Bereich konnten durch ein zufriedenstellendes Wachstum im Automatenspiel aufgefangen werden.

Da auch in 2019 kein neuer Glücksspielstaatsvertrag zwischen den Ländern unterzeichnet wurde und die Diskussion um die Umsetzung eines Glücksspielneuregelungsstaatsvertrages anhielt, bestand auch diese Planungsunsicherheit für die deutschen Spielbanken weiterhin. Der unregulierte und somit in Deutschland illegale Onlinemarkt konnte ohne Einschränkungen erneut Umsätze in Milliardenhöhe generieren.

2. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2019 fügte sich in besonderer Weise in die erfolgreiche Entwicklung der FBS ein. Mit einem BSE-Wachstum von über 16% auf T€ 39.435 schloss das Jahr für die FBS als erneut wirtschaftlich erfolgreichstes seit Bestehen der Gesellschaft ab und wies gleichzeitig das historisch zweitbeste Umsatzergebnis der Spielbank Bad Homburg aus.

Durch sehr hohe Gewinnmitnahmen im Klassischen Spiel konnte in diesem Bereich das Vorjahresergebnis nicht erzielt werden, insgesamt wies dieser Spielbereich aber zufriedenstellende Umsätze aus. Rückflüsse aus den massiven Gewinnen in 2019 sind im Folgejahr bereits wieder zu verzeichnen. Die Gesellschaft hat trotz Einführung von verschiedenen zusätzlichen Spielideen und -variationen den Negativtrend der Besuchszahlen bei den Tischspielen bislang nicht stoppen können. Das erhebliche Wachstum ist ausschließlich auf den Anstieg im Automatenspiel zurückzuführen. In diesem Bereich gelang es der FBS, nach der Neuregelung im Spielhallenmarkt eine Vielzahl von Gästen zurückzugewinnen, aber auch neues Gästepotential zu gewinnen. Durch die erfolgreiche Weiterentwicklung des Automatenspiels, das sich durch ein Angebot aller namhaften Anbieter auszeichnet, führte die Nachfrage an zahlreichen Tagen bis an die Kapazitätsgrenzen, da alle Geräte dauerhaft bespielt wurden. Die tägliche Besuchszahl* wuchs so von 526 Personen täglich in 2018 auf 622 in 2019.

Die FBS verteidigte nach Angaben des Bundesverbandes deutscher Spielbanken ihre Position 5 in der Rangliste der deutschen Spielbanken (BSE-bezogen) nicht nur, ihr gelang es vielmehr, den Automatensaal zum größten Umsatzträger im Rhein-Main-Gebiet auszubauen (Platz 4).

Die FBS unterstrich ihre Bemühungen zur weiteren Entwicklung der Spielbank durch zahlreiche Maßnahmen und Aktionen im Klassischen Spiel und im Automatenspiel.

Trotz der hohen Gewinnmitnahme eines einzelnen Spielers konnten im Klassischen Spiel zufriedenstellende Ergebnisse erzielt werden. Das außergewöhnliche Wachstum im Automatenspiel war durch optimale Einkäufe und Austausche im Bereich der Spielgeräte möglich.

Der weiterhin bestehende Rückgang an regelmäßigen Besuchern im Klassischen Spiel erschwert auch die Troncerwirtschaftung. Umso positiver ist es zu bewerten, dass der Tronc der FBS (bundesweit das zweitbeste Resultat) in 2019 sowohl im Klassischen Spiel (+1,94%) wie auch im Automatenspiel (+25,91%) gestiegen ist. Dies ist weiterhin keine Selbstverständlichkeit und in Teilen auch hier auf den Abschluss des neuen Tarifvertrages zurückzuführen, der die Servicebereitschaft und die Motivation des Personals deutlich unterstützt.

In 2018 hat eine Betriebsprüfung zur Sozialversicherung stattgefunden. Trotz bereits mehrfach stattgefunder Bewertung und Anerkennung der Abrechnungen kam der Verantwortliche zu dem Schluss, dass fehlerhaft seitens der FBS gerechnet worden sei. Die FBS wird in dieser Angelegenheit von externen Beratern vertreten und hat einer Nachforderung von rund TEUR 2.089 widersprochen und zum 31. Dezember 2018 eine Rückstellung in Höhe von TEUR 1.444,6 gebildet. Mit Bescheid vom Oktober 2019 wurde die Nachforderungssumme für den Zeitraum 2013 bis 2015 auf TEUR 344,8 deutlich gesenkt. Innerhalb des Anhörungsschreibens der Deutschen Rentenversich-

erung Hessen vom März 2020 wird eine Nachforderungssumme für 2016 in Höhe von TEUR 106,3 ausgewiesen, die ein vergleichbares und zufriedenstellendes Ergebnis wie für die Zeiträume 2013 und 2015 darstellt. Im Mai 2020 ging schließlich ein Anhörungsschreiben der Deutschen Rentenversicherung Hessen mit einer Nachforderungssumme von TEUR 330,5 ein. Die Rückstellung wurde entsprechend aufgelöst.

Im Januar 2019 wurden Unregelmäßigkeiten in der Abrechnung von Sorten zwischen der FBS und der Hausbank im Geschäftsjahr 2018 und im April 2019 (die Entwendung von Bargeldbeständen aus dem Tresor) festgestellt. Die Ermittlungen wurden zum Jahresende 2019 abgeschlossen und Verdächtige identifiziert und durch die Staatsanwaltschaft angeklagt, der Strafprozess wurde im Mai 2020 begonnen. Aus diesem Sachverhalt resultiert im Geschäftsjahr ein Aufwand aufgrund des Vermögensverlusts in Höhe von TEUR 820. Die Geschäftsführung hat infolge dessen die internen Prozesse entsprechend angepasst.

Im Personalbereich gelang es in 2019 verstärkt, junge Menschen für die FBS zu gewinnen. In allen Bereichen konnte so das Team deutlich verjüngt werden; nur im IHK-Ausbildungsbereich war es nahezu unmöglich, die Ausbildungsplätze zu besetzen. Der Abschluss des Haustarifvertrages war zudem ein entscheidender Schritt hin zur Modernisierung des Unternehmens unter größtmöglicher Einbeziehung der Belange der beschäftigten Menschen. Es gelang, nicht nur die dringend notwendigen Gehaltsverbesserungen – insbesondere im Niedriglohnbereich – umzusetzen. Zudem wurden die Arbeitszeiten und -bedingungen gemeinsam mit der Tarifkommission und dem Betriebsrat im Tarifvertrag und in zusätzlichen Betriebsvereinbarungen grundlegend geregelt. Der Abschluss bedeutete für alle Beteiligten eine Optimierung der Arbeitsverhältnisse und trug wesentlich zur Verbesserung des Betriebsklimas und der Zusammenarbeit bei.

Die Bruttospielerträge lagen sowohl im Klassischen Spiel mit TEUR 8.333 (i. Vj. TEUR 9.436) als auch im Automatenspiel mit TEUR 31.103 (i. Vj. TEUR 24.512) über den jeweiligen Planansätzen (Klassisches Spiel: TEUR 7.670, Automatenspiel TEUR 21.330). Diese Entwicklung ist nicht nur von einzelnen Spielern getragen, sondern kann auf einen großen und stabilen Kreis mittel bis hoch spielender Gäste in beiden Bereichen zurückgeführt werden. Diese hohe Qualität des Publikums der FBS wird auch durch den, bezogen auf den Standort und im Vergleich zu anderen Vollspielbanken (klassisches Spiel und Automatenspiel), bundesweit fünfhöchsten Spielertrag je Besucher von EUR 177 (i. Vj. EUR 179), der damit ebenfalls den Zielwert von EUR 145 deutlich übertrifft, belegt (Quelle: Bundesverband deutscher Spielbanken). Die Troncerträge lagen mit TEUR 7.197 (i. Vj. TEUR 6.650) über dem Zielwert von TEUR 6.750. Die Umsatzerlöse der Restauration in Höhe von TEUR 1.506 (i. Vj. TEUR 1.394) übertreffen ebenfalls den Planansatz von TEUR 1.288. Bei den Besucherzahlen wurde mit durchschnittlich 622 (i. Vj. 526) Gästen pro Tag der Zielwert von 500 Gästen pro Tag deutlich überschritten*.

Der endgültige Abgabesatz für 2019 beträgt nach Verhandlungen mit dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport 69,25 %.

Aufgrund der oben beschriebenen Sachverhalte war bei einem Jahresüberschuss von TEUR 1.399 (i. Vj. TEUR 1.275) die Entwicklung im Geschäftsjahr 2019 insgesamt zufriedenstellend.

3. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2019 wurden insgesamt Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 48.261 (i. Vj. TEUR 42.124) erzielt.

Der Bruttospielertrag beläuft sich dabei auf TEUR 39.436 (i. Vj. TEUR 33.948) und lag damit deutlich über dem prognostizierten Wert von EUR 29 Mio. Ursächlich hierfür ist die durch die vorgenannten Maßnahmen der Kommunikations- und Angebotspolitik gestiegene Zahl mittel- und hochspielender Stammgäste.

Er verteilt sich auf die einzelnen Spielbereiche wie folgt:

Bruttospielertrag	TEUR
Großes Spiel (Roulette, Black Jack, Poker)	8.333 (i. Vj. 9.436)
Automatenspiel	31.103 (i. Vj. 24.512)
	39.436 (i. Vj. 33.948)

Die Troncerträge beliefen sich auf insgesamt TEUR 7.197 (i. Vj. TEUR 6.605).

Im Restaurationsbereich wurden Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.506 (i. Vj. TEUR 1.394) erzielt.

Nach der Festsetzung der Spielbankabgabe auf 69,25 % für das Gesamtjahr 2019 betrug der Aufwand hierfür, ohne Umsatzsteuerzahllast für das Spielergebnis, TEUR 27.310 (i. Vj. TEUR 22.830 bei 67,25 % Spielbankabgabe). Die in dem Posten enthaltene Umsatzsteuer beträgt TEUR 821 (i. Vj. TEUR 702) und die Troncabgabe TEUR 286 (i. Vj. TEUR 264).

Diesen Erträgen standen Materialaufwendungen von insgesamt TEUR 2.507 (i. Vj. TEUR 2.424) gegenüber. Es handelt sich neben den Bezügen für den Restaurantbereich (TEUR 616; i. Vj. TEUR 608) mit TEUR 1.892 (i. Vj. TEUR 1.816) um die Pachtzahlungen an die Gesellschafterin, die Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe für das Spielbankgebäude sowie die damit im Zusammenhang stehenden Nebenkosten.

Bei der im Geschäftsjahr geltenden neuen tariflichen Bedingungen und der bei einer leicht gestiegenen durchschnittlichen Mitarbeiterzahl von 238 in 2019 (228 i. Vj) sind die Personalaufwendungen gestiegen. Im Geschäftsjahr 2019 sind Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 11.803 (i. Vj. TEUR 9.734) angefallen. Von den Personalaufwendungen sind TEUR 1.696 (i. Vj. TEUR 1.509) der Restauration zuzurechnen.

Die Abschreibungen für das Geschäftsjahr sind wegen der anhaltenden Investitionen vor allem im Bereich des Automatenspiels auf TEUR 560 (i. Vj. TEUR 389) gestiegen.

Von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 4.435 (i. Vj. TEUR 4.699), die im Wesentlichen dem Spielbetrieb zuzurechnen sind, entfallen TEUR 1.263 (i. Vj. TEUR 1.373) auf Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit und Imagepflege. Sie enthalten ferner mit TEUR 576 (i. Vj. TEUR 396) Aufwendungen für Wartung, Umbau und Instandhaltung sowie mit TEUR 570 (i. Vj. TEUR 403) Rechtsund Beratungskosten und mit TEUR 820 für entwendete Barmittel.

Das Finanzergebnis beläuft sich auf TEUR 46 (i. Vj. TEUR 64) und ergibt sich im Wesentlichen aus den Zinserträgen für die Ausleihung an die Gesellschafterin (TEUR 46, i. Vj. TEUR 63).

Der Jahresüberschuss im Geschäftsjahr 2019 beträgt TEUR 1.399 (i. Vj. TEUR 1.275). Aufgrund der oben dargestellten deutlich positiveren Entwicklung wurde der im Wirtschaftsplan 2019 prognostizierte Jahresüberschuss von TEUR 1.033,6 übertroffen.

4. Finanzlage

a) Kapitalstruktur

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2019 einen Anstieg des Gesamtkapitals um TEUR 182 auf TEUR 15.811 (i. Vj. TEUR 15.629) aus.

Das Eigenkapital hat sich auf Grund des höheren Jahresüberschusses 2019 leicht um TEUR 124 von TEUR 11.300 im Vorjahr auf TEUR 11.424 erhöht. Die Eigenkapitalquote beträgt 72,3 % (i. Vj. 72,3 %).

Die Rückstellungen und Verbindlichkeiten, inkl. der Verpflichtungen aus dem Tronc, belaufen sich

zum Bilanzstichtag auf TEUR 4.386 (i. Vj. TEUR 4.329). Die Rückstellungen haben sich um TEUR 644 auf TEUR 1.025 reduziert. Sie bestehen aus Rückstellungen für die mögliche Nachzahlung an die Sozialversicherungsträger in Höhe von TEUR 561, Jahresabschlusskosten in Höhe von TEUR 87 (i. Vj. TEUR 60), Beschaffungsschulden in Höhe von TEUR 174 sowie der gebildeten Rückstellungen für Mitarbeiterzeitguthaben in Höhe von TEUR 182 (i. Vj. TEUR 154). Die Verbindlichkeiten sind um TEUR 796 auf TEUR 2.991 angestiegen. Während sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 231 erhöht haben und die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sich um TEUR 92 verringert haben, sind die sonstigen Verbindlichkeiten (mit TEUR 2.315 hauptsächlich bestehend aus Verbindlichkeiten aus der Spielbankabgabe nach endgültiger Festsetzung des Spielbankabgabesatzes) um TEUR 796 gestiegen. Die Verbindlichkeiten repräsentieren eine Quote von 18,9 % (i. Vj. 14,0 %) des Gesamtkapitals. Bis auf die Archivierungsrückstellung sind sämtliche Verbindlichkeiten kurzfristig.

b) Liquidität

Im Geschäftsjahr wurde ein Cash Flow aus der operativen Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 1.939 (i. Vj. TEUR 3.671) erzielt.

Der negative Cash Flow aus der Investitionstätigkeit von TEUR -1.928 (Vorjahr negativ TEUR -122) ergibt sich im Wesentlichen aus Auszahlungen für langfristige Sparkassenbriefe sowie der Einzahlung aus einer Teilrückzahlung der Ausleihung von TEUR 500 an die Kur. Daneben bestehen Investitionen in Höhe von TEUR 449 (TEUR 451) in die Betriebs- und Geschäftsausstattung, insbesondere in neue Spielgeräte für das Automatenspiel entgegen. Die Investitionen wurden dabei vollständig aus dem laufenden Geschäftsbetrieb finanziert.

Der Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit resultiert ausschließlich aus der Ausschüttung an die Gesellschafterin. Im Geschäftsjahr 2019 wurde der Jahresüberschuss 2018 in Höhe von TEUR 1.275 an die Gesellschafterin ausgeschüttet.

Der Finanzmittelfonds umfasst die flüssigen Mittel von TEUR 9.816 (i. Vj. TEUR 11.040) und die Bankguthaben aus Troncmitteln in Höhe von TEUR 184 (i. Vj. TEUR 225). Im Ergebnis hat sich der Finanzmittelfonds der FBS von TEUR 11.265 im Vorjahr um TEUR 1.265 auf TEUR 10.000 reduziert. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben, um die Zahlungsverpflichtungen erfüllen zu können.

5. Vermögenslage

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31. Dezember 2019 auf TEUR 15.811. Sie hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 182 erhöht.

Das Anlagevermögen der Gesellschaft beträgt dabei TEUR 5.426 (i. Vj. TEUR 3.945) und damit 34,3 % (i. Vj. 25,2 %) des Gesamtvermögens. Das Anlagevermögen besteht dabei im Wesentlichen aus einem der Kur- und Kongreß-Gesellschaft mit beschränkter Haftung Bad Homburg v. d. Höhe für die Laufzeit der Spielbankkonzession zur Verfügung gestellten, endfälligen Darlehen mit einem Nominalwert in Höhe von TEUR 1.058 (i. Vj. TEUR 1.558). Der Zinssatz beläuft sich auf 3,5 % p.a.. Unter den sonstigen Ausleihungen sind zwei Geldanlagen bei der Taunussparkasse über TEUR 1.000 und TEUR 2.000 mit einer Laufzeit größer einem Jahr ausgewiesen (i. Vj. eine Geldanlage über TEUR 1.000). Darüber hinaus sind im Anlagevermögen im Wesentlichen Betriebs- und Geschäftsausstattungen in Höhe von TEUR 1.217 (i. Vj. TEUR 1.240) enthalten.

Das Umlaufvermögen beträgt 63,4 % (i. Vj. 71,7 %) der Bilanzsumme. Es besteht im Wesentlichen aus Guthaben bei Kreditinstituten (ohne Tronc-Mittel), die von TEUR 8.103 auf TEUR 7.373 gesunken sind. Die Bestände der Spielkassen sind auf TEUR 1.415 (i. Vj. TEUR 1.315) um TEUR 100 gestiegen. Zusätzlich befinden sich liquide Mittel in Höhe von TEUR 181 (i. Vj. TEUR 171) zur Deckung der Verbindlichkeit aus umlaufenden Jetons in den Spielkassen. Die Höhe der unterwegs befindlichen Geldmittel beläuft sich auf TEUR 839 (i. Vj. TEUR 1.500). Die sonstigen Vermögens-

Gegenstände mit TEUR 77 (i. Vj. TEUR 64) beinhalten mit TEUR 14 (i. Vj. TEUR 6) Forderungen gegen den Tronc aus der Gehaltsabrechnung der Technischen Leitung.

Die Troncmittel belaufen sich zum 31. Dezember 2019 auf TEUR 344 (i. Vj. TEUR 463). Diesen stehen in gleicher Höhe Verpflichtungen aus dem Tronc gegenüber.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Das Hessische Ministerium des Inneren und für Sport hat der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe mit ihrer Spielbankerlaubnis vom 28. November 2012 die Erlaubnis erteilt, vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2022 eine öffentliche Spielbank in Bad Homburg v. d. Höhe zu betreiben. Es besteht die Möglichkeit, auf Antrag eine Verlängerung der Konzession ohne Ausschreibung durch das Innenministerium zu erhalten. Die Gesellschaft hat sich danach zur weiteren Verlängerung des Spielbetriebes an der Neuaußschreibung zu beteiligen.

Mit dem Angebot von konzessionierten Glücksspielen besteht das branchenimmanente Risiko, dass durch hohe Gewinne der Gäste des Spielbetriebes die Bruttspielerlöse deutlich sinken können. Systembedingt besteht ferner das Risiko, dass je nach Höhe der Troncerlöse Zuzahlungen des Spielbetriebs in den Tronc zur Finanzierung der Garantiebezüge der Mitarbeiter erforderlich sind.

Im März 2020 kamen massive Probleme auf Europa und verstärkt auch auf Deutschland in Form der „Coronakrise“ (Covid-19) zu, die schließlich zu extremen Einschränkungen des öffentlichen Lebens führten. Die Spielbank Bad Homburg musste auf Anweisung der Gesundheitsbehörden des Landkreises vom 16.03.2020 bis einschließlich 14.05.2020 ihren Betrieb komplett einstellen. Innerhalb weniger Tage folgte die bundesweite Schließung aller Spielbanken, Spielhallen, Restaurants, Einzelhandelsgeschäfte etc. Das gesamte öffentliche Leben wurde damit in einer bislang nicht bekannten Form eingeschränkt.

Die FBS wird somit einen deutlichen Rückgang bei den Kennzahlen BSE, Tronc und Besuchszahlen sowie Jahresüberschuss in 2020 ausweisen müssen, da die Langzeitfolgen der Covid-19-Krise zurzeit nicht absehbar sind. Die Geschäftsführung hat sich aufgrund der staatlichen Hilfestellungen schnellstmöglich darum bemüht, für ihre Belegschaft Kurzarbeitshilfen zu beantragen. Dies dient in erster Linie dem Schutz der Angestellten, Kündigungen sollen nach Rücksprache mit dem Gesellschafter möglichst vermieden werden. Zudem gilt dieser Schritt auch der Sicherung des Fortbestands des Unternehmens.

Im März 2020 haben die Ministerpräsidenten der Länder ihren Willen bekundet, den vorliegenden Glücksspielneuregulierungsstaatsvertrag umzusetzen. Dieser beinhaltet für die Spielbanken im Wesentlichen ab Juli 2021 die Regulierung des Onlinespiels. Das Vertragswerk ist verbunden mit der Einrichtung einer länderübergreifenden Glücksspielbehörde, die in Halle/Saale bis zum 01.07.2021 angesiedelt werden soll. Die vorgesehene Errichtung einer zentralen Spielerdatei wirft erhebliche Fragen der Umsetzung auf, so dass auch hier Bedenken hinsichtlich einer zu diesem Datum zu realisierenden Lösung bestehen. Es ist damit zurzeit nicht abschließend zu beurteilen, ob eine Zulassung zum Onlinebetrieb der Casinospiele und zum gesonderten Onlineangebot der virtuellen Automatenspiele wirtschaftlich vertretbar ist und von der FBS angestrebt werden soll. Die Prüfungen seitens der FBS und auch der Spielbankenverbände dauern an.

Im Dezember 2019 wurde der Gesellschaft mitgeteilt, dass durch die Europäische Kommission ein förmliches Prüfverfahren über die steuerliche Behandlung von Spielbanken in Deutschland eröffnet wurde. Das Verfahren bezieht sich zum einen auf die besonderen Steuervorschriften, die allgemein für Spielbankunternehmer gelten und zum anderen auf Ad-Hoc Beschlüsse der Behörden zur Senkung der Spielbankabgaben. Sofern die EU-Kommission eine Vertragsverletzung feststellt, besteht das Risiko, dass die Gesellschaft die bislang erhaltenen Steuersenkungen sowie ggfs. Weitere Steuer nachzahlen muss. Eine Rückstellung hierfür wurde im vorliegenden Jahresabschluss nicht gebildet.

Die Gesellschaft rechnet für das Jahr 2020 gemäß dem im Jahre 2019 verabschiedeten Wirtschaftsplans ohne Berücksichtigung der Coronakrise noch mit einem Bruttospielerlös von EUR 36 Mio. und einem Jahresüberschuss von ca. TEUR 1.285 unter der Annahme einer Spielbankabgabe von 65,25 %. Der Troncerlös 2020 wurden mit TEUR 6.750 angesetzt. Die Umsatzerlöse der Gastronomie waren in Höhe von TEUR 1.394 erwartet worden. Als Ziel für die durchschnittliche Besucherzahl wird nach wie vor von 500 Gästen pro Tag und einem Durchschnittserlös pro Guest von EUR 145 ausgegangen. Aufgrund der Coronakrise und die damit einhergehende Schließung der Spielbank erwartet die Geschäftsführung aber aktuell, dass die Umsatzerlöse und das Jahresergebnis deutlich niedriger als in 2019 und deutlich niedriger als der Wirtschaftsplan ausfallen werden.

Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können sind in Form der Auswirkungen der Coronakrise gegeben. Aufgrund der Schließung der Spielbank im Zeitraum vom 16.03.2020 bis einschließlich 14.05.2020 ist die Liquiditätslage der Gesellschaft signifikant beeinträchtigt. Die Geschäftsführung geht jedoch davon aus, dass durch die eingeschränkte Öffnung ab dem 15.05.2020, in Verbindung mit einer deutlichen Ermäßigung der Spielbankabgabe für die Jahre 2020 und 2021 durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport, ausreichende liquide Mittel erzielt werden, um die laufenden Verpflichtungen der Gesellschaft zu decken. Mit Schreiben vom 15.06.2020 wurde der Gesellschaft mitgeteilt, dass die Spielbankabgabe für das Jahr 2020 vorläufig auf 59,5 % ermäßigt wird. Im Hinblick auf die notwendige deutliche Ermäßigung der Spielbankabgabe besteht somit eine wesentliche Unsicherheit, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Unternehmensfortführung aufwerfen kann.

Hinweis:

Die Angaben zu den Besucherzahlen sind sonstige Angaben und demzufolge nicht Bestandteil der gesetzlichen Jahresabschlussprüfung. Das Prüfungsurteil des Abschlussprüfers erstreckt sich folglich nicht auf diese Angaben. Der Abschlussprüfer hat in Zusammenhang mit seiner Prüfung die Informationen gelesen und gewürdigt, ob diese wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss oder anderen Angaben im Lagebericht aufweisen.

5.1.4 KuK Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH Bad Homburg v. d. Höhe

Rechtsform

GmbH

Handelsregister

HRB 7439

Bad Homburg v. d. Höhe

Anschrift

Kaiser-Wilhelms-Bad
Kisseleffstraße 45
61348 Bad Homburg v. d. Höhe
Telefon: 06172 178 3150
Fax: 06172 178 3158
E-Mail: info@kuk.bad-homburg.de
Internet: www.bad-homburg.de

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Führung, der Betrieb, die Verwaltung und das Management von Immobilien der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe einschließlich der Immobilien städtischer Eigenbetriebe oder Eigengesellschaften, sowie die Beratung der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe bzw. städtischer Eigenbetriebe und Eigengesellschaften in Angelegenheiten eigener Immobilien, mit Ausnahme von Rechts- und Steuerberatung.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu fördern.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten und in den Ausführungen über das Geschäftsjahr wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum städtischen Haushalt

- keine -

Gründung

13.12.2001 (Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 22.01.2002)

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der gültigen Fassung datiert vom 27. November 2015.

Stammkapital

25.000 €

Anteil Kur- und Kongreß-GmbH

100 %

Beschlussgrundlagen

Stadtverordnetenversammlung vom 22.11.2001, Drucksachennummer SV1/228-4

Vertragsgrundlagen

Am 21.12.2001 hat die Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der KuK Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH (KuKI) in Gründung abgeschlossen. Im Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag verpflichtet sich die Gesellschaft, die Jahresergebnisse zu übernehmen.

Gesellschafter

Alleinige Gesellschafterin ist die Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe.

Verwaltungsrat (Geschäftsjahr 2019)

- Alexander W. Hetjes, Oberbürgermeister, Bad Homburg v. d. Höhe
- Vorsitzender -
- Meinhard Matern, Bürgermeister u. Stadtkämmerer, Bad Homburg v. d. Höhe
- stellvertretender Vorsitzender -
- Mathias Schuth, Abteilungsleitung Finanz- und Rechnungswesen der Kur- und Kongreß-GmbH, Runkel

Die Gesamtbezüge des Verwaltungsrates im Jahr 2019 belaufen sich auf 800 €. Die Verwaltungsratsmitglieder erhalten eine Aufwandsentschädigung von 50 € pro Sitzung. Der Vorsitzende erhält eine jährliche Aufwandspauschale von 400 € sowie eine Aufwandsentschädigung von 100 € pro Sitzung. Im Geschäftsjahr 2019 haben vier Sitzungen stattgefunden.

Bei den Gesellschafterversammlungen erhalten die Vertreter/innen 50 € pro Sitzung. Im Geschäftsjahr haben zwei Sitzungen stattgefunden.

Geschäftsleitung

- Holger Reuter, Usingen, Geschäftsführer der KuKI, Kurdirektor der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe

Die Geschäftsleitung erhält von der Gesellschaft keine unmittelbaren Bezüge. Die Angabe der anteilig weiterbelasteten Bezüge der Geschäftsleitung unterbleibt unter Inanspruchnahme der Befreiungsvorschrift des § 286 Abs. 4 HGB. Die Bezüge für die Geschäftsleitung bei der Kur- und Kongreß-GmbH (KuK) sowie bei ihren Tochtergesellschaften werden bei der KuK in einer Summe angegeben.

Abschlussprüfer

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

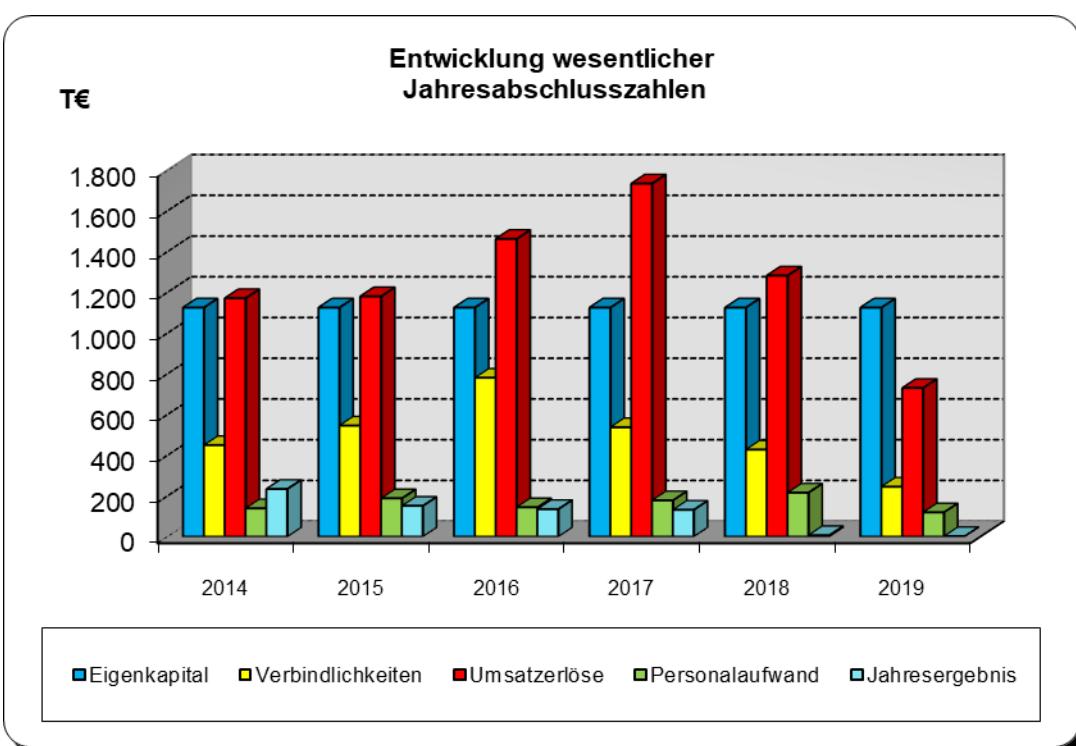
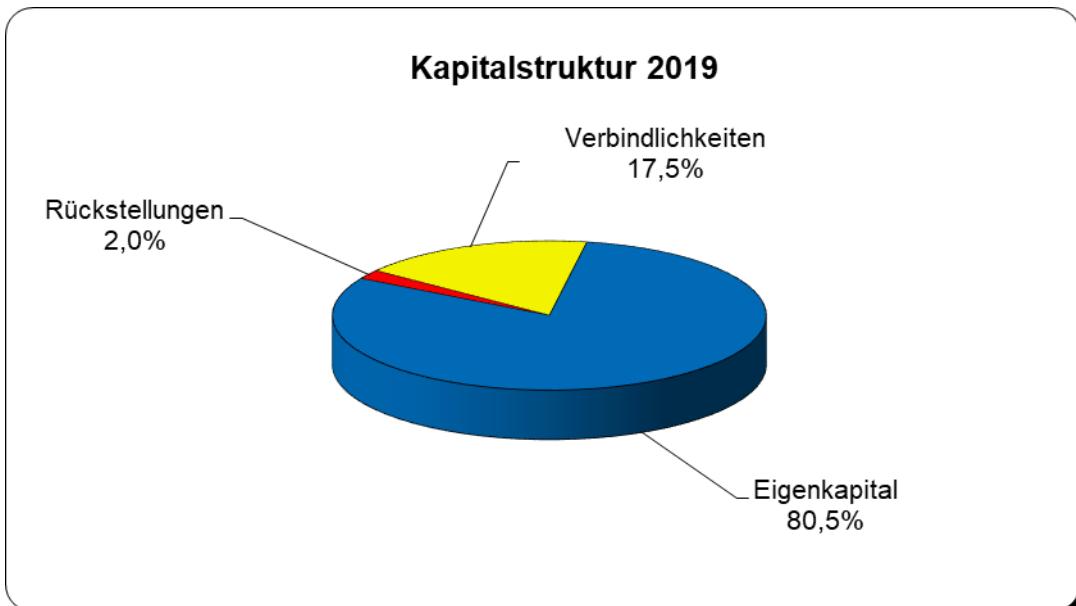
- Prüfung durch o.g. Gesellschaft seit dem Jahr 2019; vorher durch PwC (PricewaterhouseCoopers) AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Beteiligungen (Anteil am Stammkapital in Prozent)

- Hochtaunusbau Grundbesitzgesellschaft mbH Bad Homburg v. d. Höhe (1 %)

Bilanz	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
Aktiva	TEUR		TEUR	%
Anlagevermögen	7	10	-3	-30,0
Sachanlagen	7	10	-3	-30,0
Umlaufvermögen	1.393	1.586	-193	-12,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	192	469	-277	-59,1
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	150	427	-277	-64,9
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	33	42	-9	-21,4
3. Sonstige Vermögensgegenstände	9	0	9	0
Liquide Mittel	1.202	1.117	85	7,6
Rechnungsabgrenzungsposten	2	2	0	0,0
Bilanzsumme	1.403	1.598	-195	-12,2
Passiva	TEUR		TEUR	%
Eigenkapital	1.125	1.125	0	0,0
Gezeichnetes Kapital	25	25	0	0,0
Kapitalrücklage	1.100	1.100	0	0,0
Rückstellungen	28	46	-18	-39,1
Verbindlichkeiten	245	427	-182	-42,6
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	8	5	3	60,0
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	41	176	-135	-76,7
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin	178	242	-64	-26,4
4. Sonstige Verbindlichkeiten	17	4	13	325,0
Rechnungsabgrenzungsposten	5	0	5	0
Bilanzsumme	1.403	1.598	-195	-12,2

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
	TEUR		TEUR	%
Umsatzerlöse	721	1.282	-561	-43,8
Sonstige betriebliche Erträge	3	9	-6	-66,7
Materialaufwand	493	934	-441	-47,2
Personalaufwand	119	216	-97	-44,9
Abschreibungen auf Sachanlagen	3	3	0	0,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	117	130	-13	-10,0
Erträge aus Beteiligungen	6	0	6	0
Ergebnis nach Steuern	5	9	-4	-44,4
Sonstige Steuern	3	2	1	50,0
Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeführter Gewinn	2	7	-5	-71,4
Jahresüberschuss	0	0	0	0



	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€
Eigenkapital	1.125	1.125	1.125	1.125	1.125	1.125
Verbindlichkeiten	449	545	780	537	427	245
Umsatzerlöse	1.171	1.180	1.462	1.734	1.282	730
Personalaufwand	139	188	144	178	216	119
Jahresergebnis	234	151	135	132	7	2

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens (KuKI) ist die Führung, der Betrieb, die Verwaltung und das Management von Immobilien der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe einschließlich der Immobilien städtischer Eigenbetriebe und Eigengesellschaften sowie die Beratung der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe bzw. der städtischen Eigenbetriebe und Eigengesellschaften in Angelegenheiten eigener Immobilien. Seit 1. Januar 2008 wird die „Kurhaus-Ladengalerie“ von der Muttergesellschaft Kur- und Kongreß-Gesellschaft mit beschränkter Haftung Bad Homburg v. d. Höhe, Bad Homburg v. d. Höhe, (Kur- und Kongreß GmbH) gepachtet. Die Tätigkeit der KuKI bezog sich im Geschäftsjahr 2019 auf die Vermietung der Kurhaus-Ladengalerie und die Abwicklung des Citymanagements.

In regelmäßigen Sitzungen informiert die Geschäftsführung den Verwaltungsrat der Gesellschaft über die Entwicklungen und daraus resultierende Maßnahmen. Der Verwaltungsrat der KuKI tagt gemäß den Vorschriften des Gesellschaftsvertrags mindestens viermal im Jahr. Im Geschäftsjahr 2019 fanden vier Sitzungen statt.

Die Gesellschaft ist seit dem 19. Dezember 2006 an der Hochtaunusbau Grundbesitzgesellschaft mit beschränkter Haftung, Bad Homburg v. d. Höhe, mit 1 % beteiligt. Die Gesellschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben, vermitteln und betreuen. Sie kann alle aus dem Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen.

Wirtschaftsbericht

Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Unternehmens

Im Geschäftsjahr 2019 waren die Rahmenbedingungen insbesondere der Nachfragesituation im Einzelhandel und der Anmietung von Ladengalerien schwierig. Die Kurhaus-Ladengalerie war im Geschäftsjahr 2019 weitgehend voll vermietet. Der Leerstand betrug unverändert 4,7 % und ist mit dem Plan identisch. Die nicht vermietete Ladenfläche konnte wegen eines Wasserschadens und den noch laufenden Verhandlungen mit der Versicherung über die Sanierungsform nach wie vor noch nicht vermietet werden. Der durchschnittliche Brutto-Mietzins beträgt für die Kurhaus-Ladengalerie EUR/m² 18,14 (i. Vj. EUR/m² 18,27). Mit dem Engagement der Gesellschaft bei der Verpachtung der Ladenflächen und das gemeinsam mit der Stadt Bad Homburg durchgeführte Design-Festival BOOM trägt die Gesellschaft aktiv zur attraktiven Gestaltung der Einkaufsflächen in der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe bei.

Synergieeffekte durch Einschaltung von Fachabteilungen der Muttergesellschaft, insbesondere im Hinblick auf Rechnungswesen, Werbung und Technik, werden genutzt.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Als wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren sowie als interne Steuerungsgrößen sind die Umsatzerlöse und das Ergebnis nach Steuern zu nennen. Die Vermietungsquote stellt einen weiteren nichtfinanziellen Leistungsindikator dar. Die Entwicklung der Vermietungsquoten ist im Abschnitt

„Darstellung des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens“ erläutert.

Die Umsatzerlöse sind im Wesentlichen durch den nahezu vollständigen Wegfall der Erlöse für das Projekt „Am Wasserturm“ (TEUR 32, i.Vj. TEUR 495) um TEUR 552 auf TEUR 730 gesunken. Der im Vorjahr angegebene Planansatz von TEUR 1.165 ist um TEUR 435 höher als die Umsatzerlöse in 2019 von TEUR 730. Die Mieterlöse der Kurhaus-Ladengalerie sind leicht um TEUR 2 auf TEUR 339 (i. Vj. TEUR 341) gesunken. Die Erlöse aus Unterstützungsarbeiten sind um TEUR 55 auf TEUR 44 (i. Vj. TEUR 99) gesunken, da der in der KuKI angestellte Abteilungsleiter ausschieden ist. Allerdings wurden die Fremdpersonalkosten in den Materialaufwendungen (Aufwendungen für bezogene Leistungen) für den Abteilungsleiter, der über die Kur- und Kongreß-GmbH angestellt ist, mit TEUR 6 an die KuKI weiterbelastet. Die Erlöse für das Citymanagement sind mit TEUR 112 (i. Vj. TEUR 106) in den Umsatzerlösen enthalten und haben somit eine Abweichung in Höhe von TEUR 24 zum Planansatz in Höhe von TEUR 88. Der Erlös im Planansatz von TEUR 315 weicht deshalb um TEUR 283 zum tatsächlichen Betrag ab.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von TEUR 3 liegen mit TEUR 6 unter dem Vorjahresergebnis. Diese beinhalten Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen eines Mieters der Kurhaus-Ladengalerie.

Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 47,1 % auf TEUR 493 (i. Vj. TEUR 934) gesunken. Die Stromkosten sind um TEUR 6 auf TEUR 52 (i. Vj. TEUR 58) gesunken und die Heizkosten sind um TEUR 2 auf TEUR 6 (i. Vj. TEUR 4) gestiegen. Des Weiteren sind die Reinigungskosten um TEUR 1 auf TEUR 66 (i. Vj. TEUR 67) und die Bewachungskosten um TEUR 2 auf TEUR 13 (i. Vj. TEUR 15) gesunken. Die Fremdpersonalkosten für den Hausmeister und Techniker im Kurhaus sind um TEUR 7 auf TEUR 20 (i. Vj. TEUR 27) gesunken. Die periodenfremden Nebenkostenabrechnungen für Vorjahre sind um TEUR 38 auf TEUR 50 (i. Vj. TEUR 12) gestiegen. Die Instandhaltungen sind in 2019 um TEUR 11 auf TEUR 11 (i. Vj. TEUR 0) gestiegen. Im Materialaufwand sind auch die Werbekosten für das Citymanagement enthalten (TEUR 37; i. Vj. TEUR 32).

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 97 auf TEUR 119 (i. Vj. TEUR 216) gesunken. Im Januar 2018 wurde eine neue Mitarbeiterin für das Citymanagement eingestellt. Ein Teil der Personalkosten in Höhe von TEUR 90 wurden an die Projektpartner weiterbelastet. Der Rückgang der Personalaufwendungen ist darauf zurückzuführen, dass seit dem 1. Januar 2019 die Stelle des Abteilungsleiters der KuKI von einem Abteilungsleiter aus dem Bereich Parken + Sicherheit der Muttergesellschaft Kur- und Kongreß-GmbH geleitet wird und somit diese Kosten nicht mehr unter den Personalaufwendungen ausgewiesen werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um TEUR 13 auf TEUR 117 (i. Vj. TEUR 130) gesunken. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus niedrigeren Fremdpersonalkosten für das Finanz- und Rechnungswesen TEUR 19 (i. Vj. TEUR 27). Des Weiteren sind die Aufwendungen für Weiterbildung um TEUR 6 auf TEUR 1 (i. Vj. TEUR 7) gesunken. Die Aufwandsweiterberechnung für den Geschäftsführer ist um TEUR 2 auf TEUR 12 (i. Vj. TEUR 14) gesunken.

Im Berichtsjahr wurde ein Beteiligungsertrag aus der Ausschüttung einer Dividende für die Jahre 2017 und 2018 in Höhe von TEUR 6 vereinnahmt.

Somit liegt das Ergebnis nach Steuern in Höhe von TEUR 5 um TEUR 1 über dem Planansatz in Höhe von TEUR 4 und um TEUR 4 unter dem Vorjahresergebnis.

Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von TEUR 2 (i. Vj. TEUR 7) wird aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags an die Gesellschafterin abgeführt.

Die Bilanzsumme ist um TEUR 195 auf TEUR 1.403 gesunken. Auf der Aktivseite sind die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um TEUR 277 auf TEUR 192 (i. Vj. TEUR 469) gesunken. Dies ist im Wesentlichen auf niedrigere Forderungen gegen die Stadtwerke Bad Homburg v. d. Höhe im Rahmen der Weiterbelastungen für das Projekt „Am Wasserturm“ zurückzuführen. Der Kassenbestand hat sich um TEUR 85 auf TEUR 1.202 erhöht.

Auf der Passivseite sind die sonstigen Rückstellungen um TEUR 18 auf TEUR 28 gesunken. Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde zum 31. März 2019 vollständig in Anspruch genommen (i. Vj. TEUR 16). Die Rückstellungen für Überstunden sind um TEUR 2 auf TEUR 7 (i. Vj. TEUR 5) gestiegen. Die Rückstellungen für ausstehende Urlaubstage sind um TEUR 3 auf TEUR 2 (i. Vj. TEUR 5) gesunken. Die Rückstellung für den Jahresabschluss betragen, wie auch im Vorjahr TEUR 15. Die Rückstellung für ausstehende Rechnungen beträgt TEUR 5 (i. Vj. TEUR 4) und steht im Zusammenhang mit einer ausstehenden Nebenkostenabrechnung.

Die erhaltenen Anzahlungen in Höhe von TEUR 8 (i. Vj. TEUR 5) betreffen den Überschuss für das Citymanagement, der daraus resultiert, dass die vertraglichen Einnahmen nicht in vollem Umfang aufgebraucht wurden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin haben sich von TEUR 242 auf TEUR 178 vermindert, da im Wesentlichen die an die KuKI weiterbelasteten Personalkosten um TEUR 56 auf TEUR 94 sowie die Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführung um TEUR 5 auf TEUR 2 gesunken sind. Dabei werden Forderungen gegen die Gesellschafterin von TEUR 30 mit den Verbindlichkeiten saldiert ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um TEUR 135 auf TEUR 41 gesunken. Diese beinhalten im Wesentlichen eine Rechnung für das Citymanagement (Weihnachts-Express-Bahn) in Höhe von TEUR 23. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind aufgrund der Erhöhung der kredititorischen Debitoren um TEUR 10 auf TEUR 13 und einer Einzahlung für Mietkautionen (TEUR 3, i. Vj. TEUR 0) um TEUR 14 auf TEUR 17 gestiegen.

Die zukünftige eigenständige Finanzierung der Gesellschaft hängt davon ab, ob die Forderungen aus den Mietverhältnissen durch die Mieter zeitgerecht beglichen werden und damit sichergestellt ist, dass die Gesellschaft ihren Zahlungsverpflichtungen (insbesondere Pachtzinszahlungen und Personalverpflichtungen) nachkommen kann. Der Kassenbestand beträgt zum 12. Mai 2020 TEUR 1.144. Die Finanzierung des Projekts Citymanagement erfolgte über Weiterbelastungen an die Projektteilnehmer „Citymanagement Stadt Bad Homburg“. Die aufgelaufenen Kosten für das Projekt Wasserturm wurden an die Stadtwerke Bad Homburg v. d. Höhe weiterbelastet.

Zur zukünftigen unterjährigen Liquiditätssicherung wurde durch die Muttergesellschaft in 2004 eine zeitlich unbefristete und betragsmäßig unbegrenzte Liquiditätsgarantie ausgesprochen. Darüber hinaus wurde in der Liquiditätsgarantie unwiderruflich für eventuell entstehende Zahlungsverpflichtungen der uneingeschränkte Rangrücktritt gegenüber den Gläubigern anderer Forderungen erklärt. Im Geschäftsjahr 2019 erfolgte keine Inanspruchnahme.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war jederzeit gegeben.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Im Hinblick auf das Kurhaus führt die Kur- und Kongreß-GmbH derzeit, gemeinsam mit allen Hauptanteilseignern, eine Machbarkeitsstudie zur Modernisierung durch, die voraussichtlich im Sommer 2021 fertiggestellt sein wird. Die Ergebnisse der Studie werden mittelfristig Einfluss auf die weitere Nutzung der Ladengalerie haben. Größere bauliche Maßnahmen sind aufgrund der vorgeschriebenen jeweiligen Vergabeverfahren und der Durchführung der Studie unter Beteiligung der Stadtgesellschaft nicht vor dem Jahre 2022 zu erwarten. Aus dieser Betrachtung ergeben sich die Chancen der Gesellschaft in der Sicherstellung der derzeitigen Vermietungssituation im Kurhaus, dem Abbau des verbliebenen Leerstandes und dem Aufbau von Entwicklungsszenarien für die später anstehende Bauphase.

Im Rahmen der bereits erfolgten personellen Neustrukturierung der Abteilungsleitung wird zurzeit eine Neukonzeption hinsichtlich einer Zentralisierung der Immobilienverwaltung durch die KuKI erarbeitet.

Gemäß dem verabschiedeten Wirtschaftsplan plante die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2020 Umsatzerlöse von TEUR 751 bei einer Vermietungsquote von 90,4 % für die Kurhaus-Ladengalerie sowie mit einem Ergebnis nach Steuern von TEUR 4.

Aufgrund der Coronakrise und die damit einhergehende Schließung der Einzelhandelsbetriebe erwartet die Geschäftsführung nunmehr, dass neben Zahlungsausfällen von Mietforderungen auch die Miet- und Pachterlöse und damit das Ergebnis niedriger als in 2019 und niedriger als der Wirtschaftsplan ausfallen werden. Die tatsächlichen Auswirkungen aus der Coronakrise sind aber noch nicht abschließend absehbar und sind abhängig von der Aufhebung der gesetzlich verordneten Einschränkungen unserer Mieter- und Pächter.

Umsatzrückgänge aufgrund von Unterauslastung der Ladengalerien oder sinkenden Brutto-Mieterlösen können bei langfristigen Pachtverträgen entsprechende negative Auswirkungen auf das Ergebnis nach Steuern haben. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird aufgrund historischer Erfahrungswerte von der Geschäftsführung als gering eingeschätzt. Risiken, die sich aus der Vermietung und Verpachtung ergeben, stuft die Geschäftsleitung als gering ein. Ein nennenswertes Risiko könnte sich aus bautechnischen Schäden bei Mietern ergeben, die dann zu potenziellen Mietausfällen führen.

Weitere Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, sind uns nicht bekannt.

6. Sonstige Gesellschaften (GmbH / GmbH & Co. KG)

6.1 Dynega Energiehandel GmbH

Rechtsform

GmbH

Handelsregister

HRB 84115
Frankfurt am Main

Anschrift

Solmsstraße 38
60486 Frankfurt am Main
Telefon: 069 213 2558 0
Fax: 069 213 9682102
E-Mail: info@dynega.de
Internet: www.dynega.de

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Beschaffung von Gas und Strom in eigenem Namen oder im Namen ihrer Gesellschafter für Rechnung ihrer Gesellschafter, sowie die Erbringung aller damit und mit dem Bezugsmanagement mittelbar oder unmittelbar verbundenen Dienstleistungen. Die Gesellschaft kann auch den Handel mit Gas und / oder Strom auf eigene Rechnung betreiben.

Gründung

11.08.2008

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag ist in der Fassung vom 13. November 2012 gültig.

Stammkapital

150.000 €

Anteil Stadt

6,7 % (10.000 €)

Beschlussgrundlagen

Stadtverordnetenversammlung vom 28.08.2008, Drucksachen-Nr.: SV 6/894-3

Gesellschafter

Auf das Stammkapital haben die Gesellschafter folgende Stammeinlagen übernommen:

- | | |
|--|----------|
| • Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (EVB); Eisenach | 10.000 € |
| • Energieversorgung Alzenau GmbH | 10.000 € |
| • Energieversorgung Main-Spessart GmbH, Aschaffenburg | 10.000 € |
| • Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main | 10.000 € |
| • Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg | 10.000 € |
| • Ohra Energie GmbH, Hörsel | 10.000 € |
| • Stadtwerke Bad Homburg v. d. Höhe | 10.000 € |
| • Stadtwerke Büdingen | 10.000 € |
| • Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich | 10.000 € |
| • Stadtwerke Langen GmbH, Langen | 10.000 € |

• Stadtwerke Mühlheim am Main GmbH, Mühlheim	10.000 €
• Stadtwerke Neu-Isenburg GmbH, Neu-Isenburg	10.000 €
• Werraenergie GmbH, Bad	10.000 €
• Eigene Anteile	20.000 €

Beirat

Der Beirat, der kein Organ der Gesellschaft ist, hat die Aufgabe, die Geschäftsführer in allen kaufmännischen und technischen Fragen zu beraten. Gemäß § 10 ist der Beirat für die Dauer von zwei Jahren gewählt.

Geschäftsführung

- Hans-Ulrich Kimpel, Bereichsleiter Vertrieb & Energiehandel, Stadtwerke Neu-Isenburg GmbH
- Jürgen Salzmann, Sachgebietsleiter Energiebeschaffung und Analyse, Mainova Aktiengesellschaft (bis 28.03.2019)
- Harald Herzig, Bereichsleiter Energiebezug und -handel, Mainova Aktiengesellschaft (seit 01.10.2019)

Es wurden keine Bezüge an die Geschäftsführung im Berichtszeitraum gezahlt.

Abschlussprüfer

HRB Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

- Prüfung durch o.g. Gesellschaft seit dem Jahr 2019; vorher durch Schüssler & Partner Wirtschaftsprüfer Steuerberater mbB

6.2 FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region

Rechtsform

GmbH

Handelsregister

HRB 75141
Frankfurt am Main

Anschrift

Unterschweinstiege 8
60549 Frankfurt am Main
Telefon: 069 686038 0
Fax: 069 686038 11
E-Mail: info@frm-united.com
Internet: www frm-united.com

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum Frankfurt RheinMain. Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraumes zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an dem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild des Wirtschaftsraumes und den Wirtschaftsraum als Marke zu entwickeln und zu pflegen.

Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter. Aufgaben der Wirtschaftsförderung nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.

Gründung

24.03.2005

Gesellschaftsvertrag

Die aktuelle Fassung datiert vom 14. August 2012.

Stammkapital

250.000 €

Anteil Stadt

1 % (2.500 €)

Beschlussgrundlagen

Stadtverordnetenversammlung vom 24.02.2005, Drucksachen-Nr.: SV 1/1623-3

Finanzierung

Die Gesellschafter leisten jährliche Zuzahlungen, deren Höhe jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festgelegt wird.

Die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe leistet jährlich eine Zuzahlung in Höhe von 40.000 €.

Gesellschafter

Auf die Stammeinlage haben übernommen:

- Stadt Frankfurt am Main 93.750 €
- IHK Forum Rhein-Main (GbR) 18.750 €

• IHK Frankfurt am Main	12.500 €
• Landeshauptstadt Wiesbaden	10.000 €
• Hochtaunuskreis	8.750 €
• Landkreis Offenbach	8.750 €
• Main-Kinzig-Kreis	8.750 €
• Main-Taunus-Kreis	8.750 €
• Land Hessen	8.125 €
• Regionalverband FrankfurtRheinMain	7.500 €
• Landkreis Groß-Gerau	6.250 €
• Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e.V.	6.250 €
• Bayrischer Untermain (über ZENTEC GmbH Zentrum für Technologie)	5.000 €
• Wissenschaftsstadt Darmstadt	5.000 €
• Stadt Offenbach am Main	5.000 €
• Stadt Eschborn	5.000 €
• Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	2.500 €
• Stadt Rüsselsheim	2.500 €
• Stadt Hanau	2.500 €
• Landkreis Darmstadt-Dieburg	2.500 €
• Landkreis Limburg-Weilburg	2.500 €
• Kreis Bergstraße	2.500 €
• Rheingau-Taunus-Kreis	2.500 €
• Landkreis Gießen	2.500 €
• Stadt Gießen	2.500 €
• Rheinhessen Standort Marketing GmbH	2.500 €
• Stadt Raunheim	1.875 €
• Odenwaldkreis	1.250 €
• Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main	1.250 €
• Stadt Neu-Isenburg	1.250 €
• Stadt Dreieich	1.250 €

Aufsichtsrat (Geschäftsjahr 2019)

- Peter Feldmann, Oberbürgermeister, Stadt Frankfurt am Main
- Vorsitzender -
- Michael Cyriax, Landrat, Main-Taunus-Kreis
- stellvertretender Vorsitzender -
- Burghard Albers, Landrat, Rheingau-Taunus-Kreis
- Prof. Dr. Wilhelm Bender, Vorsitzender des Vorstands Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e.V.
- Udo Bausch, Oberbürgermeister, Stadt Rüsselsheim

- Martin Burlon, Bürgermeister, Stadt Dreieich (seit 14.02.2019)
- Caspar Ulrich, Präsident IHK Frankfurt am Main (seit 09.05.2019)
- Bernd Ehinger, Präsident Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main
- Christian Engelhardt, Landrat, Kreis Bergstraße
- Markus Frank, Stadtrat, Stadt Frankfurt am Main
- Dr. Oliver Franz, Bürgermeister, Stadt Wiesbaden
- Mathias Geiger, Bürgermeister, Stadt Eschborn (bis 15.02.2020)
- Dietlind Grabe-Bolz, Oberbürgermeisterin, Gießen
- Matthias Gräßle, Hauptgeschäftsführer IHK Frankfurt am Main
- Alexander W. Hetjes, Oberbürgermeister, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
- Thomas Horn, Regionalverband FrankfurtRheinMain
- Herbert Hunkel, Bürgermeister, Stadt Neu-Isenburg
- Thomas Jühe, Bürgermeister, Stadt Raunheim (seit 06.06.2019)
- Frank Killian, Landrat, Rheingau-Taunus-Kreis
- Michael Köberle, Landrat, Rheingau-Taunus-Kreis (seit 01.01.2019)
- Uwe Kraft, Erster Kreisbeigeordneter, Hochtaunuskreis (bis 31.12.2019)
- Frank Matiaske, Landrat, Odenwaldkreis
- Matthias Martiné, Präsident IHK Darmstadt Rhein Main Neckar, entsandt von IHK Forum Rhein-Main (seit 21.08.2019)
- Manuela Matz, Beigeordnete im Dezernat für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Liegenschaften, Ordnung, Kongresse und Tourismus Rheinhessen Standortmarketing GmbH (seit 22.11.2019)
- Thomas Marlock, Stadtrat, Stadt Hanau
- Dr. Nimmermann, Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (seit 12.03.2019)
- Prof. Dr. Mathias Müller, Präsident IHK Frankfurt am Main (bis 08.05.2019)
- Jochen Partsch, Oberbürgermeister, Stadt Darmstadt
- Uwe Paulsen, Stadtverordneter, Stadt Frankfurt am Main
- Erich Pipa, Landrat, Main-Kinzig-Kreis
- Dirk-Oliver Quilling, Landrat, Kreis Offenbach
- Prof. Dr. Ulrich Reuter, Landrat, Landkreis Aschaffenburg
- Mathias Samson, Staatssekretär HMWEVL (bis 18.01.2019)
- Klaus Peter Schellhaas, Landrat, Landkreis Darmstadt-Dieburg
- Anita Schneider, Landräatin, Landkreis Gießen
- Prof. Dr. Kristina Sinemus, Geschäftsführerin Genius Biotechnologie GmbH, entsandt von IHK Forum Rhein-Main (bis 18.01.2019)
- Thorsten Stolz, Landrat, Main-Kinzig-Kreis
- Dr. Felix Schwenke, Oberbürgermeister, Stadt Offenbach am Main
- Thomas Will, Landrat, Kreis Groß-Gerau

- Dieter Zimmer, Bürgermeister, Dreieich (bis 13.02.2019)

Der Aufsichtsrat erhält keine Vergütung oder andere Bezüge.

Geschäftsleitung

- Eric Menges, Geschäftsführer, Einzelvertretungsbefugnis

Auf die Angabe der Bezüge wurde gem. § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Abschlussprüfer

Wikom AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

- Prüfung durch o.g. Gesellschaft seit dem Jahr 2017; vorher durch Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

6.3 Frankfurt Ticket RheinMain GmbH

Rechtsform

GmbH

Handelsregister

HRB 44955
Frankfurt am Main

Anschrift

Hanauer Landstrasse 417
60314 Frankfurt am Main
Telefon: 069 1340 400
Fax: 069 1340 444
E-Mail: info@frankfurt-ticket.de
Internet: www.frankfurt-ticket.de

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens sind Marketing, Vertrieb und Verkauf von Eintrittskarten für kulturelle, künstlerische, sportliche oder sonstige Veranstaltungen, insbesondere im Rhein-Main Gebiet, sowie von damit verbundenen Leistungen (Transport-, Übernachtungs-, Verpflegungsleistungen etc.).

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben, pachten oder die Betriebsführung solcher Unternehmen übernehmen.

Gründung

01.12.1997

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag vom 10. November 1997. Zuletzt geändert durch Gesellschafterbeschluss vom 28. August 2009.

Stammkapital

26.000 €

Anteil Kur- und Kongreß-GmbH

12,5 % (3.250 €)

Beschlussgrundlagen

Stadtverordnetenversammlung vom 27.11.2003, Drucksachen-Nr.: SV 1/1152-2 und vom 02.06.2005, Drucksachen-Nr.: SV 1/1780-3.

Gesellschafter

- Stadt Frankfurt am Main (Anteil: 30 %)
- Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main (Anteil: 20 %)
- Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe (Anteil: 12,5 %)
- Stadt Hanau (Anteil: 12,5 %)
- TriWiCon Eigenbetrieb, Landeshauptstadt Wiesbaden (Anteil 8,08 %)
- Stadt Bad Vilbel (Anteil: 5 %)
- Bürgerhäuser Dreieich Eigenbetrieb; Stadt Dreieich (Anteil: 5 %)

- Offenbacher Stadtinformation Gesellschaft mbH, Offenbach a.M. (Anteil: 2,5 %)
- Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach (Anteil: 2,5 %)
- Wissenschaftsstadt Darmstadt Marketing GmbH, Darmstadt (Anteil: 1,92 %)

Aufsichtsrat (Geschäftsjahr 2019)

- Claus Kaminsky, Oberbürgermeister, Stadt Hanau
- Vorsitzender –
- Uwe Paulsen, Stadtverordneter, Stadt Frankfurt am Main
- stellvertretender Vorsitzender -
- Holger Reuter, Geschäftsführer Kur- und Kongreß-GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe
- Martin Michel, Geschäftsführer der Wiesbaden Marketing GmbH, Betriebsleiter TriWiCon Eigenbetrieb Landeshauptstadt Wiesbaden, Wiesbaden
- Dr. Helmut Müller, Geschäftsführer Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH
- Eugenio Muñoz del Rio, Stadtrat; Stadt Frankfurt am Main
- Albina Nazarenus-Vetter; Stadträtin, Stadt Frankfurt am Main

Geschäftsführung

- Thomas Feda, Nidderau

Prokura

- Hartwig Fleissner, Frankfurt am Main

Abschlussprüfer

PwC (PricewaterhouseCoopers) AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

6.4 Hochtaunusbau Grundbesitzgesellschaft mbH

Rechtsform

GmbH

Handelsregister

HRB 10452
Bad Homburg v. d. Höhe

Anschrift

Hessenring 92 a
61348 Bad Homburg v. d. Höhe
Telefon: 06172 1218 11
Fax: 06172 1218 21
E-Mail: info@hochtaunusbau.de
Internet: www.hochtaunusbau.de

Aufgabe/Zielsetzung

Gegenstand des Unternehmens ist die Führung, der Betrieb, die Verwaltung und das Management der gewerblichen Immobilien und Tätigkeitsbereiche der Hochtaunus Baugenossenschaft eG. Hierzu gehören insbesondere eine Kindertagesstätte sowie eine Altentagesstätte (so genannte Betriebe gewerblicher Art) der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe. Tätigkeiten nach § 34c Gewerbeordnung werden nicht ausgeübt.

Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.

Beteiligung seit (zugleich Gründung)

30.11.2006

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag vom 12. Dezember 2006. Zuletzt geändert durch Gesellschafterbeschluss vom 05. Oktober 2007.

Stammkapital

25.000 €

Anteil KuK Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

1 % (250 €)

Beschlussgrundlagen

Stadtverordnetenversammlung vom 23.11.2006, Drucksachen-Nr.: SV 6/239-4

Gesellschafter

- Gemeinnützige Baugenossenschaft Hochtaunus eG (StK-Anteil: 24.750 €)
- KuK Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH (StK-Anteil: 250 €)

Aufsichtsrat (Geschäftsjahr 2019)

- Jürgen Banzer, MdL.
- Vorsitzender -
- Gerhardt Trumpp, im Ruhestand
- stellvertretender Vorsitzender -
- Alexander Hetjes, Oberbürgermeister, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
- Dr. Ursula Jungherr, Oberbürgermeisterin a.D., Stadt Bad Homburg v. d. Höhe

- Andreas Beckmann, Bankkaufmann
- Holger Biburger, im Ruhestand
- Christine Erk (Schriftführerin), im Ruhestand
- Regina Hartmann, Verw.-Angestellte
- Horst Neugebauer, im Ruhestand

Geschäftsführung

- Dr. Sven Groth, - hauptamtlich - (ab 01.10.2019)
- Bernd Arnold - hauptamtlich - (bis 31.12.2019)
- Bertram Huke - nebenamtlich -
- Jürgen Hölz - nebenamtlich -

Abschlussprüfer

VdW Südwest, Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft e.V.

6.5 ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)

Rechtsform

GmbH

Handelsregister

HRB 75042
Frankfurt am Main

Anschrift

Bessie-Coleman Straße 9
60549 Frankfurt am Main
Telefon: 069 660759 0
Fax: 069 660759 90
E-Mail: info@ivm-rheinmain.de
Internet: www.ivm-rheinmain.de

Unternehmensgegenstand

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Zusammenarbeit im Verkehrsmanagement der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz und der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle erforderlichen Tätigkeiten durchzuführen, die der Unterstützung des integrierten Verkehrsmanagements der Region Frankfurt RheinMain dienen.

Hierzu zählen:

- a.) Die Erarbeitung von Grundlagen, Empfehlungen und Konzepten für ein regionales Verkehrs- und Mobilitätsmanagement.
- b.) Die Begleitung und Koordination der Umsetzung und des Betriebs von Maßnahmen und Angeboten des regionalen Verkehrs- und Mobilitätsmanagements.
- c.) Dienstleistungen als Bürgerservice.
- d.) Unterstützende Maßnahmen für die Gesellschafter, die dem Gesellschaftszweck entsprechen.
- e.) Die Übernahme neuer, gesetzlich vorgeschriebener Aufgaben im Auftrag der Gesellschafter.

Für eine detaillierte Erläuterung der Aufgaben wird eine Aufgabenvereinbarung von den Gesellschaftern beschlossen, die nur gemeinschaftlich von allen Gesellschaftern aufgelegt und geändert werden kann. Ein Eingriff in die hoheitlichen Aufgaben erfordert die Zustimmung der betroffenen Gesellschafter.

Gründung

Notariell beurkundete Gründungsversammlung vom 13. Mai 2002, geändert durch Nachtragsbeschluss vom 02. Februar 2005.

Gesellschaftsvertrag

Gültig i.d.F. vom 01.01.2017 (10.11.2016 notariell beurkundet)

Stammkapital

241.000 €

Anteil Stadt

3,1 % (7.500 €)

Beschlussgrundlagen

- Stadtverordnetenversammlung vom 27.11.2003, Drucksachen-Nr.: SV 1/1116-4
- Stadtverordnetenversammlung vom 27.01.2005, Drucksachen-Nr.: SV 11377-3
- Stadtverordnetenversammlung vom 23.07.2015, Drucksachen-Nr.: SV 11/1139-3
- Stadtverordnetenversammlung vom 14.07.2016, Drucksachen-Nr.: SV 16/79-3

Finanzierung

- Zuwendungen kommunale Aufgabenträger:	844.099 € (Umlage 0,13 €/pro Einwohner)
(davon Stadt Bad Homburg v. d. Höhe:	6.869 €)
- Land Hessen:	419.588 €
- RMV GmbH (Projektförderung):	175.900 €
- Erträge Projektförderung:	880.033 €

Gesellschafter

• Land Hessen	30.500 € (12,67 %)
• Land Rheinland-Pfalz	7.500 € (3,1 %)
• RMV GmbH	30.500 € (12,46 %)
• ivm-GmbH	7.500 € (3,1 %)

Landkreise

• Darmstadt-Dieburg	7.500 € (3,1 %)
• Groß-Gerau	7.500 € (3,1 %)
• Hochtaunus	7.500 € (3,1 %)
• Main-Kinzig	7.500 € (3,1 %)
• Main-Taunus	7.500 € (3,1 %)
• Offenbach	7.500 € (3,1 %)
• Rheingau-Taunus	7.500 € (3,1 %)

Städte

• Frankfurt am Main	60.500 € (25,11 %)
• Bad Homburg v. d. Höhe	7.500 € (3,1 %)
• Darmstadt	7.500 € (3,1 %)
• Hanau	7.500 € (3,1 %)
• Mainz	7.500 € (3,1 %)
• Offenbach am Main	7.500 € (3,1 %)
• Rüsselsheim	7.500 € (3,1 %)
• Wiesbaden	7.500 € (3,1 %)

Aufsichtsrat (Geschäftsjahr 2019)

- Ulrich Krebs, Landrat Hochtaunuskreis
- Aufsichtsratsvorsitzender -
- Sabine Groß, Stadträtin, Stadt Offenbach am Main
- stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende -
- Mathias Samson, Staatssekretär, Land Hessen (bis 14.01.2019)
- Jens Deutschendorf, Staatssekretär, Land Hessen (ab 27.03.2019)
- Dr. Martin J. Worms, Staatssekretär, Land Hessen
- Gerhard Harmeling, Ministerialdirigent, Land Rheinland-Pfalz
- Christel Fleischmann, Erster Kreisbeigeordneter, Landkreis Darmstadt-Dieburg (bis 30.09.2019)

- Robert Ahrnt, Erster Kreisbeigeordneter, Landkreis Darmstadt-Dieburg (ab 01.10.2019)
- Thomas Will, Landrat, Kreis Groß-Gerau
- Winfried Ottmann, Kreisbeigeordneter, Main-Kinzig-Kreis
- Johannes Baron, Kreisbeigeordneter, Main-Taunus-Kreis
- Claudia Jäger, Erste Kreisbeigeordnete, Landkreis Offenbach
- Frank Kilian, Landrat, Rheingau-Taunuskreis
- Klaus Oesterling, Stadtrat Frankfurt am Main
- Katrin Eder, Beigeordnete, Stadt Mainz
- Andreas Kowol, Stadtrat, Landeshauptstadt Wiesbaden
- Dr. Barbara Boczek, Stadträtin, Wissenschaftsstadt Darmstadt (bis 01.11.2019)
- Jochen Partsch, Oberbürgermeister, Wissenschaftsstadt Darmstadt (ab 01.11.2019)
- Wolfram Kister, Stadtrat, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
- Thomas Morlock, Stadtrat, Stadt Hanau
- Marianne Flörsheimer, Stadträtin, Stadt Rüsselsheim
- Prof. Knut Ringat, Sprecher der Geschäftsführung, RMV GmbH

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten ein Sitzungsgeld von 50 € pro Person und Sitzung. Die Gesamtvergütung in 2019 belief sich auf 1.050 €.

Geschäftsführung

- Heike Mühlhans, Dipl.-Ing.

Auf die Angabe der Bezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Prokura

- Rüdiger Bernhard, Wiesbaden

Abschlussprüfer

Spall & Kölsch, Partnerschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

- Prüfung durch o.g. Gesellschaft seit dem Jahr 2018; vorher durch Keiper & Co. KG, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

6.6 Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH

Rechtsform

gemeinnützige GmbH

Handelsregister

HRB 10260
Bad Homburg v. d. Höhe

Anschrift

Poststraße 16
60329 Frankfurt am Main
Telefon: 069 2577 1700
Fax: 069 2577 1750
E-Mail: info@krfrm.de
Internet: www.krfrm.de

Unternehmensgegenstand

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Kultur durch die Schaffung und Durchführung regional, überregional und international bedeutsamer Kulturprojekte und Veranstaltungen. Diese haben den Zweck, das kulturelle Profil der Gesellschafter und der Region Frankfurt Rhein-Main zu schärfen und herauszuheben.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch

- die Fortführung und Durchführung bisher beispielhafter veranstalteter und begonnener Projekte wie die Route der Industriekultur, Garten Rhein-Main, Freiheit des Geistes – Geist der Freiheit und weiterer, bisher noch nicht begonnene Kulturprojekte und Veranstaltungen,
- die Pflege der interkommunalen Zusammenarbeit in Form von Vernetzung, Austausch, Bündelung und Präsentation kultureller Projekte innerhalb der Kulturregion Frankfurt Rhein-Main mit dem Ziel, das Interesse an den vielfältigen Kulturangeboten der Rhein-Main Region zu fördern.

Gründung

21.12.2005

Gesellschaftsvertrag

Gültig in der Fassung vom 21.12.2005 mit der letzten Änderung vom 16.10.2019.

Stammkapital

29.650 €

Anteil Stadt

1,7 % (500 €)

Beschlussgrundlagen

Stadtverordnetenversammlung vom 02.06.2005, Drucksachen-Nr.: SV 1/1765-4

Finanzierung

Die Mitgliedsbeiträge betragen 0,10 € pro Einwohner. Die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe hat im Jahr 2019 einen Betrag in Höhe von 5.388,40 € entrichtet.

Gesellschafter

Auf die Stammeinlage haben übernommen:

• Stadt Frankfurt am Main	6.000 €
• Kreis Offenbach	2.800 €
• Landkreis Darmstadt-Dieburg	2.800 €
• Landkreis Groß-Gerau	1.700 €
• Main-Taunus-Kreis	1.700 €
• Hochtaunuskreis	1.600 €
• Wetteraukreis	1.500 €
• Rheingau-Taunus-Kreis	1.450 €
• Stadt Darmstadt	1.300 €
• Stadt Offenbach am Main	1.100 €
• Regionalverband FrankfurtRheinMain	1.000 €
• Stadt Hanau	800 €
• Stadt Aschaffenburg	600 €
• Stadt Rüsselsheim	550 €
• Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	500 €
• Stadt Dreieich	400 €
• Stadt Maintal	350 €
• Stadt Bad Vilbel	300 €
• Stadt Langen	300 €
• Stadt Bingen	250 €
• Stadt Friedberg (Hessen)	250 €
• Stadt Friedrichsdorf/Ts.	250 €
• Stadt Ingelheim	250 €
• Stadt Alzenau	200 €
• Stadt Büdingen	200 €
• Stadt Eschborn	200 €
• Stadt Hattersheim	200 €
• Stadt Seligenstadt	200 €
• Gemeinde Bischofsheim	150 €
• Stadt Dieburg	150 €
• Stadt Eltville	150 €
• Stadt Kelsterbach	150 €
• Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg	150 €
• Markt Großostheim	150 €
• Stadt Kronberg i. Taunus	150 €

• Stadt Raunheim	150 €
• Stadt Erlensee	150 €
• Gemeinde Niederndorfelden	100 €
• Gemeinde Wölfersheim	100 €
• Stadt Bad Orb	100 €
• Stadt Miltenberg	100 €
• Stadt Geisenheim	100 €
• Stadt Ortenberg	100 €
• Gemeinde Brachttal	50 €
• Gemeinde Glauburg	50 €
• Stadt Lorch	50 €
• KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH	4.600 €

Aufsichtsrat (Geschäftsjahr 2019)

Der Aufsichtsratsvorsitz erfolgt durch eine Doppelspitze.

- Dr. Ina Hartwig, Stadträtin, Stadt Frankfurt am Main
- 1. Vorsitzende -
- Thomas Will, Landrat, Groß-Gerau
- 2. Vorsitzender -
- Burkhard Fleckenstein, Kulturamtsleiter, Stadt Aschaffenburg
- Irina Gerybadze-Haeser, Stadträtin, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
- Dr. Bernd Heidenreich, Stadtrat, Stadt Frankfurt am Main
- Jochen Partsch, Oberbürgermeister, Stadt Darmstadt
- Claus Kaminsky, Oberbürgermeister, Stadt Hanau
- Ulrich Krebs, Landrat, Hochtaunuskreis
- Wolfgang Kollmeier, 1. Kreisbeigeordneter, Main-Taunus-Kreis
- Oliver Quilling, Landrat, Kreis Offenbach
- Dr. Felix Schwenke, Stadtrat, Stadt Offenbach
- Dennis Grieser, Bürgermeister; Stadt Rüsselsheim
- Rouven Kötter, 1. Beigeordneter, Regionalverband FrankfurtRheinMain

Weitere vier Mitglieder der übrigen Gesellschafter:

- Dr. Thomas Stöhr, Bürgermeister, Stadt Bad Vilbel
- Dirk Antkowiak, Bürgermeister, Stadt Friedberg (Hessen)
- Karl-Heinz Spengler, Erster Stadtrat, Hattersheim am Main
- Joachim Kolbe, Fachdienstleiter Kultur, Langen

Geschäftsführung

Sabine von Bebenburg, Wirtschaftsgeografin

Abschlussprüfer

Wikom AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

- Prüfung durch o.g. Gesellschaft seit dem Jahr 2018; vorher durch Dr. Dornbach Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Steuerberatungsgesellschaft Bad Homburg v. d. Höhe

6.7 Limeserlebnispfad Hochtaunus gGmbH

Rechtsform

GmbH

Handelsregister

HRB 11133
Bad Homburg v. d. Höhe

Anschrift

Hohemarkstraße 192
61440 Oberursel
Telefon: 06171/979070
E-Mail: info@naturpark-taunus.de
Internet: www.hochtaunuskreis.de

Unternehmensgegenstand

Zweck der Gesellschaft ist in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden und anderen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Körperschaften die Einrichtung und die Unterhaltung des Limeserlebnispfades Hochtaunus. Sie dient damit der Förderung des Denkmalschutzes, der Landschaftspflege, der Bildung und der Kultur sowie der Förderung von Wissenschaft und Forschung.

Der Satzungszweck wird insbesondere dadurch verwirklicht, dass die Gesellschaft Planungen für die Einrichtung des Limeserlebnispfades Hochtaunus durchführt, die erforderlichen Flächen und Nutzungsrechte erwirbt, Maßnahmen wie zum Beispiel die Sicherung und Unterhaltung von Bodendenkmälern, deren Erforschung und Dokumentation, die Information der Besucher durch Informationstafeln, Ausschilderungen, kulturelle Veranstaltungen und andere geeignete Maßnahmen, den Wegebau und sonstige bauliche Vorhaben durchführt und unterstützt. Sie kann andere in räumlicher Nähe gelegene Boden- und Baudenkmäler einbeziehen.

Gründung

20. Juni 2008

Stammkapital

111.000 €

Anteil Stadt

9 % (10.000 €)

Beschlussgrundlagen

Stadtverordnetenversammlung vom 22.04.2010, Drucksachen-Nr.: SV 1/1485-3

Finanzierung

Die Gesellschafter leisten derzeit jährliche Nebenleistungen von insgesamt 55.000 €.

Die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe leistet davon jährlich eine Zuzahlung in Höhe von 5.000 €.

Gesellschafter

Auf die Stammeinlage haben übernommen:

- | | |
|--------------------------------|----------|
| • Hochtaunuskreis | 51.000 € |
| • Stadt Bad Homburg v. d. Höhe | 10.000 € |
| • Stadt Friedrichsdorf | 10.000 € |

• Stadt Oberursel	10.000 €
• Gemeinde Wehrheim	10.000 €
• Gemeinde Glashütten	10.000 €
• Gemeinde Schmitten	10.000 €

Aufsichtsrat (Geschäftsjahr 2019)

- Ulrich Krebs, Landrat, Hochtaunuskreis
- Vorsitzender -
- Hans-Georg Brum, Bürgermeister, Stadt Oberursel
- stellvertretender Vorsitzender -
- Brigitte Bannenberg, Bürgermeisterin, Gemeinde Glashütten
- Horst Burghardt, Bürgermeister, Stadt Friedrichsdorf
- Marcus Kinkel, Bürgermeister, Gemeinde Schmitten
- Alexander W. Hetjes, Oberbürgermeister, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
- Gregor Sommer, Bürgermeister, Gemeinde Wehrheim

Der Aufsichtsrat erhält keine Vergütung oder andere Bezüge.

Geschäftsleitung

- Dr. Joachim-Dietrich Reinking, Rentner
- Uwe Hartmann, Naturpark Hochtaunus

Die Geschäftsführervergütungen betragen im Geschäftsjahr insgesamt 4.080 €.

Abschlussprüfer

Curacon GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

- Prüfung durch o.g. Gesellschaft seit dem Jahr 2016; vorher Schüller und Partner AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft

6.8 Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Rechtsform

GmbH

Handelsregister

HRB 6721
Frankfurt am Main

Anschrift

Schaumainkai 47
60596 Frankfurt am Main
Telefon: 069 6069 0
Fax: 069 6069 300
E-Mail: post@naheimst.de
Internet: www.naheimst.de

Unternehmensgegenstand

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet, verwaltet und veräußert Wohnungen und sonstige bauliche Anlagen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen, in allen Rechts- und Nutzungsformen.

Weitere Gegenstände sind Sanierungs- und Entwicklungsträgerschaften, Bauleitplanung, städtebauliche Projektentwicklung und Flächenmanagement.

Gründung

26.06.1928

Stammkapital

119.965.553 €

Anteil Stadt

unter 1 % (5.883 €)

Gesellschafter

- Land Hessen
- Deutsche Rentenversicherung Hessen
- Hessische Landgesellschaft mbH
- Treuhandverwaltung der IG Metall GmbH
- Frankfurter Sparkasse
- Hattersheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH
- Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH
- Hochtaunuskreis
- Landkreis Groß-Gerau
- Landkreis Limburg-Weilburg
- Main-Taunus-Kreis
- Wetteraukreis
- Stadt Rüsselsheim
- WIM Wiesbadener Immobilienmanagement GmbH
- Bauverein AG
- Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
- Stadt Bad Vilbel
- Stadt Frankfurt am Main
- Stadt Hadamar
- Stadt Hofheim (Taunus)
- Stadt Kelsterbach
- Stadt Langen
- Stadt Mörfelden-Walldorf
- Stadt Neu-Isenburg
- Stadt Oberursel (Taunus)
- Stadt Pfungstadt
- Stadt Erlensee

Aufsichtsrat (Geschäftsjahr 2019)

Die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe ist nicht im Aufsichtsrat vertreten.

- Priska Hinz (bis 08.03.2019)
Vorsitzende, Staatsministerin, Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz und Verbraucherschutz, Land Hessen
- Tarek Al-Wazir (ab 27.03.2019)
Vorsitzender, Staatsminister, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, Wiesbaden, Land Hessen
- Peter Feldmann
stv. Vorsitzender, Oberbürgermeister, Stadt Frankfurt am Main
- Jens Bersch
stv. Vorsitzender, Nassauische Heimstätte Betrieb Süd, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Arbeitnehmervertreter
- Ulrich Baier
Stadtverordneter, Stadt Frankfurt am Main
- Oliver Baltes
Fachbereich Informationssysteme, Anwendungssysteme, Nassauische Heimstätte, Arbeitnehmervertreter
- Dagmar Brinkmann
Ministerialrätin, Hessisches Ministerium der Finanzen, Wiesbaden, Land Hessen
- Gerd Brückmann
Betriebsratsvorsitzender Betrieb Nord, Nassauische Heimstätte Betrieb Nord, Arbeitnehmervertreter
- Ulrich Caspar
MDL, Hessischer Landtag, Wiesbaden, Land Hessen
- Elmar Damm
Ministerialdirigent, Hessisches Ministerium der Finanzen, Wiesbaden, Land Hessen
- Jens Deutschendorf, Staatssekretär, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, Wiesbaden, Land Hessen (ab 12.06.2019)
- Martina Feldmayer
stv. Fraktionsvorsitzende, Hessischer Landtag, Wiesbaden, Land Hessen (bis 12.06.2019)
- Hildegard Förster Heldmann, MdL., Hessischer Landtag, Wiesbaden, Land Hessen (ab 12.06.2019)
- Dr. Christian Hermann
Ministerialrat, Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Wiesbaden, Land Hessen (bis 31.12.2019)
- Dr. Christian Hey
Ministerialdirigent, Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft u. Verbraucherschutz, Wiesbaden, Land Hessen (bis 12.06.2019)
- Heiko Kasseckert, MdL., Hessischer Landtag, Wiesbaden, Land Hessen (ab 12.06.2019)
- Hermann Josef Klüber, Regierungspräsident, Regierungsbezirk Kassel, Wiesbaden, Land Hessen (ab 21.01.2019)
- Wolfgang Koberg
Leiter Servicecenter Frankfurt 1, Nassauische Heimstätte, Arbeitnehmervertreter

- Werner Koch
Staatssekretär a.D., Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Wiesbaden, Land Hessen (bis 12.06.2019)
- Bernhard Köppler
Architekt, Kommunalberatung, Nassauische Heimstätte, Arbeitnehmervertreter (bis 31.10.2019)
- Dr. Walter Lübcke
Regierungspräsident, Regierungspräsidium Kassel, Land Hessen (bis 03.06.2019)
- Dr. Frank Roland
Ministerialrat, Hessisches Ministerium der Finanzen, Wiesbaden, Land Hessen
- Jan Schneider
Stadtrat, Frankfurt am Main
- Simone Stock, Fachbereich Personal, Ausbildung, Nassauische Heimstätte, Arbeitnehmervertreterin (ab 01.11.2019)
- Ulrich Türk
Leiter Fachbereich Stadtentwicklung Hessen Nord, Nassauische Heimstätte, Arbeitnehmervertreter
- Thomas Völker
Dipl. Ing. Architekt, Unternehmensbereich Modernisierung/Großinstandhaltung, Nassauische Heimstätte, Arbeitnehmervertreter
- Astrid Wallmann
Landtagsabgeordnete, Hessischer Landtag, Wiesbaden, Land Hessen

Geschäftsführung

- Dr. Thomas Hain, Leitender Geschäftsführer
- Dr. Constantin Westphal, Geschäftsführer
- Monika Fontaine-Kretschmer, Geschäftsführerin

Prokuristen

- Peter Schirra
- Peter Klarmann

Beteiligungen (Anteil über 20 %)

- NH ProjektStadt GmbH, Frankfurt am Main (100 %)
- Wohnstadt
Stadtentwicklungs- und Wohnungsbau-Gesellschaft Hessen mbH, Kassel (88,95 %)
- Garagen- Bau- und Betriebs- GmbH, Frankfurt am Main (60 %)
- Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH (33,33 %)

Abschlussprüfer

Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft

- Prüfung durch o.g. Gesellschaft seit dem Jahr 2017; vorher durch Domizil-Revisions AG, Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

6.9 Netzgesellschaft GmbH & Co.KG Bad Homburg v. d. Höhe

Rechtsform

GmbH & Co. KG

Handelsregister

HRA 5988
Bad Homburg v. d. Höhe

Anschrift

Steinmühlstraße 26
61352 Bad Homburg v. d. Höhe
Telefon: 06172 4013 0
Fax: 06172 489442
E-Mail: stadtwerke@bad-homburg.de
Internet: www.bad-homburg.de/stadtwerke

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung der Bürger in der Region, zuvorderst im Stadtgebiet Bad Homburg v. d. Höhe, mit Energie, insbesondere durch Erwerb, Instandhaltung, Ausbau und Betrieb von Energieverteilernetzen zur allgemeinen Versorgung sowie durch die Verpachtung von Energieverteilernetzen einschließlich zugehöriger Anlagen, Betriebsmittel und Grundstücke an Netzbetreiber. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrer Tätigkeit, einschließlich der Verpachtung, öffentliche Zwecke im Sinne der Hessischen Gemeindeordnung.

Gründung

12.06.2019

Gesellschaftsvertrag

Gültig in der Fassung vom 12.06.2019

Stammkapital

20.000 €

Beschlussgrundlagen

Stadtverordnetenversammlung vom 11.04.2019, Drucksachen-Nr.: SV 16/782

Gesellschafter

Netzgesellschaft Verwaltungs-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe (Diese erbringt keine Einlage und hat keinen Kapitalanteil).

Die Haftsumme beträgt: 20.000 €

I. als Komplementäre:

- Netzgesellschaft Verwaltungs-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe 0,00 €

II. als Kommanditisten:

- Süwag Energie AG und Oberhessische Versorgungsbetriebe Aktiengesellschaft 9.800 €
(dies entspricht 49 % der Anteile)
davon:
 - Süwag Energie AG 9.140 €
 - Oberhessische Versorgungsbetriebe Aktiengesellschaft 660 €

- Stadt Bad Homburg v. d. Höhe (dies entspricht 51 % der Anteile) 10.200 €

Gesamt: 20.000 €

Pflichteinlagen der Kommanditisten:

- Süwag Energie AG und Oberhessische Versorgungsbetriebe Aktiengesellschaft 49.000 €
davon:
 - Süwag Energie AG 45.700 €
 - Oberhessische Versorgungsbetriebe Aktiengesellschaft 3.300 €
- Stadt Bad Homburg v. d. Höhe 51.000 €

Geschäftsleitung

- Bernadette Boot, Frankfurt am Main
- Ralf Schroedter, Bad Homburg v. d. Höhe

Die Geschäftsleitung erhält von der Gesellschaft keine Bezüge.

Aufsichtsrat (Geschäftsjahr 2019)

- Meinhard Matern, Bürgermeister u. Stadtkämmerer, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
- Aufsichtsratsvorsitzender -
- Dr. Markus Coenen, Mitglied des Vorstandes der Süwag Energie AG
- stellv. Aufsichtsratsvorsitzender –
- Joachim Arnold, Vorstand der Oberhessische Versorgungsbetriebe Aktiengesellschaft
- Simone Becker, Fachbereich Finanzen - Planung und Steuerung -, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
- Markus Philipp, Fachbereich Tiefbau, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe

Abschlussprüfer

PwC (PricewaterhouseCoopers) AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Rumpfgeschäftsjahr vom 25. Juni bis 31. Dezember 2019

Bilanz	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
Aktiva	TEUR		TEUR	%
Anlagevermögen	14.409			
Sachanlagen	14.383			
1. Grundstücke und Bauten	1.365			
2. technische Anlagen u. Maschinen	12.638			
Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25			
Umlaufvermögen	1.441			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	45			
1. Einforderung ausstehende Einlagen	0			
2. Forderungen gegen Gesellschafter	45			
Liquide Mittel	1.396			
Rechnungsabgrenzungsposten	0			
Bilanzsumme	15.850			
<hr/>				
Passiva	TEUR		TEUR	%
Eigenkapital				
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	6.000			
II. Rücklagen	614			
III. Jahresergebnis	169			
Sonderposten für Investitionszuschüsse	23			
Rückstellungen	31			
1. Steuerrückstellungen	21			
2. sonstige Rückstellungen	10			
Verbindlichkeiten	6.891			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.387			
4. Sonstige Verbindlichkeiten	470			
Rechnungsabgrenzungsposten	2.122			
Bilanzsumme	15.850			

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
	TEUR		TEUR	%
1. Umsatzerlöse	1.599			
2. Sonstige betriebliche Erträge	1			
3. Materialaufwand				
Aufwendungen für bezogene Leistungen	983			
4. Abschreibungen auf Sachanlagen	347			
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	34			
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	46			
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	21			
8. Ergebnis nach Steuern	169			
Jahresergebnis	169			

Lagebericht für das Rumpfgeschäftsjahr 2019

I. Grundlagen des Unternehmens

Die Netzgesellschaft GmbH & Co. KG Bad Homburg v. d. Höhe wurde am 25. Juni 2019 im Handelsregister des Amtsgerichts Bad Homburg v. d. H. unter HRA 5988 eingetragen. Sitz der Gesellschaft ist Bad Homburg v. d. Höhe.

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung der Bürger in der Region mit Energie, insbesondere durch Erwerb, Instandhaltung, Ausbau und Betrieb von Energieverteilernetzen zur allgemeinen Versorgung sowie durch die Verpachtung von Energieverteilernetzen einschließlich zugehöriger Anlagen, Betriebsmittel und Grundstücke an Netzbetreiber.

Die Geschäftsführung nimmt die Komplementärin Netzgesellschaft Verwaltungs- GmbH Bad Homburg v. d. Höhe war.

Der Aufsichtsrat besteht aus fünf Mitgliedern. Die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe entsendet drei Mitglieder in den Aufsichtsrat, die Süwag Energie AG und die OBERHESSISCHE VERSORGUNGSBETRIEBE AKTIENGESELLSCHAFT jeweils ein Mitglied. Die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe stellt den Vorsitzenden des Aufsichtsrates.

Die Netzgesellschaft GmbH & Co. KG Bad Homburg v. d. Höhe hat die Stromverteilnetze im Gebiet der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe an die Süwag Energie AG bzw. die ovag Netz GmbH verpachtet, die jeweils die Investitionen im Auftrag der Netzgesellschaft GmbH & Co. KG Bad Homburg v. d. Höhe ausführen. Der Netzbetrieb der Stromverteilnetze wird durch die Syna GmbH, ein 100%iges Tochterunternehmen der Süwag Energie AG, und die ovag Netz GmbH, 100%iges Tochterunternehmen der OBERHESSISCHE VERSORGUNGS-BETRIEBE AKTIENGESELLSCHAFT, erbracht.

Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr und umfasst den Zeitraum vom 25. Juni bis 31. Dezember 2019.

Die Netzgesellschaft GmbH & Co. KG Bad Homburg v. d. Höhe ist seit dem 1. Juli 2019 Organträgerin im Rahmen einer umsatzsteuerlichen Organschaft mit der Netzgesellschaft Verwaltungs-GmbH Bad Homburg v. d. als Organgesellschaft.

II. Wirtschaftsbericht

1. Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft erwarb mit Wirkung zum 1. Juli 2019 die Stromverteilnetze im Gebiet der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe von der Süwag Energie AG und der OBERHESSISCHE VERSORGUNGSBETRIEBE AKTIENGESELLSCHAFT. Unter Berücksichtigung von übertragenen Baukostenzuschüssen belief sich das Gesamtvolumen auf rund 10,5 Mio. EUR. Die Finanzierung erfolgte durch eigene Mittel, welche die Gesellschafter im Vorfeld der Netzerwerbe in die Gesellschaft einlegten, und Gesellschafterdarlehen in Höhe von 6,3 Mio. EUR. Die Verpachtungstätigkeit wurde mit Wirkung zum 1. Juli 2019 aufgenommen.

Bis zum 31. Dezember 2019 wurden weitere Investitionen in die Stromverteilnetze in Höhe von 2,3 Mio. EUR getätigt. Diese betrafen im Wesentlichen das Nieder- und Mittelspannungsnetz, Ortsnetzstationen sowie Grundstücke.

Bei Umsatzerlösen in Höhe von 1.599 TEUR ergab sich im Rumpfgeschäftsjahr 2019 ein Jahresüberschuss (Steuerungsgröße) in Höhe von 169 TEUR, der über den Erwartungen liegt. Diese Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus höheren Umsatzerlösen aus der Verpachtungstätigkeit sowie niedrigeren Abschreibungen und Verwaltungskosten.

2. Lage des Unternehmens

a. Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Dem Anlagevermögen in Höhe von 14.409 TEUR und dem Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 1.396 TEUR stehen zum Bilanzstichtag im Wesentlichen Eigenkapital in Höhe von 6.783 TEUR, Gesellschafterdarlehen in Höhe von 6.340 TEUR, kurzfristige Sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 470 TEUR sowie der Passive Rechnungsabgrenzungsposten aus Baukostenzuschüssen in Höhe von 2.122 TEUR gegenüber.

Bei einer Bilanzsumme von 15.850 TEUR beträgt die Eigenkapitalquote 42,8 %.

Zum 31. Dezember 2019 beträgt der Finanzmittelbestand 1.396 TEUR. Die Finanzierung des laufenden Geschäftsbetriebs war im abgelaufenen Geschäftsjahr stets gesichert. Den Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 3.086 TEUR und aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 12.850 TEUR steht der Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -14.540 TEUR gegenüber.

b. Ertragslage

Die Umsatzerlöse beliefen sich auf 1.599 TEUR. Diese resultieren aus Pachtentgelten, vergüteten Konzessionsabgaben und Gemeinderabatten sowie aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge berücksichtigen im Wesentlichen die Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse.

Der Materialaufwand betrifft die Konzessionsabgaben und Gemeinderabatte an die Kommune.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen Entgelte für die kaufmännische Betriebsführung, den Aufwendungsersatz aus der Geschäftsführung der Komplementärin, Aufwendungen für die Prüfung und Veröffentlichung von Jahresabschluss und Lagebericht sowie allgemeine Verwaltungskosten.

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen resultieren aus Gesellschafterdarlehen.

Nach Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 21 TEUR ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 169 TEUR.

III. Tätigkeitsabschlüsse

Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen haben jeweils getrennte Konten zu führen und für jede ihrer Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG einen gesonderten Tätigkeitsabschluss aufzustellen. Die Tätigkeitsabschlüsse sind mit dem geprüften Jahresabschluss beim Bundesanzeiger zur Veröffentlichung einzureichen.

Da die Gesellschaft lediglich die Tätigkeit Elektrizitätsverteilung aufgrund der wirtschaftlichen Nutzung eines Eigentumsrechts an Stromverteilnetzen ausübt, entfällt die Notwendigkeit des Führens getrennter Konten. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Tätigkeit Elektrizitätsverteilung entsprechen somit der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung des gesamten Unternehmens.

IV. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Das am 1. Mai 1998 in Kraft getretene Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) verpflichtet Kapitalgesellschaften und Personenhandels-gesellschaften ohne natürliche Person als persönlich haftender Gesellschafter unter anderem zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems, um alle den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und zu überwachen.

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagementsystem der Geschäftsbesorgerin Süwag Energie AG eingebunden. Bei der Süwag Energie AG sorgt ein gruppenweites Risikomanagementsystem dafür, dass Risiken frühzeitig erkannt, standardisiert erfasst, bewertet, gesteuert und überwacht werden. Das Risikomanagement ist dabei in die Strategie-, Planungs- und Controllingprozesse der Süwag Energie AG integriert.

Es bestehen zurzeit keine Risiken, die den Bestand der Netzgesellschaft GmbH & Co. KG Bad Homburg v. d. Höhe gefährden. Auch entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen, die geeignet sind, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens wesentlich zu beeinträchtigen, sind nach unserer Einschätzung derzeit nicht zu erkennen. Im Übrigen ergeben sich Chancen und Risiken insbesondere aus den regulatorischen und den steuerrechtlichen Entwicklungen.

Gemäß dem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2020 werden Investitionen in Höhe von rund 960 TEUR erwartet. Diese verteilen sich im Wesentlichen auf das Nieder- und Mittelspannungsnetz sowie auf Ortsnetzstationen. Für das Geschäftsjahr 2020 wird mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 287 TEUR gerechnet.

Die weltweite Ausbreitung des Coronavirus (SARS-CoV-2) wurde am 11. März 2020 von der WHO zu einer Pandemie erklärt. Aufgrund der bereits erlassenen Vorschriften und Maßnahmen zur Ein-dämmung des Coronavirus sind Einschränkungen im öffentlichen Leben und der Wirtschaft deutlich spürbar. Eine Abschätzung der Gesamtauswirkungen ist zum momentanen Zeitpunkt kaum belastbar möglich. Wesentliche Auswirkungen auf das Geschäftsmodell und -ergebnis werden derzeit jedoch nicht gesehen.

6.10 Netzgesellschaft Verwaltungs-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe

Rechtsform

GmbH

Handelsregister

HRB 14602
Bad Homburg v. d. Höhe

Anschrift

Steinmühlstraße 26
61352 Bad Homburg v. d. Höhe
Telefon: 06172 4013 0
Fax: 06172 489442
E-Mail: stadtwerke@bad-homburg.de
Internet: www.bad-homburg.de/stadtwerke

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Stellung als persönlich haftende Gesellschafterin der Netzgesellschaft GmbH & Co. KG Bad Homburg v. d. Höhe und die Übernahme deren Geschäftsführung.

Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die Gesellschaft verfolgt öffentliche Zwecke im Sinne von § 121 Hessische Gemeindeordnung. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Energieversorgung der Bürger in der Region und der Sicherung der kommunalen Einflussmöglichkeiten auf die Netzinfrastruktur, insbesondere durch Übernahme der geschäftsführenden Stellung in der Netzgesellschaft GmbH & Co. KG Bad Homburg v. d. Höhe.

Gründung

28.05.2019

Gesellschaftsvertrag

Gültig in der Fassung vom 28.05.2019

Stammkapital

25.000 €

Anteil Süwag Energie AG

100 % (25.000 €)

Beschlussgrundlagen

Stadtverordnetenversammlung vom 11.04.2019, Drucksachen-Nr.: SV 16/782

Geschäftsführung

- Bernadette Boot, im Hauptberuf Leiterin Kommunale Beziehungen und Sonderprojekte der Süwag Energie AG (seit 28.05.2019)
- Ralf Schroedter, im Hauptberuf Direktor der Stadtwerke Bad Homburg v. d. Höhe (seit 12.06.2019)

Die Geschäftsführung erhält von der Gesellschaft keine Bezüge.

Sonstige Angaben

Die Netzgesellschaft Verwaltungs-GmbH ist unbeschränkt haftende Gesellschafterin der Netzge-

sellschaft GmbH & Co. KG Bad Homburg v. d. Höhe, Bad Homburg v. d. Höhe.

Darüber hinaus ist die Netzgesellschaft Verwaltungs-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe seit dem 01.07.2019 Organgesellschaft im Rahmen einer umsatzsteuerlichen Organschaft mit der Netzgesellschaft GmbH & Co. KG Bad Homburg v. d. Höhe als Organträgerin.

Abschlussprüfer

PwC (PricewaterhouseCoopers) AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

6.11 Regionalpark Ballungsraum RheinMain gGmbH

<u>Rechtsform</u>	<u>Handelsregister</u>
-------------------	------------------------

gemeinnützige GmbH	HRB 20927 Wiesbaden
--------------------	------------------------

Anschrift

Frankfurter Str. 76
 65439 Flörsheim am Main
 Telefon: 06145 / 936 36 20
 Fax: 06145 / 936 36 44
 E-Mail: information@regionalpark-rheinmain.de
 Internet: www.regionalpark-rheinmain.de

Unternehmensgegenstand

Zweck der Gesellschaft ist in Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen, dem Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main sowie dem Land Hessen die Förderung des Projektes „Regionalpark Rhein-Main“. Das Projekt dient den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Die Verwirklichung des Gesellschaftszwecks erfolgt durch die Beschaffung, Organisation und Verteilung von Finanzmitteln auf gemeinnützige Regionalparkgesellschaften, andere gemeinnützige Träger von Regionalpark-Projekten ausschließlich zur Verwendung zu steuerbegünstigten Zwecken.

Gründung

15.07.2003

Gesellschaftsvertrag

Gültig in der Fassung vom 29.08.2019

Stammkapital

187.500 €	<u>Anteil Stadt</u>
-----------	---------------------

187.500 €	<u>Anteil Stadt</u>
-----------	---------------------

6,6 % (12.500 €)	<u>Anteil Stadt</u>
------------------	---------------------

Beschlussgrundlagen

- Stadtverordnetenversammlung vom 28.04.2005, Drucksachen-Nr.: SV 1/1691-5
- Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.2018, Drucksachen-Nr.: SV 16/747

Gesellschafter

Auf das Stammkapital haben die Gesellschafter folgende Stammeinlagen übernommen:

- | | |
|--------------------------------|----------|
| • Stadt Frankfurt am Main | 12.500 € |
| • Stadt Offenbach am Main | 12.500 € |
| • Stadt Hanau | 12.500 € |
| • Stadt Bad Homburg v. d. Höhe | 12.500 € |
| • Stadt Rüsselsheim | 12.500 € |
| • Landkreis Groß-Gerau | 12.500 € |
| • Hochtaunuskreis | 12.500 € |
| • Main-Kinzig-Kreis | 12.500 € |
| • Main-Taunus-Kreis | 12.500 € |

- Landkreis Offenbach 12.500 €
- Wetteraukreis 12.500 €
- Land Hessen 12.500 €
- Landeshauptstadt Wiesbaden 12.500 €
- Rheingau-Taunus-Kreis 12.500 €
- Regionalverband FrankfurtRheinMain 12.500 €

Aufsichtsrat (Geschäftsjahr 2019)

- Claudia Jäger, Erste Kreisbeigeordnete, Kreis Offenbach
- Aufsichtsratsvorsitzende -
- Thomas Will, Landrat, Kreis Groß-Gerau
- stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender -
- Matthias Walther, Kreisbeigeordneter, Wetteraukreis
- Rosemarie Heilig, Stadträtin, Frankfurt am Main
- Michael Cyriax, Landrat, Main-Taunus-Kreis
- Alexander W. Hetjes, Oberbürgermeister, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
- Ulrich Krebs, Landrat, Hochtaunuskreis
- Hans-Martin Kessler, Stadtrat, Landeshauptstadt Wiesbaden
- Matthias Bergmeier, Ministerialrat, Hess. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Wiesbaden
- Karl Ottes, Kreisbeigeordneter, Rheingau-Taunus-Kreis
- Susanne Simmler, Erste Kreisbeigeordnete, Main-Kinzig-Kreis
- Nils Kraft, Stadtrat, Stadt Rüsselsheim
- Paul-Gerhard Weiß, Stadtrat, Stadt Offenbach
- Thomas Horn, Verbandsdirektor, Regionalverband FrankfurtRheinMain
- Thomas Morlock, Stadtrat, Stadt Hanau

Der Aufsichtsrat bezieht keine Vergütung.

Finanzierung

Die Gesellschafter entrichten jährlich je einen Zuschuss in Höhe von je 100.000 €.

Geschäftsführung

- Kjell Schmidt, staatlich geprüfter Forstwirt, Eppstein

Die Angaben der Bezüge für den Geschäftsführer unterbleiben nach § 286 Abs. IV HGB.

Prokura

- Jutta Wippermann, Landschaftsarchitektin, Darmstadt
- Katja Imhof, Landschaftsarchitektin, Wiesbaden (bis 15.03.2019)

Abschlussprüfer

Dr. Penne & Pabst Partnerschaft MBB Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Rechtsberatung

- Prüfung durch o.g. Gesellschaft seit dem Jahr 2015; vorher durch Schüller & Partner AG Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft, Kelkheim

6.12 Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH

Rechtsform

GmbH

Handelsregister

HRB 53570
Frankfurt am Main

Anschrift

Rathausplatz 1
61348 Bad Homburg v. d. Höhe
Telefon: 06172 100 6111
Fax: 06172 100 6180
E-Mail: holger.heinze@bad-homburg.de
Internet: www.pvfrm.de

Unternehmensgegenstand

Zweck der Gesellschaft ist in Zusammenarbeit zwischen den Städten und dem Planungsverband Ballungsraum Frankfurt Rhein-Main die Realisierung des Regionalparks RheinMain im Gebiet der Städte, die Gesellschafter sind. In Frankfurt geht es speziell um die Verknüpfung mit dem Grüngürtel als Teil des Regionalparkprojektes im Bereich der nördlichen Frankfurter Ortsteile (Nieder-Eschbach, Harheim, Bonames, Kalbach, Niederursel, Heddernheim, Praunheim). Die Realisierung des Regionalparks dient insbesondere den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Zur Erfüllung des Gesellschaftszweckes werden Maßnahmen wie z.B. Pflanzungen, Wegebau und sonstige bauliche Vorhaben durchgeführt sowie eine fünfjährige Anlaufpflege sichergestellt. Die Tätigkeiten sind gemeinnützig. Eigenwirtschaftliche Zwecke werden nicht verfolgt.

Die Gesellschaft hat für die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe u.a. die Aufgabe, die „Landgräfliche Gartenlandschaft Bad Homburg v. d. Höhe“ und die Regionalparkrouten herzustellen.

Gründung

22.03.2001

Gesellschaftsvertrag

Gesellschaftsvertrag vom 26. April 1995, zuletzt geändert am 20. November 2019.

Stammkapital

225.000 €

Anteil Stadt

11,1 % (25.000 €)

Beschlussgrundlagen

Stadtverordnetenversammlung vom 16.11.2000, Drucksachen-Nr.: SV 97/1520-5

Gesellschafter

Stammeinlage

Nebenleistungspflicht jährlich:

• Stadt Frankfurt am Main	25.000 €	75.000 €
• Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	25.000 €	50.000 €
• Stadt Oberursel	25.000 €	40.000 €
• Stadt Friedrichsdorf	25.000 €	25.000 €
• Stadt Eschborn	25.000 €	21.000 €

<u>Gesellschafter</u>	<u>Stammeinlage</u>	<u>Nebenleistungspflicht jährlich</u>
• Stadt Kronberg im Taunus	25.000 €	18.000 €
• Stadt Königstein im Taunus	25.000 €	17.000 € (ab 01.01.2020)
• Stadt Schwalbach am Taunus	25.000 €	15.000 €
• Stadt Steinbach (Taunus)	25.000 €	10.000 €
• Regionalverband FrankfurtRheinMain	25.000 €	- keine -

Am 20.11.2019 wurde die Stadt Königstein im Taunus zur Übernahme eines neuen Geschäftsanteils mit Wirkung zum 01.01.2020 zugelassen. Die Stadt Königstein im Taunus hat am 22.11.2019 die Übernahme erklärt und die Einlage von TEUR 25 geleistet. Die Eintragung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister erfolgte am 21.02.2020.

Aufsichtsrat (Geschäftsjahr 2019)

- Alexander W. Hetjes, Oberbürgermeister, Bad Homburg v. d. Höhe
- Vorsitzender -
- Horst Burghardt, Bürgermeister, Stadt Friedrichsdorf
- stellvertretender Vorsitzender -
- Christiane Augsburger, Bürgermeisterin, Stadt Schwalbach am Taunus
- Hans-Georg Brum, Bürgermeister, Stadt Oberursel (Taunus)
- Heinz O. Christoph, Stadtrat, Stadt Eschborn
- Rosemarie Heilig, Stadträtin, Stadt Frankfurt am Main
- Dr. Stefan Naas, Bürgermeister, Stadt Steinbach (Taunus), (bis 19.11.2019)
- Steffen Bonk, Bürgermeister, Stadt Steinbach (Taunus), (ab 20.11.2019)
- Thomas Horn, Beigeordneter, Regionalverband Frankfurt Rhein-Main
- Robert Siedler, Erster Stadtrat, Stadt Kronberg im Taunus

Geschäftsführung

- Holger Heinze, Fachbereichsleiter Stadtplanung, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
- Anja Littig, Stadtplanung, Stadt Oberursel (Taunus)
- Yvonne Richter, Leiterin des Umweltamtes, Stadt Kronberg im Taunus
- Ulrich Nützel, Leiter Stadtplanung- und Hochbauamt, Stadt Friedrichsdorf
- Peter Dommermuth, Leiter des Umweltamtes, Stadt Frankfurt am Main

Die Geschäftsführung erhält keine Bezüge.

Abschlussprüfer

Fahrni und Partner Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

- Prüfung durch o.g. Gesellschaft seit dem Jahr 2018; vorher Schüllermaann und Partner AG Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

6.13 Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) GmbH

Rechtsform

GmbH

Handelsregister

HRB 34128
Frankfurt am Main

Anschrift

Alte Bleiche 5
65719 Hofheim am Taunus
Telefon: 06192 294 0
Fax: 06192 294 900
E-Mail: rmv-info@mobilberatung.rmv.de
Internet: www.rmv.de

Unternehmensgegenstand

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet folgende Aufgaben wahr:

Regionalisierter regionaler Schienenpersonen- u. Buspersonennahverkehr (SPNV + BPNV), Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards, Rahmenplanung für Produkte, Verbundtarif und Beförderungsbedingungen, Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation, Vertriebssystem, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, integriertes Plandatensystem

Beteiligung seit

01.07.1994

Stammkapital

690.244 €

Anteil Stadt

3,7 % (25.565 €)

Beschlussgrundlagen

Stadtverordnetenversammlung vom 16.06.1994, Drucksachen-Nr.: SV 93/0369-06

Finanzierung

Im Jahr 2019 wurde an den RMV seitens der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe eine Umlage in Höhe von 57.371,03 € (1 € pro Einwohner) entrichtet. Die Hälfte dieses Umlagebeitrags wird von der Kreisumlage abgezogen.

Infrastrukturkostenausgleich der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe an den RMV:

	2017	2018	2019
Stadtbahn Frankfurt (U2)	996.405 €	1.070.448 €	1.150.000 €
Buslinie 65	39.704 €	40.456 €	40.391 €

Der Umlagebetrag und die Kosten im Rahmen des Infrastrukturausgleichs berechnen sich aus dem Verbundvertragswerk der RMV GmbH.

Gesellschafter

Jeder Gesellschafter entsendet je einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Eine Vertretung aufgrund schriftlicher Vollmacht ist möglich.

Der Stammkapitalanteil je Gesellschafter beträgt 25.565 €.

Landkreise

- Darmstadt-Dieburg
- Fulda
- Gießen
- Groß-Gerau
- Hochtaunus
- Lahn-Dill
- Limburg-Weilburg
- Main-Kinzig
- Main-Taunus
- Marburg- Biedenkopf
- Odenwald
- Offenbach
- Rheingau-Taunus
- Vogelsberg
- Wetterau

Land

- Hessen

Städte

- Darmstadt
- Frankfurt am Main
- Offenbach am Main
- Wiesbaden
- Bad Homburg v. d. Höhe
- Fulda
- Gießen
- Hanau
- Marburg
- Rüsselsheim
- Wetzlar

Aufsichtsrat (Geschäftsjahr 2019)

- Peter Feldmann, Oberbürgermeister, Stadt Frankfurt am Main
- Vorsitzender -
- Ulrich Krebs, Landrat, Hochtaunuskreis
- stellvertretender Vorsitzender –
- Walter Astheimer, Erster Kreisbeigeordneter, Kreis Groß-Gerau
- Johannes Baron, Kreisbeigeordneter, Main-Taunus-Kreis
- Dr. Barbara Boczek, Stadträtin, Stadt Darmstadt (bis 20.11.2019)
- Jochen Partsch, Oberbürgermeister, Stadt Darmstadt (ab 20.11.2019)
- Christel Fleischmann, Kreisbeigeordneter, Landkreis Darmstadt-Dieburg (bis 30.09.2019)
- Robert Ahrnt, Erster Kreisbeigeordneter, Landkreis Darmstadt-Dieburg (ab 31.10.2019)
- Manfred Görig, Landrat, Vogelsbergkreis
- Sabine Groß, Stadträtin, Stadt Offenbach am Main
- Alexander W. Hetjes, Oberbürgermeister, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
- Claudia Jäger, Erste Kreisbeigeordnete, Kreis Offenbach
- Frank Kilian, Landrat, Rheingau-Taunus-Kreis
- Norbert Kortlüke, Stadtrat, Stadt Wetzlar
- Nils Kraft, Stadtrat, Stadt Rüsselsheim
- Thomas Morlock, Stadtrat, Stadt Hanau

- Frank Matiaske, Landrat, Odenwaldkreis
- Michael Köberle, Landrat, Landkreis Limburg-Weilburg (bis 27.05.2019)
- Andreas Kowol, Stadtrat, Stadt Wiesbaden
- Winfried Ottmann, Kreisbeigeordneter, Main-Kinzig-Kreis
- Mathias Samson, Staatssekretär, Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (bis 24.02.2019)
- Jens Deutschendorf, Staatssekretär, Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (bis 25.02.2019)
- Dr. Martin Worms, Staatssekretär, Hessisches Ministerium der Finanzen
- Anita Schneider, Landrätin, Landkreis Gießen
- Wolfgang Schuster, Landrat, Lahn-Dill-Kreis
- Thomas Spies, Oberbürgermeister, Stadt Marburg
- Jan Weckler, Landrat, Wetteraukreis
- Gerda Weigel-Greilich, Bürgermeisterin, Stadt Gießen
- Dr. Heiko Wingenfeld, Oberbürgermeister, Stadt Fulda
- Bernd Woide, Landrat, Landkreis Fulda
- Marian Zachow, Erster Kreisbeigeordneter, Landkreis Marburg-Biedenkopf

Geschäftsleitung

- Prof. Knut Ringat, Geschäftsführer und Sprecher der Geschäftsleitung
- Dr. André Kawai, Geschäftsführer

Beteiligungen

- Rhein-Main Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (100 %)
- Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (100 %)
- RTW Planungsgesellschaft mbH (16,67 %)
- ivm GmbH
(Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain; (12,45 %))
- VDV eTicket Service GmbH & Co. KG (10,13 %)

Abschlussprüfer

Keiper & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft

- Prüfung seit dem Jahr 2017; vorher Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Kurzvorstellung des Unternehmens

Im Jahr 1994 wurde die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV) als dezentraler Kommunalverband von 15 mittel- und südhessischen Landkreisen sowie 11 kreisfreien Städten und Städten mit jeweils über 50.000 Einwohnern gegründet.

Gegenstand des Unternehmens ist die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs im Verkehrsverbund Rhein-Main sowie die Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr. Die Gesellschaft nimmt im Verbundgebiet insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- Regionalisierter regionaler Schienenpersonennahverkehr und Buspersonennahverkehr
- Verkehrsplanung, Verkehrskonzeptionen und Festlegung technischer Standards
- Rahmenplanung für Produkte
- Verbundtarif und Beförderungsbedingungen
- Marketing, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformationen
- Vertriebssystem
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und integriertes Plandatensystem

Der Verbund ist mit einer Fläche von 14.000 km², über 10.000 Haltestellen und 550 Mio. Kunden pro Jahr einer der größten Verbünde in Deutschland. Er reicht vom Landkreis Marburg-Biedenkopf bis zum Odenwaldkreis und von Wiesbaden bis zum Landkreis Fulda. Die größte Nord-Süd Ausdehnung beträgt rund 230 Kilometer. Der RMV umfasst mehr als 130 Verkehrsunternehmen.

Die Finanzierung der Aufgaben der RMV GmbH erfolgt überwiegend durch das Land Hessen und die kommunalen Aufgabenträger. Die kassentechnischen Einnahmen verbleiben dabei jeweils bei den VVU/ LNG. Die RMV GmbH ist für die Einnahmenaufteilung, die Länderfördermittel, die Transferleistungen des Bundes und des Landes sowie für die Abrechnung des Regionalverkehrs und für die Umlagen der Gebietskörperschaften zuständig.

6.14 RTW Planungsgesellschaft mbH

Rechtsform

GmbH

Handelsregister

HRB 84848
Frankfurt am Main

Anschrift

Stiftstraße 9-17
60313 Frankfurt am Main
Telefon: 0163 6926840
Fax: 069 212 27252
E-Mail: kontakt@RTW-Planung.info
Internet: www.rtw.planung.info

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb der Infrastruktur der Regionaltangente West für die Erbringung von Verkehrsleistungen durch Verkehrsunternehmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen sowie Interessengemeinschaften eingehen.

Gründung

Die Gesellschaft ist mit Gesellschaftsvertrag vom 27. November 2008 gegründet worden. Im Geschäftsjahr 2015 galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 26. November 2014. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 27. April 2015. Mit Datum vom 12. November 2015 wurde der Gesellschaftsvertrag neu gefasst (geänderter Gesellschaftszweck). Die Handelsregistereintragung erfolgte am 27. Januar 2016.

Gesellschaftsvertrag

Die Gesellschaft ist mit Gesellschaftsvertrag vom 27. November 2008 gegründet worden. Im Geschäftsjahr 2018 galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 12. November 2015. Mit Datum vom 13. Juli 2018 wurde der Gesellschaftsvertrag neu gefasst (Erhöhung des Budgets und Aufnahme neuer Gesellschafter). Die Handelsregistereintragung erfolgte am 27. März 2019.

Stammkapital

30.000 €

Anteil Stadt

8,3 % (2.500 €)

Beschlussgrundlagen

- Stadtverordnetenversammlung vom 25.09.2008, Drucksachen-Nr.: SV 6/944-5
- Stadtverordnetenversammlung vom 27.09.2012, Drucksachen-Nr.: SV 11/428-3
- Stadtverordnetenversammlung vom 18.12.2014, Drucksachen-Nr.: SV 11/973-3
- Stadtverordnetenversammlung vom 24.05.2018; Drucksachen-Nr.: SV 16/600-3
- Stadtverordnetenversammlung vom 28.11.2019; Drucksachen-Nr.: SV 16/987-3

Finanzierung

Das Budget der Gesellschaft wurde zur Erfüllung der vorgesehenen Aufgaben zusätzlich zu den bisherigen 50,8 Mio. € um weitere 241.472.218 Euro auf 292.272.218 € aufgestockt. Zusammen mit dem Gründungsbudget i. H. v. 5,78 Mio. € ergibt sich hieraus ein Gesamtbudget von 298.052.218 €.

Der Budgetanteil der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe beträgt insgesamt 5.040.658 €.

Gesellschafter

<u>Gesellschafter</u>	<u>Anteile Gesellschafter</u>
• Stadt Frankfurt am Main	33,3 % (10.000 €)
• Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	16,7 % (5.000 €)
• Land Hessen	16,7 % (5.000 €)
• Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	8,3 % (2.500 €)
• Hochtaunuskreis	8,3 % (2.500 €)
• Kreis Offenbach	7,0 % (2.100 €)
• Main-Taunus-Kreis	5,7 % (1.700 €)
• Stadt Schwalbach	1,3 % (400 €)
• Stadt Neu-Isenburg	1,3 % (400 €)
• Stadt Eschborn	1,3 % (400 €)
• Stadt Bad Soden	1,33 % (400 €)
• Gemeinde Sulzbach	1,33 % (400 €)

Aufsichtsrat (Geschäftsjahr 2019)

- Klaus Oesterling, Stadtrat, Stadt Frankfurt am Main
- Vorsitzender -
- Prof. Knut Ringat, Dipl.-Ing., Sprecher der Geschäftsführung der RMV GmbH
- stellvertretender Vorsitzender -
- Bernhard Maßberg, Ministerialdirigent im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr u. Landesentwicklung
- stellvertretender Vorsitzender -
- Uwe Becker, Bürgermeister, Stadt Frankfurt am Main
- Elmar Damm, Ministerialdirigent im Hessischen Ministerium der Finanzen
- Dr. André Kawai, Geschäftsführer der RMV GmbH
- Alexander W. Hetjes, Oberbürgermeister, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe (bis 11.09.2019)
- Meinhard Matern, Bürgermeister, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe (seit 11.09.2019)
- Claudia Jäger, Erste Kreisbeigeordnete, Kreis Offenbach
- Uwe Kraft, Erster Kreisbeigeordneter, Hochtaunuskreis
- Johannes Baron, Kreisbeigeordneter, Main-Taunus-Kreis
- Christiane Augsburger, Bürgermeisterin, Stadt Schwalbach am Taunus
- Adolf Kannengießer, Stadtrat, Stadt Eschborn
- Herbert Hunkel, Bürgermeister, Stadt Neu-Isenburg
- Dr. Frank Blasch, Stadt Bad Soden (seit 04.04.2019)

- Elmar Bociek, Gemeinde Sulzbach (seit 20.11.2019)

Die Aufsichtsratsmitglieder üben ihre Aufgabe ehrenamtlich aus und erhalten keine Vergütung.

Geschäftsleitung

- Horst Amann, Roßdorf, Dipl.-Ingenieur

Auf die Angabe der Bezüge wurde gem. § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Abschlussprüfer

Keiper & Co KG, Wirtschaftsprüfungs-, Steuerberatungsgesellschaft

- Prüfung durch o.g. Gesellschaft seit dem Jahr 2019; vorher durch Schüllermaann und Partner AG, Wirtschaftsprüfungs-, Steuerberatungsgesellschaft

7. Kommanditgesellschaften (KG)

7.1 Spielbank Bad Homburg Wicker & Co. KG

Rechtsform

Co. KG

Handelsregister

HRA 2198
Bad Homburg v. d. Höhe

Anschrift

Lindenweg 1
61348 Bad Homburg v. d. Höhe

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an Spielbanken und deren Nebenbetrieben, sowohl im Inland als auch im Ausland, sowie die Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung anderer Gesellschaften als deren persönlich haftender Gesellschafter.

Mit dem Konzessionsende zum 31.12.2012 wurde der Betrieb der Spielbank Bad Homburg sowie dessen Nebenbetrieb der Restauration beendet.

Die Gesellschafter hatten in ihrer Sitzung am 10.12.2014 eine neue Sitzung mit geänderter Zwecksbestimmung beschlossen.

Gründung

16.09.1976

Gesellschaftsvertrag

In der Gesellschafterversammlung vom 10.12.2014 wurde eine neue Satzung verabschiedet; damit endete der alte Gesellschaftsvertrag vom 15. Dezember 2009.

Stammkapital

50.000 €

<u>Haftungskapital</u>	<u>Pflichtbeiträge</u>	<u>Anteil Kur- und Kongreß-GmbH</u>
1.740.000 €	696.000 €	2,9 % (70.000 €)

Gesellschafter

I. als Komplementäre:

- Werner J. Wilhelm Wicker
- Spielbank Wicker Beteiligungs GmbH

II. als Kommanditisten:

- Inga Beckert
- Marianne Gräfin von Brühl
- FidesKapital Gesellschaft für Kapitalbeteiligungen mbH, München
- Dr. Astrid Doll
- Hans Albrecht Graf von der Goltz
- Wolfgang Haarmann
- Dr. Julia Fischer, geb. Jung

- Lisa Rogall, geb. Jung
- Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v. d. Höhe
- Tanja Wicker-Caciola

Geschäftsleitung

- Werner J. Wilhelm Wicker; Diessendorf, Schweiz
- Spielbank Wicker Beteiligungs-GmbH, Ahnatal, vertreten durch ihre Geschäftsführer:
 - Marianne Gräfin von Brühl, München
 - Dr. Paul Karl-Heinz Vornholt, Bad Wildungen

Prokura

Herr Frank Heiden hat die Gesamtprokura gemeinsam mit einem persönlich haftendem Gesellschafter oder einem anderen Prokuristen.

Verbundene Unternehmen

Spielbank Wicker Beteiligungs GmbH, Ahnatal als Komplementärin (eingetragen beim Amtsgericht Kassel).

Beteiligungen (Anteil in Prozent)

- Luxemburger Spielbank Bad Mondorf KG (Casino de Jeux du Luxembourg-Mondorf les Bains, Société Anonyme & Cie; Anteil: 10,7 % (726.027 €))
- Luxemburger Spielbank Bad Mondorf AG (Casino de Jeux du Luxembourg-Mondorf les Bains, Société Anonyme), Anteil: 11,1 % (30.342 €)

8. Genossenschaften (eG)

8.1 Frankfurter Volksbank eG

Rechtsform

GbR mbH

Genossenschaftsregister

GnR Nr. 630
Frankfurt am Main

Anschrift

Börsenstraße 1
60313 Frankfurt am Main
Telefon: 069 2172 0
Fax: 069 2172 21501
E-Mail: info@frankfurter-volksbank.de
Internet: www.frankfurter-volksbank.de

Unternehmensgegenstand

Zweck der Bank ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder.

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von banküblichen und ergänzenden Geschäften, insbesondere

1. die Annahmen von Sparanlagen
2. die Annahme von sonstigen Einlagen
3. die Gewährung von Krediten aller Art
4. die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen sowie die Durchführung von Treuhandgeschäften
5. die Durchführung des Zahlungsverkehrs
6. die Durchführung des Auslandsgeschäfts einschließlich des An- und Verkaufs von Devisen und Sorten
7. die Vermögensberatung, Vermögensvermittlung und Vermögensverwaltung
8. der Erwerb und die Veräußerung sowie die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren und anderen Vermögenswerten
9. die Vermittlung oder der Verkauf von Bausparverträgen, Versicherungen und Immobilien

Der Geschäftsbetrieb kann auch auf Nichtmitglieder ausgedehnt werden.

Gründung

1862

Anteile

Die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe hält 6 Anteile zu je 50 € (300 €).

Organe

Vorstand und Aufsichtsrat

Die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe ist in keinem der genannten Organe vertreten.

8.2 Hochtaunus Baugenossenschaft eG

Rechtsform

Genossenschaft

Genossenschaftsregister

GnR 101

Bad Homburg v. d. Höhe

Anschrift

Hessenring 92 a
61348 Bad Homburg v. d. Höhe
Telefon: 06172 1218 11
Fax: 06172 1218 21
E-Mail: info@hochtaunusbau.de
Internet: www.hochtaunusbau.de

Unternehmensgegenstand

Der Zweck der Genossenschaft besteht in der Erfüllung des im § 1 des Genossenschaftsgesetzes festgelegten Förderungsauftrages durch die Schaffung zeitgerechter Wohnungen. Den Mitgliedern wird ein dauerndes, sicheres Wohnen zu angemessenen Preisen ermöglicht (gemeinnütziger Zweck).

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, erwerben, bewirtschaften und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen im Rahmen des § 1 Abs. 2 GenG sind zulässig.

Im Jahr 2018 verwaltete die Genossenschaft für die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe 226 Wohnungen und 17 Gewerbeeinheiten.

Gründung

25.07.1947

Anteile

Die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe hält 122 Anteile zu je 300 € (36.600 €).

Vorstand

- Dr. Sven Groth - hauptamtlich - (ab 01.10.2019)
- Bernd Arnold - hauptamtlich - (bis 31.12.2019)
- Bertram Huke - nebenamtlich -
- Jürgen Hölz - nebenamtlich -

Gesamtprokura

- Martina Pels

Handlungsbevollmächtigte

- Yvonne Hermann
- Doris Klarner

Aufsichtsrat (Geschäftsjahr 2019)

- Jürgen Banzer
- Vorsitzender -

- Gerhardt Trumpp
- stellvertretender Vorsitzender
- Alexander W. Hetjes, Oberbürgermeister, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
- Dr. Ursula Jungherr, Oberbürgermeisterin a.D., Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
- Andreas Beckmann, Bankkaufmann
- Holger Biburger, im Ruhestand
- Christine Erk (Schriftführerin), Bankkauffrau
- Regina Hartmann, Verw.-Angestellte
- Horst Neugebauer, im Ruhestand

Abschlussprüfer

VdW Südwest, Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft e.V.

Beteiligungen (Anteil am Stammkapital in Prozent)

- Hochtaunusbau Grundbesitzgesellschaft mbH (99 %)

8.3 Gemeinnützige Baugenossenschaft zu Homburg v.d.Höhe 1900 eG

Rechtsform

Genossenschaft

Genossenschaftsregister

GnR 106
Bad Homburg v. d. Höhe

Anschrift

Berliner Straße 11
61348 Bad Homburg v. d. Höhe
Telefon: 06172 68 93 00
Fax: 06172 30 20 67
E-Mail: info@gbh1900.de
Internet: www.gbh1900.de

Unternehmensgegenstand

Gegenstand der Genossenschaft ist vorrangig eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung (gemeinnütziger Zweck) der Mitglieder der Genossenschaft.

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig.

Die Genossenschaft führt ihre Geschäfte nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit. Der Geschäftsbetrieb erstreckt sich auf das Gebiet der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebs auf Nichtmitglieder ist nicht zugelassen.

Anteile

Die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe hält 9 Anteile zu je 160 € (1.440 €).

Aufsichtsrat (Geschäftsjahr 2019)

- Werner Hermann, Bankdirektor
- Vorsitzender –
- Wolfgang Gehrig, Verwaltungsangestellter
- Tanja Kolk; Rechtsanwältin
- Mark-Reimar-Reiffen, Dipl. Ingenieur
- Manuel Seyfried, Beamter
- Christiane Wirth, Krankenkassenwirtin

Vorstand

- Josef Kaiser, Vorsitzender, Verwaltungsdirektor
- Sabine Behlau-Grimmer, Bilanzbuchhalterin
- Jürgen Mugler, Verwaltungsfachangestellter

Abschlussprüfer

VdW Südwest, Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft e.V.

8.4 MiEG Mittelhessische Energiegenossenschaft eG (MiEG)

Rechtsform

Genossenschaft

Genossenschaftsregister

GnR 756
Friedberg

Anschrift

Weiseler Str. 48
35510 Butzbach
E-Mail: info@mittelhessische-energiegenossenschaft.de
Internet: www.mittelhessische-energiegenossenschaft.de

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist, soweit es keiner behördlichen Genehmigung bedarf,

- a) die Planung, Finanzierung, Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Solar-, Wind- und Biomasseanlagen sowie Blockheizkraftwerke und Einrichtungen zur Stromspeicherung;
- b) der Absatz der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme;
- c) die Unterstützung und Beratung in Fragen der regenerativen Energiegewinnung, der Energieeffizienz und Energieeinsparung;
- d) das Projektmanagement (Beraten, Planen und Begleiten bis zur Qualitätskontrolle) zur energieeffizienten Modernisierung von Gebäuden und technischen Anlagen;
- e) die Elektromobilität.

Die Genossenschaft kann Zweigniederlassungen errichten und sich an Unternehmen beteiligen.

Anteile

Die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe hält 20 Anteile zu je 100 € (2.000 €).

Aufsichtsrat (Geschäftsjahr 2019)

- Ralf Krause, Weilmünster (Vorsitzender)
- Herr Dirk Schmidt, Friedberg
- Inge Schneider, Bierstein
- Boris Kniß, Hungen
- Armin Häuser, Bad Nauheim
- Jürgen Wolf, Wölfersheim
- Thomas Eckhardt, Nidda

Vorstand

- Heinz Acker, Bad Nauheim
- Dennis Zährl, Marburg
- Achim Parbel, Friedberg

Bilanz	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
	TEUR		TEUR	%
Aktiva				
Anlagevermögen	1.422	1.536	-114	-7,4
Sachanlagen	1.311	1.414	-103	-7,3
1. technische Anlagen u. Maschinen	1.310	1.412	-102	-7,2
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1	2	-1	-50,0
Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	111	123	-12	-9,8
Umlaufvermögen	117	71	46	64,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12	45	-33	-73,3
2. Sonstige Vermögensgegenstände	7	1	6	600,0
Liquide Mittel	98	25	73	292,0
Rechnungsabgrenzungsposten	3	3	0	0,0
Bilanzsumme	1.541	1.611	-70	-4,3
Passiva				
Eigenkapital				
Geschäftsguthaben	363	346	17	4,9
1. der verbleibenden Mitglieder	301	301	0	0,0
Ergebnisrücklagen				
1. andere Ergebnisrücklagen	13	9	4	44,4
Gewinnvortrag	32	1	31	3100,0
Jahresergebnis	17	35	-18	-51,4
Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	1	2	-1	-50,0
Rückstellungen	52	51	1	2,0
1. Steuerrückstellungen	11	15	-4	-26,7
2. sonstige Rückstellungen	41	36	5	13,9
Verbindlichkeiten	1.125	1.213	-88	-7,3
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	630	698	-68	-9,7
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7	7	0	0,0
4. Sonstige Verbindlichkeiten	488	508	-20	-3,9
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0,0
Bilanzsumme	1.541	1.611	-70	-4,3

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
	TEUR		TEUR	%
Umsatzerlöse	220	240	-20	-8,3
Sonstige betriebliche Erträge	1	12	-11	-91,7
Materialaufwand	0	9	-9	-100,0
Abschreibungen	103	110	-7	-6,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	37	39	-2	-5,1
Abschreibungen Finanzanlagen u. Wertpapiere Umlaufvermögen	13	2	11	550,0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	39	42	-3	-7,1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	13	15	-2	-13,3
Jahresergebnis	17	35	-18	-51,4

9. Zweckverbände

9.1 Verkehrsverband Hochtaunus (VHT)

Rechtsform

Zweckverband

- Körperschaft des öffentlichen Rechts -

Anschrift

Ludwig-Erhard-Anlage 1-4
61352 Bad Homburg v. d. Höhe

Telefon: 06172 999 4400

Fax: 06172 999 9808

E-Mail: info@verkehrsverband-hochtaunus.de

Internet: www.verkehrsverband-hochtaunus.de

Unternehmensgegenstand

Aufbau und Unterhaltung eines möglichst flächendeckenden Verkehrssystems im Rahmen eines Gesamtkonzepts im Gebiet des Hochtaunuskreises für den öffentlichen Personennahverkehr für Schiene und Straße. Das Verkehrssystem soll unter Verknüpfung von Bahn- und Busverkehr einschließlich des Schülerbusverkehrs in seinem Liniennetz, in seiner Fahrplangestaltung und in seinem Tarifsystem möglichst einheitlich und aufeinander abgestimmt sein. Die Querverbindungen im Kreisgebiet und das Verkehrsangebot in verkehrsschwachen Zeiten sollen durch den VHT gefördert werden. Hierzu kann der Zweckverband alle tatsächlichen und rechtlichen Handlungen vornehmen oder vornehmen lassen, die zur Erfüllung der Aufgabe erforderlich sind; dies gilt insbesondere für den Abschluss von Verträgen, den Erwerb von Einrichtungen und Verkehrsgenehmigungen und die Einräumung von Nutzungsrechten. Der Zweckverband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

Beteiligung seit (zugleich Gründung)

16.12.1987

Umlage Stadt Bad Homburg v. d. Höhe

461.880 € (8,60 € pro Einwohner)

Soweit die sonstigen Einnahmen des Zweckverbandes zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen, erhebt er von seinen Mitgliedern eine jährliche Verbandsumlage. Die dem Zweckverband angehörenden Städte und Gemeinden des Hochtaunuskreises zahlen einen Umlagebeitrag von 8,60 € je Gemeindeinwohner. Darüber hinaus entrichtet der Hochtaunuskreis eine Jahresumlage, die sich aus dem aufgerundeten Gesamtumlagebeitrag der Gemeinden ergibt. Daneben wurde eine Finanzierungsergänzungsumlage zur Deckung des negativen Jahresergebnisses des VHT geleistet.

Verbandsversammlung (Geschäftsjahr 2019)

Die Verbandsversammlung besteht nach § 5 Abs. 1 Verbandssatzung aus je zwei Vertretern der Verbandsmitglieder, die von den Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder für deren Amtszeit gewählt werden. Die Vertreter werden im Fall ihrer Verhinderung von den für sie bestellten Stellvertretern vertreten.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe hat am 12.05.2016 folgende Personen in die Verbandsversammlung gewählt:

- | | |
|---|-----------------------|
| • Dr. Roland Mittmann, Stadtverordneter | Stimmführer |
| • Wolfram Kister, Stadtrat | 1. Stellvertreter |
| • Heinz Peter Curdts, Stadtrat | Vertreter Stimmführer |
| • Margit Courbeaux, Stadtverordnete | 2. Stellvertreterin |



Verbandsvorstand

Der Verbandsvorstand besteht aus dem Landrat des Hochtaunuskreises als Verbandsvorsitzenden, für die Verbandsstädte/Gemeinden aus den Vorsitzenden der Magistrate/Gemeindevorstände oder an deren Stelle aus den Verbandsstädten/Gemeinden besonders benannten ständigen Vertretern.

Verbandsvorstandsmitglieder (Geschäftsjahr 2019)

- | | |
|--------------------------|--|
| • Hochtaunuskreis | Ulrich Krebs, Landrat
- Verbandsvorsitzender - |
| • Bad Homburg v. d. Höhe | Meinhard Matern; Bürgermeister u. Stadtkämmerer
- 1. stellvertretender Verbandsvorsitzender - |
| • Grävenwiesbach | Roland Seel, Bürgermeister
- 2. stellvertretender Verbandsvorsitzender - |
| • Friedrichsdorf/Ts . | Horst Burghardt, Bürgermeister |
| • Glashütten | Brigitte Bannenberg, Bürgermeisterin |
| • Königstein im Taunus | Stadtrat Rolf Kerger |
| • Kronberg im Taunus | Robert Siedler, Erster Stadtrat |
| • Neu- Anspach | Thomas Pauli, Bürgermeister |
| • Oberursel (Taunus) | Christof Fink, Erster Stadtrat |
| • Schmitten | Marcus Kinkel, Bürgermeister |
| • Steinbach (Taunus) | Dr. Stefan Naas, Bürgermeister (bis 30.06.2019)
Steffen Bonk, Bürgermeister (ab 04.09.2019) |
| • Usingen | Steffen Wernard, Bürgermeister |
| • Wehrheim | Gregor Sommer, Bürgermeister |
| • Weilrod | Götz Esser, Bürgermeister |

Geschäftsführung

Im Geschäftsjahr war Herr Frank Denfeld zum Geschäftsführer bestellt. Er ist hauptberuflich beim Verkehrsverband Hochtaunus beschäftigt und steht im Umfang einer 50%igen Teilzeittätigkeit der Stadt Bad Homburg zur Dienstleistung zur Verfügung.

Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Personal

Bei dem Verkehrsverband waren im Berichtsjahr im Durchschnitt sechs Mitarbeiter beschäftigt.

Abschlussprüfer

Keiper & Co. Mannheim, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

- Prüfung durch o.g. Gesellschaft seit dem Jahr 2018; vorher durch Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Kassel

10. Wasser- und Bodenverbände

10.1 Abwasserverband Oberes Erlenbachtal

Rechtsform

Wasserverband im Sinne des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -

Anschrift

Ahlweg 41
61352 Bad Homburg v. d. Höhe
Telefon: 06172 185 323 - 0
Fax: 06172 185 323 - 50
E-Mail: info@kaoe.de
Internet: www.avoe.eu

Unternehmensgegenstand

Der Verband hat die Aufgabe, das im Verbandsgebiet anfallende Abwasser abzuleiten, zu behandeln, zu reinigen, und zu diesem Zweck Gruppensammler einschließlich der erforderlichen Rückhaltebecken und eine gemeinsame Gruppenkläranlage zu planen, zu bauen, zu betreiben und zu unterhalten.

Zu den Verbandsaufgaben gehört nicht der Betrieb der Ortsentwässerung der Mitgliedsgemeinden und dort ggf. notwendige Abwasservorbehandlung.

Die Reinigung der Ortskanalisation in dem zum Verbandsgebiet gehörenden Gemarkungen der Mitgliedsgemeinden ist Verbandsaufgabe. Der Reinigungsumfang richtet sich im Allgemeinen nach dem Arbeitsblatt A 147 Teil 2 der Abwassertechnischen Vereinigung (ATV) und nach den Vorschriften der Verordnung über die Eigenkontrolle von Abwasseranlagen (Abwassereigenkontrollverordnung- EKVO) in der jeweils neuesten Fassung.

Der Verband kann jedoch im Auftrag und auf Kosten der Mitgliedsgemeinden zusätzliche Reinigungen der kommunalen Entwässerungsanlagen durchführen.

Der Verband behält sich die jederzeitige Kontrolle und labortechnische Prüfung im Bereich der Hauptsammler, der betroffenen Ortskanalisation und direkt bei den oder dem Verursacher vor.

<u>Beteiligung seit (zugleich Gründung)</u>	<u>Stimmenanteil</u>
07.06.1963	8 von 36 Stimmen

- Stadt Bad Homburg v. d. Höhe für ihren Stadtteil Ober-Erlenbach
- Stadt Friedrichsdorf
- Gemeinde Wehrheim für ihre Ortsteile Wehrheim
- Obernhain einschl. des „Hessenparks“

Verbandsversammlung (Geschäftsjahr 2019)

Die Verbandsversammlung besteht nach § 7 Abs. 1 der Satzung aus je drei Vertretern der Mitglieder des Verbandes. Diese werden im Fall einer Verhinderung durch Stellvertreter vertreten. Sie werden von der Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Verbandsversammlungsmitglieder:

- Sighild Drnikovic, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
- Inge-Lore Kausen, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
- Wilma Schnorrenberger, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
- Jens Witte, Stadt Friedrichsdorf
- Michael Becker, Stadt Friedrichsdorf
- Rüdiger Saalmüller, Stadt Friedrichsdorf
- Teja Müller Gemeinde Wehrheim
- Kuno Leist, Gemeinde Wehrheim
- Patrick Pohl, Gemeinde Wehrheim

Verbandsvorstand (Geschäftsjahr 2019)

Die Vorstandsmitglieder werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreis der hauptamtlichen Wahlbeamten oder der Bediensteten der Mitglieder gemäß § 15 Abs. 1 S. 1 der Satzung gewählt. Für jedes Vorstandsmitglied wird aus dem Kreis der hauptamtlichen Wahlbeamten der Verbandsmitglieder ein Stellvertreter gewählt. Jedes Verbandsmitglied muss im Verbandsvorstand vertreten sein und hat ein Vorschlagsrecht für die Wahl durch die Verbandsversammlung.

Vorstandsmitglieder:

- Horst Burghardt, Bürgermeister, Stadt Friedrichsdorf
- Vorsitzender -
- Gregor Sommer, Bürgermeister, Stadt Wehrheim
- stellvertretender Vorsitzender -
- Markus Philipp. Fachbereichsleiter Tiefbau, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe (ab 05.02.2019)
(Stellvertreter: Meinhard Matern, Bürgermeister u. Stadtkämmerer, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe)

Geschäftsleitung

- Petra Bingenheimer

Abschlussprüfer

Die Aufgaben der Rechnungsprüfung nimmt nach § 25 Satzung die Revision des Hochtaunuskreises wahr.

10.2 Wasserbeschaffungsverband Taunus

Rechtsform

Wasserverband im Sinne des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -

Anschrift

Oberurseler Straße 55–57
61440 Oberursel (Taunus)
Telefon: 06171 509 0
Fax: 06172 509 129
E-Mail: info@stadtwerke-oberursel.de
Internet: www.stadtwerke-oberursel.de

Unternehmensgegenstand

Der Verband hat die Aufgabe, das für die Verbandsmitglieder erforderliche Trink- und Brauchwasser zu beschaffen und zu liefern.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat der Verband die notwendigen Anlagen zu planen, zu erstellen, zu betreiben und zu unterhalten. Er hat dafür die erforderlichen Wasserlieferungsverträge abzuschließen sowie die benötigten Grundstücke wie auch Grundstücks- und Durchleitungsrechte zu beschaffen.

Das Unternehmen soll keinen Gewinn erzielen (Gemeinnützigkeit).

Anmerkung:

Der Verband verfügt über kein eigenes Personal. Sämtliche Verwaltungsarbeiten werden von der Stadtwerke Oberursel (Taunus) GmbH durchgeführt.

Satzung

Es gilt die am 1. Dezember 2014 von der Verbandsversammlung beschlossene und am 8. Juni 2015 mit der Bekanntmachung in Kraft getretene Satzung. Mit Bescheid vom 22. Mai 2015 hat das Regierungspräsidium Darmstadt diese Satzung genehmigt. In § 14 der Satzung wurden die Stimmverhältnisse der Mitglieder geregelt. In § 26 der Satzung wurden die Beitragsverhältnisse für die Investitionskostenumlage neu geregelt.

Gründung

1972

Stimmenanteil

24 von 100 Stimmen

Verbandsmitglieder

- | | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none">• Bad Homburg v. d. Höhe• Eschborn• Friedrichsdorf• Königstein (Taunus) | <ul style="list-style-type: none">• Kronberg (Taunus)• Oberursel (Taunus)• Steinbach (Taunus) |
|--|---|

Verbandsvorstand (Geschäftsjahr 2019)

Der Verbandsvorstand besteht nach § 16 Abs. 1 der Satzung aus dem Verbandsvorsteher, 3 Stellvertretern und 10 weiteren Vorstandsmitgliedern. Jedes Verbandsmitglied entsendet 2 Mitglieder in den Verbandsvorstand. Für jedes Vorstandsmitglied entsendet das Verbandsmitglied einen Stellvertreter (Ersatzmann).

- Hans-Georg Brum, Bürgermeister der Stadt Oberursel
 - Verbandsvorsteher -

Vertreter*innen der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe:

- Ralf Schroedter, Direktor Stadtwerke Bad Homburg v. d. Höhe
 - stellvertretender Verbandsvorsteher -
 - als Stellvertreter: Herbert Heckmann, Abteilungsleiter Stadtwerke Bad Homburg v. d. Höhe
- Irina Gerybadze-Haesen, Stadträtin
 - als Stellvertreter: Günter Krause, Stadtrat

Verbandsversammlung (Geschäftsjahr 2019)

Die Verbandsversammlung besteht nach § 9 Abs. 1 der Satzung aus je drei Vertretern der Mitglieder des Verbandes. Diese werden im Fall einer Verhinderung durch Stellvertreter vertreten. Die Vertreter und ihre Ersatzleute werden von der Stadtverordnetenversammlung auf die Dauer ihrer Wahlperiode gewählt.

Vertreter*innen der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe:

- Bernd Eller, Stadtverordneter
 - Vorsitzender -
 - als Stellvertreterin: Ursula Conzelmann, Stadtverordnete (bis 18.06.2019)
- Manfred Heckelmann, Stadtverordneter
 - als Stellvertreter: Heinz-Peter Curdts, Stadtverordneter (bis 18.06.2019)
- Margit Courbeaux, Stadtverordnete
 - als Stellvertreterin: Inge-Lore Klausen, Stadtverordnete

Für die Verbandsversammlung und den Verbandsvorstand wurden Sitzungsgelder in Höhe von 1.626,04 € aufgewendet. Der Verbandsvorstand erhielt Aufwandsentschädigungen in Höhe von 7.080 €.

Geschäftsleitung

- Jürgen Funke, Stadtwerke Oberursel (Taunus) GmbH

Abschlussprüfer

Baker Tilly GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

➤ Prüfung durch o.g. Gesellschaft seit dem Jahr 2018; vorher BRV AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

11. Mitgliedschaften in Stiftungen, Vereinen, Verbänden und sonstigen Vereinigungen

11. Mitgliedschaften in Stiftungen, Vereinen, Verbänden und sonstigen Vereinigungen

- Aktionsgemeinschaft Bad Homburg e.V.
- Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen
- Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal e.V.
- Arbeitsgemeinschaft Hessischer Sportämter
- Betriebssportverband Hessen e.V. - Bezirk Taunus -
- Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG)
- Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung
- Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e.V.
- Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland e.V.
- Chinesisch-Deutsche-Industriestädteallianz (ISA)
- CompetenceCenter Duale Hochschulstudien – StudiumPlus e.V. (CCD)
- Creditreform Bad Homburg Fritscher & Schmitt KG
- Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftskultur e.V. (DGGL Hessen)
- Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung e.V. (DGgKV)
- Deutsche Olympische Gesellschaft e.V.
- Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V.
- Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft Abwasser und Abfall e. V.
Landesverband Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland (DWA)
- Deutsche Verkehrswacht - Verkehrswacht Obertaunus e.V.
- Deutscher Arbeitsring für Lärmbekämpfung e.V.
- Deutscher Bibliotheksverband e.V.
- Deutscher Museumsbund e.V.
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
- Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.
- Deutsches Institut für Urbanistik (difu)
- Deutsches Volksstättenheimwerk (vhw) e.V.
- ekom 21- KGRZ Hessen
- European Historic Thermal Towns Association (EHTTA)
- Europa-Union Deutschland Kreisverband Hochtaunus e.V.
- Europäisches Netzwerk – Auf den Spuren von Louis Stevenson
- Ev. Kirchlicher Zweckverband für die Zentrale für ambulante Pflegedienste
(Ökumenische Sozialstation Bad Homburg v. d. Höhe)
- Fachverband der Hessischen Standesbeamtinnen und Standesbeamten e.V.
- Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.

- Förderkreis Münzkabinett e.V.
- Förderung von Kindern und Jugendlichen im Stadtteil (JuKS)
- Förderverein Fritz Bauer Institut e.V.
- Förderverein Kreisarchiv e.V.
- Förderverein Oberurseler Werkstätten e.V.
- Förderverein Power e.V.
- Förderverein Saalburg e.V.
- Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e.V.
- Forschungskolleg Humanwissenschaften gGmbH
- GEKA_Net (Grundstücksentwässerungskanal_Netzwerk)
- Gesellschaft für Kultur- und Denkmalpflege - Hessischer Heimatbund e.V.
- Gesundheitswirtschaft Rhein-Main e.V.
- Goethe Haus (Freies Deutsches Hochstift - Frankfurter Goethe Museum)
- groundr Unternehmerzentrum e. V.
- Güteschutz Kanalbau e.V.
- GVV-Kommunalversicherung
- Heimatverband der Marienbader Stadt und Land e.V. (Heimatbrief)
- Hessische Apfelwein- und Obstwiesenroute
- Hessischer Forstverein e.V.
- Hessischer Literaturrat
- Hessischer Museumsverband
- Hessischer Städtetag
- Hessischer Verwaltungsschulverband
- House of Pharma & Healthcare e.V.
- Hölderlin-Gesellschaft e.V.
- Hugenotten- und Waldenserpfad e.V.
- Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main
- Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit e.V.
- Institut der Rechnungsprüfer e.V.
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)
- Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e.V.
- Kommunalbeamten- und Versorgungskasse Nassau (Körperschaft öffentlichen Rechts)
- Kommunaler Arbeitgeberverband Hessen (HKAV)
- Kreisfeuerwehrverband Hochtaunus
- Kulturinitiative Rhein-Main e.V.
- Kulturstiftung Bad Homburg v. d. Höhe
- Kur- und Verkehrsverein e.V.

- Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungsberatung in Hessen e.V.
- Landesarbeitsgemeinschaft Hessischer Frauenbüros
- Mayors for Peace – Bürgermeister für den Frieden
- Paul-Kurz-Altenstiftung
- Rat der Gemeinden und Regionen Europas - Deutsche Sektion
- Regionalversammlung Südhessen
- Rind'sche Bürgerstiftung
- Schnelle Hilfe in Not e.V.
- Stadtkreisfeuerwehrverband
- Taunusdienste gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH im Hochtaunuskreis
- Taunusklub Bad Homburg 1875 e.V.
- Tierheim Hochtaunus e.V.
- Trägerverein Lernbauernhof Rhein Main e.V.
- Unser Oberhof eG
- Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. (VdA)
- Verein zur Förderung der beruflichen Ausbildung junger Menschen im Hochtaunuskreis
- Verein für Geschichte und Landeskunde zu Bad Homburg vor der Höhe
- Verein zur Gestaltung und Förderung des Bad Homburger Laternenfestes e.V.
- vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.
- Volksbildungskreis Bad Homburg e.V. / Volkshochschule
- Wilhelm von Meister-Stiftung

12. Definition von Kennzahlen

12. Definition von Kennzahlen

$$\text{Eigenkapitalquote} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$$

Die Eigenkapitalquote zeigt an, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Je höher die Eigenkapitalquote, umso höher ist die finanzielle Stabilität eines Unternehmens und die Unabhängigkeit gegenüber Fremdkapitalgebern.

$$\text{Materialaufwandsquote} = \frac{\text{Materialaufwand}}{\text{Umsatzerlöse}} \times 100$$

Die Materialaufwandsquote setzt den in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Materialaufwand in ein Verhältnis zu den Umsatzerlösen des Unternehmens.

Mittels dieser auch als Materialintensität bezeichneten Kennzahl kann ein Unternehmen sich mit anderen Unternehmen seiner Branche vergleichen, um zu erkennen, ob Wettbewerber ihre Leistung mit weniger Materialaufwand erzielen.

Die Materialaufwandsquote ist stark branchenabhängig und nimmt i.d.R. von Handelsunternehmen über Industrieunternehmen hin zu Dienstleistungsunternehmen ab.

$$\text{Personalaufwandsquote} = \frac{\text{Personalaufwand}}{\text{Umsatzerlöse}} \times 100$$

Die Personalaufwandsquote setzt den in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Personalaufwand in ein Verhältnis zur Gesamtleistung (betrifft v.a. die Umsatzerlöse) des Unternehmens.

Mittels dieser auch als Personalintensität oder Personalkostenquote bezeichneten Kennzahl kann ein Unternehmen sich mit anderen Unternehmen seiner Branche vergleichen, um zu erkennen, ob Wettbewerber ihre Leistung mit weniger Personalaufwand erzielen.

Die Personalaufwandsquote lässt zudem Schlüsse auf die Fixkostenbelastung und somit die finanzielle Flexibilität des Unternehmens in schlechteren Zeiten zu.

$$\text{Eigenkapitalrentabilität} = \frac{\text{Jahresüberschuss}}{\text{Eigenkapital}} \times 100$$

Die als Eigenkapitalrentabilität oder auch als Eigenkapitalrendite bezeichnete Kennzahl bringt die Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals zum Ausdruck. Im Vergleich zu anderen Unternehmen der gleichen Branche gilt allgemein: Je höher die Eigenkapitalrentabilität, desto positiver ist die Beurteilung des Unternehmens. Allerdings muss eine relative niedrige Eigenkapitalrentabilität nicht zwingend negativ bewertet werden. Diese Kennzahl ist stark branchenabhängig und sollte im Jahresvergleich bei unveränderter Berechnungsweise analysiert werden.

$$\text{Umsatzrentabilität} = \frac{\text{Jahresergebnis}}{\text{Umsatzerlöse}} \times 100$$

Die Umsatzrentabilität bzw. Umsatzrendite ist ein Maßstab für die Effizienz eines Unternehmens, da sie das, was vom Umsatz nach Abzug der Aufwendungen übrig bleibt – den Gewinn – ins Verhältnis zu dem Umsatz setzt.

Umgangssprachlich ausgedrückt gibt die Umsatzrentabilität eines Unternehmens von z.B. 3 % an, wie viel Euro bei dem Unternehmer als Gewinn (3 Euro) hängen bleiben, wenn Waren im Wert von 100 Euro verkauft werden.

$$\text{Liquidität 1. Grades} = \frac{\text{Flüssige Mittel}}{\text{kurzfr. Verbindlichkeiten} + \text{sonstige Rückstellungen} + \text{Steuerrückstellungen}} \times 100$$

Liquiditätsgrade messen die statische, zeitpunktbezogene Liquidität und sollen als Kennzahlen darüber Aufschluss geben, ob das Unternehmen liquide ist oder ob Zahlungsschwierigkeiten zu erwarten sind. Die Liquidität 1. Grades wird auch als *Cash Ratio* oder *Barliquidität* bezeichnet.

Die flüssigen Mittel bestehen vornehmlich aus den Positionen Bankguthaben, Kasse, Schecks und Wechsel. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten beinhalten Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit < 1 Jahr + Steuerrückstellungen + sonstige Rückstellungen

Die Liquidität 1. Grades gibt an, wie hoch der Anteil der flüssigen Mittel an dem kurzfristigen Fremdkapital ist. Eine Liquidität 1. Grades in Höhe von 30 % sagt aus, dass lediglich 30 % der kurzfristigen Verbindlichkeiten mit den flüssigen Mitteln beglichen werden können.

$$\text{Anlagedeckung 1. Grades} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$$

Die Anlagedeckung 1. Grades (Deckungsgrad I) gibt darüber Auskunft, inwieweit das Anlagevermögen durch das Eigenkapital gedeckt ist. Der Anlagedeckungsgrad sollte zwischen 80 bis 100% liegen.

13. Erläuterung von Fachbegriffen

13. Erläuterung von Fachbegriffen

Nachfolgend werden einige der im Beteiligungsbericht verwendeten Fachbegriffe zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung herausgegriffen und erläutert.

Bilanz

Sie schafft als eine stichtagsbezogene Zeitpunktrechnung die Übersicht über das betrieblich gebundene Vermögen. Dabei werden auch sämtliche Belastungen mit einbezogen. Auf der Aktivseite (AKTIVA) werden die Vermögenswerte (Mittelverwendung) dargestellt. Auf der Passivseite (PAS-SIVA) werden das Eigenkapital, die Schulden und sämtliche sonstigen Belastungen (Mittelherkunft) dargestellt.

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme ergibt sich aus der Addition sämtlicher Posten der Aktiv- oder Passivseite der Bilanz.

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände

Zum immateriellen Anlagevermögen gehören alle Rechte, die gegen Entgelte erworben wurden und längere Zeit genutzt werden können. Hierzu zählen etwa Patente, Konzessionen, Lizenzen und der abgeleitete bzw. derivative Geschäfts- und Firmenwert. Mit dem derivativen Firmenwert ist der Wert gemeint, der beim Kauf eines Unternehmens über die sonstigen Vermögenswerte hinaus als Leistung für die erworbene Marktposition, den guten Namen, die eingespielte Organisation u. a. bezahlt wird.

Sachanlagen

Das materielle Anlagevermögen umfasst nichtabnutzbare und abnutzbare Vermögensgegenstände wie Grundstücke, Gebäude, technische Anlagen und Maschinen sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Das materielle und immaterielle Anlagevermögen dient unmittelbar dem Geschäftsbetrieb der Unternehmung. Seine Nutzung soll den Erfolg erbringen.

Finanzanlagen

Legt die Unternehmung langfristig finanzielle Mittel in anderen Unternehmungen an, so wird damit ein nicht sachzielbezogener, d.h. neutraler Erfolg erwirtschaftet. Diese Anlagen werden gesondert als Finanzanlagen ausgewiesen.

Umlaufvermögen

Vorräte

Unter Vorräten versteht man alle Bestände an Werkstoffen, d.h. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, sowie an Produkten, d.h. Halb- und Fertigprodukten.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Hierzu gehören vor allem Ansprüche gegenüber den Empfängern von Lieferungen und Leistungen der Unternehmung, die die entsprechende Gegenleistung, im Allgemeinen den Kaufpreis, noch nicht erbracht haben. Unter der Rubrik "Sonstige Vermögensgegenstände" werden all die Vermögensgegenstände erfasst, die sich keiner anderen Bilanzposition des Umlaufvermögens zuordnen lassen, wie Käutionen, Forderungen aus Bürgschaftsübernahmen oder Kredite an Mitgliedern des Aufsichtsrats.

Wertpapiere

Diese Position umfasst alle Wertpapiere, die nur kurzfristig von der Unternehmung gehalten und bald wieder verkauft werden sollen. Beispiele sind Anleihen, Obligationen, Aktien, eigene Anteile oder Anteile an verbundenen Unternehmungen.

Liquide Mittel

Die liquiden oder auch flüssigen Mittel (Umlaufvermögen) setzen sich insbesondere aus Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroghaben sowie Guthaben bei Kreditinstituten zusammen.

Eigenkapital

Als Eigenkapital werden alle der Unternehmung vom Eigentümer bzw. den Eigentümern unbefristet zur Verfügung gestellten Mittel bezeichnet.

Zum Eigenkapital gehören Einlagen sowie Gewinne. Einlagen sind Mittel, die dem Unternehmen durch die Eigentümer von außen zugeführt wurden. Es handelt sich also um eine Form der Außenfinanzierung. Bei Kapitalgesellschaften heißen die Einlagen gezeichnetes Kapital. Wurde in einer Rechnungsperiode ein Überschuss (Gewinn) erzielt, hat sich also das Vermögen am Ende des Jahres gegenüber dem Anfang des Jahres vermehrt, so erhöht sich das Eigenkapital um diesen Jahresüberschuss. Hat sich dagegen das Vermögen durch einen Jahresfehlbetrag vermindert, so verringert sich auch das Eigenkapital um diesen Betrag. Werden Gewinne erwirtschaftet, die nicht an die Kapitaleigentümer ausgeschüttet werden, sondern im Unternehmen verbleiben, entstehen so genannte Rücklagen. Die Bildung von Rücklagen aus den im Unternehmen erwirtschafteten Gewinnen stellt Innenfinanzierung dar.

Sonderposten

Dabei handelt es sich um einen Passivposten der Bilanz, in dem z.B. die für Investitionen erhaltenen Fördermittel bzw. Zuschüsse eingestellt werden, wenn das entsprechende Anlagegut mit den ungekürzten Anschaffungs-/ Herstellungskosten aktiviert wird. Dieser Posten wird über die Nutzungsdauer des Anlagegutes entsprechend der Abschreibung anteilig in Höhe der Förderquote ertragswirksam aufgelöst.

Fremdkapital

Fremdkapital sind alle Mittel, die der Unternehmung von Dritten und nur zeitlich befristet zur Verfügung gestellt werden. Sie stellen die Schulden der Unternehmung dar. Hierzu gehören Verbindlichkeiten und Rückstellungen.

Verbindlichkeiten

Als Verbindlichkeiten bezeichnet man die Verpflichtungen einer Unternehmung gegenüber Dritten, deren Höhe und Fälligkeitstermin feststehen. Hierzu zählen etwa Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen an die Unternehmung, Bankkredite in der Höhe des jeweils am Bilanzstichtag in Anspruch genommenen Betrags, Anleihen, Wechselverbindlichkeiten und Steuerschulden sowie Darlehen, die nicht von Banken, sondern z.B. von Versicherungen stammen.

Rückstellungen

Rückstellungen beziehen sich ebenfalls auf Verpflichtungen gegenüber Dritten. Diese Verpflichtungen sind dem Grund nach ausreichend sicher zum Bilanzstichtag bereits entstanden. Im Gegensatz zu den Verbindlichkeiten sind jedoch Höhe und/oder Fälligkeitstermin dieser Verpflichtungen unsicher. Man spricht daher auch von Rückstellungen für Pensions- und Garantieverpflichtungen oder für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Ein weiteres Beispiel sind Rückstellungen für noch zu leistende Steuerzahlungen.

Dass die Unternehmung Steuern zahlen muss, steht fest. Die genaue Höhe der Steuerzahlung erfährt die Unternehmung aber erst mit dem Steuerbescheid im Folgejahr.

Neben diesen Rückstellungen für erwartete Verpflichtungen gegenüber Dritten können auch so genannte Aufwandsrückstellungen gebildet werden. Zweck der Aufwandsrückstellung ist eine periodengerechte Erfolgsermittlung. Aufwandsrückstellungen werden z.B. dann gebildet, wenn eine Maßnahme zur Instandhaltung in der betreffenden Periode unterlassen wurde und in einer späteren Periode nachgeholt wird. Durch die Bildung einer Rückstellung handelt es sich gewissermaßen um eine Verpflichtung, die dem Grunde nach bereits entstanden ist, denn die Instandhaltungsmaßnahme muss ja grundsätzlich durchgeführt werden. Lediglich der Termin ist noch offen.

Rückstellungen stellen somit ein zukunftsorientiertes Element in einer sonst vergangenheitsbezogenen Bilanz dar. Sie beruhen - zumindest teilweise - auf geplanten bzw. erwarteten, jedoch noch nicht realisierten Ergebnissen der Unternehmungstätigkeit.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die Posten der Rechnungsabgrenzung dienen - ähnlich wie die Aufwandsrückstellungen - der periodengerechten Zuordnung von Vermögensänderungen auf die einzelnen Geschäftsjahre. Rechnungsabgrenzungsposten dürfen nur für solche Vorgänge gebildet werden, bei denen im abgelaufenen Geschäftsjahr Einnahmen oder Ausgaben angefallen sind, die jedoch Ertrag oder Aufwand des folgenden Jahres darstellen. Diese Vorgänge werden transitorische Vorgänge genannt.

Dagegen sind Einnahmen oder Ausgaben, die erst im folgenden Jahr anfallen, die aber als Ertrag oder Aufwand in das abgelaufene Jahr gehören, als so genannte antizipative Posten unter den Positionen Forderungen oder Verbindlichkeiten auszuweisen. So sind etwa Zinsen für das abgelaufene Geschäftsjahr die erst im nächsten Jahr zu zahlen sind, als Verbindlichkeit zu bilanzieren.

Auf der Aktivseite der Bilanz sind Ausgaben als Rechnungsabgrenzungsposten auszuweisen, die in der Abrechnungsperiode angefallen sind, die aber Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen (§ 250 Abs. 1 HGB). Entsprechend erfassen Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite Einnahmen vor dem Bilanzstichtag soweit sie als Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag anzusehen sind (§ 250 Abs. 2 HGB). Beispiele für derartige Abgrenzungsposten sind getätigte oder erhaltene Vorauszahlungen für Miete, Pacht, Zinsen, Beiträge und Versicherungsprämien.

Gewinn und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung ermittelt den Erfolg des Unternehmens einer Rechnungsperiode (in der Regel das Wirtschaftsjahr) durch die Gegenüberstellung von Aufwand und Ertrag. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, erwirtschaftet das Unternehmen einen Jahresüberschuss (Gewinn), der das Eigenkapital erhöht. Übersteigen hingegen die Aufwendungen die Erträge kommt es zu einem Jahresfehlbetrag (Verlust), der das Kapital verringert.

Umsatzerlöse

Erlöse aus Dienstleistungen und aus dem Verkauf und der Vermietung und Verpachtung im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sind Umsatzerlöse (§ 277 Abs. 1. HGB). Nicht zu den Umsatzerlösen gehören die Erlöse aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens (Ausweis unter den sonstigen betrieblichen Erträgen).

Aktivierte Eigenleistung

Aktivierte Eigenleistungen sind selbst erstellte und im Betrieb genutzte Anlagen, die in das Betriebsvermögen eingehen.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind Bestandteil des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

- Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil
- Abgang von Vermögensgegenständen aus dem AV
- Zuschreibungen zu derartigen Vermögensgegenständen;
- Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen;
- Auflösung von Rückstellungen;

Materialaufwand

a. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren.

Dazu gehören auch Reinigungsmittel, Brenn- und Treibstoff, Heizmaterial, Reparaturstoffe, Abwertungen aufgrund des Niederstwertprinzips und Inventurdifferenzen.

b. Aufwendungen für bezogene Leistungen

Aufwendungen für Lohnbe- und -verarbeitung durch Fremde, Aufwand für Leiharbeitskräfte, Fremd reparaturen, Lizenzaufwand für die Fertigung. Hier sind grundsätzlich produktionsbezogene Fremdleistungen zu erfassen.

Personalaufwand

a. Löhne und Gehälter

- Laufende Vergütung, Nebenbezüge, Sachwertbezüge;

b. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

– davon für Altersversorgung:

- Arbeitgeberanteile zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung,
- Berufsgenossenschaftsbeiträge und Beiträge zur Insolvenzversicherung für Versorgungszusagen an Arbeitnehmer Pensionszahlungen mit oder ohne Rechtsanspruch;
- Zuführungen zu Pensionsrückstellungen;
- Zuweisungen zu anderen Versorgungseinrichtungen;



Sonstige betriebliche Aufwendungen

- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens;
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräte und Pauschalwertberichtigung);
- Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil;
- Einstellungen in Rückstellungen;

Erträge aus Beteiligungen

Dividenden, Gewinnanteile, in sonstiger Weise ausgeschüttete Gewinne;

Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Zinsen, Dividenden, Erträge aus Finanzanlagen;

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

a. Zinserträge

- Zinsen für Einlagen bei Kreditinstituten und für Forderungen an Dritte;
- Zinsen und Dividenden auf Wertpapiere des Umlaufvermögens;
- Aufzinsungsbeträge für unverzinsliche oder geringverzinsliche Darlehen, soweit diese nicht zu den Finanzanlagen gehören

b. Zinsähnliche Erträge

- Erträge aus einem Agio, Disagio oder Damnum;
- Kreditprovisionen;
- Erträge für Kreditgarantien;
- Teilzahlungszuschläge

Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens

Unter diese Position gehören alle Abschreibungen auf die genannten Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Zinse für Kredite aller Art einschließlich Hypothekenzinsen, Diskontbeträge für Wechsel, Kreditprovisionen, Kreditbereitstellungsgebühren, Überziehungsprovisionen, Abschreibungen auf Disagio, Umsatzprovision der Banken

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Zwischensumme aus allen vorhergehenden Ertrags- und Aufwandsposten

Außerordentliche Erträge

- Erträge, die außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Kapitalgesellschaft anfallen § 277 Abs. 4 Satz 1 HGB. Diese Definition gilt auch für Nicht-Kapitalgesellschaften.
- Gewinne aus Betriebs- und Teilbetriebsveräußerungen
- Erträge aus dem positiven Ausgang eines für das Unternehmen existenziellen Prozesses
- Erträge aus Forderungsverzicht (Sanierungsgewinne)
- Einmalige Zuschüsse der öffentlichen Hand

Außerordentliche Aufwendungen

- Aufwendungen, die außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Kapitalgesellschaft anfallen § 277 Abs. 4 Satz 1 HGB.
- Verluste aus der Veräußerung ganzer Betriebe, wesentlicher Betriebsteile oder von bedeutenden Beteiligungen
- Außerplanmäßige Abschreibungen aus Anlass eines außergewöhnlichen Ereignisses
- Aufwendungen bei negativem Ausgang eines für die Existenz des Unternehmens entscheidenden Prozesses

Außerordentliches Ergebnis

Saldo aus den ausgewiesenen Erträgen und Aufwendungen

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Körperschaftssteuer, Gewerbeertragssteuer, Kapitalertragssteuer, Auflösung der Rückstellungen zu Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Sonstige Steuern

Gewerbekapitalsteuer, ausländische Ertragsteuern, Vermögenssteuer, Auflösung von Steuerrückstellungen, Steuernachzahlungen

Jahresergebnis

→ Gewinn- und Verlustrechnung

Verlustvortrag

Ist die Möglichkeit, in der Vergangenheit aufgelaufene Verluste „anzuschreiben“ (für die Zukunft stehen zu lassen). Der Verlustvortrag ist sowohl handelsrechtlich als auch steuerrechtlich von Bedeutung.

14. Auszug aus der Hessischen Gemeindeordnung (HGO)

14. Auszug aus der Hessischen Gemeindeordnung (HGO)
In der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBL: I S. 142),
zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 7. Mai 2020 (GVBl. S. 318)

§ 121
Wirtschaftliche Betätigung

- (1) Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn
1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
 2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
 3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

(1a) Abweichend von Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Abs. 5 Nr. 1 und § 122 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 dürfen Gemeinden sich ausschließlich auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung und des Vertriebs von Strom, Wärme und Gas aus erneuerbaren Energien sowie der Verteilung von elektrischer und thermischer Energie bis zum Hausanschluss wirtschaftlich betätigen, wenn die Betätigung innerhalb des Gemeindegebiets oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgt. Die wirtschaftliche Beteiligung der Einwohner soll ermöglicht werden. Die wirtschaftliche Betätigung nach dieser Vorschrift ist in besonderer Weise dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu unterwerfen. Die wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Betätigung sind einmal jährlich der Gemeindevertretung vorzulegen.

(1b) Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 1a dienen auch dem Schutz privater Dritter, soweit sie sich entsprechend wirtschaftlich betätigen oder betätigen wollen. Betätigungen nach § 121 Abs. 1 Satz 2 bleiben hiervon unberührt.

- (2) Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten

1. zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Breitbandversorgung sowie
3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

- (3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.
- (4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.
- (5) Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist zulässig, wenn
1. bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und
 2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.

(6) Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevorvertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Vor der Befassung in der Gemeindevorvertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist. Die Stellungnahmen sind der Gemeindevorvertretung zur Kenntnis zu geben.

(7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

(8) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist. Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass

1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,
2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und
3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.

Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.

(9) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben. Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.

§ 122 Beteiligung an Gesellschaften

(1) Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,
2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,
3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,
4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

- (2) Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft. Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.
- (3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.
- (4) Ist die Gemeinde mit mehr als 50 Prozent an einer Gesellschaft unmittelbar beteiligt, so hat sie darauf hinzuwirken, dass
1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
 - a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
 - b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
 2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.
- (5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.
- (6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 123 Unterrichtungs- und Prüfungsrechte

Ist die Gemeinde an einem Unternehmen in dem in § 53 des Haushaltsgesetzes in der Fassung vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2398), bezeichneten Umfang beteiligt, so hat sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes auszuüben,
 2. sicherzustellen, dass ihr und dem für sie zuständigen überörtlichen Prüfungsorgan die in § 54 des Haushaltsgesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.
- (2) Ist eine Beteiligung einer Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgesetzes, so soll die Gemeinde darauf hinwirken, dass ihr in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag die Befugnisse nach den §§ 53 und 54 des Haushaltsgesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Beteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgesetzes beteiligt ist.

§ 123 a Beteiligungsbericht und Offenlegung

(1) Die Gemeinde hat zur Information der Gemeindevorvertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, an denen sie mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Der Bericht ist innerhalb von 9 Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellen.

(2) Der Beteiligungsbericht soll mindestens Angaben enthalten über

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde gewährten Sicherheiten,
4. das Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO für das Unternehmen.

Ist eine Gemeinde in dem in § 53 des Haushaltsgesetzes bezeichneten Umfang an einem Unternehmen beteiligt, hat sie darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, eines Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

(3) Der Beteiligungsbericht ist in der Gemeindevorvertretung in öffentlicher Sitzung zu erörtern. Die Gemeinde hat die Einwohner über das Vorliegen des Beteiligungsberichtes in geeigneter Form zu unterrichten. Die Einwohner sind berechtigt, den Beteiligungsbericht einzusehen.

§ 124 Veräußerung von wirtschaftlichen Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

- (1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung einer Beteiligung an einer Gesellschaft oder eines wirtschaftlichen Unternehmens sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn dadurch die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird. Das Gleiche gilt für Einrichtungen im Sinne des § 121 Abs. 2.
- (2) Abs. 1 gilt entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden und Gemeindevorverbände mit mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, Veräußerungen sowie andere Rechtsgeschäfte im Sinne des Abs. 1 vornehmen will.

§ 125 Vertretung der Gemeinde in Gesellschaften

- (1) Der Gemeindevorstand vertritt die Gemeinde in Gesellschaften, die der Gemeinde gehören (Eigengesellschaften) oder an denen die Gemeinde beteiligt ist. Der Bürgermeister vertritt den Gemeindevorstand kraft Amtes; er kann sich durch ein von ihm zu bestimmendes Mitglied des Gemeindevorstands vertreten lassen. Der Gemeindevorstand kann weitere Vertreter bestellen. Alle Vertreter des Gemeindevorstands sind an die Weisungen des Gemeindevorstands gebunden, soweit nicht Vorschriften des Gesellschaftsrechts dem entgegenstehen. Vorbehaltlich entgegenstehender zwingender Rechtsvorschriften haben sie den Gemeindevorstand über alle wichtigen Angelegenheiten möglichst frühzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Die vom Gemeindevorstand bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Verlangen des Gemeindevorstands jederzeit niederzulegen. Sofern Beamte der Gemeinde von den Gesellschaften für ihre Tätigkeit eine finanzielle Gegenleistung erhalten, zählt diese zu den abführungspflichtigen Nebentätigkeitsvergütungen im Sinne von § 2 Nebentätigkeitsverordnung in der Fassung vom 21. September 1976 (GVBl. I S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. November 1998 (GVBl. I S. 492).
- (2) Abs. 1 gilt entsprechend, wenn der Gemeinde das Recht eingeräumt ist, in den Vorstand, den Aufsichtsrat oder ein gleichartiges Organ einer Gesellschaft Mitglieder zu entsenden; bei den Aufsichtsgremien soll der Gemeindevorstand darauf hinwirken, dass die Gemeinde möglichst paritätisch durch Frauen und Männer vertreten wird. Der Bürgermeister oder das von ihm bestimmte Mitglied des Gemeindevorstands führt in den Gesellschaftsorganen den Vorsitz, wenn die Gesellschaft der Gemeinde gehört oder die Gemeinde an ihr mehrheitlich beteiligt ist. Dies gilt nicht, wenn weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. Die Mitgliedschaft gemeindlicher Vertreter endet mit ihrem Ausscheiden aus dem hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Dienst der Gemeinde.
- (3) Werden Vertreter der Gemeinde aus ihrer Tätigkeit bei einer Gesellschaft haftbar gemacht, so hat ihnen die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass sie ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn die Vertreter der Gemeinde nach Weisung gehandelt haben.

§ 126 Beteiligung an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung

Die Vorschriften des § 122 Abs. 1 und 2 mit Ausnahme des Abs. 1 Satz 1 Nr. 4, der §§ 124 und 125 gelten auch für andere Vereinigungen in einer Rechtsform des privaten Rechts. Für die Mitgliedschaft in kommunalen Interessenverbänden gelten nur die Vorschriften des § 125.

§ 126 a Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

- (1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 122 Abs. 1 Nr. 1 gilt entsprechend.
- (2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Diese muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermö-

ensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten. Die Gemeinde hat die Satzung und deren Änderungen bekannt zu machen. § 127a gilt entsprechend.

- (3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 19 Abs. 2 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 5 gilt entsprechend. Die Anstalt kann sich nach Maßgabe der Satzung an anderen Unternehmen beteiligen, wenn der öffentliche Zweck der Anstalt dies rechtfertigt. Die §§ 123 a und 125 gelten entsprechend.
- (4) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 104 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.
- (5) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt nach außen.
- (6) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über:
1. den Erlass von Satzungen nach Abs. 3 Satz 2,
 2. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
 3. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
 4. die Bestellung des Abschlussprüfers,
 5. die Ergebnisverwendung,
 6. die Beteiligung oder die Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen.

Der Verwaltungsrat berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. Entscheidungen nach Satz 3 Nr. 1 bedürfen der Zustimmung der Gemeindevertretung. Die Satzung im Sinne von Abs. 2 Satz 1 kann vorsehen, dass die Gemeindevertretung dem Verwaltungsrat in bestimmten Fällen Weisungen erteilen kann oder bei Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung der Gemeindevertretung erforderlich ist.

- (7) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden von der Gemeindevertretung für die Dauer von 5 Jahren gewählt. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die der Gemeindevertretung angehören, endet mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus der Gemeindevertretung. Die Mitglieder des Verwaltungsrats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:
1. Bedienstete der Anstalt,
 2. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.
- (8) Der Anstalt kann durch Satzung die Dienstherrfähigkeit verliehen werden. Die Satzung bedarf insoweit der Genehmigung der obersten Aufsichtsbehörde. Wird die Anstalt aufgelöst, hat die Gemeinde die Beamten und die Versorgungsempfänger zu übernehmen.

(9) Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Anstalt gelten die Bestimmungen des Sechsten Teils und die dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen (§ 154 Abs. 3 und 4) entsprechend. Der Haushalt der Anstalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Kredite der Anstalt bedürfen entsprechend den §§ 103 und 105 der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Ist die Anstalt überwiegend wirtschaftlich tätig, so kann sie in ihrer Satzung bestimmen, für die Wirtschafts- und Haushaltsführung die Vorschriften über die Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Das für die Gemeinde zuständige Rechnungsprüfungsamt prüft den Jahresabschluss und den Lagebericht der Anstalt. Das Rechnungsprüfungsamt hat das Recht, sich zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 131 Abs. 1 auftreten, unmittelbar zu unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und Schriften der Anstalt einzusehen.

(10) § 14 Abs. 2, § 25 sowie die Bestimmungen des Sechsten Teils über die Gemeindewirtschaft und die des Siebenten Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

(11) Die Anstalt ist zur Vollstreckung von Verwaltungsakten in demselben Umfang berechtigt wie die Gemeinde, wenn sie aufgrund einer Aufgabenübertragung nach Abs. 3 hoheitliche Befugnisse ausübt und bei der Aufgabenübertragung nichts Abweichendes geregelt wird.

(12) Abs. 1 bis 11 finden auf Anstalten des öffentlichen Rechts nach § 2c des Hessischen OFFEN-SIV-Gesetzes vom 20. Dezember 2004 (GVBl. I S. 488), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 318), keine Anwendung.

§ 127 Eigenbetriebe

- (1) Die Wirtschaftsführung, Vermögensverwaltung und Rechnungslegung der wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) sind so einzurichten, dass sie eine vom übrigen Gemeindevermögen abgesonderte Betrachtung der Verwaltung und des Ergebnisses ermöglichen.
- (2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebs ist der Betriebsleitung eine ausreichende Selbständigkeit der Entschließung einzuräumen.
- (3) Die näheren Vorschriften über die Verfassung, Verwaltung und Wirtschaftsführung einschließlich des Rechnungswesens der Eigenbetriebe bleiben einem besonderen Gesetz vorbehalten.

§ 127 a Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

1. die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines wirtschaftlichen Unternehmens,
2. die Gründung einer Gesellschaft, die erstmalige Beteiligung an einer Gesellschaft sowie die wesentliche Erhöhung einer Beteiligung an einer Gesellschaft,
3. den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,
4. Rechtsgeschäfte im Sinne des § 124 Abs. 1

sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzugeben. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

(2) Abs. 1 gilt für Entscheidungen über mittelbare Beteiligungen im Sinne von § 122 Abs. 5 entsprechend.

**§ 127 b
Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung**

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

15. Auszug aus dem Handelsgesetzbuch (HGB)

15. Auszug aus dem Handelsgesetzbuch (HGB)

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 8 Abs. 4 G v. 8.7.2019

§ 285 Sonstige Pflichtangaben

Ferner sind im Anhang anzugeben:

9. für die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, eines Aufsichtsrats, eines Beirats oder einer ähnlichen Einrichtung jeweils für jede Personengruppe
 - a) die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge (Gehälter, Gewinnbeteiligungen, Bezugsrechte und sonstige aktienbasierte Vergütungen, Aufwandsentschädigungen, Versicherungsentgelte, Provisionen und Nebenleistungen jeder Art). In die Gesamtbezüge sind auch Bezüge einzurechnen, die nicht ausgezahlt, sondern in Ansprüche anderer Art umgewandelt oder zur Erhöhung anderer Ansprüche verwendet werden. Außer den Bezügen für das Geschäftsjahr sind die weiteren Bezüge anzugeben, die im Geschäftsjahr gewährt, bisher aber in keinem Jahresabschluss angegeben worden sind. Bezugsrechte und sonstige aktienbasierte Vergütungen sind mit ihrer Anzahl und dem beizulegenden Zeitwert zum Zeitpunkt ihrer Gewährung anzugeben; spätere Wertveränderungen, die auf einer Änderung der Ausführungsbedingungen beruhen, sind zu berücksichtigen. Bei einer börsennotierten Aktiengesellschaft sind zusätzlich unter Nennung der Bezüge jedes einzelnen Vorstandsmitglieds, aufgeteilt nach erfolgsunabhängigen und erfolgsbezogenen Komponenten sowie Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung, gesondert anzugeben. Dies gilt auch für:
 - aa) Leistungen, die dem Vorstandsmitglied für den Fall einer vorzeitigen Beendigung seiner Tätigkeit zugesagt worden sind;
 - bb) Leistungen, die dem Vorstandsmitglied für den Fall der regulären Beendigung seiner Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert, sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahrs hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag;
 - cc) während des Geschäftsjahrs vereinbarte Änderungen dieser Zusagen;
 - dd) Leistungen, die einem früheren Vorstandsmitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahrs beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahrs gewährt worden sind.

Leistungen, die dem einzelnen Vorstandsmitglied von einem Dritten im Hinblick auf seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt worden sind, sind ebenfalls anzugeben. Enthält der Jahresabschluss weitergehende Angaben zu bestimmten Bezügen, sind auch diese zusätzlich einzeln anzugeben;

- b) die Gesamtbezüge (Abfindungen, Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art) der früheren Mitglieder der bezeichneten Organe und ihrer Hinterbliebenen. Buchstabe a Satz 2 und 3 ist entsprechend anzuwenden. Ferner ist der Betrag der für diese Personengruppe gebildeten Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen und der Betrag der für diese Verpflichtungen nicht gebildeten Rückstellungen anzugeben;
- c) die gewährten Vorschüsse und Kredite unter Angabe der Zinssätze, der wesentlichen Bedingungen und der gegebenenfalls im Geschäftsjahr zurückgezahlten Beträge sowie die zugunsten dieser Personen eingegangenen Haftungsverhältnisse;

§ 286 Unterlassen von Angaben

- (4) Bei Gesellschaften, die keine börsennotierten Aktiengesellschaften sind, können die in § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a und b verlangten Angaben über die Gesamtbezüge der dort bezeichneten Personen unterbleiben, wenn sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitglieds dieser Organe feststellen lassen.